

Die wegen Verletzung der gesetzlichen
Unterhaltspflicht nach § 170 b StGB
im Bezirk des Amtsgerichts Freiburg i.Br.
in den Jahren 1950 bis 1956
abgeurteilten Täter

Eine kriminologische Untersuchung
von 210 Tätern und 606 Angehörigen einer Kontroll-
gruppe im Bezirk des Amtsgerichts Freiburg i. Br.
von 1950-1956

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i. Br.

vorgelegt von
Richard Ihm
Rechtsanwalt
aus Karlsruhe

1965



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41543106_0006

Die wegen Verletzung der gesetzlichen
Unterhaltspflicht nach § 170 b StGB
im Bezirk des Amtsgerichts Freiburg i.Br.
in den Jahren 1950 bis 1956
abgeurteilten Täter

Eine kriminologische Untersuchung
von 210 Tätern und 606 Angehörigen einer Kontroll-
gruppe im Bezirk des Amtsgerichts Freiburg i. Br.
von 1950-1956

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i. Br.

vorgelegt von

Richard Ihm

Rechtsanwalt

aus Karlsruhe

1965

The recent history of the German
University system is a subject of
interest to many scholars and
in the last few years the
subject has been treated in
a number of books and articles.
The present book is a contribution
to the study of the German
University system in the
last few years.



Dekan: Prof. Dr. Erich Streißler
Erstberichterstatter: Prof. Dr. Thomas Würtenberger

1933

114

Verzeichnis der
in der Reichsregierung
beschäftigten Beamten

1. Teil: Verzeichnis

2. Teil: Verzeichnis

3. Teil: Verzeichnis

4. Teil: Verzeichnis

5. Teil: Verzeichnis

6. Teil: Verzeichnis

7. Teil: Verzeichnis

8. Teil: Verzeichnis

9. Teil: Verzeichnis

10. Teil: Verzeichnis

11. Teil: Verzeichnis

12. Teil: Verzeichnis

13. Teil: Verzeichnis

14. Teil: Verzeichnis

15. Teil: Verzeichnis

16. Teil: Verzeichnis

17. Teil: Verzeichnis

18. Teil: Verzeichnis

19. Teil: Verzeichnis

I N H A L T

	Seite
Inhaltsverzeichnis	
Literaturverzeichnis	
Abkürzungsverzeichnis	
 I. Teil: Einführung	 1
A. Der Ausgangspunkt	1
I. Aufgabe der Arbeit	1
II. Das erfaßte Material	4
III. Die Untersuchungsmethode	6
IV. Die statistische Methode	10
V. Die Dunkelziffer	17
VI. Der Untersuchungsbezirk	19
1. Allgemeines	19
2. Zunahme der Bevölkerung	21
3. Die wirtschaftliche Entwicklung	23
B. Die historische Entwicklung der Strafbarkeit der Unterhaltspflichtverletzung	27
C. Überblick über die Entwicklung der allgemeinen Kriminalität im Berichtsbezirk und der Kriminalität der Unterhaltspflichtverletzung im Berichtsbezirk, in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik im Untersuchungszeitraum	36
 II. Teil: Der Täter und seine Tat	 45
A. Die Persönlichkeit der Täter und die Ursachen der Tat	45
I. Allgemeine Vorbemerkungen	45
1. Zur Persönlichkeit der Täter	
a) Die Zahl der Täter in den einzelnen Untersuchungsjahren	45
b) Geburtsort und Herkunft der Probanden	49

	Seite
aa) Die Einteilung nach Gebietsteilen	49
bb) Die Ausländer	51
cc) Die Vergleichsgruppe	54
c) Der Familienstand	58
d) Die Zahl der Kinder	70
2. Die zivilrechtliche Entstehung der Unterhaltspflicht	71
a) Die Entstehung	71
b) Die Höhe der Unterhaltsrente	73
II. Die Täter nach § 170 b StGB: ihre Persönlichkeit	74
1. Das Alter	74
2. Das Geschlecht	84
3. Die schulische Vorbildung	106
4. Die berufliche Gliederung	110
5. Die Vorstrafen	117
6. Die Religionszugehörigkeit	123
7. Das asoziale Moment	127
a) Die Asozialität im allgemeinen	127
b) Die Arbeitsscheu	129
c) Die Vagabondage	131
d) Die Verwahrlosung	132
8. Die Tatmotive	134
III. Die Umwelt der Probanden	137
1. Die Familienverhältnisse der Probanden	138
a) Die Familie als Umwelt	138
b) Die unvollständige Familie	138
c) Die uneheliche Geburt	143
d) Die Vollwaisen	144
e) Die Halbwaisen	146
aa) Die Mutterwaisen	146
(1) Die weiblichen Mutterwaisen	146
(2) Die männlichen Mutterwaisen	148
bb) Die Vaterwaisen	149
(1) Die weiblichen Vaterwaisen	149
(2) Die männlichen Vaterwaisen	150
f) Die Probanden aus geschiedenen Ehen	151
g) Das asoziale und disharmonische Elternhaus	153
aa) Die Bedeutung des Elternhauses	153
bb) Das disharmonische Elternhaus	154
cc) Das asoziale Elternhaus	154

	Seite
h) Die geschiedene eigene Ehe	155
2. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Einkommensverhältnisse der Täter	157
3. Die sonstigen Umweltseinflüsse	163
B. Die einzelnen Begehungsweisen	165
I. Der Wechsel des Aufenthaltsortes	166
II. Der Wechsel des Arbeitsplatzes	168
III. Arbeitslose, die sich um kein Arbeitsverhältnis bemühen	169
IV. Die Aufgabe des Arbeitsplatzes	170
V. Die fehlende volle Ausnutzung der Arbeitskraft	171
VI. Dienstverschleierungs- und Lohnschiebungsverträge	172
VII. Der Wechsel des Berufs	173
VIII. Eintausch des guten Arbeitsplatzes gegen einen schlechteren	174
IX. Verschwendung, um künftige Leistungsunfähigkeit herbeizuführen	175
III. Teil: Die Tatfolgen	176
A. Die wirtschaftlichen Nachteile	176
I. Die Höhe der Unterhaltsrückstände	176
II. Der Umfang und die Art der "öffentlichen" Hilfe	179
III. Die Hilfe "anderer"	181
B. Die Strafverfolgung	183
I. Die Einleitung und Dauer der Ermittlungen	183
1. Die Anzeigeerstattung	183
2. Die Verfahrensdauer	184
II. Die Einwendungen des Beschuldigten gegen den Strafvorwurf	186

	Seite
1. Die sachlichen Einwendungen	186
a) Der zu geringe Verdienst	188
b) Die Arbeitslosigkeit	189
c) Die Krankheit (Kriegsleiden)	189
d) Die Berufung darauf, daß der Täter nicht der leibliche Vater sei	190
e) Die Einwendung, daß die Pfändung der Lohnansprüche zu wenig übriglasse	191
f) Die Einwendung, daß die Kindesmutter auf Unterhalt verzichtet habe	191
g) Die Einwendung, das Kind beanspruchen zu können	192
h) Die Erfüllungseinrede	192
i) Die sonstigen Gründe	193
2. Die Form der Einwendung gegenüber den Behörden	193
C. Die gerichtliche Entscheidung und ihre Wirkung	195
I. Die gerichtliche Entscheidung	195
II. Die Strafart	197
III. Die Strafzumessungserwägungen	201
1. Die "verschwerenden" Strafzumessungsgründe	201
2. Die Strafmilderungsgründe	203
IV. Sichernde und bessernde Maßregeln	204
V. Die Wirkung der Strafaussetzung zur Bewährung	206
IV. Teil: Schluß	214
A. Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit	214
B. Die möglichen Auswirkungen auf die Strafrechtsdogmatik	225
I. Die Ausstrahlung auf das geschützte Rechtsgut	226
II. Die Forderung auf einengende Auslegung des § 170 b StGB	228
1. Der Vergleich mit Art. 217 Schweiz. StGB	228
2. Der Vergleich mit den früheren Entwürfen	230
3. Überlegungen zur Gesetzgebung	231
C. Kriminalpolitische Forderungen unter Berücksichtigung des § 200, E. 1962	233

	Seite
V. Teil: Anhang	238
I. Ergänzende Tabellen	239
1. Die Täter nach § 170 b StGB in der Bundesrepublik nach Altersgruppen	239
2. Alphabetische Gliederung der Berufe der Täter	242
3. Alphabetische Gliederung der Berufe der Vergleichsgruppe	244
4. Die einzelnen Vorstrafen	248
5. Die einzelnen Vorstrafen der weiblichen Täter	250
6. Die Verfahrensdauer im einzelnen	251
II. Fragebogen für die Untersuchung der Gerichtsakten	252
III. Fragebogen für die Untersuchung der Akten des Jugendamtes	256
IV. Tabellenverzeichnis	257
Lebenslauf	261

Literaturverzeichnis

=====

- Aschaffenburg, Gustav Das Verbrechen und seine Bekämpfung,
3. verbesserte Aufl.,
Heidelberg 1923
- Bader, Karl S. Soziologie der deutschen Nach-
kriegskriminalität, Tübingen 1949
Geleitwort zu Siebecke-Giese,
Das Familien- und Lebensbild weib-
licher Straftäter, Stuttgart 1960
- Baumgärtner, Hermann Die Straffälligkeit der mittellosen
Wanderer, Der nichtseßhafte Mensch,
hrsg. von Bayer. Landesverband für
Wanderdienst, München 1938
- Baums, Konstanze Der Unterhaltsanspruch als straf-
rechtlich geschütztes Rechtsgut
(§ 170 b StGB, Kölner jur. Diss.
1954 (maschinenschriftlich)
- Becker, Walter Die strafbare Verletzung der Unter-
haltspflicht, NJW 1955/1906; Ver-
letzung der Unterhaltspflichten,
Rpfl. 1953/289 ff.
- Blum, Rudolf Die Entziehung der Fahrerlaubnis im
Amtsgerichtsbezirk Bonn, Bonner jur.
Dissertation 1961
- Boehmer, Gustav Grundlagen der bürgerlichen Rechts-
ordnung, 1. Buch, Tübingen 1950
- Brandstätter, Heinz Ehe und Kriminalität, Hdwk, Band I,
Berlin und Leipzig 1933, Seite 255-
258
- Brühl, Günter Unterhaltsrecht - Grundbegriffe
und Praxis, 2. Aufl. Bielefeld
1963
- Buschan, Georg Geschlecht und Verbrechen,
3. Aufl., Berlin und Leipzig
(ohne Erscheinungsjahr), Groß-
stadtdokumente, hrsg. von
Hans Ostwald, Bd. 48
- Cohen, Albert K. Kriminelle Jugend, Zur Soziologie
jugendlichen Bandenwesens, Reinbek
b. Hamburg, 1961
- Cathomen, Joseph Familienschutz im schweizerischen
Strafgesetzbuch, Bern/Thuisis, 1944

- Demann, Theodor Die Verletzung der Unterhaltspflicht als strafbare Handlung (§ 361 Ziff. 5 und 10 RStGB), Freiburger jur. Dissertation 1928
- Dührssen, Annemarie Psychotherapie bei Kindern und Jugendlichen, Göttingen 1960
- Dünnebier, Heinz Die kriminelle Gefährdung der Geschiedenen, Mschrkrim., 36. Jahrg., Köln-Berlin 1953, Heft 1/2, S.29-38
- Eckstein, Max Die strafbare Verletzung der Unterhaltspflicht (§ 361 Ziff. 10 RStGB), Strafrechtliche Abhandlungen, Heft 45, Breslau 1903
- Elster, Alexander Landstreicher, Bettler, Vagabunden, Teil A, Psychologisch, soziologisch und kriminologisch, HdwK, Band II, S. 114 bis 120
- Exner, Franz Kriminalpsychologie, HdwK, Band II, S. 10 ff.
Kriminologie, 3. Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg 1949
Studien über die Strafzumessungspraxis der deutschen Gerichte, Kriminalistische Abhandlungen, Heft XVI, Leipzig 1931
- Ferri, Enrico Das Verbrechen als soziale Erscheinung, Grundzüge der Kriminal-Sociologie; autorisierte deutsche Ausgabe von Dr. Hans Kurella, Leipzig 1896
- Fischer-Erling, Josepha Ehekrisen, Wörterbuch der Politik, hrsg. v. Julius Dorneich, Heft VIII, Freiburg 1959, S. 415 bis 426
- Flamm, Franz Die Alterssituation der Stadt Freiburg i. Br. in der Sicht einer planmäßigen Altenhilfe; bearbeitet aufgrund eines Vortrages vor dem Fachausschuß III, "Altenpflege und Altersfürsorge" des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, am 16. und 17. Juli 1958 anlässlich einer Tagung in Freiburg
- Frey, Erwin Frühkriminelle Rückfallverbrecher, Criminalité précoce et Récidivisme, Basel 1951
- Göbbels, Hans Die Asozialen, Über Wesen und Begriff der Asozialität, Hamburg 1947

- Göke, Karl Straßengesetzbuch, in der am 1.8.1947 im britischen Kartellgebiet geltenden Fassung mit den strafrechtl. Vorschriften der Besatzungsbehörden, 1. bis 4. Aufl., Münster/Westfalen 1947
- Goode, William J. Die Struktur der Familie, Köln und Opladen 1960
- Groth, Sepp Kinder ohne Familie, Das Schicksal des unehelichen Kindes in unserer Gesellschaft, Band 8 der Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge, München 1961
- Gruhle, Hans W. Arbeitsscheu, HdWK, Band I, S. 51 ff.
- Hagemann, Max Beruf, HdWK, Band I, S. 113 ff.
Prostitution, HdWK, Band II, S.393 ff.
Vorbestrafte, HdWK, Band II, S.993 ff.
Weibliche Kriminalität, HdWK, Band II, S. 1049 ff.
- Heidegger, Martin Sein und Zeit, 8. unveränderte Auflage, Tübingen 1957
- von Hentig, Hans Das Verbrechen, Band I, Der kriminelle Mensch im Kräftespiel von Zeit und Raum, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1961
Zur Psychologie der Einzeldelikte, Tübingen 1954
- Herold, Hans Heinz Die Kriminalität der Vorbestraften, Kriminalistische Abhandlungen, Heft XXXIV, Leipzig 1938
- von der Heydte, Friedrich August, Freiherr Gesellschaftliche Ordnung und soziale Gebilde, Handbuch der Soziologie, S. 825, hrsg. v. Werner Ziegenfuß, Stuttgart 1956
- von Hippel, Robert Die korrektionelle Nachhaft, Abhandlungen des Kriminalistischen Seminars zu Marburg, Band I, 3. Heft, Freiburg 1889
- Hoffner, Manfred Kriminalität und Schule, Eine Untersuchung über das Verhalten von 163 straffällig gewordenen Minderjährigen während ihrer Schulzeit, Kriminalistische Abhandlungen, Heft XVII, Leipzig 1932
- Jaspers, Karl Allgemeine Psychopathologie, 5. unveränderte Auflage, Berlin und Heidelberg 1948
Philosophie, Band I, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1956

- Jebsen, Jürgen Die §§ 170 a - c StGB, Freiburger jur. Dissertation 1946 (maschinenschriftl.)
- Jungelaussen, Walter - Uwe Der strafrechtliche Schutz der Unterhaltsansprüche, Tübinger jur. Dissertation 1946 (maschinenschriftl.)
- Jürgens, Hans W. Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem, Stuttgart 1961
- Kellerer, Hans Statistik im modernen Wirtschafts- und Sozialleben, Hamburg 1960
- Kern, Eduard Die weibliche Kriminalität, Kriminalistik, 3. Jahrgang 1949, Heft 1/2, S. 6 ff.
- Kleinschmidt, Friedrich Abtreibung, HdwK, Band I, S. 3 ff.
- Kohlrausch-Lange Strafgesetzbuch mit Erläuterungen und Nebengesetzen, 43. Aufl., neu bearbeitet von Richard Lange, Berlin 1961
- König, René Soziologie, Fischer Bücherei KG., Frankfurt a.M., 1958
- Kronfeld, Arthur Asozialität, HdwK, Band I, S. 54 ff.
- Kuhn, Gerhard Das Phänomen der Strichjungen in Hamburg, Schriftenreihe des Bundeskriminalamtes, Wiesbaden 1957/2
- Lang-Hinrichsen, Dietrich Betrachtungen zur Strafrechtsreform, Grundfragen der Strafrechtsreform, Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn 1959
- Leipziger Kommentar Strafgesetzbuch, gegründet von Dr. Dr. Ludwig Ebermayer u.a.; 8. neubearbeitete Auflage, Band 2, Berlin 1958
- Lindenau, Heinrich Beruf und Verbrechen, Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, Band 24, 1904, S. 381 ff.
- Lombrosi, C. und G. Ferrero Das Weib als Verbrecherin und Prostituierte, Anthropologische Studien, autorisierte Übersetzung von Dr. med. Kurella, Hamburg 1894
- Ursachen und Bekämpfung des Verbrechens, Berlin 1902
- Ludwig, Philipp Die Familie - Grundlage unserer Kultur - "Wörterbuch der Politik", hrsg. v. Julius Dorneich, Heft VIII, Freiburg 1959, S. 298 bis 302

- | | |
|--|---|
| von Mangoldt, Hermann | Das Bonner Grundgesetz mit einem Geleitwort von Dr. Gerhard Leibholz; Berlin und Frankfurt a.M. 1953 |
| Mannheim, Hermann
and Leslie T. Wilkins | Prediction Methods in Relation to Borstal Training, London 1955 |
| Mattheis, Gregor | Die Strafaussetzung zur Bewährung im Amtsgerichtsbezirk Gelsenkirchen-Buer, Bonner jur. Dissertation 1961 |
| Maurach, Reinhart | Das deutsche Strafrecht, Besonderer Teil, Ein Lehrbuch, 3. erweiterte Auflage, Karlsruhe 1959 |
| Mehl, Hans Peter | Charakteristika jugendlicher Rechtsbrecher, Freiburger jur. Dissertation 1954 (maschinenschriftl.) |
| Mergen, Armand | Methodik kriminalbiologischer Untersuchungen, Stuttgart 1953 |
| Meyer, Fritz | Rückfallprognose bei unbestimmt verurteilten Jugendlichen, Bonn 1956 |
| Mezger, Edmund | Kriminalpolitik und ihre kriminologischen Grundlagen, 3. erw. Aufl., Stuttgart 1944 |
| | Kriminologie, München und Berlin 1951 |
| | Strafrecht, Besonderer Teil, Ein Studienbuch, 7. Aufl., München und Berlin 1960 |
| Middendorff, Wolf | Die Jugendkriminalität nach dem Kriege, Freiburger jur. Dissertation 1951 (maschinenschriftl.) |
| | Jugendkriminologie, Studien und Erfahrungen, Ratingen b. Düsseldorf 1956 |
| | Soziologie des Verbrechens, Erscheinungen und Wandlungen des asozialen Verhaltens, Düsseldorf 1959 |
| Mittenecker, Erich | Planung und statistische Auswertung von Experimenten, 4. neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Wien 1963 |
| Most, Otto | Allgemeine Statistik, 7. verbesserte und erweiterte Auflage, Baden-Baden 1962 |
| Mühlmann-Bommel | Das Strafgesetzbuch anhand der höchst-richterlichen Rechtsprechung für die Praxis, erläutert von Erich Mühlmann und Gerd Bommel, Straubing 1949 |
| Nass, Gustav | Der Mensch und die Kriminalität, Band III: Kriminalpädagogik, Behandlung und Resozialisierung des Rechtsbrechers, Köln-Berlin 1959 |
| Nährich, Walter | Die Kriminalität der unehelich Geborenen, Kriminolog. Untersuchungen, Heft 2, Bonn 1951 |

- Neuhoff, Franz-Josef Die Kriminalität bei der Deutschen Bundespost, Bonner jur. Dissertation 1957
- Peters, Karl Grundfragen der Strafrechtsreform, Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn 1959
- Pfanzagl, Johann Allgemeine Methodenlehre der Statistik, Band 1, Berlin 1964
- Quante, Peter Lehrbuch der praktischen Statistik, Berlin 1961
- Redhardt, Reinhardt Zur gleichgeschlechtlichen männlichen Prostitution, Beiträge zur Sexualforschung, 5. Heft, Frankfurt a. M. 1954
- Riegel, Hanspeter Die Bestechungskriminalität im Landgerichtsbezirk Essen, Bonner jur. Dissertation 1961
- Ritter, Kurt-Lennart Der praktische Gang der Strafrechtspflege, Kriminologische Untersuchungen (vereinigt mit den "Freiburger Beiträgen zur Strafvollzugskunde"), hrsg. v. H.v.Weber, Bonn u. Th. Würtzberger, Freiburg i.Br., Heft 9, Bonn 1960
- Roesner, Ernst Alter und Straffälligkeit, HdwK, Band I, S. 22 ff.
Geschlecht und Straffälligkeit, HdwK, Band I, S. 574 ff.
Kriminalstatistik, HdwK, Band II, S. 27 ff.
Vorbestraftenstatistik, HdwK, Band II, 1936, S. 1001 ff.
Wirtschaftslage und Straffälligkeit, HdwK, Band II, S. 1079 ff.
- Rohracher, Hubert Kleine Charakterkunde, 6. Aufl., Wien-Innsbruck 1952
- Rothacker, Erich Die Schichten der Persönlichkeit, 5. durchgesehene und mit einem Register ausgestattete Auflage, Bonn 1952
- Sauer, Alfred Frauenkriminalität im Amtsbezirk Mannheim, Heidelberger jur. Dissertation 1912
- Sauer, Wilhelm Kriminologie als reine und angewandte Wissenschaft, Berlin 1950
System des Strafrechts, Besonderer Teil, Köln-Berlin 1954

- Schlusser, Gustav Das Badische Polizeistrafrecht, 3. Aufl., bearbeitet von Ernst Müller, Karlsruhe 1908
- Schmidt, Norbert Die Verletzung der Unterhaltspflicht, Bonner jur. Dissertation 1961
- Schneider, Ernst Person und Charakter, Charakterform und Charakterformer, Leipzig 1941
- Schnell, Karl Anlage und Umwelt bei 500 Rückfallverbrechern, Kriminalistische Abhandlungen, Heft XXII, Leipzig 1935
- Schönke-Schröder Strafgesetzbuch, Kommentar, 11. Aufl. München und Berlin 1963
- Schwaab, Fritz Die soziale Prognose bei rückfälligen Vermögensverbrechern, Kriminalistische Abhandlungen, Heft XI III, Leipzig 1939
- Schwoerer, Julius Die Rechtsstellung des in Deutschland geborenen unehelichen Kindes einer deutschen Mutter und eines französischen Vaters, Freiburg i.Br. 1947
- Seelig, Ernst Lehrbuch der Kriminologie, 2. Aufl. Nürnberg und Düsseldorf, 1951
- Siebecke-Giese, Evemarie Das Familien- und Lebensbild weiblicher Straftäter, Stuttgart 1960
- Sporbeck, Werner Die strafrechtliche Sanktionierung der gesetzlichen Unterhaltspflichten, § 170 b StGB unter Berücksichtigung der durch das Inkrafttreten des Grundgesetzes bedingten Änderungen, Bonner jur. Dissertation 1958 (maschinenschriftl.)
- Spranger, Eduard Psychologie des Jugendalters, 26 Aufl., Heidelberg 1960
- Stumpfl, Friedrich Die Ursprünge des Verbrechens, dargestellt am Lebenslauf von Zwillingen, Leipzig 1936
- Sulimma, Hans-Günter Sittlichkeitsdelikte Jugendlicher in der Gegenwart, Freiburger jur. Dissertation 1961
- Thomae, H. Handbuch der Psychologie, 3. Bd. Entwicklungspsychologie, Göttingen 1959
- Többen, Heinrich Die Jugendverwahrlosung und ihre Bekämpfung, 2. völlig neubearbeitete und erweiterte Auflage, Münster/Westfalen 1927
- Tomforde-Diefenbach-Webler Verwahrlosung, HdwK, Band II, S. 968 ff.
- Tomforde-Diefenbach-Webler Das Recht des unehelichen Kindes und seiner Mutter im In- und Ausland, 5. Aufl. 1953

- Tönnies, Ferdinand Uneheliche und verwaiste Verbrecher, Studien über Verbrechertum in Schleswig-Holstein, Kriminalistische Abhandlungen, Heft XIV, Leipzig 1930
- Tschopp, Hansruedi Die Vernachlässigung von Unterstützungspflichten gemäß rev. Art. 217 des Schweizerischen Strafgesetzbuches, jur. Dissertation Basel/Schw. 1954 (maschinenschriftl.)
- von Uexküll, Jakob Umwelt und Inwelt der Tiere, Berlin 1909
Streifzüge durch die Umwelt von Tieren und Menschen, Bedeutungslehre, Hamburg 1956
- Villinger, Werner Jugendpsychiatrie, in: Das Fischer Lexikon, Medizin 3, Frankfurt/Main 1959
- von Weber, Hellmuth Kriminalsoziologische Einzelforschungen, Ergebnisse und Aufgaben, Jena 1939
- Wehner, Bernd Die Latenz der Straftaten, Schriftenreihe des Bundeskriminalamtes, Wiesbaden 1957/1
- Weinberg, Siegfried Über den Einfluß der Geschlechtsfunktionen auf die weibliche Kriminalität, Juristisch-psychiatrische Grenzfragen, hrsg. v. Finger u.a., Band VI, Heft 1, Halle 1907
- Welzel, Hans Das deutsche Strafrecht, 7. Auflage, Berlin 1960
- Wend, Johannes Untersuchungen an Straflisten vielfach rückfälliger Verbrecher, Kriminalistische Abhandlungen, Band XXXIII, Heft XXIII, Leipzig 1936
- Wolf, Erik Vom Wesen des Täters, Freiburger Eintrittsvorlesung, Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Band 87, Tübingen 1932
- Württemberg, Thomas Aufgaben und Wege der deutschen Strafrechtsgeschichte, Deutsche Rechtswissenschaft, Sonderdruck, 2. Heft, 1942
Das Typenproblem in der Kriminologie, Die Justiz, Sonderdruck, 7. Jahrgang 1958, Seite 245-252
Die geistige Situation der deutschen Strafrechtswissenschaft, Freiburger Rechts- und Staatswissenschaftliche Abhandlungen, Band 7, 2. Aufl., Karlsruhe 1959
Kriminologie - Die Wissenschaft vom Verbrechen - Universitas 1956, Nr. 9 S. 951 ff.

- Württemberg, Thomas Von den Grenzen des Strafrechts,
Universitas, Sonderdruck aus
Jahrg. 3, Heft 7, S. 785 - 790,
Stuttgart 1948
Zur Beurteilung der Persönlichkeit
des Rechtsbrechers vor dem richter-
lichen Urteil, NJW 1952, S. 249-251
- Wulffen, Erich Kriminalpsychologie, Berlin 1926

Sonstige Unterlagen

- Amtlicher Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches nebst Begründung, 1. Teil: Entwurf, 2. Teil: Begründung, Berlin 1925
- Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches nebst Begründung, Berlin 1927, Reichstagsvorlage
- Entwurf eines Strafgesetzbuches E 1960 mit Begründung, Bundesrat Drucksache 270/60
- Entwurf eines Strafgesetzbuches, (StGB), E 1962 mit Begründung, Bundestags-Drucksache IV/650
- Entwürfe zu einem Deutschen Strafgesetzbuch, 1. Teil: Entwurf der Strafrechtskommission 1913, 2. Teil: Entwurf von 1919, 3. Teil: Denkschrift zum Entwurf von 1919, Berlin 1920
- Gegenentwurf zum Vorentwurf eines Deutschen Strafgesetzbuches von Kahl, v. Lilienthal, v. Liszt und Goldschmidt nebst Begründung, Berlin 1911.
- Gürtner, Das kommende Deutsche Strafrecht, Bericht über die Arbeit der amtlichen Strafrechtskommission. 1. Auflage Allgemeiner Teil, Berlin 1934, Besonderer Teil, Berlin 1935; 2. Auflage Allgemeiner Teil, Berlin 1935, Besonderer Teil, Berlin 1936
- Niederschriften über die Sitzungen der Großen Strafrechtskommission, 8. Band, Besonderer Teil, 76. bis 79. Sitzung, Bonn 1959
- Reichsgesetzblatt 1943, Band I
- Reichsgesetzblatt 1894
- Schriften des Reichstages, 1892/93 und 1893/94
- Statistisches Amt der Stadt Freiburg i.Br., Die Sozial- und Berufsstruktur der Freiburger Bevölkerung im Wandel der Zeit: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i. Br. Ergebnisse einer Sondererhebung über die Erwerbsverhältnisse 1955 mit Vergleichszahlen aus früheren Berufszählungen

Statistisches Amt der Stadt Freiburg i. Br., Du und Deine Heimatstadt Freiburg i.Br., zusammengestellt im Jahre 1959

Statistisches Amt der Stadt Freiburg i. Br., Statistischer Zahlenspiegel der Stadt Freiburg i. Br., Januar bis Juni 1961 (mit Vergleichszahlen früherer Jahre)

Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bände 110, 129, 158, 172, 210, 229, 251

Statistische Monatshefte Baden-Württemberg, Heft 10, Oktober 1956

Verhandlungen des Reichstags, 8. Legislaturperiode, 2. Sess. 1892/93

Vorentwurf zu einem Deutschen Strafgesetzbuch mit Begründung, Berlin 1909.

Abkürzungsverzeichnis

Bad.Pol. StGB	Badisches Polizeistrafgesetzbuch
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidung des Bundesgerichtshofes in Strafsachen (Amtl. Entscheidungssammlung)
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (Amtl. Entscheidungssammlung)
BL	Basel - Land
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BW	Baden - Württemberg
Cc	Code civil
DJ	Deutsche Justiz
E	Erläuterung zur graphischen Darstellung
E 1960	Entwurf eines Strafgesetzbuches 1960
E 1962	Entwurf eines Strafgesetzbuches (StGB) 1962
FamRZ	Ehe und Familie, Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FR	Freiburg im Breisgau
Gr.Str.K.	Große Strafrechtskommission
HES	Höchststrichterliche Entscheidungen, Sammlung von Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Strafsachen
HdWk	Handwörterbuch der Kriminologie und der anderen strafrechtlichen Hilfswissenschaften, Band I und II hrsg. v. Elster und Lingemann
JWG	Gesetz für Jugendwohlfahrt
JZ	Juristenzeitung
KP	Kriminalpolizei
Krim.	Kriminologie
LK	Leipziger Kommentar
MschRkrim.	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, hrsg. von Rudolf Sieverts, Hamburg und Hermann Stutte, Marburg

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NRW	Nordrhein - Westfalen
n. s.	nicht signifikant
OLG	Oberlandesgericht
PolKSt	Polizeiliche Kriminalstatistik
RegBl	Regierungsblatt
RGBl	Reichsgesetzblatt
Rpfl.	Der Deutsche Rechtspfleger
sign.	signifikant
Stat. BA	Statistisches Bundesamt
Stat. Jahrb. BRD	Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland
Stat. MH	Statistische Monatshefte
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung

Erster Teil

EINFÜHRUNG

A. Der Ausgangspunkt

=====

I. Aufgabe der Arbeit

Während die verschiedenartigsten Probleme der Verletzung der Unterhaltspflicht schon in strafrechtsdogmatischen Arbeiten behandelt wurden¹⁾, sind kriminologische Untersuchungen bisher kaum durchgeführt worden²⁾. Der Grund hierfür mag darin liegen, daß einmal die Verletzung der Unterhaltspflicht in der heutigen Form erst durch die Verordnung zum Schutz von Ehe, Familie und Mutterschaft vom 9.3.1943³⁾ in Verbindung mit der Durchführungsverordnung vom 18.3.1943⁴⁾ als § 170 b in das StGB eingefügt wurde, eine also relativ junge Gesetzesbestimmung ist, zum anderen darin, daß dieses Delikt erst neuerdings an Bedeutung gewonnen hat⁵⁾. Auf den Ursprung und die Entwicklung dieser Vorschrift wird unter B. eingegangen werden.

In der Begründung zum neuen § 200 E 1962, der an die Stelle des § 170 b StGB tritt, wird ausgeführt, daß § 170 b StGB ausweislich der Kriminalstatistik sehr häufig angewendet wird⁶⁾ und oft das einzige Mittel sei, säumige

1) Vgl. z.B. die Arbeiten von Baums, Demann, Eckstein, Jeben, Jungelaussen, Sporbeck, a.a.O.

2) Als erste Untersuchung dieser Art vgl. neuerdings die Arbeit von Schmidt, a.a.O.; statistisches Vergleichsmaterial findet sich auch bei Tschopp, a.a.O., S.26-41

3) RGBl I S. 140

4) RGBl I S. 169

5) LK, a.a.O., § 170 b Anm. 1

6) Würtenberger, Situation, S. 83, spricht sich im Kapitel "Vom Umbau der Rechtsgüterordnung" für die künftige Beibehaltung der Bestimmung über die Verletzung der Unterhaltspflicht aus, da sie bedeutsamen kriminalpolitischen Bedürfnissen unserer Zeit entspricht.

Unterhaltsschuldner zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Unterhaltspflicht anzuhalten und damit die Unterhaltsberechtigten, zumeist Frauen und Kinder, vor Not zu bewahren⁷⁾. Die Hauptaufgabe dieser Arbeit soll es sein, die tatsächlichen Ergebnisse einer Reihenuntersuchung⁸⁾ der Täter des § 170 b StGB im Bezirk des Amtsgerichts Freiburg i.Br. in den Jahren 1950 bis 1956 darzustellen. Das Vergehen der Unterhaltspflichtverletzung soll in seiner Erscheinungsform im sozialen Leben erforscht werden⁹⁾. Die Resultate sollen dazu dienen, Anhaltspunkte und Anregungen für weitere Untersuchungen zu geben, die für die Behandlung der Täter durch Gesetzgebung und Rechtsprechung von Bedeutung sein können. Hierbei sollen die drei großen ineinander verwobenen und sich überschneidenden Problemkreise der Kriminologie¹⁰⁾ aufgesucht und verarbeitet werden. Bei der

7) § 200 E 1962, S. 354

8) Vgl. Exner, Kriminologie, S. 11 ff. über die dreierlei Arten der Untersuchung, nämlich Einzel-, Reihen- und Massenuntersuchungen. Die Reihenuntersuchung ist die Untersuchung einer Anzahl von Einzelfällen, die in gewissen, kriminologisch bedeutsamen Punkten gleich gelagert sind. Im Gegensatz dazu befaßt sich die Einzeluntersuchung mit der konkreten einzelnen Person und deren Tat, die zu verstehen man bestrebt ist. Die Massenuntersuchung bearbeitet alle bekannt gewordenen Fälle, wie sie in den Kriminalstatistiken der modernen Kulturstaaen erfaßt werden.

9) Vgl. Neuhoff, a.a.O., S. 1 weiter Blum, a.a.O., S. 9

10) Vgl. Würtenberger, Situation a.a.O., S. 39 ff. "Einmal geht es darum, die realen Erscheinungsformen verbrecherischer Handlungen in ihrer Individualität, aber auch in ihrer Typizität möglichst exakt zu beschreiben (phänomenologische Fragestellung). Des weiteren wird erstrebt, die Mannigfaltigkeit der bestimmenden Faktoren der Verbrechensbegehung in ihrem Wesen und ihrem gegenseitigen Zusammenspiel aufzuzeigen (ätiologische Fragestellung). In diesen beiden Problemreichen wird das Verbrechen einmal als Massenerscheinung im Leben der Gesellschaft während einer bestimmten Zeitepoche, zum anderen als individuelles Ereignis im Dasein der einzelnen rechtsbrechenden Menschen angesehen. Schließlich gilt es, tieferen Einblick zu gewinnen in Eigenart, Struktur und Typen der menschlichen Persönlichkeit (anthropologische Fragestellung)"; derselbe, Die Justiz, a.a.O., S. 239.

Durchführung dieser Arbeit interessierte insbesondere die Frage, ob die Unterhaltspflichtverletzung ein typisches Delikt der unehelichen Kindeseltern ist, wie man aufgrund der Erfahrung des täglichen Lebens zu glauben geneigt sein könnte. Die Geburt, die Abstammung, die familiären und sozialen Umstände der Täter schienen in diesem Zusammenhang nicht weniger untersuchungswert wie auch die gesamten sozialen Verhältnisse. Dabei gehen wir von der Hypothese aus, daß Unterhaltspflichtverletzungen in erster Linie von Angehörigen der sozial schwachen Kreise begangen werden.

Zunächst sei klar gestellt, was unter dem Begriff "sozial schwache Kreise" zu verstehen ist. Es gibt seit altersher die Einteilung in Oberklasse und Unterklasse. Die Sozialforschung unterscheidet in der sozialen Schichtung außerdem noch den sogenannten Mittelstand¹¹⁾. Für unsere Einteilung sind entscheidend die schulische Vorbildung, berufliche Stellung, die Einkommensverhältnisse, der Besitz und Lebensstil¹²⁾. Sozial schwach ist also ein Proband, wenn er aufgrund dieser Kriterien der Unterklasse angehört: dies gilt z.B. für einen Volksschüler, der ohne jeden Ehrgeiz, beruflich weiterzukommen, den Beruf eines Hilfsarbeiters ausübt.

Die vorliegende Abhandlung beschränkt sich zwar nur auf einen relativ kleinen Bezirk, auf den des Amtsgerichts Freiburg i.Br. Gleichwohl verliert sie im Hinblick auf das Gesamtbild des Täterkreises und auf das Gesamtproblem nicht an Bedeutung. Denn durch die örtliche Begrenzung des Stoffes ist es möglich, die Untersuchung genauer durchzuführen und auf die Problematik besser einzugehen als bei größeren und umfangreicheren Arbeiten, bei denen die Gefahr besteht, daß das Material dem Bearbeiter über den Kopf wächst und dadurch seine Ergebnisse Fehlerquellen

11) Vgl. Cohen, a.a.O., S. 58

12) Vgl. König, Soziologie, a.a.O., S. 224 f.

bergen, die bei einer sinn- und zweckgerechten Beschränkung hätten vermieden werden können¹³⁾.

Darüber hinaus geben örtlich begrenzte Arbeiten den Anreiz, in anderen Bezirken entsprechende Untersuchungen anzufer-tigen und die unumgänglich notwendigen Vergleichsmöglich-keiten zu schaffen, welche die einzelnen Ergebnisse erst bemerkenswert und für die kriminologische Forschung im ganzen wertvoll werden lassen. Erst durch Parallelunter-suchungen wird es ermöglicht, die dem gegebenen Aktenma-terial selbst innewohnenden Fehlerquellen, die zum Teil auf bewußt oder unbewußt herbeigeführte Mißverständnisse¹⁴⁾ von Probanden und Untersuchungspersonen zurückzuführen sind, zu verringern und brauchbare sowie zuverlässige Er-gebnisse zu erzielen, welche es uns gestatten, die inne-ren Zusammenhänge der Kriminalität zu deuten¹⁵⁾.

II. Das erfaßte Material

Zur Anfertigung der vorliegenden Arbeit standen die Straf-akten des Amtsgerichts Freiburg i.Br. zur Verfügung. Die Untersuchung bezieht sich auf die in einem bestimmten Zeit-raum, nämlich in den Jahren 1950 bis 1956, wegen Verletzung der Unterhaltspflicht Angeklagten und Verurteilten beider-lei Geschlechts und umfaßt sowohl Erwachsene als auch Ju-gendliche und Heranwachsende. Außerdem wurde aus den aus-gewählten Jugendamtsakten eine Kontrollgruppe gebildet, was unter III näher erläutert wird. Sie soll dazu dienen, zu prüfen, ob Unterschiede zu den strafgerichtlich ver-

13) Vgl. Exner, Kriminologie, a.a.O., S. 13; hierzu insbes. auch Bader, Geleitwort für Siebecke-Giese, a.a.O., S. XI, welcher zutreffend darauf hinweist, daß dem in der Kriminalstatistik herrschenden "Gesetz der großen Zahl" mit weiser Zurückhaltung und Vermeidung von un-zulässigen Verallgemeinerungen bei einer kleinen Probandenzahl begegnet werden kann.

14) Vgl. hierzu Kellerer, a.a.O., S. 27 ff., 28

15) Vgl. Kuhn, a.a.O., S. 7

folgten Tätern in der Herkunft, im Familienstand, in der Schulbildung und in der Berufsausübung vorhanden sind.

Das Material selbst war aufschlußreich. Dies gilt besonders für die Strafakten. Die Akten des Jugendamtes, die sich naturgemäß mit einem anderen Stoff befassen, waren nach anderen Gesichtspunkten angelegt und daher nicht so ergiebig wie die Akten des Strafverfahrens. Denn im Strafverfahren werden zunächst polizeiliche Vernehmungen durchgeführt und darüber Protokolle angefertigt, die sich eingehend mit der Person des Täters und des Opfers befassen. Wenn eine Hauptverhandlung stattfindet, so kommt noch die Niederschrift über die Aussagen in dieser Verhandlung hinzu. Schließlich gibt auch das richterliche Urteil Auskunft über die Persönlichkeit des Täters und über die Verhältnisse, in denen er lebt. In jedem Strafverfahren wird außerdem eine Auskunft des Strafregisters eingeholt. Anders hingegen verhält es sich beim Verwaltungsverfahren vor dem Jugendamt. Hier geht es in erster Linie darum, dafür zu sorgen, daß das leibliche und seelische Wohl des Kindes gesichert ist. Darunter versteht man in der Praxis im allgemeinen die regelmäßige Zahlung der Alimente und die geordnete wohnliche Unterbringung. Zwar werden auch hier Protokolle angefertigt und Berichte - regelmäßig von Fürsorgern - erstattet, doch befassen sich diese weniger mit der Person des Unterhaltspflichtigen als vielmehr mit der Sorge um das Wohl des Kindes. Strafregisterauszüge werden nur selten eingeholt. Die Vollständigkeit¹⁶⁾ des Materials ist dadurch verwirklicht, daß von den 214 untersuchten strafrechtlichen Fällen alle Vorgänge erfaßt werden konnten. Bei der gebildeten Kontrollgruppe gelang es, jede ausgewählte Akte heranzuziehen und sorgsam auszuwerten.

16) Vgl. auch Mannheim, a.a.O., S. 52 ff. u. 62 ff. zu den Problemen der Materialerfassung

III. Die Untersuchungsmethode

Eine kriminologische Untersuchung über einen bestimmten Kriminalitätsausschnitt kann nur dann ein annähernd vollständiges und wirklichkeitsgetreues Bild der tatsächlichen Verhältnisse geben, wenn eine genügend große Anzahl von Fällen aus einem längeren Zeitraum vorliegt¹⁷⁾. Als zeitliche Begrenzung wurde die Zeit von 1950 bis 1956 festgelegt. Der Zeitraum von sieben Jahren schien lange genug, um ein Durchschnittsbild aller entsprechenden Fälle zu geben. Er wurde gewählt, weil 1950 bereits wieder eine Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem großen Zusammenbruch von Staat und Wirtschaft im Jahre 1945 eingetreten war. Nach der Währungsreform am 20.6. 1948¹⁸⁾ und der Schaffung der Bundesrepublik am 8.5.1949¹⁹⁾ konnte in dem neu geordneten Staatswesen mit garantierten Rechten auch wieder eine rechtsstaatliche, unabhängige Justiz tätig sein. Die Wirtschaft begann sich aus der langjährigen Erstarrung zu lösen und stand am Beginn einer Epoche der Aufwärtsentwicklung und der Vollbeschäftigung für alle Arbeitskräfte, zugleich aber auch an einer bedeutsamen Wende zur erweiterten Technisierung und Automation. Die Bevölkerung der Bundesrepublik begann, sich wieder von den Kriegswirren zu erholen. Mit der Festigung des allgemeinen Lebensstandards trat auch die der geistigen und moralischen Werte ein. Die "Normalisierung" der Zeit und das Fehlen von außergewöhnlichen, die Kriminalität wesentlich beeinflussenden Ereignissen läßt also ein Kriminalitätsbild erwarten, welches für normale Zeiten typisch

17) Exner, Kriminologie, a.a.O., S. 13; Riegel, a.a.O., S. 3

18) In der französischen Besatzungszone wurde sie erst einen Tag später, also am 21.6.1948, durchgeführt.

19) Der Tag der Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat.

sein dürfte. Diese Tatsachen sind für die kriminologische Untersuchung der Unterhaltspflichtverletzung von Bedeutung, wie wir noch sehen werden. Als Endzeitpunkt für die Untersuchung wurde das Jahr 1956 genommen, weil so eine genügend große Followup-Periode übrig blieb, welche es gestattete, die Probanden auch in ihrer weiteren Entwicklung im Bewährungszeitraum, welcher im allgemeinen 3 bis 4 Jahre betrug, zu verfolgen.

In dem Berichtszeitraum wurden nahezu sämtliche Probanden untersucht, gegen die wegen Verletzung der Unterhaltspflicht ein gerichtliches Verfahren im Amtsgerichtsbezirk Freiburg i.Br. eröffnet worden war. Es handelte sich hierbei um 213 Aktenstücke. In einer Strafakte wurden jedoch 2 Angeklagte in einem Strafverfahren beurteilt, so daß es insgesamt 214 Angeklagte waren. Von diesen wurden vier freigesprochen. Diese vier haben wir nicht untersucht. Die Untersuchung erstreckt sich also auf 209 Aktenstücke mit 210 Angeklagten.

Hierbei ist die Frage nach dem Repräsentationswert zu stellen. Es wird indessen nicht verkannt, daß sich wohl kaum eine allgemeine Regel dafür aufstellen läßt, wieviel Fälle nötig sind, um für die Gesamtentwicklung repräsentativ zu sein²⁰⁾. Ein schlüssiger Beweis anhand weniger Fälle ist oft unmöglich²¹⁾. Die Bedeutung der Auswahl liegt jedoch darin, daß alle Täter in der Zeitspanne von 7 Jahren von der Untersuchung erfaßt werden konnten. Die Größe der Kontrollgruppe aus dem gleichen Zeitraum bietet einige Vergleichsmöglichkeiten.

Bei jeder kriminologischen Untersuchung stellt sich die bedeutsame Frage nach dem Vergleichsmaterial. Dieses muß mit den gleichen Techniken und Methoden und der gleichen Gründlichkeit wie das Testmaterial untersucht werden²²⁾. Da mit der Arbeit von Schmidt²³⁾ erst eine vergleichbare Unter-

20) Exner, Kriminologie, a.a.O., S. 13

21) So Kellerer, a.a.O., S. 15

22) Mergen, Methodik, a.a.O., im Vorwort u. S. 23

23) a.a.O.

suchung vorliegt, wurde noch eine Kontrollgruppe gebildet, welche gewisse, wenn auch begrenzte Vergleichsmöglichkeiten eröffnet und Schlußfolgerungen zuläßt. Die Vergleichsgruppe wurden den Akten des Jugendamtes entnommen. Die amtsgerichtlichen Akten über Unterhaltsprozesse und landgerichtlichen Akten über Ehescheidungsverfahren erwiesen sich als unzureichend für unseren Zweck. In den Unterhaltsprozessen wurden lediglich die Tatsachen vorgetragen, die einen schlüssigen Anspruch dartun; zur Persönlichkeit des Täters war den Akten nichts zu entnehmen. Die Ehescheidungsakten enthielten regelmäßig Scheidungsvereinbarungen, die gleichfalls nicht das für eine derartige Untersuchung erforderliche Material lieferten. Nach Studium von 84 Vorgängen wurde daher die Untersuchung in dieser Richtung aufgegeben. Wesentlich ertragreicher waren die Akten des Jugendamtes. Diese Akten befassen sich mit der Betreuung ehelich und unehelich geborener Kinder und deren Eltern im Rahmen der Aufgaben des Gesetzes für Jugendwohlfahrt vom 11.8.1961²⁴⁾, insbesondere der §§ 4, 5, 6 und 46 des Gesetzes. Das Jugendamt ist gem. § 11 JWG zuständig für alle Minderjährigen - also nicht nur für uneheliche -, die in seinem Bezirk ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Die Zahl der betreuten ehelich bzw. unehelich geborenen Minderjährigen ist im Bezirksbezirk etwa gleich groß²⁵⁾. Das Aktenmaterial des Jugendamtes hatte einen bedeutend größeren Umfang als dasjenige des Amtsgerichts. Während die Akten in der laufenden Registratur des Jugendamtes bis zu 500 Seiten stark waren, gab es keine Strafakte, die mehr als 200 Seiten umfaßte. Angesichts der Vielzahl der Amtsvormundschaften des Jugendamtes²⁶⁾

24) BGBI I, 1206, Neubekanntmachung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 (RGBI I 633) auf Grund des Art. XIV, Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes vom 11. Aug. 1961 (RGBI I, 1193).

25) Unveröffentlichte Angaben des Stadtjugendamtes Freiburg i. Br.

26) Das Stadtjugendamt Freiburg betreut jährlich rund 1800 laufende Fälle.

mußte hier eine sorgfältigere Auswahl getroffen werden. Es wurde daher so vorgegangen, daß die drei am häufigsten beim Jugendamt vorkommenden Anfangsbuchstaben der Geschlechtsnamen der Mündel ausgewählt und aus dieser Auswahl wiederum die Vorgänge der Jahre 1950 bis 1956 herausgesucht und untersucht wurden. Es handelte sich um die Buchstaben H, M und S²⁷⁾. Sonach wurden alle Kindesväter und Kindesmütter bzw. Kindeseltern derjenigen Mündel, die in den Jahren 1950 bis einschließlich 1956 geboren wurden und deren Familiennamen mit H, M oder S anfang, in die Auswahl aufgenommen. Nur solche Kindesmütter, Kindesväter und Kindeseltern durften der Vergleichsgruppe angehören, die bisher nicht wegen Verletzung der Unterhaltspflicht bestraft wurden und die ihren Unterhaltspflichten in vollem Umfang ohne Ergreifung von gerichtlichen Beitreibungsmaßnahmen nachgekommen sind, also bei denen ein sogenannter "Normalfall" oder "Idealfall" vorlag.

Für die Jahre 1950 bis 1956 waren 169 Akten²⁸⁾ zu verzeichnen, bei denen der Familienname des Mündels mit H anfang. Nur 64 Akten mit 119 Probanden entsprachen unseren vorstehenden Auswahlgrundsätzen. In 9 Fällen handelte es sich um die Kindesmutter allein, weil der Kindesvater nicht festgestellt werden konnte, sei es, daß die Kindesmutter die Angaben über ihn verweigerte, sei es, daß

27) Der Buchstabe H war mit insgesamt 810 Vorgängen vertreten, 667 in der stehenden und 143 in der laufenden Registratur; im Untersuchungszeitraum verblieben 242 stehende und 44 laufende Fälle, also insgesamt 286 Akten, von denen jedoch nur 169 beim Jugendamt bearbeitet wurden, weil die restlichen zuständigkeitshalber abgegeben werden mußten, die Kindesmutter also nur zur Entbindung in Freiburg war. Der Buchstabe M war mit 680 Vorgängen, 551 stehenden und 129 laufenden, vertreten. In den Untersuchungszeitraum fielen 173 stehende und 47 laufende Akten. S war der umfangreichste Buchstabe mit 1550 Akten, 1281 stehenden und 269 laufenden, von denen jedoch auch ein Teil zuständigkeitshalber an andere Jugendämter abgegeben werden mußte; in den Untersuchungszeitraum fielen 302 Aktenvorgänge.

28) Vgl. Anm. 27

"Mehrverkehrer" vorhanden waren, die von der Vaterschaft nicht ausgeschlossen werden konnten. Von dieser Auswahlgruppe befanden sich 11 Akten in Lauf, während die restlichen 53 Akten sich bereits in der stehenden Registratur befanden, was bedeutet, daß in diesen Fällen, da sie bereits längere Zeit in der Bearbeitung keine Schwierigkeiten bereiteten, ein Einzelvormund oder eine Vereinsvormundschaft bestellt worden war.

Für den Buchstaben M betrug die Aktenzahl für den Untersuchungszeitraum 220, wovon 63 ausgewählt wurden mit 116 Probanden. Der Buchstabe S umfaßte für den gleichen Zeitraum 302 Akten, von denen 188 den Auswahlgrundsätzen entsprachen, mit 371 Probanden.

Da sämtliche Gerichtsakten, insbesondere Hauptverfahrensakten betreffend die Strafverfahren wegen Unterhaltspflichtverletzung, eingesehen und bearbeitet wurden, ist die Untersuchung insoweit lückenlos. Es wurden auch diejenigen Strafakten untersucht, bei denen ein Strafverfahren wegen anderer Delikte eingeleitet worden war, die Verletzung der Unterhaltspflicht aber mit abgeurteilt wurde. Sofern das Verfahren in die Rechtsmittelinstanz ging, wurde es gleichfalls weiter verfolgt. Nicht untersucht wurden diejenigen Vorgänge, die gar nicht bis zum Amtsgericht gelangten, sondern bereits bei der Staatsanwaltschaft gemäß § 152 oder 153 Abs. 2 StPO eingestellt wurden. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten wurden von der Staatsanwaltschaft zur Auswertung nicht zur Verfügung gestellt.

IV. Die statistische Methode

Die Aufgabe der Statistik im Rahmen dieser Aktenuntersuchung bestand

1. in der Aufbereitung und Veranschaulichung des Zahlenmaterials und
2. in der Analyse des Zahlenmaterials, insbesondere in der Klärung, ob die erarbeiteten Werte im Bereich von Zufallsschwankungen liegen oder charakteristisch für

die Untersuchung, im vorliegenden Fall für die Täter nach § 170 b, sind.

Über die Aufbereitung des Materials wurden bereits im vorangegangenen Kapitel Ausführungen gemacht. Zur Veranschaulichung der erhaltenen Ergebnisse dienten folgende Hilfsmittel:

- a) die Tabellierung der Werte und Errechnung der Prozentzahlen,
- b) die Berechnung von Indizes und
- c) die graphischen Darstellungen.

Im einzelnen wurden folgende Methoden für die Analyse des Zahlenmaterials angewandt.

- a) der χ^2 -Test,
- b) die Vierfelder-Korrelation (Berechnung von r_{ϕ} und
- c) die Berechnung von μ (Mittelwert) und $\tilde{x}$ (Median).

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich nicht um eine Stichprobe wie z.B. bei der Vergleichsgruppe, sondern um alle festgestellten Täter während des angegebenen Zeitraums, die nach jeweils einem Merkmal aufgegliedert wurden, z.B. nach Alter usw. Es wurde jedoch vermieden, jeweils mehr als sechs Gruppen zu bilden.

Im wesentlichen handelt es sich um folgende Problemkreise:

- a) Wie setzt sich die Tätergruppe nach § 170 b StGB zusammen ?
- b) Lassen sich Besonderheiten im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung feststellen ?
- c) Lassen sich hinsichtlich der Entwicklung Unterschiede zur allgemeinen Kriminalität aufzeigen ?
- d) Unterscheiden sich die Verhältnisse im Berichtsbezirk Freiburg von denen im Berichtsbezirk Oberhausen, Basel usw. ?

Daraus folgt, daß es sich um Vergleiche von Verteilungen handelt. Ein geeignetes Mittel zur Durchführung bildet der χ^2 -Test. Mit Hilfe dieses Testes wurde z.B. geprüft, ob

es signifikant ist, daß sich die Zahl der Geschiedenen in der Tätergruppe von der allgemeinen Bevölkerung unterscheidet. Das Vorgehen im einzelnen möge das nachstehende Beispiel zeigen.

Die Bevölkerung Freiburgs setzte sich wie folgt zusammen²⁹⁾:

ledig = 42.481, abzüglich der 0- bis 17-Jährigen, die für die Deliktsart nicht in Frage kommen. Dies sind nach unveröffentlichten Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Freiburg i.Br. 32.491 Personen. Auf solche und ähnliche Schwierigkeiten, die das Ergebnis natürlich verfälschen können, wird in der Arbeit jeweils hingewiesen. Das einfache Beispiel wurde gewählt, um von vornherein solche Vorkommnisse aufzuzeigen und die jeweiligen Überlegungen schematisch zu charakterisieren; mithin:

ledig	42.481	
verheiratet	44.814	
geschieden	1.425	und
verwitwet	5.710	
Sa.	<u>94.430</u>	

Für die Tätergruppe ergab sich:

ledig	92
verheiratet	65
geschieden	49
verwitwet	4

Die Prozentzahlen machen natürlich eine vergleichbarere Aussage, daß nämlich:

bei der Bevölkerung	bei den Tätern
44,98 % ledig	43,81 % ledig,
47,48 % verheiratet,	30,95 % verheiratet,

29) Stat.Amt, Heimatstadt a.a.O., S. 9; diese Zahlen sind zwar für den 31. Dez. 1958 errechnet, doch stimmen die Verhältniszahlen im Familienstand mit denen für frühere Jahre nach unveröffentlichten Angaben des Stat. Amtes der Stadt Freiburg i.Br. grundsätzlich überein, ohne daß wesentliche Verschiebungen eingetreten sind. Für 1950-56 sind keine veröff. Zahlen vorhanden.

1,51 % geschieden und 23,33 % geschieden und
6,05 % verwitwet, 1,90 % verwitwet

sind.

Daß die Tabelle für die geschiedenen Täter erwartungsge-
mäß einen hohen Prozentsatz, nämlich 23,33 % ausweist, ist
sicherlich kein Zufall, jedoch sind die Verhältnisse nicht
immer so klar. Würden wir 210 Personen nach den Prozentzah-
len der Freiburger Bevölkerung aufschlüsseln, erhielten wir
folgendes Resultat:

ledig	94,
verheiratet	100,
geschieden	3,
verwitwet	13.

Der χ^2 -Test kann unvoreingenommen klären, ob diese Ab-
weichung nicht innerhalb des Zufallsbereichs liegt³⁰⁾. Wir
schreiben in der von Mittenecker³¹⁾ dargestellten Form:

f2	f1	n _r
42 481	92	42 573
50 524	69 ³²⁾	50 593
1 425	49	1 474
94 430	210	94 640
n ₂	n ₁	N

$$\chi^2 = \frac{N^2}{n_1 \cdot n_2} \left(\sum \frac{f1^2}{n_r} - \frac{n_1^2}{N} \right) \quad 33)$$

30) Für den Fall, daß der Unterschied zwischen den beiden
Verteilungen nicht auf die zufällige Streuung zurück-
zuführen ist, ist er als signifikant, d.h. bedeutsam
zu bezeichnen.

31) a.a.O. S. 42 ff.

32) Da die Zahl der Verwitweten zu klein ist, wurde sie
zweckmäßigerweise den Verheirateten zugeschlagen.

33) Vgl. Mittenecker, a.a.O. S. 182, Tabelle 4, der wir den
Grad der Wahrscheinlichkeit entnommen haben.

Bei Vergleichen mit der Tätergruppe von Oberhausen, die ja ebenfalls nicht frei von Zufallsschwankungen sein kann (im Gegensatz zur "Großen Zahl" der Freiburger Bevölkerung, der Täter in der Bundesrepublik usw.), liegt der Erwartungswert natürlich zwischen den beiden jeweiligen Zahlen.

Die χ^2 -Methode ist ein nicht gerichteter Test. Mit Hilfe der Prozentzahlen wurde jedoch vorher jeweils geklärt, ob die zu vergleichenden Ergebnisse größer oder kleiner sind.

Wir hielten es für notwendig, die Signifikanzgrenze bei 1 % zu setzen, um gegebenenfalls zu vermeiden, daß Zufallswerten zu große Bedeutung beigemessen wird, denn erstens fehlte eine geeignete Kontrollgruppe³⁴⁾ und zweitens ist eine Wiederholung der Untersuchung im eigentlichen Sinne nicht möglich, da natürlich eine Auswertung des Zahlenmaterials im gleichen Zeitraum grundsätzlich zu gleichen Ergebnissen führt.

Bei der Untersuchung, ob Frauen aus gestörtem Elternhaus in Bezug auf Straftaten anfälliger sind als Männer, reichte die soeben beschriebene Methode nicht aus. Es galt zwei Merkmale und ihre etwaige Beziehung zueinander zu beschreiben. Hier bedienten wir uns der Vierfelder-Korrelation. Es wurde festgestellt, wie viele der männlichen und weiblichen Täter jeweils aus gestörten Elternfamilien stammen. Das Ergebnis war folgendes:

weibliche Täter

37 aus gestörten Familien,

14 aus nicht gestörten Familien;

34) Die vorhandene Vergleichsgruppe unterscheidet sich zwar in dem Merkmal Täter:Nichttäter, sie war jedoch für den Vergleich nicht brauchbar, da es sich um Akten des Jugendamtes und somit um einen repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt handelte (vgl. auch unsere Ausführungen zum Material, S. 4 ff.)

männliche Täter

79 in Ordnung,
56 nicht in Ordnung,
24 ohne Angaben.

Da erfahrungsgemäß solche Angaben von den Tätern nicht verschwiegen werden, war es gerechtfertigt, die 24 im Verhältnis 56 : 79 aufzuschlüsseln. Daraus folgt:

männliche Täter	gestörtes Elternhaus	66,
	nicht gestörtes Elternhaus	93.

Es ergibt sich also:

		Frau		
		ja	nein	
gestört	ja	37	66	103
	nein	14	93	157
		51	159	210

Nun berechnet sich r_{ϕ} wie folgt³⁵⁾:

$$r_{\phi} = \frac{37 \cdot 93 - 210/2}{\sqrt{103 \cdot 107 \cdot 51 \cdot 159}} = 0,26$$

r_{ϕ} kann Werte von 0 bis 1 annehmen. Daraus kann abgeleitet werden, daß durchaus eine Korrelation zwischen den beschriebenen Merkmalen vorhanden ist.

χ^2 berechnen wir mit:

$$\chi^2 = N \cdot r_{\phi}^2 \quad 36)$$

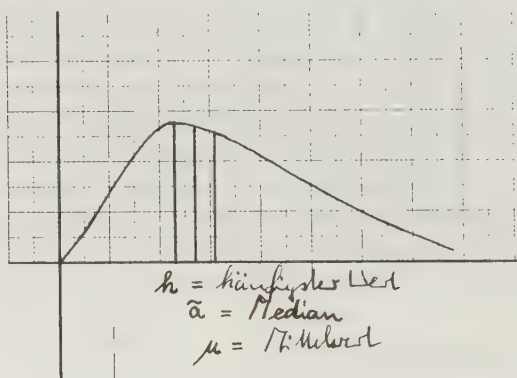
35) Vgl. Mittenecker, Anm. 81 ff.

36) Vgl. Mittenecker, Anm. 86

Weitere Untersuchungen dieser Art ließ das Material, wie wir bereits ausführten, nicht zu.

Auch für eine wünschenswerte eingehendere Erörterung der Altersstruktur reichte der χ^2 -Test nicht aus. Es genügte nicht festzustellen, ob sich Unterschiede im Vergleich zur Bundesrepublik, Oberhausen usw. ergaben, sondern welcher Art diese Unterschiede waren. Deshalb stellten wir die Summenverteilung auf und errechneten Mittelwert und Median³⁷⁾.

Der Mittelwert ist das arithmetische Mittel in Bezug auf die Klasseneinheit. Der Median ist der Wert, bei dem die Verteilung 50 % erreicht (wiederum bezogen auf die Klassen).



Da es sich beim Alter um ein stetiges Merkmal handelt (es hat einen Sinn³⁸⁾, von 32,2 Jahren zu sprechen), war die Berechnung des Median sinnvoll und aufschlußreich.

37) Vgl. Pfanzagl, a.a.O. S. 26, und Mittenecker, a.a.O. S. 10 ff., vgl. auch S. 80 ff. dieser Arbeit

38) Statistisch gesehen ist es sinnvoll, nicht nur von vollen Jahren, sondern auch von Bruchteilen zu reden, um ein möglichst genaues Ergebnis zu erhalten.

Weiterhin kann man aus der Lage von Median und Mittelwert Rückschlüsse auf die Dispersion (Streuung der Werte) ziehen.

Bei der Berechnung der Indizes, insbesondere der Kettenindizes, folgten wir einer Anregung von Most³⁹⁾, der dieses Mittel zur Veranschaulichung von wirtschafts-statistischen Zusammenhängen benutzt. Es schien uns auch für diese Arbeit brauchbar, obgleich diese Methode, soweit ersichtlich war, in der Kriminalstatistik nicht eingeführt ist.

Sie fand Anwendung, wenn es galt, die Entwicklung der allgemeinen Kriminalität bzw. der Vergehen nach § 170 b StGB zu verdeutlichen. Sofern es sich hierbei um die Bezirke Freiburg und Oberhausen handelte, mußten wir uns jedoch darauf beschränken, einen "Trend" aufzuzeigen, da es wegen des Zahlenmaterials zu Schwankungen kam⁴⁰⁾.

Alle anderen Berechnungen, z.B. die des Durchschnittsalters, waren elementarer Art, so daß es sich erübrigt, eigens darauf einzugehen. Hinsichtlich des etwaigen Einwands, daß die Prozentzahlen usw. auf zwei Dezimalen angegeben werden, sei angemerkt, daß diese Tatsache nicht aus einer Überschätzung des vorhandenen Materials resultiert, sondern daß hiermit nur einer Konvention gefolgt wurde⁴¹⁾.

V. Die Dunkelziffer⁴²

Es steht fest, daß keine Kriminalstatistik über die Zahl der Verbrecher Auskunft geben kann, deren Straftaten zwar bekannt, die aber - abgesehen von ihrer Nichtermittlung -

39) a.a.O., S. 88 ff., a.a.O., S. 111

40) Vgl. hierzu die Zahlen in Tab. 7 S. 38, die erkennen lassen, daß diese nicht stetig angestiegen sind.

41) Vgl. Quante, a.a.O., S. 413 f.

42) Der eingebürgerte Begriff "Dunkelziffer" soll hier im Sinne von Exner - Kriminologie, a.a.O. S. 15, und Mezger, Kriminologie, a.a.O. S. 13; vgl. auch die eingehende Darstellung bei von Hentig, Psychologie, a.a.O., S. 67 ff. - verstanden werden als "eine Spannung zwischen der Zahl der wirklich begangenen und der statistisch ausgewiesenen Verbrechen".

nicht bestraft wurden. Aus ihr ist nicht ersichtlich, ob der mangels Beweises Freigesprochene nicht dennoch Täter ist. So werden von der Kriminalstatistik alle jene Gesetzesverletzungen nicht erfaßt, die ungesühnt oder unbekannt bleiben. Die Kriminalstatistik ist lediglich eine Erfolgsstatistik der Kriminalpolizei⁴³⁾. Sie ist ihrem Wesen nach nicht Verbrecherstatistik, sondern Verurteilungsstatistik⁴⁴⁾.

Indessen ist hier Exner zu folgen, der in dieser Schwäche der Kriminalstatistik, die durch die Dunkelziffer bedingt ist, für kriminologische Untersuchungen kein Hindernis sieht unter der Voraussetzung, daß der zahlenmäßig bekannte Teil repräsentativ ist⁴⁵⁾. Dem Kriminologen ist es grundsätzlich gleichgültig, ob er den ganzen Umfang der Kriminalität überblickt oder nur einen kleinen Bruchteil. Er pflegt im allgemeinen auch nur eine nach bestimmten Gesichtspunkten ausgewählte Gruppe zu untersuchen, von der er annehmen kann, daß sie einen guten Repräsentationswert abgibt. Denn es geht ihm lediglich darum, ob und inwieweit die der Statistik entnommenen Tatsachen für die gesamte Verbrechensmasse symptomatisch sind⁴⁶⁾.

Nach den vorliegend untersuchten Fällen dürfte die sog. Dunkelziffer keinesfalls die Bedeutung haben, wie es z.B. bei der Abtreibung oder den Sittlichkeitsdelikten der Fall ist⁴⁷⁾. Wenn es schon so weit kam, daß der Unterhaltspflichtige seine Pflichten verletzte, so waren die Familienbande regelmäßig schon dermaßen zerstört, daß kein Teil Hemmungen hatte, Anzeige zu erstatten, zumal er selbst meist nichts zu verlieren, sondern bestenfalls zu gewinnen hatte,

43) Quante, a.a.O., S. 413

44) Mezger, Kriminalpolitik, a.a.O., S. 134;
ders. Krim., a.a.O., S. 13

45) Exner, Krim. a.a.O., S. 15; vgl. a. Kellerer, a.a.O., S. 165

46) Exner, Krim. a.a.O., S. 15/16

47) Vgl. Wehner, a.a.O., S. 33 ff., 41 ff. sowie die Verhältniszahlen auf S. 91 ff.; weiter Kleinschmidt, a.a.O., S. 3 ff. und die dort zitierte zahlreiche Literatur

nämlich den Genuß des Unterhaltsbeitrags. Handelte es sich aber - wie meist⁴⁸⁾ in den hier untersuchten Fällen - um einen unehelichen Elternteil, so scheute sich der Amtsvor-
mund noch weniger, gegen den hartnäckigen Unterhaltsschuld-
ner ein Strafverfahren einzuleiten. Daraus kann geschlossen
werden, daß das Vergehen der Unterhaltspflichtverletzung in
aller Regel zur Anzeige und damit zur Untersuchung kommen
wird⁴⁹⁾.

VI. Der Untersuchungsbezirk

1. Allgemeines

Bei einer kriminologischen Untersuchung ist die Sozialstruk-
tur der Bewohner des Berichtsbezirks von besonderer Bedeu-
tung. Daher sei diesem Abschnitt auch besondere Aufmerksam-
keit und ein entsprechend großer Raum gewidmet.

Der Bezirk des Amtsgerichts Freiburg i.Br. Stadt deckt sich
im wesentlichen mit dem Raum der Stadt Freiburg i.Br., be-
stehend aus 20 Stadtteilen. Über die zahlenmäßige Verände-
rung in der Einwohnerschaft gibt Tabelle 1 Aufschluß⁵⁰⁾
(siehe S. 20). Die Gemarkungsfläche umfaßt 7 998 ha⁵¹⁾.
Freiburg gehört zu den walddreichsten Städten der Bundesre-
publik; der Waldbestand beträgt 46,4 % der Bodenfläche. Die
Gesamtheit der Einwohnerschaft setzt sich aus Personen mit

48) Vgl. unsere feststellenden Betrachtungen unten im
2. Teil, Anschn. A, Unterabschn. I, Kap. 1 c, S. 65 ff.

49) Ebenso: Wehner, a.a.O., S. 86;
anderer Ansicht ist Schmidt, a.a.O., S. 20, welcher an-
nimmt, daß das Opfer der Unterhaltspflichtverletzung
aus Scham schweigt oder den Täter vor Strafe schützen
will, sowie die Familienangehörigen des Tatopfers u.U.
bei einem Strafverfahren für ihr Ansehen fürchten.

50) Statistisches Amt, Zahlenspiegel, a.a.O., nicht pagi-
niert

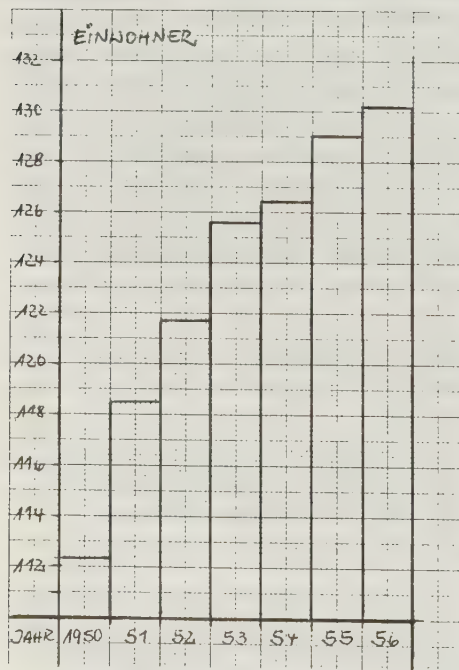
51) Statistisches Amt, Heimatstadt a.a.O.; da über die Ent-
wicklung während des Untersuchungszeitraumes keine ver-
öffentlichten Angaben vorliegen, wurden diese Angaben
vom Dezember 1958 mitgeteilt, die mittelbare Rück-
schlüsse zulassen.

Tabelle 1

Die Zunahme der Einwohnerschaft im Berichtsbezirk⁵²⁾

<u>Jahr</u>	<u>Einwohnerzahl⁵³⁾</u>
1950	112 315
1951	118 525
1952	121 713
1953	125 617
1954	126 568
1955	128 978
1956	130 761

Diese Entwicklung läßt sich graphisch folgendermaßen darstellen:



Graphische Darstellung
zu Tabelle 1

52) Unveröffentlichte Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Freiburg i.Br.

53) Personen mit I. und II. Wohnsitz

Haupt- oder ständigem Wohnsitz und aus Personen mit einem zweiten Wohnsitz in Freiburg zusammen. Bei den letzteren handelt es sich hauptsächlich um Studenten der Hochschulen, die sich nur vorübergehend in Freiburg aufhalten, ohne sich an ihrem Heimatort abzumelden. Die Angehörigen der Stationierungsstreitkräfte betragen ca. 6 000 Personen. 3 046 Personen - 2,2 % - sind Ausländer. Außerdem sind 15 816 - 11,5 % - der Gruppe Flüchtlinge und Heimatvertriebene zuzurechnen.

2. Zunahme der Bevölkerung

Nach dem Großangriff auf Freiburg im November 1944 war die Bevölkerung von rund 108 500 auf etwa 40 000 zusammengeschrumpft. Nach Beendigung der Feindseligkeiten nahm die Einwohnerschaft rasch wieder zu. Seit der großen Volkszählung am 13. September 1950 - hat die Freiburger Bevölkerung einen Zuwachs um 28 197 Personen - das sind 25,7 % - erfahren. Von den 126 921 ständig in Freiburg wohnenden Personen sind⁵⁴⁾

Tabelle 2

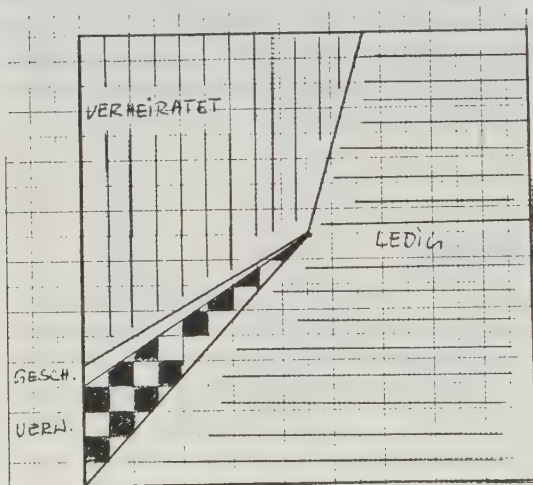
Der Personenstand der Freiburger Bevölkerung

<u>Personenstand</u>	<u>Zahl</u>		<u>%</u>
ledig	74 972	oder	50,4
verheiratet	44 814	"	35,4
verwitwet	5 710	"	4,1
geschieden	1 425	"	1,1
	<u>126 921</u>		<u>.-</u>

54) Vgl. Fußnote 29) S. 12

Das Diagramm sieht sonach wie folgt aus:

Graphische Darstellung zu Tabelle 2^{E)}



Nach Konfessionen gehören Kirchen und religiösen Gemeinschaften an⁵⁵⁾:

Tabelle 3
Die Konfessionen im Berichtsbezirk

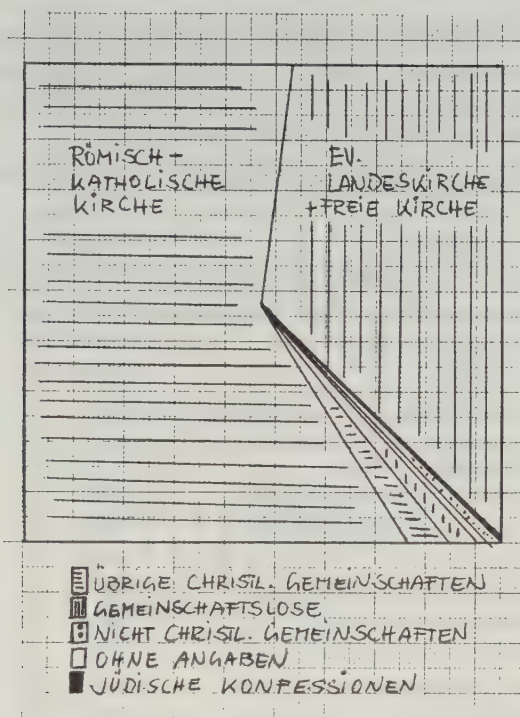
	<u>Zahl</u>	<u>%</u>
Evangelische Landeskirche und Freie Kirche	45 794 oder	36,08
Römisch Katholische Kirche	77 384 "	60,97
Übrige christliche Gemein- schaften	1 966 "	1,55
Jüd. Konfession	101 "	0,08
Nicht christliche Gemein- schaften	388 "	0,31
Gemeinschaftslose	1 150 "	0,91
ohne Angaben	138 "	0,11
	<u>126 921</u>	<u>-.-</u>

55) Wie Anm. 51 S. 19

E) Die Anteile jedes einzelnen Familienstandes sind in einem Kreisausschnitt dargestellt; $360^\circ = 100\%$

Wir erhalten dann nachstehendes graphisches Bild:

Graphische Darstellung zu Tabelle 3 ^{E)}



3. Die wirtschaftliche Entwicklung

Die Stadt Freiburg i.Br. besitzt bereits eine neue Bestandsaufnahme aus dem Jahre 1956, die Aufschluß über das Ausmaß der einschneidenden Änderungen im gesamten Wirtschaftsgefüge ihrer Bevölkerung gibt⁵⁶⁾. Aus ihr läßt sich entnehmen, daß Freiburg keine Großindustrie hat, die Klein- und Mittelbetriebe des Gewerbes vielmehr vorherrschen.

⁵⁶⁾ Statistisches Amt, Die Sozialstruktur, a.a.O.

E) Auch hier werden die prozentualen Anteile durch Kreissegmente dargestellt, wobei $360^\circ = 100\%$ sind.

Freiburg ist eine typische Handwerker-, Universitäts- und Fremdenverkehrsstadt geblieben und wird in ihrem Charakter hierdurch geprägt.

Es wurden 1958/59⁵⁷⁾ 109 industrielle Betriebe mit insgesamt 12 600 beschäftigten Personen ermittelt. Von diesen waren rund 4 000 weibliche Personen; 9 700 waren Arbeiter und Lehrlinge und 2 900 Inhaber und Angestellte.

Nach Industriegruppen aufgeteilt entfallen in runden Zahlen auf⁵⁸⁾

Tabelle 4

Die Verteilung der Beschäftigten nach Industriegruppen

Chemie (Kunstfaser)	3 300
Textilgarne	1 400
Elektrotechnik	1 900
Papierherzeugung, Papierverarbeitung und Druck	1 450
Sägewerk und Holzbearbeitung	820
Nahrungs- und Genussmittel	1 120
Stahlbau	460
Maschinen- und Fahrzeugbau	640
Feinmechanik und Optik	380
Ziehereien und Kaltwalzwerke	320
Steine und Erden	200
Sonstige	100

Von großer Wichtigkeit ist für diesen Abschnitt schließlich noch der berufliche Aufbau der Bevölkerung und die enge Wechselbeziehung zwischen Bevölkerungsaufbau und Erwerbstätigkeit. Am Stichtag der Zählung im Jahre 1956 hatte die Stadt Freiburg eine Wohnbevölkerung von 130 761 Einwohnern.

Die soziale Stellung der Wohnbevölkerung in den Jahren 1950 und 1956 läßt sich aus folgender Darstellung ersehen⁵⁹⁾:

57). Für den Zeitraum 1950-56 fehlen stat. Unterlagen; sie liegen erst ab 1959 vor; dennoch wurden diese Angaben herangezogen, da keine wesentliche Veränderung in der Struktur der Industrieverteilung eintrat.

58) Statistisches Amt, Heimatstadt, a.a.O., S. 21

59) Statistisches Amt, Die Sozialstruktur, a.a.O., S. 17/18

Tabelle 5

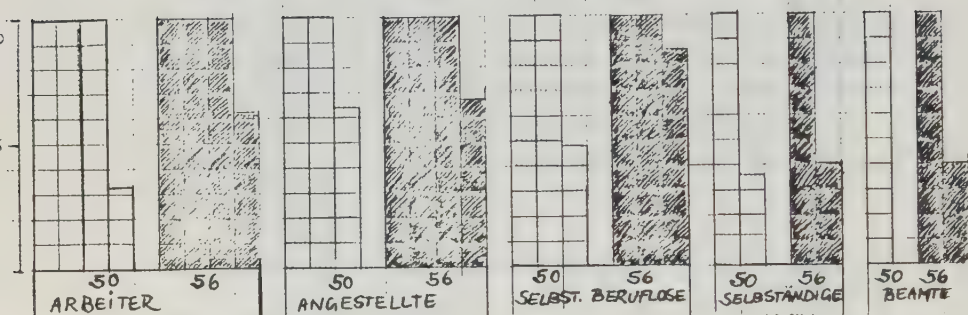
Die soziale Stellung der Wohnbevölkerung

	1950		1956		Veränderung: Zu-(+) oder Abn. (-)		Strukturelle Veränderung
	Zahl	v.H.	Zahl	v.H.	Zahl	v.H.	
Selbständige	13554	12,35	14054	10,75	+ 500	+ 3,69	- 1,60
mithelfende Familienangehörige ⁶⁰⁾	1961	1,79	1231	0,94	- 730	- 37,23	- 0,85
Beamte	9764	8,90	14050	10,75	+ 4286	+ 43,90	+ 1,85
Angestellte	26378	24,04	36616	28,00	+ 10238	+ 38,81	+ 3,96
Arbeiter	33291	30,34	36313	27,77	+ 3022	+ 9,08	- 2,57
selbständige ⁶¹⁾ Berufslose	24769	22,58	28497	21,79	+ 3728	+ 15,05	- 0,79
Gesamtbevölkerung	109717	-.-	130761	-.-	+ 21044	+ 19,18	

60) Dies sind die Angehörigen der Erwerbspersonen ohne eigenen Hauptberuf

61) Diese Gruppe umfaßt diejenigen, die zwar keinem Hauptberuf zum Zwecke des Erwerbs nachgehen, aber wirtschaftlich selbständig sind; sie besteht vorwiegend aus Rentner, Pensionsären und Unterhaltsempfängern.

Graphische Darstellung zu Tabelle 5^{E)}



Der Wandel in der Sozialstruktur der Wohnbevölkerung, der durch die Zusammenfassung der Erwerbspersonen mit ihren berufslosen Angehörigen ersichtlich wird, zeichnet sich durch die Ablösung des Übergewichts in den beiden großen sozialen Schichten, der Arbeiterschaft und der Angestelltenschaft, deutlich ab. Aus zählungstechnischen Gründen sind dabei die Hausangestellten den Arbeitern hinzugerechnet worden. Trotzdem ist die Bedeutung der einst stärksten Sozialgruppe hinter der Angestelltenschaft zurückgeblieben, wenn auch der Abstand zwischen beiden nur minimal ist.

Dies bedeutet, daß die Arbeiterschaft im Berichtsbezirk heute nicht mehr die führende Rolle einnimmt, die sie zu Beginn der Industrialisierung eingenommen hat.

Gerade für die vorliegende Untersuchung sind die vorstehenden Daten von großem Interesse, wobei u.a. die Frage zu klären ist, ob die Unterhaltstäter einer bestimmten sozialen Schicht angehören und wenn ja, welcher Sozialschicht.

E) Hier wurde das Blockdiagramm angewandt, da es sich um unstetige Merkmale handelt, die verbildlicht werden;
 0,25 mm² entsprechen 500 Personen.

B. Die historische Entwicklung der Strafbarkeit der Unterhaltspflichtverletzung

=====

Der Sinn einer gesetzlichen Bestimmung, eines einzelnen Rechtsstaates wie auch des rechtswissenschaftlichen Denkens fordert eine Rückbesinnung auf die Geschichte⁶²⁾. Dies gilt in gleicher Weise für die Rechtsgestaltung durch den Gesetzgeber, die Rechtsprechung durch den Richter und die Rechtsforschung durch den Gelehrten. Die kriminologische Forschung bedarf dieser historischen Sicht in besonderem Maße. Sie befaßt sich vor allem mit der Erforschung der rechtsbrechenden Persönlichkeit.

Die strafrechtliche Verletzung der Unterhaltspflicht hat eine langwierige gesetzgeberische Entwicklung durchgemacht, bis sie durch die Verordnung zum Schutz von Ehe, Familie und Mutterschaft vom 9.3.1943⁶³⁾ als Vergehenstatbestand unter gleichzeitiger Aufhebung des § 361 Ziff. 10 StGB neu formuliert und als § 170 b StGB ihren Niederschlag gefunden hat. Der ursprünglich alleinige gesetzgeberische Gedanke war der, die Wohlfahrtsbehörden gegen mißbräuchliche Beanspruchung durch Unterhaltspflichtige, die sich dieser Pflicht entzogen, zu schützen⁶⁴⁾.

Die Wurzel der Bestimmung über den Schutz der Wohlfahrtsbehörden, aus welcher sich die strafrechtliche Regelung der Verletzung der gesetzlichen Unterhaltspflicht entwickelt

62) Vgl. Würtemberger, Situation, a.a.O. S. 32

63) RGBl I S. 140; vgl. a. die DurchführungsVO v. 18.3.1943 RGBl I S. 169

64) Vgl. hierzu Eckstein, a.a.O. S.4, welcher die erhöhte Inanspruchnahme der Armenbehörden auf die Freizügigkeit im Gebiet des Deutschen Bundes zurückführt, wodurch die Möglichkeit, in einer anderen Gegend Arbeit zu suchen, zur Trennung von Familien und Lockerung der Familienbände geführt und die Einstellung der Unterstützungsgewährung zur Folge gehabt habe. Einen weiteren Grund sieht er im Bruch des Reichsrechts mit dem Heimatprinzip, wodurch reiche Städte zum Anziehungspunkt für Arme wurden. Der aus seiner armen Geburtsgemeinde Verziehende konnte sich nunmehr in verhältnismäßig kurzer Zeit in einer reicheren Gemeinde einen Unterstützungswohnsitz gründen.

hat, findet sich in Art. 24 des Württembergischen Polizeistrafgesetzbuches vom 2. Oktober 1839, wo die Bestrafung Arbeitsscheuer vorgesehen war, ebenfalls aus dem Gedanken heraus, die Armen- und Fürsorgebehörden vor der Inanspruchnahme durch die Asozialen zu bewahren. Das preußische Gesetz über die Bestrafung der Landstreicher, Bettler und Arbeitsscheuen vom 6. Januar 1843 übernahm in § 6 Ziff. 1 die Gedanken aus dieser württembergischen Gesetzesbestimmung in variierteter Form und schuf den Wortlaut des heutigen § 361 Ziff. 5 StGB. Danach ging § 6 Ziff. 1 des genannten preußischen Gesetzes in § 119 Ziff. 1 des preußischen Strafgesetzbuchs vom 14. April 1851 über, und schließlich wurde die letztere Bestimmung als § 361 Ziff. 5 in das Reichsstrafgesetzbuch übernommen⁶⁵⁾. Der bei Schaffung der Gesetzesbestimmung angestrebte gesetzgeberische Zweck wurde indessen nicht erreicht⁶⁶⁾, weil man einen Großteil der Unterhaltspflichtigen, welche sich ihrer Unterhaltspflicht entzogen, mit dieser Bestimmung nicht treffen konnte. Nicht bestraft werden konnten nämlich diejenigen, die trotz vorhandener Leistungsfähigkeit ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommen wollten, also nicht zahlungswillig waren. Voraussetzung für die Anwendung des § 361 Ziff. 5 und seiner Vorgänger ist, daß sich der Täter dem Spiel, Trunk oder Müßiggang hingibt und dadurch in einen Zustand gerät, in welchem

"zu seinem Unterhalte oder zum Unterhalte derjenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, durch Vermittlung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß."

Man strebte daher schon wenige Jahre nach Schaffung des § 6 Ziff. 1 des preußischen Gesetzes vom 6. Januar 1843 eine Verbesserung bzw. Ergänzung dieser Vorschrift an. So wurde bei den Beratungen über das Abänderungsgesetz vom 14. April 1856 zum preußischen Strafgesetzbuch beantragt,

65) Sporbeck, a.a.O. S. 4

66) Vgl. a. Eckstein, a.a.O., S 7/8

in § 119 Ziff. 1 die Worte "in einen Zustand versinkt" zu streichen⁶⁷⁾, um eine Ausdehnung der Vorschrift auf nicht erfaßte Fälle zu erreichen und den strafrechtlichen Schutz der Armenbehörden vor mißbräuchlicher Inanspruchnahme zu erweitern. Im Jahre 1892 befaßte sich der Reichstag ergebnislos mit dieser Frage. Am 28. Februar 1893 wurde dem Reichstag der "Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Änderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz und die Ergänzung des Strafgesetzbuches" vorgelegt⁶⁸⁾. In Art. 2 des Entwurfs war vorgesehen, hinter § 361 Ziff. 5 StGB eine Ziffer 5a als neue selbständige Bestimmung einzufügen. Dadurch sollte die Anwendung des § 362 StGB⁶⁹⁾ auf die neue Bestimmung ermöglicht werden. Jedoch erst am 21. November 1893 kam es zu einer erneuten Vorlage des zurückgestellten Entwurfs. In der Schlußabstimmung vom 8. Februar 1894 wurde die neue Bestimmung hinter Ziff. 9 eingefügt und mit folgendem Wortlaut als § 361 Ziff. 10 StGB angenommen:

"Mit Haft wird bestraft,
wer, obschon er in der Lage ist, diejenigen, zu
deren Ernährung er verpflichtet ist, zu unterhalten,
sich der Unterhaltspflicht trotz der Aufforderung
der zuständigen Behörde derart entzieht, daß durch
Vermittlung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch
genommen werden muß.

In den Fällen der Nr. 9 und 10 kann statt der
Haft auf Geldstrafe bis zu 150 Mark erkannt
werden."

Diese Gesetzesbestimmung wurde durch Art. 2 des Gesetzes betreffend die Änderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz und die Ergänzung des Strafgesetzbuches vom 12. März 1894⁷⁰⁾ in den § 361 eingefügt und trat gem. Art. 3 des Gesetzes am 1. April 1894 in Kraft.

67) von Hippel, Nachhaft, a.a.O., S. 27

68) Verhandlungen des Reichstages, 8. Leg.Per., II. Sess. 1892/93, 2. Anl. Bd., S. 751

69) Betreffend die korrektionele Nachhaft im Arbeitshaus

70) RGBl 1894 S. 261

Auch die Vorschrift des § 361 Ziff. 10 bedurfte einer Weiterentwicklung⁷¹⁾. Man wurde sich sehr bald bewußt, daß mit dieser Fassung des Gesetzes nicht nur der Schutz der Armenbehörden, sondern ebensosehr derjenige der gesetzlichen Unterhaltsansprüche erreicht wurde. Es war daher nahelegend, daß man angesichts der beiden völlig verschiedenen Rechtsgüter, welche man durch eine Bestimmung geschützt hatte, den Schutz der beiden Rechtsgüter in zwei getrennten Vorschriften verankern wollte⁷²⁾. Auch entstanden Zweifel darüber, welches Rechtsgut in erster Linie geschützt sei. Hierzu kam, daß die Anwendung der Vorschrift in der Praxis äußerst schwierig war. Das Verfahren war zu umständlich und schwerfällig, um in praxi zufriedenstellend gehandhabt zu werden. Zuerst mußte der Unterhaltsschuldner von der zuständigen Behörde zur Erfüllung seiner Unterhaltungspflichten angehalten werden, und weiter war erforderlich, daß der Unterhaltsberechtigte durch Vermittlung der Behörde auch noch fremde Hilfe in Anspruch nehmen mußte. So war es dem Unterhaltsschuldner möglich, der Strafverfolgung auszuweichen⁷³⁾. Der mit der Schaffung jener Vorschrift erstrebte Zweck war also keineswegs erreicht worden. Man war daher in der Folgezeit bestrebt, eine verfahrenstechnisch bessere und hinsichtlich der abschreckenden Wirkung der Strafandrohung empfindlichere Strafvorschrift zu schaffen. Im Jahre 1909 wurde der Vorentwurf zu einem Deutschen Strafgesetzbuch veröffentlicht, dessen § 306 Ziff. 1 lautete:

"Mit Geldstrafe bis zu 300 Mark oder mit Haft oder Gefängnis bis zu 3 Monaten wird bestraft, wer sich den ihm gesetzlich obliegenden Unterhaltungspflichten, zu deren Erfüllung er imstande ist, derart entzieht,

71) Vgl. hierzu a. Eckstein, a.a.O., S. 44 ff.

72) Diese Forderung vertrat Eckstein, a.a.O., S.47, unter Hinweis auf die beiden verschiedenen Rechtsgütersphären, wobei die Verletzung der einen nicht notwendig die der anderen bedinge und auch die Schutzwürdigkeit eine ungleiche sei. Eine Strafdrohung von gleicher Art und Schwere sei für beide schlechterdings nicht angängig.

73) Vgl. dazu auch Baums, a.a.O., S. 14 ff

daß der Unterhaltsberechtigte durch Vermittlung der Behörde aus fremden Mitteln unterstützt werden muß."

Außerdem konnte unter bestimmten Voraussetzungen die Unterbringung in einem Arbeitshaus angeordnet werden. Im übrigen sind die Unterschiede leicht erkennbar. Die "Aufforderung durch die zuständige Behörde" entfiel. Weiter spricht der Entwurf nicht mehr von "Ernährung", sondern ganz allgemein von Unterhaltspflichten. Der Entwurf hielt allerdings daran fest, daß in erster Linie die Armenpflege geschützt werden sollte, und erst in zweiter Linie sah man in ihm auch einen Schutz gegen eine Verletzung der Familienpflicht⁷⁴⁾. Ein Bedürfnis für die Schaffung einer Sonderbestimmung, welche die Unterhaltspflichtverletzung betraf, wurde ausdrücklich verneint.

Erst der Gegenentwurf von 1911 zum Vorentwurf eines Deutschen Strafgesetzbuches sah zum ersten Male den Hauptzweck dieser Bestimmung in der Verstärkung des bürgerlich-rechtlichen Schutzes gegen die Verletzung der gesetzlichen Unterhaltspflichten⁷⁵⁾. In zweiter Linie wendet sich die Vorschrift auch gegen den Mißbrauch der öffentlichen Fürsorge⁷⁶⁾.

Die vorgesehene Bestimmung lautet in § 233 wie folgt:

"Wer die ihm gesetzlich obliegende Pflicht (zur Ernährung oder) zur Unterhaltung eines anderen derart verletzt, daß (der zu Erziehende der Gefahr der Verwahrlosung ausgesetzt wird oder daß) der zu Unterhaltende in eine Notlage gerät oder aus fremden Mitteln unterstützt werden muß, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft."

In dieser Fassung ließ man den Passus "durch Vermittlung der Behörde" weg. Dadurch wurde das ursprünglich so umständliche Verfahren wesentlich vereinfacht. Dafür hatte man nun aber mit Auslegungsschwierigkeiten zu kämpfen hinsichtlich des neu eingeführten Begriffs der "Notlage" und desjenigen der "Unterstützung aus fremden Mitteln", welcher

74) Vgl. Begründung 1909, a.a.O., S. 854

75) Vgl. a. Baums, a.a.O., S. 23

76) Vgl. Begründung 1919, a.a.O., S. 228

der Notlage gleichgestellt wurde. Die Voraussetzung der Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen kam zwar nicht expressis verbis zum Ausdruck, doch setzte man sie voraus.

Eine Erschwerung brachte der Entwurf der Strafrechtskommission von 1913, welcher den § 339 wie folgt formulierte:

"Wer sich böswillig seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht derart entzieht, daß der Unterhaltsberechtigte in Not gerät oder aus fremden Mitteln unterstützt werden muß, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bestraft."

Die Erschwerung in der Anwendung liegt in der Voraussetzung der "Böswilligkeit" beim Unterhaltsschuldner. Mit Recht hat Sporbeck⁷⁷⁾ dagegen eingewendet, daß nicht einzusehen sei, warum nicht bei der Unterhaltspflichtverletzung, wie bei anderen Straftaten, der Vorsatz genügen solle. Der Unrechtsgehalt ist hier im Verhältnis zu anderen Delikten zumindest gleichwertig, unter Umständen sogar höher einzuschätzen. Neu wurde der Begriff des "Sich-Entziehens" in den Gesetzestext aufgenommen. Er wurde auch in den folgenden Entwürfen beibehalten. Der Entwurf von 1919 zeigt keine Besonderheiten. Er übernahm in seinem § 275 den Text des § 339 vom Entwurf 1913 und sah lediglich eine Änderung im Strafmaß der Geldstrafe vor. Einen weiteren Schritt näher zum heutigen § 170 b StGB brachte § 282 des amtlichen Entwurfs eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches von 1925. Er lautete:

"Wer sich böswillig einer gesetzlichen Unterhaltspflicht derart entzieht, daß der notwendige Unterhalt des Unterhaltsberechtigten ohne öffentliche Hilfe oder die Hilfe anderer gefährdet wäre, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bestraft."

Dieser Wortlaut stimmte mit der Bestimmung des § 314 der Reichtagsvorlage bis auf eine unwesentliche sprachliche Änderung des Wortes "derart" in "soweit" vor "entzieht" vollständig überein. In Abs. 2 wurde eine Qualifikation

77) a.a.O., S. 11; vgl. dazu auch Baums, a.a.O., S. 25 ff.

vorgesehen, die jedoch später wieder weggelassen wurde. Es wurde der Fall geregelt, daß die Tat den Selbstmord, die Tötung des Unterhaltsberechtigten oder die Tötung des Kindes, für das der Unterhaltsberechtigte zu sorgen hatte, zur Folge hatte. Auf diesen Absatz braucht hier nicht eingegangen zu werden, da schon der folgende Entwurf diesen als entbehrlich wegließ. Statt der Begriffe "Not" bzw. "Notlage" in früheren Entwürfen sprach der Entwurf 1925 von "Gefährdung des notwendigen Unterhalts". Diese Formulierung bedeutete eine Beschränkung des grundsätzlich standesgemäßen Unterhalts auf den notwendigen Unterhalt⁷⁸⁾.

Nicht sehr glücklich war die Herausstellung der hypothetischen Gefährdung, welche gegenüber der tatsächlichen Gefährdung rein theoretischer Natur ist. Einen weiteren Fortschritt bedeutete die Unterscheidung zwischen "öffentlicher Hilfe" und "Hilfe anderer", da insofern der Begriff "fremde Hilfe" genauer bestimmt wurde.

Einen Rückschritt in der bisherigen Entwicklung bedeutete in der nationalsozialistischen Zeit der Gürtnersche Entwurf, welcher in der ersten Lesung vor dem Reichstag im Jahre 1935 folgenden Text hatte:

"Wer sich böswillig oder aus grobem Eigennutz einer gesetzlichen Unterhaltspflicht entzieht, so daß der notwendige Lebensbedarf des Unterhaltsberechtigten ohne öffentliche Hilfe oder die Hilfe anderer gefährdet ist, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Haft bestraft."

In der zweiten Lesung vom Jahre 1936 wurde die Bestimmung dem Reichstag wie folgt vorgelegt:

"Wer sich böswillig oder aus grobem Eigennutz einer gesetzlichen Unterhaltspflicht entzieht, so daß der notwendige Lebensbedarf des Unterhaltsberechtigten erheblich gefährdet ist, namentlich daß öffentliche Hilfe oder die Hilfe anderer in Anspruch genommen werden muß, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Haft bestraft."

78) Vgl. dazu auch Baums, a.a.O. S. 27 ff.

Das Erfordernis der Böswilligkeit wurde beibehalten. Damit bezweckte man, eine zu weit gehende Ausdehnung der Strafbestimmung zu vermeiden. Nach der Begründung⁷⁹⁾ liegt Böswilligkeit nur dann vor, wenn die Tat auf Haß, Rache, Schiikane oder auf einen ähnlichen verwerflichen Beweggrund zurückzuführen ist. Man dachte hierbei an den Fall, daß der Unterhaltsverpflichtete einen auf falsche Wege geratenen Sohn zur Besserung bringen wollte, indem er zeitweilig seine Hand von ihm abzog. Dieser Beispielsfall wurde in der Reichstagsvorlage ausdrücklich aufgeführt. Daneben führte man das Erfordernis des "groben Eigennutzes" in die Bestimmung ein. An die Stelle des "notwendigen Unterhalt" trat der "Lebensbedarf". Eine beachtliche Einschränkung lag in dem Erfordernis der erheblichen Gefährdung des notwendigen Lebensbedarfs des Unterhaltsberechtigten. Der Rückschritt dieses Entwurfs z.B. gegenüber dem Entwurf von 1925 liegt in der Erschwerung der Vorschrift für die praktische Rechtsanwendung. Die Begriffe "böswillig" und "grober Eigennutz" sowie "erhebliche Gefährdung" des notwendigen Lebensbedarfs waren nicht geeignet, die Verfolgung derjenigen zu erleichtern, die sich ihrer gesetzlichen Unterhaltspflicht entzogen, sondern erschwerten diese nur noch mehr durch die schwierige Beweisführung.

Trotz dieses letzten Entwurfs und der damit verbundenen rückschrittlichen Änderungen fügte die Verordnung zum Schutz von Ehe, Familie und Mutterschaft vom 9. März 1943⁸⁰⁾ eine Strafbestimmung in das Strafgesetzbuch ein, welche heute zunehmende praktische Bedeutung gewonnen hat. Sinn und Motiv dieser Regelung durch die Verordnung vom 9. März 1943 ist, wie der Wortlaut schon sagt, der Schutz von Ehe, Familie und Mutterschaft. Neben den schutzbedürftigen Interessen des einzelnen ist der gesetzgeberische Grundgedanke das Interesse der Allgemeinheit an den Einrichtungen

79) Reichstagsvorlage vom 14. Mai 1927, a.a.O., S. 155

80) RGBI I S. 140

der Ehe und Familie⁸¹⁾. Die Bestimmung des § 170 b StGB lautet:

"Wer sich einer gesetzlichen Unterhaltspflicht vorsätzlich entzieht, so daß der Lebensbedarf des Unterhaltsberechtigten gefährdet ist oder ohne öffentliche Hilfe oder die Hilfe anderer gefährdet wäre, wird mit Gefängnis bestraft."

Der Versuch ist strafbar."

Mit diesem Wortlaut arbeitet die Strafrechtspraxis bis zum heutigen Zeitpunkt.

Nach der Einstellung der Feindseligkeiten im Jahre 1945 waren die Gerichte mit der Anwendung dieser Bestimmung aus dem Jahre 1943 zunächst zurückhaltend. Wie bei vielen während der nationalsozialistischen Zeit eingeführten gesetzlichen Regelungen mußte zuerst überprüft werden, ob der § 170 b StGB nationalsozialistisches Gedankengut enthält⁸²⁾. Man kann die vertretenen Meinungen in zwei Gruppen einteilen, nämlich diejenigen, die für eine einengende Anwendung eintraten, und diejenigen, die eine uneingeschränkte Anwendung forderten. Während die Literatur⁸³⁾ mehr dazu neigte, die Bestimmung in ihrem Wortlaut als zu weitgehend⁸⁴⁾ zu beurteilen und eine Zurückführung auf

81) Vgl. Boehmer, Grundlagen, a.a.O., S. 84 ff.; Schönke-Schröder, a.a.O. § 170 b, S. 717

82) So meinte Kohlrausch noch in der 39./40. Aufl. seines Kommentars, S. 235 u. 237, § 170 b Anm. V, die Bestimmung sei in einzelnen Überspannungen typisch nationalsozialistisch" ablehnend jedoch Bay ObLG in NJW 1952, S. 439.

83) Für diese vgl. z.B.: Kohlrausch-Lange, a.a.O., § 170 b Anm. I, S. 408, welcher das Fehlen von "böswillig oder aus grobem Eigennutz", "notwendiger" (Lebensbedarf), "erheblich" (gefährdet), "Gefängnis bis zu zwei Jahren oder Haft", der früheren Entwürfe beanstandete; Maurach, a.a.O., Bes.Teil, § 170 b Anm. I, S. 370, welcher im Hinblick auf Art. 217 des schweizerischen Stragesetzbuches dessen weise Mäßigung vermißte; Sauer, System, Bes.Teil, a.a.O., S. 549; Welzel, Strafrecht, a.a.O., § 62 Anm. 2, S. 364; LK, a.a.O., § 170 b, Anm. I, S. 67; zu Art. 217 Cathomen, a.a.O., S. 122, Vgl. auch Kritik Schönkes an Maurach in JZ 52, S. 691.

84) Für die gegenteilige Meinung in der Literatur vgl. Becker, RpfL., a.a.O., S. 290; Göke, a.a.O., § 170 b, Anm. 1ⁿ Mezger, Studienbuch, a.a.O., Bes.Teil, S. 280; Mühlmann-Bommel, a.a.O., § 170 b, Anm. 1; Schönke-Schröder, a.a.O., § 170 b; Anm. I, S. 717.

ihre "ratio legis" durch enge Auslegung empfahl, setzte sich die Praxis der Gerichte⁸⁵⁾ über diese Bedenken hinweg unter Hinweis auf die früheren Entwürfe. Der Bundesgerichtshof sah in der Gültigkeit und uneingeschränkten Anwendung des § 170 b von Anfang an keine Zweifel⁸⁶⁾.

C. Überblick über die Entwicklung der allgemeinen Kriminalität im Berichtsbezirk und der Kriminalität der Unterhaltspflichtverletzung im Berichtsbezirk, in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik im Untersuchungszeitraum

=====

Um einen Überblick über den Anteil des Vergehens der Unterhaltspflichtverletzung an der Gesamtkriminalität im Untersuchungsbezirk während des Berichtszeitraumes zu gewinnen, wird zunächst die allgemeine Kriminalität im Bezirk des Amtsgerichts Freiburg i.Br. in den Jahren 1950 - 1956 kurz dargestellt und mit der Entwicklung der Straftaten nach § 170 b StGB verglichen. Sodann werden die Verurteilungen im Lande Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik zum Vergleich herangezogen. Die nachfolgende Übersicht mag einen groben Überblick über die Strafpraxis des Amtsgerichts Freiburg i.Br. geben. Hierzu sei bemerkt, daß Statistiken und Tabellen niemals endgültige Aussagen über kriminelle Phänomene machen können. Die gemachten Aufzeichnungen können immer nur einen Bruchteil der Gesamtzahl darstellen. Sie geben somit nur einen Durchschnitt⁸⁷⁾

85) Vgl. hierzu OLG Kassel, HE St. 2/259, Urt. 29. Sept. 1949; BayObLG in NJW 1952, S. 438 f., Besch. v. 3. Okt. 1951

86) Vgl. die Rechtspr. des BGH, z.B. BGHSt 5, S. 106 ff., Bd. 12, S. 166 ff. u. 185 ff., Bd. 14, S. 165 ff.

87) Vgl. hierzu auch de Ridder, Anm. bei Cohen, a.a.O. S. 26, welcher den Begriff des Sample definiert als eine Auswahl von Fällen oder zu befragenden Personen, welche repräsentativ ist für die Gesamtheit, auf die eine Untersuchung abzielt; bei Befragungen - Interviewmethode - auch "repräsentativer Querschnitt" genannt

eines straffälligen Teils der Bevölkerung und keinesfalls ein Gesamtbild⁸⁸⁾. Allerdings kann man von einem solchen Sample auf die entsprechende Population schließen.

Wir wollen uns zunächst über den Verlauf der allgemeinen Kriminalität und der Vergehen nach § 170 b StGB im Bezirksbezirk unterrichten. Die Zahlen der beiden nachfolgenden Tabellen wurden dem beim Amtsgericht Freiburg i.Br. geführten Strafprozeßregister entnommen. Es handelt sich um unveröffentlichte Angaben.

Tabelle 6

Die allgemeine Kriminalität im Bezirksbezirk⁸⁹⁾

Jahr	CS	DS	DLS	ES	Summe	%
1950	1472	100	59	97	1728	26,83
1951	1067	57	42	27	1193	18,52
1952	766	64	56	32	918	14,25
1953	563	102	43	-	708	10,99
1954	599	110	71	3	783	12,16
1955	370	142	51	2	565	8,77
1956	345	153	45	2	545	8,46
	5182	728	367	163	6440	.-

88) Cohen, a.a.O., S. 26; Wulffen, a.a.O. S.16, meint, unter Berufung auf Binding und Hoegel, daß die Kriminalstatistik den Vorzug der großen Ungenauigkeit habe und daß sie kein auch nur annäherndes Bild von der Straffälligkeit eines Volkes gebe, geschweige denn - womit wir völlig übereinstimmen -, daß sie die Psychologie des Verbrechers aufhelle.

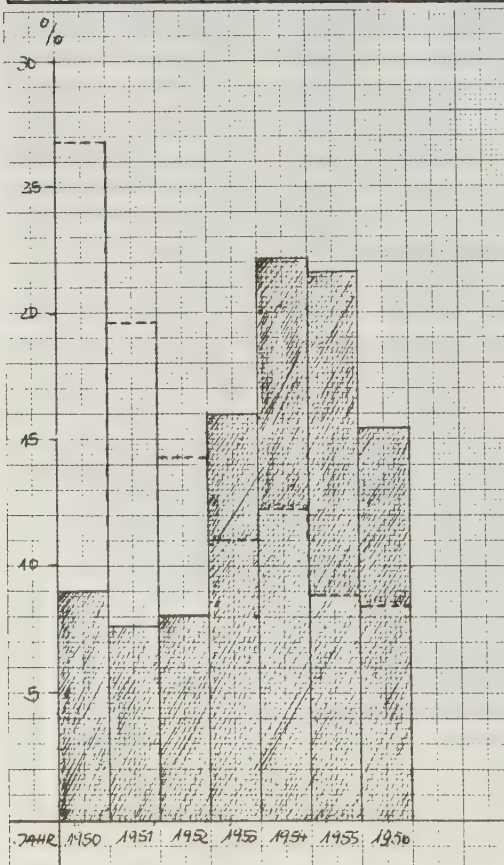
89) Erläuterung der Akt. Zeichen:

CS = Anträge auf Erlaß von Strafbef.-weg.Verg.u.Übertr.
DS = Anklagen wegen Verg.
DLS = Anklagen weg. Verbrechen
ES = Anklagen weg. Übertretungen

Tabelle 7

Die Entwicklung der Kriminalität der Unterhaltspflichtverletzung im Berichtsbezirk

Jahr	Cs	Ds	DLs	Es	Summa	%
1950	18	1	-	-	19	8,88
1951	17	-	-	-	17	7,94
1952	16	1	-	-	17	7,94
1953	30	4	-	-	34	15,89
1954	38	9	-	-	47	21,96
1955	27	19	-	-	46	21,50
1956	12	20	2	-	34	15,89
	158(73,83)	54(25,70)	2(0,93)	-	214	--



Graphische Darstellung zu Tabellen 6 und 7^{E)}

E) Die gestrichelten Linien zeigen die Abnahme der allgemeinen Kriminalität an, die durchgehenden die Zunahme der Unterhaltspflichtverletzung im Berichtszeitraum in Prozenten, bezogen auf die Summe der Kriminalität.

Aufgrund dieser Zahlen ist bereits der Umfang der straf-
richterlichen Praxis des Amtsgerichts Freiburg i.Br. in-
nerhalb des Untersuchungszeitraumes in großen Zügen er-
kennbar. Die Tabelle 6 und die graphische Darstellung
zeigen, daß die allgemeine Kriminalität zwischen 1950 und
1956 zurückgegangen ist. Andererseits ergibt sich aus Ta-
belle 7, daß die Kriminalität bei der Unterhaltspflicht-
verletzung in den Jahren 1953 bis 1956 erheblich höher
liegt als in den Jahren 1950 bis 1952. Zu einem ähnlichen
Ergebnis kommt auch Schmidt⁹⁰⁾, wobei zu bemerken ist, daß
dort diese Entwicklung der Zunahme der Vergehen nach § 170
b StGB schon früher einsetzt. Zur Erläuterung möge folgen-
de Tabelle dienen:

Tabelle 8

Die Häufigkeitsziffern⁹¹⁾ für Freiburg und Oberhausen

Jahr	<u>Freiburg</u>			<u>Oberhausen</u>		
	Verur- teilte	Einwohner	Häufig- keits- Ziffer	Verur- teilte	Einwohner	Häufig- keits- Ziffer
1949	-	--	--	13	199.035	6,53
1950	18	112.315	16,03	36	205.027	17,56
1951	15	118.525	12,66	57	211.437	26,96
1952	16	121.713	13,14	73	216.931	33,65
1953	32	125.617	25,47	81	226.800	35,71
1954	44	126.568	34,76	81	233.273	34,72
1955	43	128.978	33,34	92	237.667	38,71
1956	31	130.228	23,80	95	243.148	39,07
	28,4	123.421	22,74	73,6	224.898	32,34

90) a.a.O., S. 15

91) Unsere Häufigkeit ist Täter pro 100.000 Einwohner; der
übliche Bezug auf die strafmündige Bevölkerung war
nicht möglich, weil hierfür die Angaben für Oberhausen
fehlten.

Der frühere Zeitpunkt für den plötzlichen Anstieg in Oberhausen ist wahrscheinlich auf die frühere Wiederbelebung der Wirtschaft nach der Beendigung der Feindseligkeiten zurückzuführen.

Eine weitere Ursache der zunächst verhältnismäßig geringen Kriminalität der Unterhaltsvergehen dürfte im Gerichtsbezirk in erster Linie in der Rechtsunsicherheit bezüglich der Anwendung des § 170 b StGB liegen, dessen Weitergeltung nach dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch im Jahre 1945 nicht unbestritten war. Angesichts der veränderten Rechtsauffassung in der neu erstandenen jungen Demokratie wurde ganz allgemein die Frage nach dem Gehalt nationalsozialistischer Gedankengüter in den deutschen Gesetzen aufgeworfen. Da der § 170 b StGB im nationalsozialistischen Staat während des Krieges durch eine Verordnung in das Strafgesetzbuch eingefügt worden war, stellte man auch hier die Frage, ob diese Bestimmung nationalsozialistisches Gedankengut enthalte und somit als typisch nationalsozialistisches Gesetz einschränkender Auslegung unterliege⁹²⁾.

Die mangelnde Beachtung dieses Delikts und die damit verbundene schwächere Verfolgungsintensität der Strafverfolgungsbehörden, die wohl auch auf die Unsicherheit über die Gültigkeit der im nationalsozialistischen Staat durch Verordnung eingeführten Gesetzesbestimmung zurückzuführen ist, kommt in den Strafverfahren der ersten Untersuchungsjahre dadurch zum Ausdruck, daß die Freiburger Staatsanwaltschaft noch in den beiden ersten Untersuchungsjahren angesichts des Meinungsstreits zur Vorsicht und Zurückhaltung in der Anwendung riet, sofern der Beschuldigte irgendeine einleuchtende Einwendung zu seiner Verteidigung vorbringen konnte, die eine Einstellung des Verfahrens rechtfertigte.

92) Vgl. unsere Ausführungen auf S. 35

Vergleicht man die Verhältnisse im Berichtsbezirk mit denen im Bundesland Baden-Württemberg, in der Bundesrepublik und in Oberhausen, so kann man einen ähnlichen Verlauf der Delikte der Unterhaltspflichtverletzung wie im Freiburger Untersuchungsbezirk feststellen.

Tabelle 9

Die wegen Verletzung der Unterhaltspflicht in den Jahren 1950-56 Verurteilten in Baden-Württemberg, in der Bundesrepublik, in Freiburg i.Br. und in Oberhausen

Jahr	Bad.-Württ. ⁹³⁾		BDR ⁹⁴⁾		Freiburg ⁹⁵⁾		Oberhausen ⁹⁶⁾	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
1950	320	5,37	1963	4,37	18	9,04	36	6,99
1951	496	8,32	3568	7,95	15	7,54	57	11,07
1952	669	11,22	5491	12,24	16	8,04	73	14,17
1953	784	13,15	6829	15,22	32	16,08	81	15,73
1954	1009	16,92	7751	17,27	44	22,11	81	15,73
1955	1289	21,61	9061	20,19	43	21,61	92	17,86
1956	1397	23,42	10216	22,76	31	15,58	95	18,45
	5964	.-	44879	.-	199	.-	515	.-

93) Unveröffentl. Angaben des Stat.Landesamtes Bad.-Württ. v.Juli 1963; vgl. auch St.Monatshefte Bad.-Württ., welche in ihren Tabellen die Verletzung der Unterhaltspflicht nicht gesondert führen. Sie findet sich unter der Rubrik "Straftaten gegen den Personenstand, die Ehe und die Familie...".

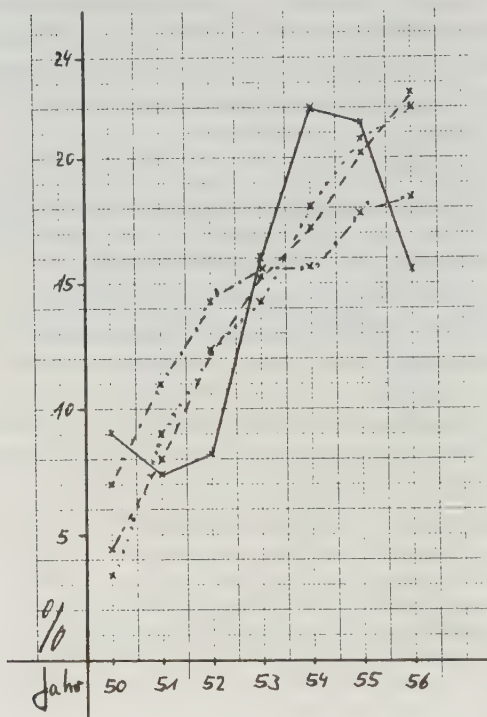
94) Für die Jahre 1950-1953 wurden die Verurteilten aus § 170 b und § 170 d StGB nur in einer Gesamtzahl ausgewiesen. Für die vorhergehende Zeit sind keine nach einzelnen Straftagen gegliederten Ergebnisse vorhanden. Vgl. hierzu Stat.Bundesamt, a.a.O., Bd.110, S.18 u.19, lfd.Nr.39; Bd.110, S.38u.39, lfd.Nr.39; Bd.129, S.10 u.11, lfd. Nr.45; Bd.158, S.34 u.35, lfd.Nr.60; Bd. 172, S.36 u.37, lfd.Nr. 60; Bd.210, S. 28 u.29, lfd.Nr.60 Bde. 229 u. 251

Bundesgebiet ohne Saarland u. Berlin.
Vgl. auch Niederschriften über die Sitzungen der Großen Strafrechtskommission, 8. Bd., Bes.Teil,a.a.O., S. 633

95) Aufgeführt wurden nur die Verurteilten, da es sich bei Land und Bund auch nur um Verurteilte handelte; vgl. Schmidt, a.a.O. S. 11 zu Oberhausen

96) Vgl. Fußnote 95

Graphische Darstellung zu Tabelle 9^{E)}



Um ein exaktes Bild von der Entwicklung der Unterhaltspflichtverletzungen in den einzelnen Bereichen zu bekommen, wurden auch noch die Häufigkeitsziffern für Baden-Württemberg und die Bundesrepublik errechnet. Sie ergeben sich aus folgender Tabelle:

E) Es bedeuten:	durchgehende Linie	= Freiburg i.Br.
	unterbrochene Linie	= Baden-Württemberg
	durch Punkte unterbrochene Linie	= Oberhausen
	gepunktete Linie	= BRD.

Tabelle 10

Die Häufigkeitsziffern
für Baden-Württemberg und die Bundesrepublik

Jahr	Baden-Württemberg			Bundesrepublik Deutschland		
	Verur- teilte	Einwohner	Häufig- keits- ziffer	Verur- teilte	Einwohner	Häufig- keits- ziffer
1950	320	6.430,03	4,98	1963	48.796,9	4,02
1951	496	6.587,4	7,53	3568	49.262,5	7,24
1952	669	6.696,8	9,99	5491	49.676,6	11,05
1953	784	6.863,2	11,42	6829	50.225,8	13,59
1954	1009	7.008,1	14,40	7750	50.751,0	15,27
1955	1289	7.156,7	18,01	9059	51.314,4	17,65
1956	1397	7.164,7	19,50	10211	51.926,0	19,66
	852	6.843,9	12,26	64113	50.2833/00	12,64

Hieraus ersehen wir, daß der stete Anstieg in allen unter-
suchten Bereichen signifikant ist. Die Schwankungen im Un-
tersuchungsbezirk während der letzten vier Berichtsjahre
liegen im Zufallsbereich, d. h. die Abnahme ist nicht sig-
nifikant. Aus der Tatsache, daß die Häufigkeitsziffern in
Freiburg und Oberhausen höher sind als in Baden-Württemberg
und in der Bundesrepublik, kann gefolgert werden, daß die
Unterhaltungspflichtverletzung ein Delikt ist, welches in
größeren Städten häufiger begangen wird.

Die Feststellung, die bei der Schaffung des § 200, E 1962,
getroffen wurde⁹⁷⁾ unter Bezugnahme auf die Kriminalsta-
tistik - gemeint ist wohl die Strafverfolgungsstatistik -,
wonach der § 170 b StGB sehr häufig angewendet wird, ist

97) Vgl. oben Abschnitt A, Unterabschnitt I, S. 1

damit bestätigt. Angesichts dieser Tatsachen steht auch fest, daß die Unterhaltspflichtverletzung und ihre Behandlung durch Gesetzgebung und Rechtsprechung zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Dieses Phänomen ist schon deswegen interessant, weil es in einer Zeit und einem Staat wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung und zunehmenden Wohlstandes auftritt; die Einzelheiten sollen in den nachfolgenden Teilen dieser Arbeit untersucht werden.

Zweiter Teil
DER TÄTER UND SEINE TAT

A. Die Persönlichkeit der Täter und die Ursachen der Tat
=====

I. Allgemeine Vorbemerkungen

1. Zur Persönlichkeit der Täter

a) Die Zahl der Täter in den einzelnen Untersuchungsjahren

In den Untersuchungsjahren 1950 bis 1956 wurden 213 Strafgerichtsverfahren abgewickelt, bei denen es sich um die Verletzung der Unterhaltspflicht handelte. Davon waren alle Verfahrensakten greifbar. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.*¹) Die 209 untersuchten Strafakten befaßten sich mit 210 Fällen der Unterhaltspflichtverletzung und mit 210 Probanden. Die abgeurteilten und die bearbeiteten Fälle verteilen sich auf die einzelnen Berichtsjahre wie folgt:

Tabelle 11

Die abgeurteilten und die untersuchten Täter

Jahr	Verfahren	Angeklagte	Untersuchte Probanden
1950	19	19	18
1951	17	17	17
1952	17	17	16
1953	33	34	33
1954	47	47	46
1955	46	46	46
1956	34	34	34
Insges.:	213	214	210

*) Ein Angeklagter wurde wegen erwiesener Unschuld und drei weitere mangels Beweises freigesprochen. Ersterer war freizusprechen, weil er wegen Krankheit nicht arbeiten und daher auch keinen Unterhalt leisten konnte. Bei den drei übrigen gelangte das Gericht zu der Überzeugung, daß nicht lückenlos nachgewiesen werden konnte, daß die Angeklagten in der Lage waren, ihre Arbeitskraft besser einzusetzen und Zahlungen zu leisten; vgl. auch unten S.

Zur Erläuterung sei bemerkt, daß im Jahre 1953 33 Verfahren mit 34 Tätern durchgeführt wurden. Die Zahl 34 ergibt sich daraus, daß in einem Verfahren 2 Täter, nämlich ein Ehepaar, zusammengefaßt wurden¹⁾.

Wir haben oben²⁾ feststellen können, daß die Kriminalität nach § 170 b StGB stetig im Steigen begriffen ist, und haben versucht, diese Tatsache zu erklären. Da für die Jahre vor 1954 für das Bundesgebiet und für das Gebiet des Landes Baden-Württemberg keine Einzelzahlen zu § 170 b StGB vorliegen³⁾, können wir uns lediglich auf das Verhältnis der Verurteilten nach § 170 b und § 170 d StGB in den Jahren 1954 bis 1958 beziehen und uns hiervon ein ungefähres Bild über die Kriminalitätsentwicklung dieser beiden Delikte machen, um dasselbe auch für die Zeit vor 1954 zu übertragen. Aus diesem Vergleich⁴⁾ ist das Anwachsen der Unterhaltspflichtverletzungen klar ersichtlich. Die Tabellen zeigen allerdings eine zum Teil von der allgemeinen Kriminalitätsentwicklung abweichende Tendenz. Während die Verurteilungskriminalität im Bundesgebiet⁵⁾ und im Land Baden-Württemberg⁶⁾ anwächst, nimmt sie im Gebiet des Amtsgerichts Freiburg ab. Andererseits nimmt die Kriminalität der Unterhaltspflichtverletzungen im Gerichtsbezirk zwar zu, jedoch nicht in der steten Regelmäßigkeit wie in Land und Bund.

Bei Vergleichen zwischen den Ergebnissen darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Zahlen über die verurteilten Personen außer vom tatsächlichen Straffälligerwerden, das in seinem Umfang niemals bekannt wird, auch vom Erfolg und der Aktivität der Polizei beeinflußt werden. Hinzu kommen weiter

1) Vgl. oben S. 38 Tab. 7

2) Vgl. I. Teil, Abschn. C, S. 39 und S. 43

3) St.BA, a.a.O. Bd. 110; erst ab 1950 stehen überhaupt wieder bundeseinheitliche Ergebnisse von allen Ländern der Bundesrepublik und auch West-Berlin zur Verfügung.

4) Die Verurteilungen nach § 170 d machen durchschnittlich 3,12 % der Verurteilungen nach § 170 b aus.

5) Stat.BA, a.a.O., Bd. 210, S. 9, Übersicht

6) Stat.MH, Oktober 1956, a.a.O., Heft 10, S. 316

der Umfang der Anklageerhebungen durch die Staatsanwaltschaft⁷⁾, die Praxis der Gerichte und nicht zuletzt die gesetzlichen Bestimmungen über die sachliche und örtliche Zuständigkeit⁸⁾. Das obige Ergebnis kann daher nicht überraschen.

Schließlich bleibt noch ein letzter Punkt zu erörtern, welcher die Ergebnisse in den ersten Untersuchungsjahren 1950 bis 1953 erklärt. Das ist der nicht zu unterschätzende Einfluß der Amnestie auf die laufenden Strafverfahren und damit auch auf die Strafverfolgungsstatistik. In den Untersuchungszeitraum hinein wirken zwei bedeutende Amnestiegesetze, das Straffreiheitsgesetz vom Dezember 1949⁹⁾ und das Straffreiheitsgesetz 1954¹⁰⁾. Das erstere wirkt sich insbesondere auf die Aburteilungen im Jahre 1950 aus. Es bestimmte u.a. die Einstellung aller Strafverfahren wegen Verfehlungen, die vor dem 15. September 1949 begangen worden sind, wenn keine höhere als eine sechsmonatige Freiheitsstrafe zu erwarten war. Das letztere bestimmte eine allgemeine Straffreiheit für Delikte, die vor dem 1. Dezember 1953 begangen wurden, wenn eine schwerere als dreimonatige Freiheitsstrafe nicht zu erwarten oder - wenn schon rechtskräftig verhängt - noch nicht vollstreckt worden war. Beide Gesetze wirkten sich auf die Zahl der anhängigen Strafverfahren und die Zahl und Art der gerichtlichen Entscheidungen aus. Erfahrungsgemäß werden in Erwartung von Amnestiegesetzen anhängige Verfahren hinausgeschoben, was dann im Amnestiejahr zu einer Erhöhung der Zahl der Aburteilungen führt. Andererseits unterbleiben von vornherein Anklagen wegen Straftaten geringeren Unrechtsgehaltes im Hinblick auf das Amnestiegesetz¹¹⁾.

7) Vgl. I. Teil, Abschn. C, S. 40 als Beispiel für die praktische Handhabung durch die StA im Gerichtsbezirk

8) Stat.BA, a.a.O., Bd. 158, S. 15

9) BGBl. 1949, Bd. 1, Nr. 9, S.37, Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit vom 31.Dez. 1949

10) BGBl 1954, Bd.1, Nr.21, S.203, Gesetz über den Erlass von Strafen und Geldbußen, die Niederschlagung von Strafverfahren und Bußgeldverfahren vom 17.Juli 1954

11) Stat.BA, a.a.O., Bd. 158, S. 12; vgl. auch Ritter, a.a.O., S. 16, II 1

Die Erfahrung und das Ergebnis dieser Arbeit¹²⁾ zeigen, daß die beiden Amnestiegesetze gerade den Delinquenten nach § 170 b StGB zugute kommen, denn die verhängte bzw. zu erwartende Strafe liegt regelmäßig in dem in den Straffreiheitsgesetzen festgelegten Rahmen. In keinem Falle wurde eine höhere als achtmonatige Gefängnisstrafe ausgeworfen. Die weit überwiegende Mehrzahl der Fälle hatte Verurteilungen unter sechs Monaten aufzuweisen. Dies erscheint wenig, wenn man den Straffrahmen von einem Tag bis zu fünf Jahren¹³⁾ bedenkt. Angesichts der Praxis der Gerichte, wie sie sich in der Statistik¹⁴⁾ ausdrückt, hat der Bundesgesetzgeber den Straffrahmen im Entwurf 1962 auf zwei Jahre Gefängnis Höchstmaß herabgesetzt¹⁵⁾. Unter Berufung auf die Kriminalstatistik wird diese Auffassung damit begründet, daß die bisherige Strafdrohung übersetzt sei und eine solche von zwei Jahren Gefängnis ausreiche, um auch Fälle mit erhöhtem Unrechts- und Schuldgehalt genügend ahnden zu können¹⁶⁾. Wir werden an anderer Stelle auf diesen Punkt zurückkommen¹⁷⁾.

Bei Betrachtung der Vorgänge im Jahre 1950 fällt auf, daß kein einziger Proband amnestiert wurde. Dies läßt die Vermutung zu, daß es in den für die Amnestie in Frage kommenden Fällen schon gar nicht zur Anklage kam. Anders liegt es bei den Fällen der Untersuchungsjahre 1951, 1952 und 1953, wo von insgesamt 68 Vorgängen 17 amnestiert¹⁸⁾ wurden, das sind 7,94 % der Strafverfahren nach § 170 b StGB. Geht man noch davon aus, daß auch einige Straftaten nach dem Straffreiheitsgesetz von 1954 schon während des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens eingestellt wurden, so sieht die Kurve der Kriminalitätsbewegung anders

12) Vgl. unten III. Teil, Abschn.B, Unterabschn.I, S. 196 ff.

13) § 170 b StGB mit § 16 StGB

14) Stat.BA, a.a.O. Bd.210, S.52, Nr. 60; in keinem Fall von 3030 Fällen im Jahre 1956 wurde mehr als 9 Monate Gefängnis verhängt; vgl. auch Anm. 15

15) E 1962, § 200, S. 354 der Begründung

16) vgl. ebd.

17) Vgl. unten III.Teil, Abschn.C, S. 195 ff.

18) Vgl. unten III.Teil, Abschn.C, Unterabschn. V, S. Tab. 77

aus, so daß eine Annäherung an diejenige erfolgt, wie sie bei der Darstellung der Verurteilungsstatistik des Bundes und des Landes Baden-Württemberg entsteht.

Mit der Untersuchung der Aufwärtsbewegung und der zeitlichen Entwicklung der Kriminalität sowie der Erörterung der Gründe für die Abweichungen der untersuchten Fälle in ihrem zeitlichen Verlauf zu der Bundes- und Landesstatistik ist erst der Anfang gemacht für das Gesamterscheinungsbild der Unterhaltspflichtverletzung und des Rechtsbrechers. Es muß vervollständigt werden durch die Untersuchung der tatsächlichen Verhältnisse der Probanden und eine Überprüfung der Entwicklung der Schwere der Verletzungen. Als Maßstab hierfür mögen die sozialen Voraussetzungen, die Begehungsweise und die Motivation des Täters dienen, wie sie uns aktenkundig vorgelegen haben.

b) Geburtsort und Herkunft der Probanden

aa) Die Einteilung nach Gebietsteilen

Nicht alle Probanden stammen aus Freiburg. Nach ihrem Geburtsort stammen sie vielmehr aus allen Teilen Deutschlands, inbegriffen Mitteldeutschland und die unter polnischer und russischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete. Außerdem sind auch drei Ausländer unter den Tätern, nämlich ein Franzose, ein Tscheche und ein Jugoslawe. Davon sind zu unterscheiden jene, die zwar im Ausland geboren sind, aber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Beide sind in der folgenden Tabelle (Tab. 12, S. 50) in einer Zahl zusammengefaßt.

Die in Freiburg selbst geborenen Probanden stellen erwartungsgemäß den Hauptteil der Täter, wie überhaupt Süddeutschland zusammen die meisten Probanden aufweist, nämlich insgesamt 126 (60 %). Mit der Zunahme der räumlichen Entfernung nimmt auch die Täterzahl ab, so daß aus Westdeutschland noch 28, aus Norddeutschland nur noch 4 und aus Berlin noch 6 Probanden abstammen. Eine auffallende Ausnahme bilden die Täter aus den verwalteten Ostgebieten

und aus Mitteldeutschland. Diese Probandenzahl ist mit zusammen 29 (13,81 %) die zweitgrößte, wenn man von Süddeutschland absieht. Sie machen damit 13,81 % der erfaßten Unterhaltstätter aus¹⁹⁾.

Tabelle 12
Herkunft der Probanden

Gebiet	Zahl	%
Freiburg	81	38,57
Südbaden	17	8,10
Nordbaden	9	4,28
Württemberg	3	1,43
Restliches Süddeutschland	16	7,62
Süddeutschland	126	60,00
Westdeutschland	28	13,33
Nordwestdeutschland	4	1,90
Berlin (West)	6	2,86
Mitteldeutschland	11	5,24
Verw. Ostgebiete	18	8,57
Ausland	17	8,10
	210	.-

Es bleibt sonach festzustellen, daß mit 107 Probanden der größte Teil der Täter aus dem Raume Baden stammt, was die Strafverfolgung und Aburteilung erleichtert. Der Anteil der Flüchtlinge erklärt sich aus den Zuwanderungen in der Nachkriegszeit. Zu gleichen Ergebnissen kommt auch Schmidt in seiner Untersuchung²⁰⁾.

19) Vgl. Fußn. 29 auf S.12; es kann also von 11,5 % an Flüchtlingen und Heimatvertriebenen ausgegangen werden.

20) a.a.O., S. 35

bb) Die Ausländer

Über die Staatsangehörigkeit gibt die nachstehende Tabelle Auskunft, die gleichzeitig die Verhältnisse in Oberhausen wiedergibt:

Tabelle 13
Die Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	20a)			
	<u>in Freiburg</u>		<u>in Oberhausen</u>	
	Zahl	%	Zahl	%
Deutsche	204	97,13	520	98,30
Nichtdeutsche	6	2,83	9	1,70
	210	-. -	529	-. -

Der Anteil der Ausländer entspricht ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik. Über die Schicksale der Täter, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, ist folgendes zu berichten.

a) Nr. 197

Der Franzose stammt aus Straßburg i. Elsaß. Er ist eine typisch asoziale Erscheinung, dem Trunke ergeben, streitsüchtig und wohnte in der O-Straße im Ortsteil H, in der die sozial schwächste Stufe der Bevölkerung des Bezirksbezirks wohnt. Er wohnte zusammen mit seiner deutschen Frau und seinen beiden ehelichen Kindern im Alter von 5 und 7 Jahren. Der Proband ist wegen fahrlässiger Straßenverkehrsgefährdung, im Trunke begangen, bestraft worden. Er wurde nach Verurteilung wegen Unterhaltspflichtverletzung mittels ausländerpolizeilicher Verfügung aus dem Bundesgebiet ausgewiesen. Die Eheleute haben dann in Straßburg Wohnung genommen.

b) Nr. 55

Der Jugoslawe ist in Beschka geboren und wurde 1949 aus Jugoslawien ausgewiesen. Er zog mit seiner in Danzig ge-

borenen Ehefrau E, deren Fall wir unten²¹⁾ noch besprechen werden, kreuz und quer durch die Bundesrepublik, ohne ein festes Arbeitsverhältnis anzunehmen. Der Proband betrieb seine Repatriierung nach Jugoslawien. Er ist nicht vorbestraft.

c) Nr. 115

Der Tscheche ist in Brezno/Saaz geboren und hauste mit der gleichfalls unten²²⁾ beschriebenen, übelsten Dirne des Bezirks in einem Trümmerkeller in der L-Strasse zusammen. Er ging keinerlei Arbeit nach und verprügelte seine "Braut", wenn sie ihm kein Geld gab. Der Proband ist achtmal vorbestraft, u.a. wegen Diebstahls, Landstreicherei, Bettelns und Widerstands.

d) Nr. 118

Der Volksdeutsche ist in Kronstadt/Rumänien geboren. Sein Lebensweg zeigt denjenigen eines Entwurzelten und unterscheidet sich von den typisch Asozialen. Dieser Proband hat das Gymnasium in Kronstadt besucht und zunächst das sog. kleine Abitur²³⁾ und später das normale Abitur abgelegt. In Dresden hat er 1933 das Polytechnikum besucht und ist dort mit dem Ingenieurdiplom abgegangen. Dann war er in Rumänien in der Industrie tätig. 1941 diente er in der rumänischen Kriegsmarine als Leutnant und besuchte als solcher die Marineakademie in Constanta. Ab 1942 war er bei der deutschen Wehrmacht, gleichfalls als Offizier, und als solcher ist er in russische Kriegsgefangenschaft geraten. Da er in Rumänien Nachteile befürchtete, floh er nach Österreich und später in die Bundesrepublik. Hier wurde er mehrfach straffällig wegen Betruges, Diebstahls und Unterschlagung. Einer geregelten Arbeit geht er nicht nach. Für sein uneheliches Kind leistet er keinen Unterhalt, angeblich aus Rache,

21) Vgl. nachfolgenden Abschnitt II 2 auf S. 94 Nr. 56

22) Vgl. nachfolgenden Abschnitt II 2 auf S. 92 Nr. 122

23) Darunter versteht man den erfolgreichen Besuch von vier Klassen Oberschule.

weil die Kindesmutter, welche vor Gericht einen sehr guten Eindruck machte, ihn nicht ehelichen will.

e) Nr. 7

Bei dem einen Staatenlosen, dem Probanden W, handelt es sich um einen in Zürich geborenen Schneidermeister, unehelicher Geburt, welcher zwar in Freiburg verheiratet ist, aber von seiner Frau getrennt lebt. Er hat ein eheliches Kind im Alter von zwei Jahren und ein uneheliches mit sechs Jahren. Während des Krieges war er Obergefreiter bei der deutschen Wehrmacht, wo er sich eine Verwundung am Kopf zugezogen hat. Der Proband ist beruflich selbständig, arbeitet jedoch nur, wenn er gerade Lust hat.

f) Nr. 59

Ein weiteres erwähnenswertes Nachkriegsschicksal mit den Folgen der völligen Entwurzelung konnten wir bei dem staatenlosen Probanden B ermitteln. Der 31-jährige B ist in Gent/Belgien geboren, hat dort die mittlere Reife erlangt und war im Jahre 1938 einige Zeit als Facharbeiter für Kaffee- und Baumwollplantagen in Argentinien. Zuvor hatte er eine Ausbildung als Galvaniseur genossen. Zu Beginn des Krieges trat er der Waffen-SS-Division "Wiking" freiwillig bei und bekleidete am Ende der Kampfhandlungen den Rang eines Hauptsturmführers²⁴⁾. Mit Ausnahme von Führerlehrgängen befand er sich ausschließlich an der Ostfront im Fronteinsatz. Er wurde dreimal schwer verwundet und mehrfach militärisch ausgezeichnet. Nach dem Waffenstillstand wurde er in ein Ausländerlager verbracht, aus welchem er floh, um der Auslieferung nach Belgien zu entgehen. Danach legte er sich einen falschen Namen zu und wechselte laufend die Arbeitsstellen aus Furcht, erkannt zu werden. Seine erste Ehe mit einer Begierin war im Jahre 1943 angeblich von einem SS-Gericht aus politischen Gründen geschieden worden. Die zweite Ehe wurde

24) Dies entsprach dem Rang eines Hauptmanns bei den ordentlichen Streitkräften.

im Jahre 1950 geschieden, da er nicht mehr zu seiner Ehefrau zurückgekehrt war. Vorbestraft ist er nicht. Er hat zwei uneheliche Kinder im Alter von 5 Jahren und 6 Monaten. Der Proband verlobte sich nach anfänglichem Sträuben der Eltern der K²⁵⁾ mit derselben. Als diese ein Kind von ihm erwartete, floh er mit ihr aus I nach dem Süden in den Hochschwarzwald aus Furcht vor dem häuslichen Streit. Der Proband hätte die Kindesmutter auch nicht heiraten können, weil er unter falschem Namen mit falschen Papieren lebte. Schließlich war ihm auch nicht bekannt, daß er in der Zwischenzeit bereits rechtskräftig alleinschuldig geschieden war, weil das Urteil öffentlich zugestellt wurde. Beide Probanden waren völlig rat- und hilflos und setzten das 4 Wochen alte Kind in einer Kirche in Freiburg aus, wohlverpackt und in der Nähe von Reinmachefrauen, welche das Kind auch sofort entdeckten.

Wir haben es in den Fällen a), b) und c) mit typisch asozialen²⁶⁾ Menschen zu tun. Der Fall e) ist ein Grenzfall, während die Fälle d) und f) Kriegsfolgeschicksale zeigen, die zur Entwurzelung ehemals in geordneten Verhältnissen aufgewachsener und lebender Menschen führten. Darin liegt die bemerkenswerte Unterscheidung zu den anderen Fällen.

cc) Die Vergleichsgruppe

Während die besondere Art²⁷⁾ der Vergleichsgruppe nicht für jedes der nachfolgenden Kapitel interessante Vergleichsmomente liefern kann, dürfte in diesem Kapitel ein Vergleich von Interesse sein. Bei diesem Vergleich stellen wir fest, daß von der Tätergruppe 60% aus Süddeutschland stammen gegenüber 66,5 % von Probanden bei der Vergleichsgruppe. An zweiter Stelle kommen bei der Vergleichsgruppe

25) Vgl. im nachstehenden Unterabschnitt II Kapitel 3, S. 94 Nr. 58

26) Vgl. zu diesem Begriff unseren Hinweis in Anm. 120, S. 127

27) Vgl. die Ausführungen zur Untersuchungsmethode im I. Teil der Arbeit, Abschn. A auf S. 8

allerdings schon die aus dem Ausland stammenden Probanden, die in der Tätergruppe erst an dritter bzw. vierter Stelle liegen. Die dritte und vierte Stelle nehmen hier die Mittel- und Ostdeutschen ein. Auch hier liegt der Hauptanteil wiederum bei den Süddeutschen, während alle übrigen Gebiete weit- aus weniger Probanden stellen. An letzter Stelle liegt, ebenso wie bei unserer Tätergruppe, das norddeutsche Ge- biet.

Tabelle 14

Die Herkunft der Probanden der Vergleichsgruppe

Gebiet	<u>männlich</u>		<u>weiblich</u>		<u>insgesamt</u>	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Freiburg	105	34,54	164	54,30	269	44,39
Baden	49	16,12	52	17,22	101	16,67
Restl.Süd- deutschland	<u>20</u>	<u>6,58</u>	<u>13</u>	<u>4,30</u>	<u>33</u>	<u>5,44</u>
Süddeutschland	174	57,24	229	75,83	403	66,50
Westdeutschland	6	1,97	11	3,64	17	2,81
Norddeutschland	1	0,33	7	2,32	8	1,32
Berlin (West)	4	1,32	6	1,99	10	1,65
Mitteldeutshl.	22	7,24	17	5,63	39	6,44
Verw.Ostgebiete	17	5,59	19	6,29	36	5,94
Ausland	44	14,47	5	1,66	49	8,08
Ohne Angaben	11	3,62	8	2,65	19	3,14
Nicht- ermittelte	25	8,22	-	.-	25	4,12
	304	.-	302	.-	606	.-

Wiederum fällt auf, daß die Gruppe der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen - wenn man sie zusammenfaßt - mit 12,37 % den zweitgrößten Anteil an der Gesamtheit bildet, was also auch ihrer Täterbeteiligung nach zu erwarten war und was aufgrund der bisherigen Feststellungen²⁸⁾ nicht

28) Auf S. 50 , insbes. auch Fußn. 19

überrascht. Dabei übersehen wir nicht, daß ihr Anteil an der Tätergruppe größer ist als an der Vergleichsgruppe und diese wiederum den Anteil der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen an der Wohnbevölkerung übersteigt. Diese Tatsache erklären wir dadurch, daß diese Gruppe durch ihre bekannte schlechte Lage, den vollkommenen Milieuverlust und die damit verbundene völlige Entwurzelung in jeder Hinsicht einer außerordentlich großen Gefährdung ausgesetzt ist, welche andere Gruppen in dem Maße nicht kennen. So befinden sich z. B. unter den 51 weiblichen Tätern allein 8 aus diesen Gebieten, das sind ca. 15,68 % der weiblichen Täter. Alle gehen der Prostitution nach mit Ausnahme von einer, die mit ihrem total verwahrlosten Ehemann umherzieht, während ihre Kinder sich selbst überlassen bleiben. In der Vergleichsgruppe machen die weiblichen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen 11,93 % der weiblichen Probanden aus, also 3,75 % weniger, als dies bei den Bestraften der Fall ist.

Bei 11 Probanden war die Herkunft aus den Akten nicht zu ersehen, und bei 25 weiteren fehlten die Angaben überhaupt, weil diese nicht ermittelt werden konnten. Die Ursache hierfür lag zum Teil in dem Umstand, daß der Kindesvater infolge Mehrverkehrs nicht festgestellt werden konnte oder aber, daß die Kindesmutter ihn nicht benannt hat (13 Fälle). Schließlich konnten einige Kindesväter nicht mehr ermittelt werden, weil es sich um französische Soldaten (10 Fälle) handelte, die nicht mehr aufzufinden waren, etwa weil ihre Truppe verlegt oder sie selbst inzwischen aus dem Militärdienst entlassen worden waren. Um das Gesamtbild nicht zu verfälschen, wurden diese beiden Gruppen jeweils hinzuge-rechnet und tragen also zur Unsicherheit des Ergebnisses bei.

Die Probanden aus dem Bezirksbezirk selbst sind wiederum am zahlreichsten vertreten, wobei die weiblichen die männlichen um ein beträchtliches übersteigen (sign.). Der bairische Raum hat mit 154 männlichen Probanden oder 25,4 % und 216 weiblichen Probanden oder 35,6 % der Gesamtzahl die größte Gruppe aufzuweisen.

Die Ausländer nehmen eine auffallend starke Gruppe (44 = 14,47 %) beim Vergleich ein. Das ergibt sich zum Teil aus der Eigenart der geographischen Lage im Dreiländereck Deutschland, Frankreich, Schweiz, zu einem großen Teil aber auch aus der Stationierung von französischen Streitkräften in Freiburg. Demzufolge sind die Franzosen mit 18 (5,92 %) Probanden am stärksten vertreten. Sodann kommen die Schweizer mit 9 (2,96 %) Probanden. Die restlichen 17 Ausländer stammen aus Amerika, Belgien, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Österreich, Polen, Portugal, der Tschechoslowakei und Ungarn.

Alle ausländischen Probanden sind männlichen Geschlechts, keine einzige Ausländerin ist dabei. Bei den Probanden aus den Ländern, die unter dem Einfluß des romanischen Rechts stehen, ergeben sich insofern Besonderheiten, als diese nicht immer verpflichtet sind, für ihre unehelichen Kinder Unterhalt zu leisten²⁹⁾. Von diesem Recht, die Anerkennung der Vaterschaft zu verweigern, haben 4 Ausländer Gebrauch gemacht: 2 Franzosen, 1 Belgier und 1 Portugiese. Da Ausnahmen des Grundsatzes "la recherche de la paternité est interdite" nicht vorlagen³⁰⁾, oder aber die zweijährige Klagfrist - Ausschlußfrist - verstrichen war, konnte in diesen Fällen nicht geholfen werden. Wir dürfen an dieser Stelle jedoch bemerken, daß die Probanden aus dem romanischen Rechtskreis, auch wenn sie sich beharrlich weigerten, ihre Vaterschaft über das uneheliche Kind anzuerkennen, doch regelmäßig der Kindesmutter bzw. dem Mündel Unterhaltszuschüsse zukommen ließen. Im übrigen gab es wiederum andere Fälle, insbesondere bei Franzosen, wo die Vaterschaft von Probanden anerkannt wurde, die mit großer Sicherheit

29) Für die französischen Kindesväter vgl. die kleine - wenn auch in unbedeutenden Punkten zum Teil überholte - immer noch instruktive Schrift von Schwoerer, a.a.O., insb. S. 8 ff.; Vertiefungen in die Probleme auch hinsichtlich der anderen ausländischen Probanden gibt Tomforde, a.a.O. Die Verhältnisse liegen dort ähnlich.

30) Vgl. Schwoerer, a.a.O. S. 13 mit Hinweis auf Art. 340 Code civil

nicht die leiblichen Väter der in Frage stehenden Mündel waren. Dies geschah insbesondere in denjenigen Fällen, wo Franzosen Mütter von unehelichen Kindern geheiratet haben.

c) Der Familienstand

Von großem Interesse ist für uns die Frage, ob und inwieweit die Unterhaltspflichtverletzung mit dem Familienstand in Zusammenhang steht. Aus der Erfahrung des täglichen Lebens heraus können wir wohl die Hypothese aufstellen, daß im allgemeinen der ledige Mensch, insbesondere der ledige Kindesvater, mehr dazu neigt, seine Unterhaltspflicht gegenüber seinem unehelichen Kinde zu vernachlässigen als der verheiratete und daß die Zahl der unverheirateten Kindesmütter und Kindesväter größer ist als diejenige der verheirateten. Das erste erklärt sich einfach aus der Unerwünschtheit, Illegitimität und Unbequemlichkeit des unehelichen Kindes und der Auswirkungen auf den unehelichen Erzeuger, die dieser mit allen Mitteln vermeiden möchte, zumal er ja nach unserem Recht mit seinem natürlichen Kinde gar nicht verwandt ist. Das zweite entnehmen wir dem Umstand, daß zu der Zeit, wo der Mensch zeugungsfähig wird und der Drang nach Befriedigung des Geschlechtstriebes einsetzt oder eine besondere Stärke erhält³¹⁾, dem jungen Menschen noch die geistige und seelische Reife fehlt, die ihn zum Tragen der Verantwortung für eine Ehe und Familie fähig macht. Schließlich fehlt in diesem Stadium der Entwicklung im allgemeinen auch noch die wirtschaftliche Grundlage für die Gründung und Unterhaltung eines Hausstandes³²⁾. Dies gilt auch heute noch trotz der unerwarteten wirtschaftlichen und technischen Aufwärtsentwicklung; vielleicht heute in besonderem Grade, weil damit die an den modernen Menschen zu stellenden Anforderungen - nicht nur die Ansprüche an

31) Vgl. Goode, a.a.O. S. 29 über den biologischen Auf- und Abstieg

32) Vgl. Brandstätter, a.a.O. S. 256

das Leben - gleichfalls gewachsen sind und vielerlei Gefahren mit sich bringen. Damit, daß man die Frühehe empfiehlt, sind die Probleme nicht aus der Welt geschafft, ja sie werden vielleicht sogar vermehrt, weil auch die Verantwortung dadurch wächst. Die Zahl der ledigen, verheirateten, verwitweten und geschiedenen Probanden mag vielleicht Anhaltspunkte für gewisse Schlußfolgerungen geben, ohne allerdings die Ergebnisse verallgemeinern zu wollen.

Tabelle 15
Personenstand der Täter
und der Freiburger Bevölkerung

Familienstand	Täter		Wohnbevölkerung ³³⁾	
	Zahl	%	Zahl	%
ledig	92	43,81	42 481 ³⁴⁾	44,98
verheiratet	65	30,95	44 814	47,48
geschieden	49	23,33	1 425	1,51
verwitwet	4	1,90	5 710	6,05
	210	-. -	94 430	-. -

An der Spitze der Probanden liegen mit beachtlichem Abstand die Ledigen. Ihr Anteil an der Gesamtprobandenzahl beträgt 43,81 %. Dann folgen die Verheirateten mit einem ebensolchen Abstand und 30,95 %. Der Anteil der Geschiedenen beträgt 23,33 %, und die Verwitweten schließlich sind kaum vertreten, nämlich mit 1,90 %³⁵⁾.

33) Statistisches Amt, Heimatstadt, a.a.O. S. 9

34) Von den 74 972 Ledigen wurden 32 491 im Alter bis zu 17 Jahren abgezogen, da für den Problembereich uninteressant und verfälschend; vgl. unsere Ausführungen auf S. 12

35) Vgl. auch die Ergebnisse von Schwaab, a.a.O. S. 33, und dessen Hinweis auf Schiedt; auch hier gilt, daß Vergleiche nur mit allen Vorbehalten gemacht werden können, zumal wenn es sich um verschiedene Delikte handelt, die untersucht werden.

Zu völlig anderen Ergebnissen kommen Tschopp³⁶⁾ und Schmidt³⁷⁾.

Tabelle 16

Der Personenstand der Täter im Berichtsbezirk,
in Oberhausen und in Basel (Schweiz)

Familien- stand	Freiburg		Oberhausen		Basel	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
ledig	92	43,81	41	7,61	28	22,58
verheiratet (einschl. verwitwet)	69	32,85	324	60,11	7	5,64
geschieden	49	23,33	174	32,28	89	71,77
	210	—	539	—	124	—

Dieses Ergebnis ist graphisch auf Seite 61 dargestellt.

Ein Vergleich mit der Arbeit von Schmidt³⁸⁾ für die Stadt Oberhausen zeigt, wie unterschiedlich, ja sogar entgegengesetzt die Ergebnisse liegen können. Der größte Unterschied besteht hinsichtlich der Beteiligung der Ledigen, wo Schmidt rund 36 % weniger Probanden hat, und bei den Verheirateten, bei welchen er rund 27 % mehr gefunden hat als in der vorliegenden Untersuchung. Dieses abweichende Ergebnis ist wohl damit zu erklären, daß die Zusammensetzung der Bevölkerung in den beiden Berichtsbezirken eine völlig andere ist, auf der einen Seite die konservative Handwerker-, Universitäts- und Fremdenverkehrsstadt mit einem großen Anteil an Pensionären³⁹⁾ und auf der anderen Seite die im Zentrum des Ruhrgebiets liegende Indu-

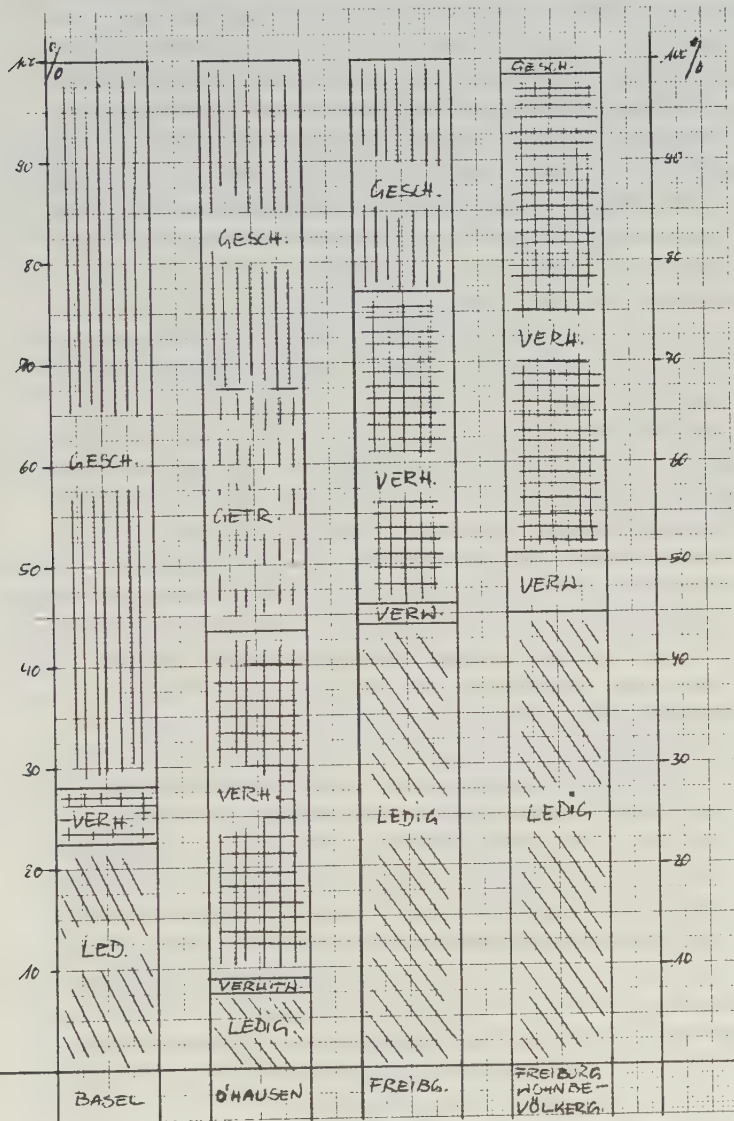
36) a.a.O. S. 39

37) a.a.O. S. 41 ff.

38) a.a.O. S. 41

39) Vgl. S. 23 und 24 der Arbeit

Graphische Darstellung zu Tabelle 16 E)



E) Die Täterzahl wurde hier = 100 gesetzt und der Familienstand prozentual aufgeschlüsselt, getrennt nach den verschiedenen Untersuchungsbezirken.

striestadt mit konzentrierter Schwerindustrie, also eine reine Arbeiterstadt. Das bringt es mit sich, daß im allgemeinen früher und mehr Geld verdient wird und deswegen auch eher geheiratet wird. Dazu kommt, daß die Angehörigen der niedrigeren Klassen sich in einem Industrieraum mehr konzentrieren als in einer Stadt, wo der Mittelstand überwiegt, wie es für Freiburg zutrifft. Das Ergebnis der vorliegenden Arbeit läßt uns aber erkennen, daß die sozial niedrigere Klasse besonders gefährdet ist. Schmidt⁴⁰⁾ ist beizupflichten, daß Väter unehelicher Kinder sich nicht nur unter den Ledigen befinden. Ob in noch größerem Maße unter den Verheirateten und Geschiedenen, mag dahingestellt bleiben - der Beweis dafür müßte erst noch geführt werden -; jedenfalls ist damit nicht gesagt, daß die Verheirateten unbedingt bei den Straffälligen nach § 170 b StGB überwiegen müssen. Das Ergebnis seiner Untersuchung vermag seine Ansicht zu stützen, doch ist dieses auch aufgrund der besonderen Verhältnisse der Industrie- und Arbeiterstadt bedingt, während unser Ergebnis sich auf die Verhältnisse in einer Mittelstandsstadt stützt. Die Vorstellungen von bestimmten Pflichten und deren Einhaltung können unterschiedlich sein. Aus diesem Grunde wird sich hier der Verheiratete, der einen Fehltritt getan hat, eher bemühen, seine Unterhaltspflicht gegenüber dem unehelichen Kind zu erfüllen, als dies in einfachen Arbeiterkreisen üblich ist. Wenngleich Schmidt darin zu folgen ist, daß im Verlauf der Jahre kein engerer Zusammenhang zwischen Ehescheidung und der Anzahl der Unterhaltspflichtverletzungen gefunden werden kann, muß doch darauf hingewiesen werden, daß hinsichtlich der "Scheidungsfreudigkeit" in den verschiedenen Untersuchungsbezirken und der Zusammensetzung im Personenstand der Täter in diesen Bezirken wesentliche Unterschiede bestehen. So weist Tschopp darauf hin, daß die Schweizer Gerichte ziemlich scheidungsfreudig sind und die Anzahl der geschiedenen Täter erheblich höher ist, als ihr Anteil an der Wohnbevölkerung erwarten läßt. Auch Schmidt

40) a.a.O., S. 42

hat unter den Tätern - wenn auch nicht in dem Maße wie Tschoopp - mehr Geschiedene als im Berichtsbezirk. Parallel dazu ist festzustellen, daß die Scheidungsquote in Oberhausen⁴¹⁾ höher ist als in Freiburg. Interessant ist außerdem der hohe Anteil der Getrenntlebenden bei den Tätern, der rund 44 % der Verheirateten beträgt. Leider läßt das Material von Schmidt eine diesbezügliche Signifikanzprobe^{41a)} nicht zu, weil bei unseren Tätern keine Getrenntlebenden ermittelt werden konnten.

Tabelle 17

Die Ehescheidungen in Freiburg,
verglichen mit denjenigen in der Bundesrepublik, in Baden-
Württemberg und in Nordrhein-Westfalen

Ehe- scheidungen im Jahr	Freiburg ^{41b)}		Bundes ^{41c)} republik		Baden- ^{41d)} Württemberg		Nordrhein ^{41e)} Westfalen	
	a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)
1950	198	17,6	74638	15,9				
1951	189	16,0	55862	11,8				
1952	171	14,0	50833	10,6				
1953	145	11,5	47383	9,8				
1954	151	11,9	44438	9,1				
1955	112	8,7	42538	8,6	5163	7,3	12276	8,4
1956	169	13,0	40731	8,2	5087	7,2	12036	8,1
1957	-	-	-	-	5292	7,3	12297	8,2

a) = absolut

b) = auf 10 000 Einwohner

41) Vgl. Schmidt, a.a.O. S. 32

41a) Vgl. zu diesem Begriff Fußn. 30 S. 13

41b) Unveröffentl. Angaben des Stat.Amtes der Stadt Freiburg

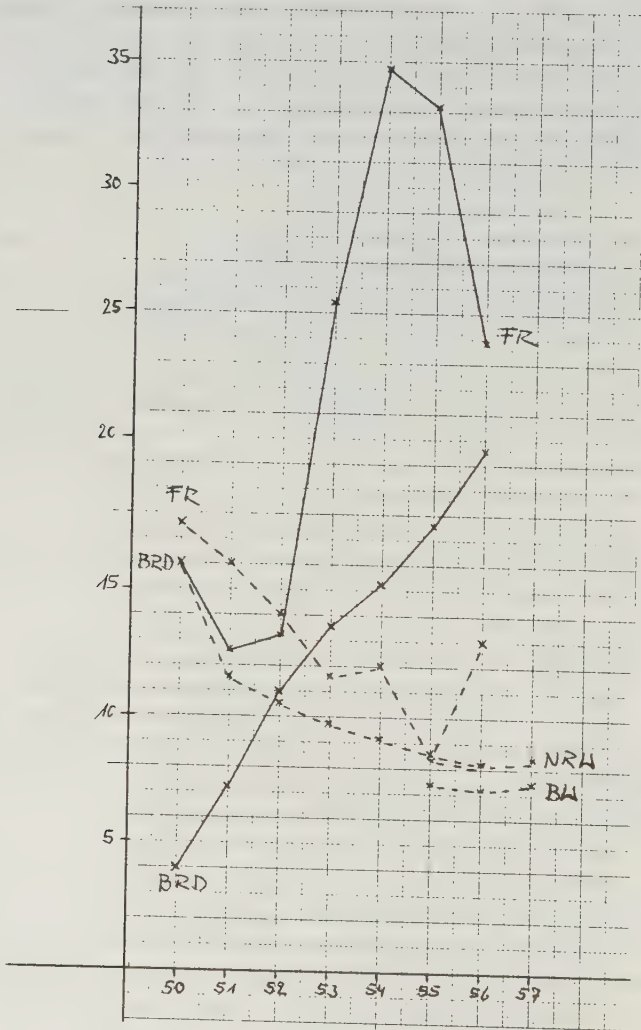
41c) Stat.Jahrb. BRD 1957 S. 56 und 1958 S. 50

41d) " " " " S. 56, 1958 S.50, 1959 S. 56

41e) " " " " S. 56, 1958 S.50, 1959 S. 56

Die graphische Darstellung vermittelt folgendes Bild:

Graphische Darstellung zu Tabelle 17 E)



E) Die gestrichelten Linien stellen die Ehescheidungen allgemein dar. Die durchgehenden Linien = Häufigkeitsziffern der Täter bezogen auf 10 000 Einwohner.

Wir bilden eine weitere Hypothese, indem wir behaupten, daß die Unterhaltspflichtverletzung erfahrungsgemäß in der Hauptsache gegenüber dem unehelichen Kinde begangen wird. Auch hierzu mag eine Tabelle Auskunft geben. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei vorweg darauf hingewiesen, daß der Proband in manchen Fällen nicht nur einem Unterhaltsberechtigten, sondern mehreren gegenüber die ihm gesetzlich obliegende Unterhaltspflicht verletzt hat, so daß die Zahl der Verletzten mit der Täterzahl nicht identisch ist.

Tabelle 18
Die Opfer der Unterhaltspflichtverletzung

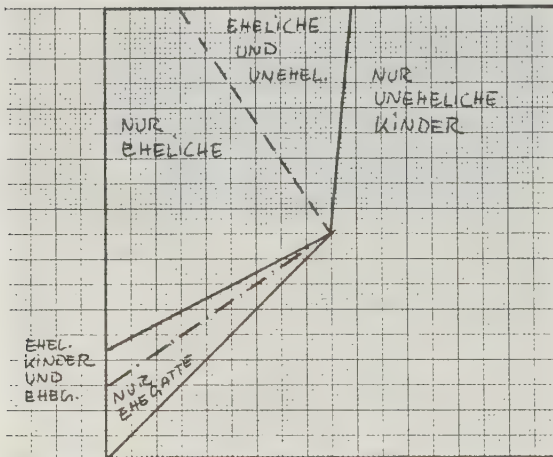
Jahr	Unehel. Kinder	Ehel. Kinder	Ehel.u. unehel. Kinder	Ehegatte	Ehegatte und ehel. Kind	insgesamt
			je		je	
1950	12	5	-	-	1	18
1951	12	3	1	1	-	17
1952	9	4	1	1	1	16
1953	16	11	5	1	-	33
1954	32	9	5	-	-	46
1955	33	9	3	1	-	46
1956	15	7	8	2	2	34
	129	48	23	6	4	210
in %:	61,43	22,86	10,95	2,86	1,90	

Von den Unterhaltsberechtigten werden allein 95,24 % Kinder betroffen, während Ehegatten nur mit 2,86 % die Opfer waren. Hinzu kommt die Rubrik Ehegatte und eheliches Kind mit 1,90 %. Von den betroffenen Kindern waren 63,24 % unehelich und 23,53 % ehelich. Bei 11,27 % sind eheliche und uneheliche Kinder die Verletzten.

Von 210 begangenen Unterhaltspflichtverletzungen gegenüber Unterhaltsberechtigten wurden sonach allein 129, das sind 61,43 %, gegenüber unehelichen Kindern begangen. Rechnet

man diejenigen Fälle, in welchen sowohl gegenüber dem ehelichen als auch gegenüber dem unehelichen Kinde die gesetzliche Unterhaltspflicht verletzt wurde⁴²⁾, hälftig hinzu, so verschiebt sich der Anteil der Verletzungen gegenüber den unehelichen Kindern noch mehr, nämlich auf 66,90 % aller Verletzungen.

Graphische Darstellung zu Tabelle 18^{E)}



Anders liegen die Verhältnisse bei Schmidt⁴³⁾, der nur 21,36 % uneheliche Kinder als Verletzte hat, desgleichen bei Tschopp⁴⁴⁾, der nur 29,84 % uneheliche Kinder hat. Als

42) Also unter Hinzurechnung der Kinder bei der dritten und fünften Gruppe mit 23 und 4, welche zur Hälfte der Gruppe der unehelichen und zur Hälfte der Gruppe der ehelichen hinzugezählt werden.

43) a.a.O., S. 73

44) a.a.O., S. 27

E) Der Anteil der Opfer wurde im Kreisdiagramm dargestellt; $360^\circ = 100\%$

Ergebnis dieses Vergleichs ist also festzustellen, daß die Verhältnisse in Freiburg sich von denjenigen in Oberhausen und Basel gleichermaßen unterscheiden. Daraus folgt, daß die Verhältnisse hinsichtlich der Unterhaltspflichtverletzung gegenüber außerehelich geborenen Kindern in Basel und Oberhausen gleich sind (sign.).

Aus der Tabelle 19 ergibt sich, daß der Anteil der unehelichen Geburten an der Gesamtgeburtenszahl keinesfalls so beachtlich hoch ist, wie man vielleicht aufgrund der Verletzten im Berichtsbezirk glauben möchte.

45)
Tabelle 19

Der Anteil der unehelichen Geburten an den Gesamtgeburten in Freiburg, in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik

Jahr	Freiburg		Bad.-Württ.		BDR		Oberhausen	
	un- ⁴⁵⁾ ehel.	pro 100000 Einw.	un- ⁴⁶⁾ ehel.	pro 100000 Einw.	un- ⁴⁷⁾ ehel.	pro 100000 Einw.	un- ⁴⁸⁾ ehel.	
1950	249	150,9	10315	96,2	74506	96,4	270	
1951	242	146,9	10334	97,2	72249	95,2	207	
1952	230	140,8	10047	92,8	68152	89,4	207	
1953	288	159,6	10218	92,4	65101	85,7	215	
1954	267	143,7	10332	90,2	64826	83,1	208	
1955	252	131,0	9884	83,8	60685	77,3	178	
1956	262	130,1	9765	77,5	60222	73,4	199	
		<u>143,3</u>		<u>90,0</u>		<u>85,8</u>		

45) Unveröffentl. Ang. d. Stat. Amtes der Stadt Freiburg i. Br.

46) Stat. Monatshefte Baden-Württemberg, a. a. O. Heft 12, S. 337

47) Stat. Jahrb. BRD 1958 S. 45

48) Schmidt, a. a. O. S. 34

Wie diese Tabelle zeigt, liegt Freiburg hinsichtlich der außerehelichen Geburten höher als Baden-Württemberg und die Bundesrepublik, wobei die Quote in Baden-Württemberg schon etwas höher ist als in der Bundesrepublik (n.s.). Zum weiteren Vergleich wurden die unehelichen Geburten in Oberhausen für den Berichtszeitraum herangezogen. Dabei wurde festgestellt, daß in Oberhausen die Anzahl der außerehelichen Geburten absolut genommen gleichfalls niedriger ist als im Berichtsbezirk. Wir haben sodann die Anzahl der unehelichen Geburten auf 10 000 Einwohner bezogen, weil wir festgestellt haben, daß sich dadurch die Verhältnisse nicht wesentlich ändern und bei Schmidt die Angaben über die außerehelichen Geburten fehlen. Als Ergebnis ist festzuhalten, daß Freiburg für den Berichtszeitraum mit 213,7 außerehelichen Geburten pro 10 000 Einwohner im Verhältnis zur Bundesrepublik mit 136,6 und Baden-Württemberg mit 148,3 als auch Oberhausen mit nur 95,1 die größte Anzahl außerehelicher Geburten aufweist.

Tabelle 20 49)

Die außerehelichen Geburten pro 10 000 Einwohner

Freiburg i.Br.	213,7
Baden-Württemberg	148,3
Bundesrepublik	135,6
Oberhausen	95,1

Der Unterschied zwischen dem Berichtsbezirk und den anderen zum Vergleich herangezogenen Bereichen ist signifikant.

Beim Vergleich mit unserer Kontrollgruppe können wir folgende Feststellungen treffen:

Auch in unserer Vergleichsgruppe nehmen die ledigen Probanden den größten Anteil ein, und zwar in größerem Umfange als die Tabelle der Tätergruppe erwarten ließ. Die

49) Fundstellen in Fußnote 45) - 48) auf Seite 67

Verheirateten, Geschiedenen und Verwitweten sind dagegen in nur sehr geringem Umfange beteiligt. Während die Verheirateten unter ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung liegen, sind die Ledigen mit einem überraschend großen Anteil vertreten.

Tabelle 21
Der Familienstand bei der Vergleichsgruppe

Familienstand	Prob.Zahl		%		%
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	insgesamt
ledig	228	261	75,00	86,42	80,69
verheiratet	42	7	13,81	2,33	8,08
verwitwet	-	18	-	5,96	2,99
geschieden	4	16	1,33	5,29	3,30
ohne Angaben	5	-	1,64	0,82	0,82
Nicht-ermittelte	25	-	8,22	-	4,12
	304	302	100,00	100,00	100,00

Wir ersehen daraus, daß die Ledigen erwartungsgemäß die meisten unehelichen Kinder haben und dadurch auch mehr der Gefahr ausgesetzt sind, gegen § 170 b StGB zu verstoßen als die anderen Gruppen. Denn wir können in diesem Kapitel die Feststellung machen, daß die Verletzung der Unterhaltspflicht wohl mehr ein Delikt der unehelichen Kindeseltern ist, was bisher, soweit ersichtlich, vom Gesetzgeber noch nicht in vollem Umfang erkannt worden ist. Diese Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse bei den Unterhaltspflichtverletzungen führt dann zu Annahmen und Vermutungen bei der Beratung der Neufassung von Gesetzen und Maßnahmen, die den wirklichen Verhältnissen in der Praxis überhaupt nicht oder nur in unvollkommenem Maße Rechnung tragen. Wir können hierzu auf die Beratungen bei

der Neufassung der Unterhaltspflichtverletzung in der 87. Sitzung der Großen Strafrechtskommission verweisen⁵⁰⁾.

d) Die Zahl der Kinder

Die Täter, die sich Unterhaltspflichtverletzungen haben zuschulden kommen lassen, haben diese in weit überwiegendem Falle gegenüber Kindern, insbesondere aber gegenüber unehelichen Kindern, begangen. Dies ist eines unserer Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung in den vorausgegangenen Abschnitten. Ihre Unterhaltspflicht beschränkte sich jedoch nicht immer auf diejenigen Kinder, wegen derer sie dann straffällig wurden. Wir haben festgestellt, daß ein Großteil der Täter verheiratet ist. Man kann also annehmen, daß sie auch der eigenen Familie und den ehelichen Kindern gegenüber für den Unterhalt aufzukommen haben. Um dies zu klären, haben wir die Kinderzahl aller Probanden zusammengestellt und geben diese in der nachfolgenden Tabelle wieder.

Tabelle 22
Die Kinderzahl der Probanden

Kinderzahl =	1	2	3	4	5	6	7	insges.	%
Probanden davon hatten:	76	62	33	17	7	7	5	210	100,00
nur ehel.	24	13	10	3	2	1	-	53	25,24
nur uneheliche	52	34	17	4	1	1	-	109	51,90
ehel.u. unehel.	-	15	6	10	4	5	5	45	21,43
Kinder									
ehel.	24	41	38	37	18	28	25	211	44,05
unehel.	52	83	61	31	17	14	10	268	55,95
	76	124	99	68	35	42	35	479	..
Kein Kind = 3	1,43								

50) Vgl. Niederschrift der Großen Strafrechtskommission im 8. Bd., bes. Teil, a.a.O., S. 388 ff.

Wir halten fest, daß 210 Probanden für zusammen 479 Kinder unterhaltspflichtig waren. Weiter ersehen wir daraus, daß die unehelichen Kinder überwiegen, nämlich mit 268 (55,95%) gegenüber 211 (44,05%) ehelichen. Diese Tatsache haben wir bereits in einem anderen Zusammenhang in Tabelle 18 feststellen können, wo die unehelichen Kinder bei den Betroffenen den größten Anteil bildeten. Ein Vergleich mit Tabelle 18 zeigt erneut, daß eher die Neigung besteht, seinem unehelichen Kinde gegenüber die Unterhaltspflicht zu verletzen als gegenüber dem ehelichen Kinde oder dem Ehegatten. Es zeigt sich, daß von den 154 Tätern, die uneheliche Kinder hatten, nur 2 ihrer gesetzlichen Unterhaltspflicht gegenüber diesen Kindern nachgekommen sind. Dagegen haben von den 98 Tätern, die Väter von ehelichen Kindern sind, immerhin 13 ihre Unterhaltspflicht ihren ehelichen Kindern gegenüber erfüllt. Probanden mit einem Kind sind sowohl bei den ehelichen als auch bei den unehelichen Kindern am meisten vertreten. Wenn sich daraus auch sonst keine Besonderheiten ersehen lassen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Mehrzahl der Probanden nur für ein eheliches bzw. uneheliches Kind zu sorgen hat und dies wirtschaftlich auch für einen materiell oder finanziell schwachen Probanden möglich sein muß. Weitere Ausführungen hierzu machen wir in Kap. 4 des Unterabschnitts II dieses Teils.

2. Die zivilrechtliche Entstehung der Unterhaltspflicht

a) Die Entstehung

Ehe auf die einzelnen Persönlichkeitsmerkmale^{50a)} eingegangen werden soll, wollen wir noch kurz die Anspruchsgrundlage mitteilen, aufgrund derer die gesetzliche Unterhaltspflicht der Probanden feststand. Wir unterscheiden dabei, ob ein vollstreckbarer Titel vorgelegen hat, gegebenenfalls, was für ein Titel oder ob kein Titel vorlag.

50a) nämlich Alter, Geschlecht, Vorbildung, kriminelle Vergangenheit usw.

Tabelle 23
Die Herleitung der Unterhaltspflicht

Jahr:	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	insg.	%
Ohne Titel (Gesetz)	6	2	6	11	16	17	17	75	35,71
Notarielles Anerkennnis	4	1	3	11	7	9	5	40	19,05
Endurteil	6	8	3	8	8	18	6	47	22,38
Versäumnisurteil	1	-	-	1	5	8	3	18	8,57
Anerkennnisurteil	-	-	-	1	4	1	3	9	4,28
Gerichtl. Unter- haltsvergleich	-	-	2	1	3	3	-	9	4,28
Keine Feststellung	1	6	2	-	3	-	-	12	5,72
	18	17	16	33	46	46	34	210	-.-

Nur in 12 (5,72 %) Fällen konnten wir nicht feststellen, ob ein Titel gegen den Probanden vorlag oder nicht. Die Fälle, in denen rechtskräftige Unterhaltstitel für den Unterhaltsberechtigten erstritten waren, sind die meisten, nämlich 83 (39,51 %). Dies sind die Endurteile, in denen also der ganze Unterhaltsprozeß durchgeführt werden mußte, mit 22,38 % und die gerichtlichen Unterhaltsvergleiche mit 4,28 % sowie diejenigen Fälle, in denen der Proband ein Versäumnisurteil gegen sich ergehen ließ (8,57 %) oder in denen er im Verhandlungstermin den Unterhaltsanspruch anerkannte (4,28 %). In 75 Fällen (35,71 %) war noch kein Unterhaltstitel gegen den Probanden erwirkt worden. Dies waren hauptsächlich diejenigen Fälle, in denen die uneheliche Mutter ihre Unterhaltungspflicht nicht erfüllt hat, und einige andere, in denen sich ein ehelicher Elternteil oder aber ein Ehegatte strafbar machte. Denn in den Fällen, in denen die Unterhaltsberechtigten unehelich waren und das Jugendamt als Amtsvormund tätig wurde, war vor dem Strafverfahren in der Regel ein Vollstreckungstitel gegen den Schuldner erwirkt worden.

b) Die Höhe der Unterhaltsrente

Die Höhe des Unterhaltsbeitrages ist nach Zeit, Ort und aufgrund der Standeszugehörigkeit verschieden. Der Unterhalt umfaßt den gesamten standesgemäßen Lebensbedarf, Bei den unehelich Geborenen kommt es auf den Stand der Kindesmutter an. Der vierteljährlich im voraus zu entrichtende Unterhaltsbeitrag betrug in den ersten Untersuchungsjahren 90 - 105 DMark. In den späteren Jahren stieg er, bedingt durch die steigenden Lebenshaltungskosten auf 120, 150, 195 und zuletzt 210 DMark für die unehelichen Kinder, welche nach unseren Feststellungen die Mehrzahl der Opfer bilden⁵¹⁾. Der höchste Unterhaltsbeitrag betrug 750 DMark im Vierteljahr für eine geschiedene Ehefrau eines Handels-

51) Vgl. in diesem Teil Abschn. A, Unterabschn. I, Kap. 1 Ziff. c) S. 65 Tabelle 18

vertreter und die beiden bei ihr lebenden Kinder. Die beiden nächstniedrigen Unterhaltsleistungen betrugen 600 DMark im Quartal. Im ersten Falle war dieser Beitrag für die getrennt lebende Ehefrau eines Kaufmanns und das gemeinsame ehelich Kind zu leisten, und im zweiten Falle für die drei ehelichen Kinder eines Handelsvertreter. Aus den durchweg niedrigen Unterhaltsrenten kann geschlossen werden, daß es sich in der Regel um Kindesmütter aus einfachen Verhältnissen handelte. Sonst waren keine Besonderheiten in der Höhe der Unterhaltsrente festzustellen.

II. Die Täter nach § 170 b StGB: ihre Persönlichkeit

Die anschließenden Ausführungen geben die Tatsachen wieder, wie sie den Untersuchungsorganen und dem urteilenden Richter aus den Akten bekannt sind und wie sie der strafrechtlichen Beurteilung des Täters zugrunde liegen. Aus ihnen ergeben sich Merkmale, die in gewisser Hinsicht auf die Persönlichkeit des Probanden schließen lassen. Das so gewonnene Persönlichkeitsbild erstrebt insoweit eine Vollständigkeit, als alle im Untersuchungszeitraum verurteilten Täter erfaßt werden konnten, wie bereits an anderer Stelle dargelegt wurde⁵²⁾.

1. Das Alter der Probanden

Das Lebensalter der Menschen ist unter den verschiedenen Persönlichkeitsfaktoren für das Maß der Neigung zur Begehung strafbarer Handlungen bzw. den Grad der Abwehr gegen asoziale Versuchungen von entscheidender Bedeutung⁵³⁾. Der Mensch entwickelt sich von der Geburt bis ins Greisenalter. Jede Entwicklungsstufe hat einen eigenen, ihr zugeordneten besonderen Charakter, wenn auch gewisse Übergänge nicht zu

52) Vgl. oben S. 7

53) Roesner HdwK I, S. 22

übersehen sind. Unter Entwicklung⁵⁴⁾ in diesem Sinne ist eine Reihe von Veränderungen zu verstehen, die ein bestimmtes Individuum durch Zusammenwirken gewisser innerer und äusserer Faktoren erfährt. Hiervon wird auch das seelische Leben schlechthin erfaßt und nicht nur das physische⁵⁵⁾. Aus der nachfolgenden Tabelle ergibt sich das Alter der im Untersuchungsbezirk verurteilten Täter. Der jüngste Täter ist 19 Jahre und der älteste 65 Jahre alt. Dabei muß zwar berücksichtigt werden, daß die eruierten Zahlen nur das Alter im Zeitpunkt der Einleitung des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens angeben, die Probanden jedoch die Tat regelmäßig vor und auch noch nach diesem Zeitpunkt begangen haben, denn wenn sie ihrer Unterhaltsverpflichtung nachgekommen sind, so wurde das Verfahren in der Regel eingestellt, da man dem Täter einen Ansporn geben und dem Opfer die Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen erhalten wollte⁵⁶⁾. Nimmt man also das Lebensalter im Zeitpunkt des Beginns der Ermittlungen, so hat man einen Mittelwert, der den wirklichen Verhältnissen in etwa entspricht⁵⁷⁾.

Wir sind uns bei der Feststellung dieses Zeitpunktes für die Altersangaben darüber im klaren, daß bei den statistischen Erhebungen über das Alter der straffälligen Personen natürlich nur das zur Zeit der Tat und nicht im Zeitpunkt der rechtskräftigen Aburteilung zugrunde zu legen ist, da letztere zeitlich später als die Begehung der strafbaren Handlung erfolgt⁵⁸⁾. Doch trifft dies gerade bei dem Delikt der Unterhaltsverletzung nicht zu, weil diese Straf-

54) Vgl. zum Entwicklungsbegriff auch Thomae, a.a.O., S. 3 ff.

55) Spranger, a.a.O., S. 30

56) Vgl. auch die Ausführungen unten im III. Teil, Abschn. B, Unterabschn. I, Kap. 2, S. 184 und Abschn. C, Unterabschn. V, S. 206 ff; weiter LK, a.a.O., § 170 b, Anm. 8, S.

57) Vgl. hierzu auch III. Teil, Abschn. B, Unterabschn. I, Kap. 2 S. 184 ff.

58) Roesner, HwK I, S. 25; Riegel, a.a.O., S. 39, dessen Kritik an den Kriminalstatistiken nicht für die Strafverfolgungstatistik des Stat.BA zutreffen dürfte, denn dort wird das Alter zur Zeit der Tat zugrunde gelegt; vgl. Bd. 210, S. 27 ff. u.a.

tat eine Dauerstrafstat⁵⁹⁾ ist und sich in der Regel über längere Zeit hinzieht⁶⁰⁾, so daß es gerechtfertigt ist, einen Mittelwert zu bilden.

Tabelle 24 61)

Das Lebensalter der Täter im einzelnen

Alter	Zahl	Alter	Zahl
		Übertrag:	148
19	1	37	3
20	2	38	7
21	7	39	3
22	12	40	5
23	12	41	2
24	9	42	4
25	21	43	4
26	14	44	6
27	13	45	2
28	5	46	3
29	8	47	3
30	6	48	6
31	7	49	3
32	8	50	1
33	5	52	1
34	5	53	4
35	8	57	2
36	7	65	1
			210

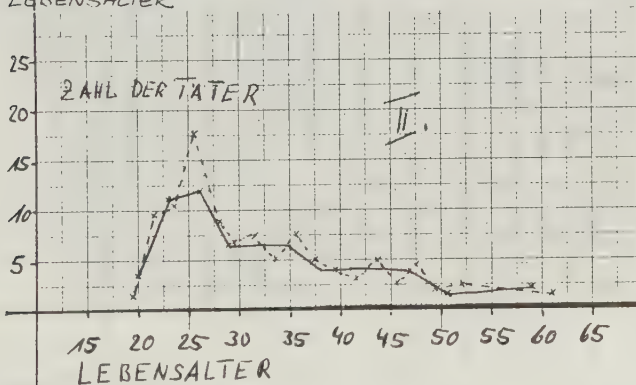
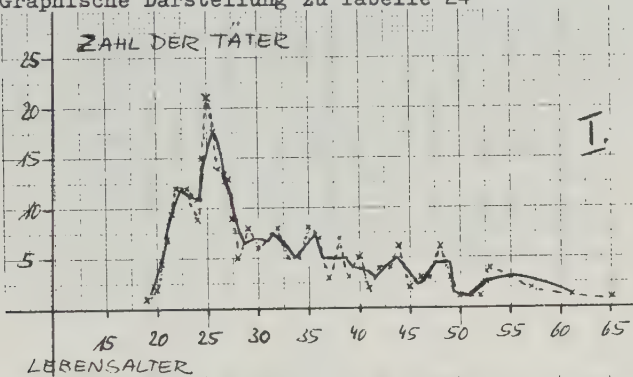
59) LK, a.a.O., § 170 b, Anm. 6 S. 69

60) Sie beginnt schon einige Zeit vor der Anzeigeerstattung und dauert meist im Urteilszeitpunkt an; vgl. III. Teil, S. 184 ff. u. 211

61) Roesner, HdwK. I, S. 25, fordert eine möglichst detaillierte Unterteilung des Lebensalters der Täter; die Verwirklichung dieser Forderung wird in dieser Tabelle erstrebt.

Das Durchschnittsalter der Täter betrug sonach 32,2 Jahre⁶²⁾. Es ist festzustellen, daß das Alter nicht gleich verteilt ist, sondern die jüngeren Jahrgänge überwiegen. Zur besseren Veranschaulichung möge eine graphische Darstellung dienen.

Graphische Darstellung zu Tabelle 24 E)



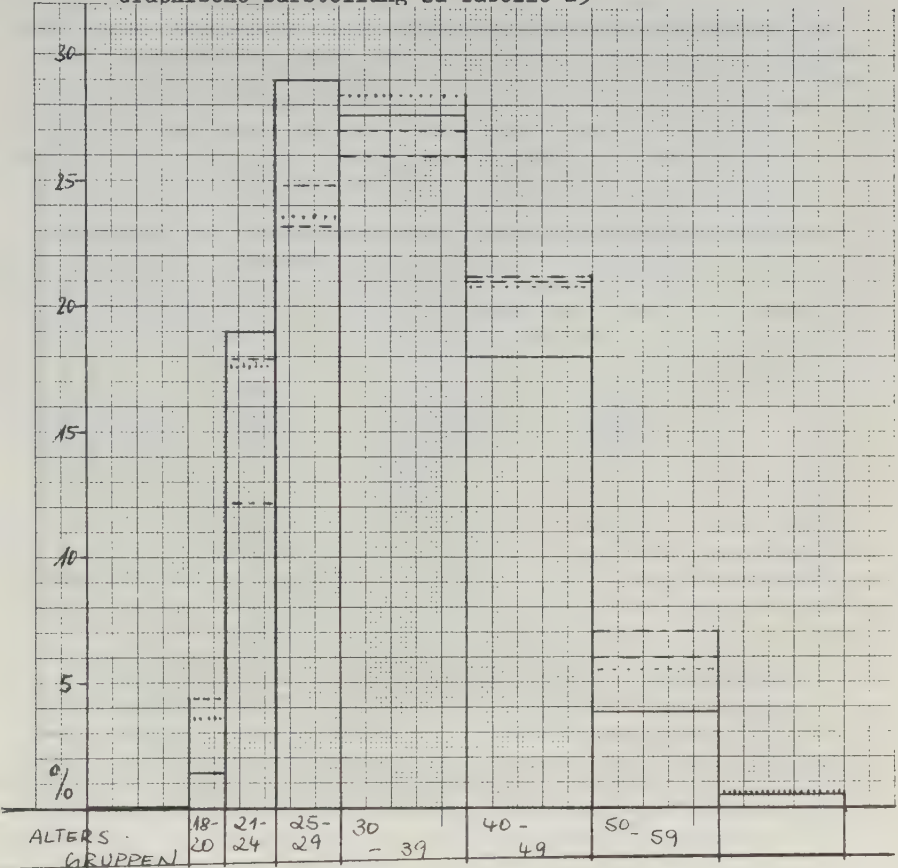
- 62) Zur Errechnung des Durchschnittsalters wurde das arithmetische Mittel gebildet; vgl. auch Wend, a.a.O., S. 46, welcher ein Durchschnittsalter von 39 errechnet hat.
- E) Die durch Punkte unterbrochene Linie in I zeigt das Lebensalter wie in der Tabelle 24; in der durchgehenden Kurve werden je 2 aufeinanderfolgende Jahrgänge zusammengefaßt.
In II sind bei der durch Punkte unterbrochenen Kurve 3 und in der durchgehenden 4 Jahrgänge zusammen genommen. Dadurch fallen die Zufallsschwankungen heraus.

Tabelle 25

Alter der Täter im Gerichtsbezirk, verglichen mit denjenigen in Baden-Württemberg, in der Bundesrepublik und in Oberhausen

Alters- klasse	Freiburg		Bad.-Württ.		BDR		Oberhausen	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
18 - 20 u. jünger	3	1,43	261	4,38	1608	3,60	-	-
21 - 24	40	19,05	1067	17,89	7933	17,68	65	12,29
25 - 29	61	<u>29,05</u>	1379	23,12	10543	23,49	153	28,92
30 - 39	59	28,09	1607	<u>26,94</u>	12762	<u>28,44</u>	159	<u>30,06</u>
40 - 49	38	18,09	1253	21,01	9299	20,72	112	21,18
50 - 59	8	3,81	359	6,02	2496	5,56	37	6,99
über 60	1	0,48	38	0,64	230	0,51	3	0,57
	210		5904		44879		529	

Graphische Darstellung zu Tabelle 25 E)



Die Anwendung des χ^2 -Tests ist für diesen Fall unzumutbar, da die einzelnen Altersgruppen sich nicht sehr wesentlich unterscheiden, aber die Summenbildung doch andere Ergebnisse zeitigt. Aus dem Diagramm ergibt sich, daß die Freiburger Täter jünger⁶³⁾ sind als der Bundes-

E) Hier werden die Altersgruppen in einem Blockdiagramm dargestellt, welches flächengetreu ist; man kann dadurch bequem zwei aneinandergrenzende Gruppen zusammenfassen; zur Kennzeichnung vgl. E) auf S. 42

63) Nach Roesner, HdWK, S. 25, 1. Halbs. sind erfahrungsgemäß die 21- bis 25-jährigen kriminell am stärksten

durchschnitt der Täter nach § 170 b StGB, aber auch der Durchschnitt in Baden-Württemberg und in Oberhausen. Um diese Hypothese zu erhärten, wurde die Summenverteilung aufgestellt⁶⁴⁾. Wir erhalten folgende Tabelle:

Tabelle 26
Summenverteilung des Alters der Täter

Alters- klasse	Bundes- republik	Baden- Württemberg	Freiburg	Oberhausen
18 - 20 u. jünger	3,60	4,38	1,43	-
21 - 24	21,28	22,27	20,48	12,29
25 - 29	44,77	45,39	49,53	41,21
30 - 39	73,21	72,33	77,62	71,27
40 - 49	93,93	93,34	95,71	92,45
50 - 59	99,49	99,36	99,52	99,44
über 60	100,00	100,00	100,00	100,00

Die Kurve der graphischen Darstellung zu dieser Tabelle läßt erkennen, daß die Freiburger Täter jünger sind, weil die Kurve für Freiburg die anderen übersteigt. Ebenso können wir sehen, daß die Täter in Oberhausen älter sind, weil die Kurve für Oberhausen am tiefsten liegt.

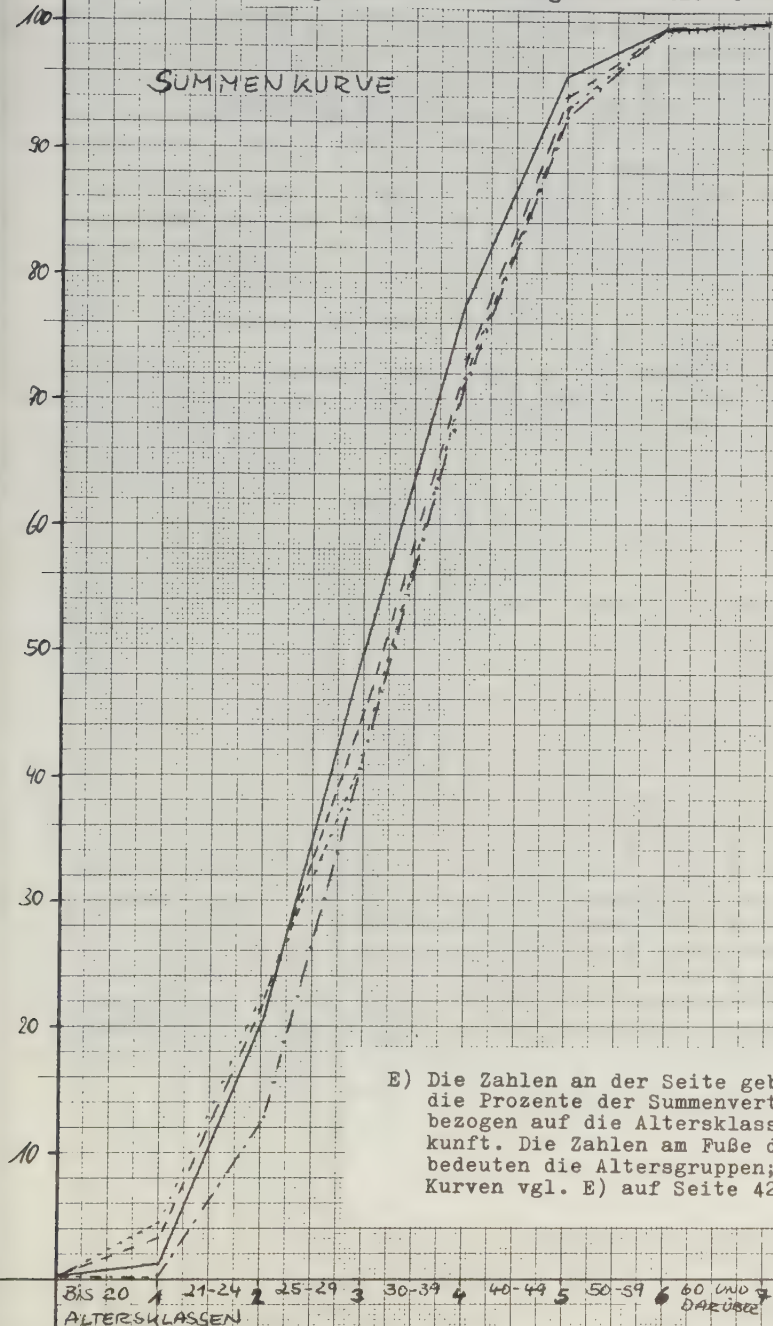
Eine weitere Unterstützung erfährt unsere Hypothese durch die Errechnung des Medians⁶⁵⁾.

belastet; ders.a.a.O., S. 28, vgl. die dort angegebenen Kriminalitätsziffern für die Jahre 1928 und 1929, welche zum gleichen Ergebnis kommen; außerdem ders., a.a.O., S. 31, über die Kriminalitätsentwicklung in England und in der Schweiz, wo man ebenfalls zu den gleichen Ergebnissen für diese Altersgruppe gelangte; ebenso Exner, Krim., a.a.O., S. 149, Tab. 12

64) Vgl. Mittenecker, a.a.O., S. 10

65) Vgl. Mittenecker, a.a.O., S. 11 ff.

Graphische Darstellung zu Tabelle 26 E)



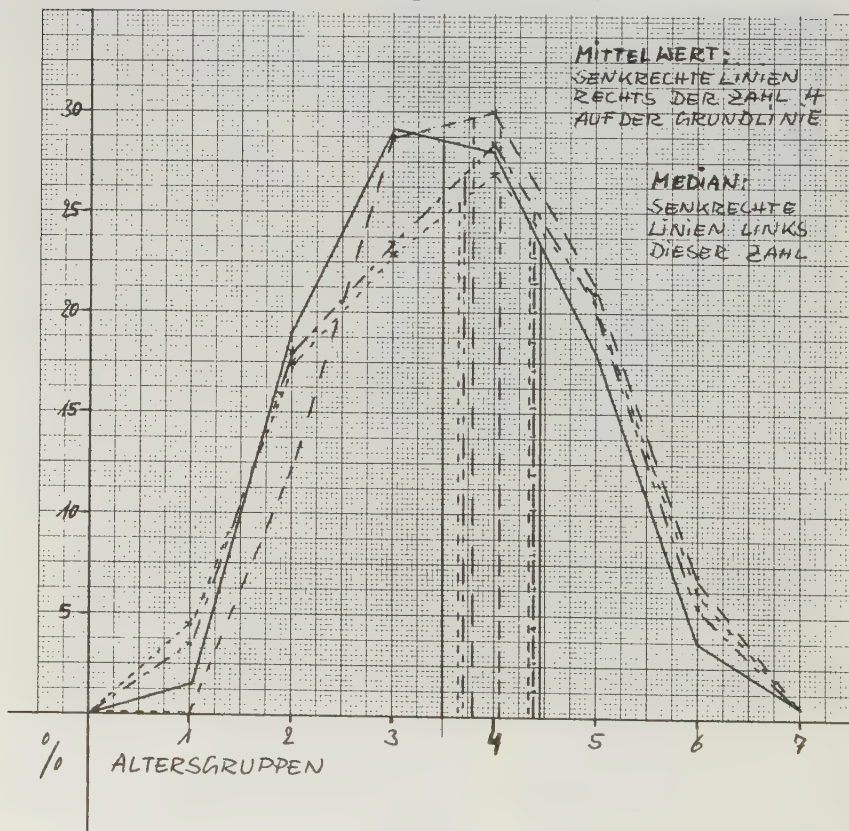
E) Die Zahlen an der Seite geben über die Prozente der Summenverteilung, bezogen auf die Altersklassen, Auskunft. Die Zahlen am Fuße der Kurve bedeuten die Altersgruppen; zu den Kurven vgl. E) auf Seite 42

Tabelle 27

Median und Mittelwert der Altersverteilung der Täter

Gebiet	Median	Mittelwert
Freiburg i.Br.	3,42	4,44
Baden-Württemberg	3,67	4,37
Bundesrepublik	3,68	4,36
Oberhausen	3,79	4,17

Graphische Darstellung zu Tabelle 27 E)



E) vgl. E) auf Seite 42

Wir stellen fest, daß der Median für Freiburg am niedrigsten ist, d.h. daß 50 % bei 3,52 erreicht werden. Den höchsten Wert finden wir bei Oberhausen mit 3,79. Dazwischen liegen die einander ähnlichen Werte von Baden-Württemberg und der Bundesrepublik. Durch den Mittelwert wird dieses Ergebnis noch unterstrichen.

Daraus können wir ableiten, daß unsere Vermutung richtig ist, wonach die Täter im Berichtsbezirk jünger sind als in den verglichenen Bezirken. Das mag damit zusammenhängen, daß ein großer Teil der Freiburger Täter ledig ist, während diejenigen in Oberhausen überwiegend verheiratet sind.

Weiter wurde untersucht, ob sich die Altersstruktur der Täter im Laufe der Jahre ändert. Anlaß dazu gab folgende Tabelle:

Tabelle 28

Das Durchschnittsalter der Eheschließenden
in der Bundesrepublik

Jahr	männlich	weiblich
1950	30,8 Jahre	27,3 Jahre
1951	30,4 "	27,0 "
1952	30,1 "	26,8 "
1953	29,9 "	26,6 "
1954	29,8 "	26,4 "
1955	29,6 "	26,0 "
1956	29,2 "	25,8 "

Diese Tabelle vermittelt die Erkenntnis, daß in der Bundesrepublik die Neigung besteht, früher zu heiraten. Eine Überprüfung dieses Ergebnisses mit Hilfe des χ^2 -Tests bestätigt diese Vermutung für die Entwicklung in der Bundes-

republik. Die entsprechende Untersuchung für den Berichtsbezirk erbrachte ein gleiches Ergebnis. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß die Verheirateten nur einen Teil der Täter ausmachen.

2. Das Geschlecht

Das Geschlecht der Täter war von jeher von großem Interesse in der kriminologischen Wissenschaft⁶⁶⁾. Ihm kommt eine sehr bedeutsame, ja entscheidende Rolle zu, wenn man bedenkt, daß Mann und Frau in ihrer somatischen und psychischen Veranlagung wie in ihren Auffassungen von Grund auf verschieden sind und daß diese Unterschiede in ihrer Lebensführung und in allen ihren Lebensäußerungen in deutlicher Weise zum Ausdruck kommen⁶⁷⁾.

Betrachten wir die Kriminalität der Unterhaltspflichtverletzungen, so können wir aus der Tabelle 29 eine starke Beteiligung der weiblichen Täter im Rahmen der Zunahme der Unterhaltsdelikte im Berichtsbezirk feststellen (vgl. S.85/86).

Wir können festhalten, daß der Anteil der Frauen an den Tätern in Freiburg wesentlich größer ist als in den Vergleichsbezirken. Bei diesen sind Baden-Württemberg und die Bundesrepublik gleich. Ebenso gleichen sich die Verhältnisse in Oberhausen und in Basel. Bemerkenswert ist, daß sich der Täterkreis in Basel und in Oberhausen vorwiegend aus Geschiedenen und Getrenntlebenden zusammensetzt, während in Freiburg die Ledigen überwiegen. Die Hypothese, daß sich der Anteil der Frau an § 170 b StGB maßgeblich verändert, erwies sich als nicht signifikant.

66) Weinberg, a.a.O. und die dortigen Hinweise;
vgl. Herold, a.a.O., S. 15

67) Roesner, HdWK I, S. 23

Tabelle 29

Der Anteil der weiblichen Kriminalität nach § 170 b StGB im Berichtsbezirk, in Baden-Württemberg, in der Bundesrepublik, in Oberhausen und in Basel

67a)

Jahr	Freiburg			Baden-Württemberg		
	insges.	davon weibl.	%	insges.	davon weibl.	%
1950	18	2	11,11	320	69	21,56
1951	17	4	23,53	496	81	16,33
1952	16	3	18,75	669	105	15,70
1953	33	8	24,24	784	137	17,47
1954	56	13	28,26	1009	151	14,96
1955	46	13	28,26	1289	220	17,07
1956	34	8	23,53	1397	208	14,89
	210	51	24,28	5964	971	16,28

Jahr	Bundesrepublik ^{67b)}		Oberhausen ^{67c)}		Basel ^{67d)}	
	insg.	davon weibl.	%	insg.	davon weibl.	%
1950	1963	319	16,25	36	-	0,00
1951	3568	545	15,27	57	3	5,26
1952	5491	789	14,37	73	4	5,48
1953	6829	911	13,34	81	-	0,00
1954	7751	949	12,24	81	4	4,94
1955	9061	1209	13,34	92	5	5,43
1956	10216	1247	12,21	95	6	6,32
	44879	5969	13,30	515	22	4,27
					124	4=3,32

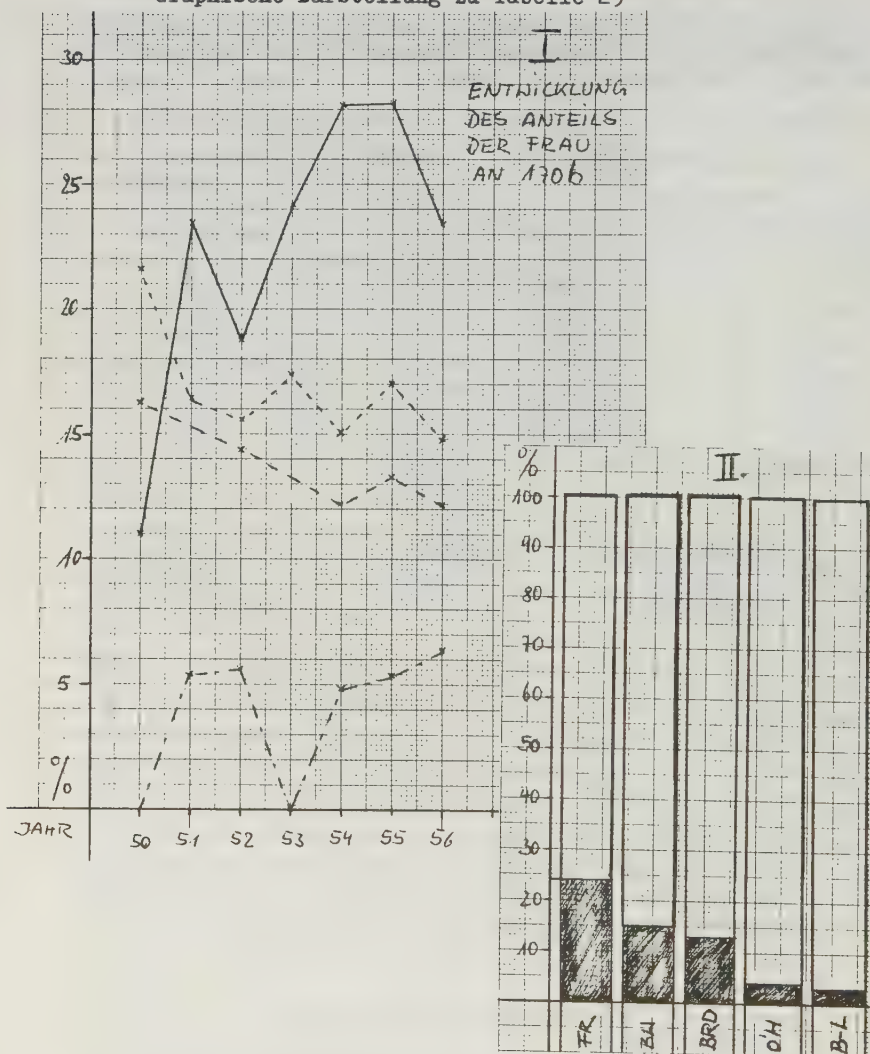
67a) Unveröffentl. Angaben des Stat. Landesamtes Baden-Württemberg

67b) Stat. Bundesamt, a.a.O., Bd. 110, S. 18 u. 19, lfd. Nr. 39; Bd. 110, S. 38 u. 39, lfd. Nr. 39; Bd. 129, S. 10 u. 11, lfd. Nr. 45; Bd. 158, S. 34 u. 35, lfd. Nr. 60; Bd. 172, S. 36 u. 37, lfd. Nr. 60; Bd. 210, S. 28 u. 29, lfd. Nr. 60; Bde. 229 u. 251

67c) Schmidt, a.a.O., S. 11 u. 129

67d) Tschopp, a.a.O., S. 33

Graphische Darstellung zu Tabelle 29 E)

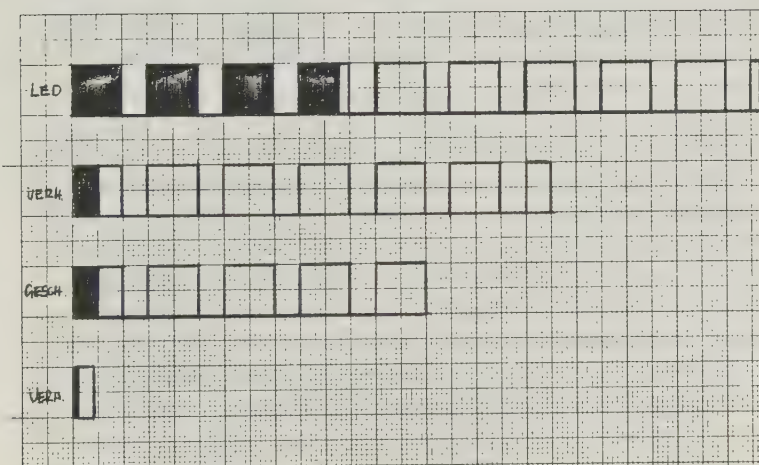


E) Diagramm I zeigt die Entwicklung im Untersuchungszeit-
raum bezüglich der einzelnen Jahre;
in Diagramm II ist der Anteil der Frau im Berichtszeit-
raum schraffiert; im übrigen vgl. E) S. 42

Tabelle 30
 Personenstand der weiblichen Täter⁶⁸⁾

	insg.-	%	männl.	%	weibl.	%
ledig	92	43,81	54	33,96	38	74,51
verh.	65	30,95	59	37,11	6	11,76
gesch.	49	23,33	43	27,04	6	11,76
verw.	4	1,90	3	1,89	1	1,96
	210	.-	159	.-	51	.-

Graphische Darstellung zu Tabelle 30 E)



68) Obwohl die Zahlen sehr klein sind, sei ein Hinweis auf Sauer, A, a.a.O., S.83 ff. und auf die Übersicht bei Roesner, HdWK, Bd.I, S.578 ff. erlaubt. Bei Sauer zeigt die Tab. XXI ganz klar die starke Beteiligung der ledigen Frau, bei Roesner gilt dies nur für die jüngeren Jahrgänge. Diese Vergleichsmöglichkeit, evtl. auch durch spätere Untersuchungen, rechtfertigt diese Tabelle. In Tab. XXII S.87 errechnet Sauer 10 bis 15,2 % geschiedene bzw. verwitwete Frauen gegenüber 13,72 % in der vorliegenden Untersuchung.

E) Die Kästchen stehen für die absoluten Zahlen und zwar 1 Kästchen = 10 Täter; schwarz = weibl. Täter

Hier fällt der große Prozentsatz der Ledigen auf, während die Verheirateten und Geschiedenen geringer beteiligt sind (sign.). Das Material veranlaßte uns, noch auf einige Besonderheiten hinzuweisen.

Tabelle 31
Besonderheiten der weiblichen Täter

	Zahl	%
Berufsdirnen	16	31,37
Gelegenheitsdirnen	3	5,88
Ausgehaltene (vom "Verlobten")	7	13,72
Bardamen	1	1,96
	27	52,93
Keine Besonderheiten	24	47,06
	51	-.-

Um der Vollständigkeit gerecht zu werden, sei erläutert, daß von den professionellen Dirnen 3 geschieden, 2 verwitwet und 1 getrennt lebend waren⁶⁹⁾; die anderen waren ledig. Die 3 Frauen, denen keine Prostitution nachgewiesen werden konnte und welche wir als Gelegenheitsdirnen bezeichnet haben, kann man ebensogut zu den Dirnen zählen wie die restlichen Frauen dieser Tabelle mit Ausnahme derer, bei denen wir keine Besonderheiten gefunden haben. Der Ausdruck "Gelegenheitsdirnen" dürfte hier treffend sein, im Gegensatz zu den 16 professionellen Prostituierten, die nach den Erfahrungen der Polizei in einer bestimmten Gegend in Freiburg regelmäßig anzutreffen waren.

Da der Umfang der Frauenbeteiligung und der Anteil der Prostituierten in unserer Untersuchung nicht einfach übergangen werden kann, bedarf es noch eines näheren Eingehens auf diese Tatsache. Es seien daher einige typische Fälle

69) Vgl. A. Sauer, a.a.O. S. 86, letzter Absatz, welchem die große Zahl der Dirnen gleichfalls aufgefallen ist.

des Materials herausgegriffen, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufweisen und uns dazu dienen sollen, nicht allzusehr den Zahlen der Statistik zu vertrauen, sondern die individuellen Lebensbilder, die dahinterstehen, zu erkennen.

1. Die Dirnen

a) Nr. 14

Die Probandin ist eine 31 Jahre alte ledige Frau aus Freiburg i.Br. Sie ist ehelicher Abstammung; ihre Eltern sind schon lange verstorben. Der Vater war Erdarbeiter von Beruf. Als die Mutter verstarb, war die Probandin drei Jahre alt, und als ihr Vater fiel, war sie 22 Jahre alt. Im Kriege war sie als Postbotin dienstverpflichtet. Einen erlernten Beruf hat sie nicht, körperlich anstrengende Arbeit schätzt sie nicht. Nach dem Kriege war sie ein Jahr lang im Bordell H. in Worms, wo sie ihre Tätigkeit aufgab, als sie schwanger wurde. Im Jahre 1942 hatte sie bereits ein uneheliches Mädchen geboren. Damals war sie 22 Jahre alt. Nach der Geburt des zweiten Kindes in Freiburg blieb sie hier und wurde von einem jungen Ehepaar in der K-Straße aus Mitleid aufgenommen, damit sie endlich von der Straße wegkam. Die junge Frau besorgte der Probandin auch eine Arbeitsstelle bei Franzosen, wo sie es aber nicht lange aushielt, weil ihre körperliche Verfassung so schlecht sei, - wie sie meinte - daß sie nicht arbeiten könne. Sie ist weder in der Lage, für sich selbst zu sorgen, noch für ihre Kinder. Zwar ist sie einsichtig, offen und ehrlich, jedoch völlig hilflos und in Dingen des täglichen Lebens unbeholfen. Vorbestraft ist sie nicht.

b) Nr. 75

Die 23-jährige Probandin W ist in Freiburg unehelich geboren. Sie ist ledig und nennt sich Hausgehilfin. Zwar wurde sie von einem Postassistentenehepaar adoptiert, doch ist sie den Pflegeeltern davongelaufen, um sich auf Jahrmärkten herumzutreiben. Ihr Quartier hat sie

in den Trümmerkellern in der A-Straße aufgeschlagen, wo sie sich Männern gegen Entgelt hingab. Dabei wurde sie geschlechtskrank und steckte einen Freier an, welcher der Polizei Anzeige erstattete, daß die Probandin ihn mit dem Tripper angesteckt habe. Die Probandin wurde von der Polizei aufgegriffen, zunächst zum Gesundheitsamt und dann in die Hautklinik verbracht. Ihr einjähriges uneheliches Kind befindet sich in einem Heim. Sie überläßt es sich selbst und kommt für dessen Unterhalt nicht auf.

c) Nr. 80

Die 26 Jahre alte ledige L ist in Weinheim (Bergstraße) geboren. Ihre Eltern sind geschieden und kümmern sich seit Jahren nicht mehr um sie. Seit dem fünften Lebensjahr befand sie sich in einer Pflegestelle bei einem Landwirtsehepaar in K. Seit 1945 - sie war damals 16 Jahre alt - gibt sie sich mit Männern, meistens mit Franzosen, ab. Sie wurde geschlechtskrank und von einer deutschen Polizeistreife nach dem Aufgreifen in die Hautklinik eingeliefert. Dann verbrachte sie zwei Jahre im Erziehungsheim in B.; danach führte sie ihr Dirnenleben weiter, ohne einen festen Wohnsitz zu begründen. Zu Beginn des Strafverfahrens hatte sie ein uneheliches Kind, und im Zeitpunkt der Urteilsverkündung waren es inzwischen drei uneheliche Kinder geworden. Einer Arbeit geht sie nicht nach mit dem Einwand, sie fühle sich seit der Entbindung krank und schwach. Sie wird vom Gericht als eine große Lügnerin bezeichnet, die von einem starken Geschlechtstrieb beherrscht werde. Von einem französischen Militärgericht wurde sie wegen Diebstahls vorbestraft.

d) Nr. 125

Die 22-jährige ledige Probandin R ist lt. Mitteilung der Polizei eine der bekanntesten Dirnen in Freiburg. Sie ist in Freiburg geboren; ihr Vater war Schuhmacher. Sie hat keine Eltern mehr, der Vater ist seit 1944

vermißt, und die Mutter ist im selben Jahr gestorben. Die Probandin wurde mit fünf Jahren im Waisenhaus untergebracht. Später wurde sie von einem Landwirtsehepaar in B aufgenommen. Sie war keine schlechte Schülerin . Auch sie führte einen leichten Lebenswandel und wurde daher in das Erziehungsheim B verbracht. 1948 kam sie in ein weiteres Heim nach R. Als sie im Jahre 1951 nach Freiburg zurückkam, schlug sie in einem alten Bunker ihre Wohnung auf. Dort wurde sie von der Polizei ermittelt und wegen Lues in die Hautklinik gebracht. Nach der Entlassung war sie kurze Zeit in einer bekannten Bar in Freiburg tätig, wurde jedoch erneut aufgegriffen und mußte wiederum in die Hautklinik eingewiesen werden. Der Leiter der Hautklinik mußte sie jedoch aus derselben verweisen, weil sie nachts in die Männerabteilung einschlich und dort mit Patienten geschlechtlich verkehrte. Später wurde sie dann in V aufgegriffen und eine Gonorrhoe bei ihr festgestellt. Sie zog anschließend mit einem Schausteller durch die Lande und wurde in W erneut aufgegriffen und zu einer dritten Lueskur stationär in die Hautklinik aufgenommen. Nach der Entlassung trieb sie sich mit anderen Dirnen in den Trümmern von Freiburg herum, insbesondere in der A-Straße, wo sie mehrmals festgenommen und in ein Heim eingewiesen wurde, da sie schwanger war. Nach der Entlassung aus der Frauenklinik ging sie wiederum ihrem Gewerbe in der R- und der C-Straße nach, um gegen Entgelt mit Männern Geschlechtsverkehr auszuüben. Im Bahnhof Freiburg hatte sie wegen ihres auffälligen Verhaltens Bahnverbots bekommen. Die Probandin hat zwei uneheliche Kinder, welche im Heim untergebracht sind. Sie ist dreimal vorbestraft, und zwar wegen Diebstahls, Betruges und Hausfriedensbruchs.

e) Nr. 182

Die 23-jährige, in Freiburg geborene Probandin G ist unehelicher Geburt. Ihre Mutter ist unbekannten Aufenthalts. Ein Zuhause hat sie nicht. Eine Zeitlang war sie als Stationsmädchen in der Neurochirurgischen Klinik

tätig. Sie wurde dort entlassen, weil sie sich sittlich anstößig verhalten habe und eine Gefahr für die Männer gewesen sei. Anschließend wohnte sie in einem Trümmerkeller und sprach am R-Platz Männer an, um sich von diesen gegen Entgelt gebrauchen zu lassen. Sie ist "verlobt" mit einem siebenfach vorbestraften asozialen Mann, mit dem sie wegen Begehung eines gemeinsamen Diebstahls verhaftet wurde. Die Probandin hat zwei uneheliche Kinder, um die sie sich nicht kümmert. Sie sind in einer Pflegefamilie bzw. in einem Heim untergebracht. Die Probandin hat zwei Vorstrafen aufzuweisen; eine wegen § 170 b StGB und eine wegen Gewerbeunzucht. Im Untersuchungszeitraum ist sie außerdem wegen § 170 b rückfällig geworden. Sie war eine der wenigen Dirnen, die ins Arbeitshaus eingewiesen wurden.

f) Nr. 122

Die 22 Jahre alte in T geborene Probandin F wird als die übelste Dirne Freiburgs bezeichnet. Der Aufenthalt ihres Vaters ist unbekannt, ihre Mutter ist bereits im Jahre 1934 verstorben. Sie ist ledig und seit ihrem zweiten Lebensjahr bei Pflegeeltern untergebracht gewesen. Als der Vater, welcher von Beruf Maschinist ist, sie zu sich und seiner zweiten Frau holte, trieb sie mit diesem fortgesetzt Blutschande. Zuletzt lebte sie in den Trümmerkellern in der L-Straße Freiburgs. Auch während des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens und ihrer Schwangerschaft setzte sie ihre Gewerbsunzucht fort. Sie hat vier uneheliche Kinder, wovon eines aus dem blutschänderischen Verhältnis stammt. Eines davon ist debil. Nach dem Widerruf ihrer bedingten Entlassung aus dem Arbeitshaus gebar sie ein fünftes Kind. Vorbestraft ist sie wegen fortgesetzter Blutschande und wegen Diebstahls.

g) Nr. 172

Die 20 Jahre alte ledige Probandin L wird von den französischen Behörden wiederholt als Infektionsquelle für Geschlechtskrankheiten bezeichnet. Ihre Eltern sind geschieden. Der Vater ist von Beruf Pflasterer und unbe-

kannten Aufenthalts. Er ist eine arbeitsscheue Natur und führte einen hemmungslosen Lebenswandel. Seiner Unterhaltspflicht ist er nie nachgekommen. Die Mutter der Probandin hat sich erneut verheiratet. Sie ist der Probandin gegenüber zu weich, einfältig und gutmütig. Obwohl der nur fünf Jahre ältere Stiefvater der Probandin sie immer wieder aus der Wohnung verweist, nimmt die Mutter sie immer wieder auf und kümmert sich um das uneheliche Kind der Tochter. Ihren Stiefvater spricht sie beim Vornamen an. Ihr Bruder ist im Erziehungsheim untergebracht. Die Probandin ist also in schlechten wirtschaftlichen und häuslichen Verhältnissen aufgewachsen, und der Erziehungsnotstand ist - abgesehen von der erblichen Belastung - auf die Zerrüttung und Uneinigkeit zwischen ihren leiblichen Eltern zurückzuführen. Nach der Scheidung war die Mutter gezwungen, zu arbeiten, und die Kinder blieben sich selbst überlassen, so daß die Mutter ihnen bald nicht mehr gewachsen war. Bereits mit 14 Jahren stahl die Probandin zehn DM aus dem Opferstock im Münster in Freiburg. Eine gefundene goldene Uhr hat sie für 150 DM weiterverkauft. Außerdem hat sie ihrer Mutter 60 DM gestohlen. Das Geld hat sie für Vergnügungen, hauptsächlich für Kino, verbraucht. Sie hat mehrere Jahre im Erziehungsheim in B verbracht. Die Führungsberichte sind alle gleichmäßig schlecht. Es wird darin geklagt über unreifes Benehmen, Scheu vor Arbeit, Mangel an Ehrgeiz, und die Probandin wird als langsam, unzuverlässig, ausweichend, schwankend, faul und interesselos bezeichnet. Sie reagierte weder auf Güte noch auf Strenge. Außerdem war sie bequem, gleichgültig und zerfahren und suchte sich eigenwillig durchzusetzen. Als man bei einer gynäkologischen Untersuchung im Alter von 14 Jahren eine Defloration festgestellt hatte, gab die Probandin frech zur Antwort, sie sei vergewaltigt worden. Um eine Lüge war sie nie verlegen. Gerichtsurteile und Arreststrafen hinterließen nicht den geringsten Eindruck. Die Probandin war mit einer anderen Dirne befreundet und ist wiederholt von der Kripo am Dreisamdam und in der C-Bar sowie auf dem Bahnhofsgelände

aufgegriffen worden. Auffallend ist, daß die Probandin bei ständiger Aufsicht verhältnismäßig gute Arbeit leistete. Wurde sie jedoch allein gelassen, so ließ ihr Arbeitswille nach, und ihre Gedanken hingen an den nächtlichen Erlebnissen. Die Ermittlungen lassen erkennen, daß sie von einer ausgeprägten Triebhaftigkeit beherrscht wird. Darüber vergißt sie jede Verantwortung und Pflicht. Sie ist zweimal vorbestraft wegen schweren Diebstahls, Hehlerei und Betrugs.

2. Übrige Fälle

Es sei noch ein Querschnitt derjenigen Fälle gegeben, in denen die Probandinnen nicht als Dirnen bezeichnet werden konnten.

a) Nr. 56

Die 29 Jahre alte in Betzkau (bei Danzig)geborene Probandin K ist mit einem 34-jährigen Klempner jugoslawischer Staatsangehörigkeit verheiratet. Ihr Ehemann wurde 1949 aus Jugoslawien ausgewiesen und hat daran anschließend die Probandin geheiratet, mit der er sich seitdem auf Wanderschaft befand. Beide hatten keinen festen Wohnsitz und kein festes Arbeitsverhältnis. Im 7. Schwangerschaftsmonat beantragte man in Freiburg Heimunterbringung zwecks Entbindung. Nach Ablauf der Stillzeit wurde die Probandin in eine Gaststätte als Küchenhilfe vermittelt. Dem Ehemann bot man gleichfalls eine Arbeitsstelle an. Beide verschwanden nach wenigen Tagen und hinterließen ihre beiden kleinen Kinder im Heim. Als man sie später festnahm, gaben sie an, nach Bonn gewandert zu sein, um die Repatriierung nach Jugoslawien zu betreiben.

b) Nr. 58

Die 20-jährige ledige Probandin K stammt aus Iserlohn und aus guten, geordneten häuslichen Verhältnissen. Sie lebte bei ihren Eltern und verlobte sich nach anfänglichem Sträuben mit dem Probanden B. Als sie von diesem

ein Kind erwartete, floh sie mit dem B nach Süddeutschland. Nach der Festnahme haben sich ihre Eltern wieder mit ihr versöhnt. Dieser Fall ragt insoweit aus den anderen Fällen heraus, als es sich hier um völlig geordnete Verhältnisse gehandelt hat und die Probandin einer Kurzschlußhandlung erlegen ist. Sie lief lediglich aus Scham und Angst vor ihren Eltern und der zu erwartenden Schande von zu Hause weg. In T im Hochschwarzwald gebar sie dann ein Kind, von dem sie nicht wußte, was sie mit ihm tun sollte. Bei der Rückwanderung legte sie dann das vier Wochen alte Kind mit Unterstützung des Kindesvaters wohlverpackt in einen geschützten Winkel in der Herz-Jesu-Kirche in Freiburg in Erwartung, daß die dort tätigen Putzfrauen es bald entdecken würden, was auch geschah.

c) Nr. 143

Die 31 Jahre alte, ledige Probandin H stammt aus sehr schlechten häuslichen Verhältnissen. Sie wurde schon als Kind von der Mutter, welche einen Freund hatte, mit in öffentliche Lokale genommen. Sie wurde dann der Mutter weggenommen und in eine Arbeitsstelle vermittelt. Dort lief sie davon. 1944 bekam sie ihr erstes uneheliches Kind. Nach der Entlassung aus dem Arbeitshaus zog sie jahrelang mit verschiedenen Männern durch die Lande, und zwar unter falschem Namen. In Freiburg ließ sie ihr zweites uneheliches Kind in die Klinik einweisen und wanderte dann weiter, ohne sich um dasselbe noch zu kümmern. Sie hat drei uneheliche Kinder und ist einmal wegen Landstreicherei und nach § 170 b StGB vorbestraft.

d) Nr. 162

Die 27-jährige ledige Probandin E stammt aus Berlin. Ihre Eltern sind geschieden. Ihr Vater ist Polier und englischer Staatsangehöriger. Sie kam mit ihrem Vater nach Freiburg i.Br., wo dieser mit seiner zweiten Ehefrau wohnhaft war. Auch diese Ehe wurde aus Verschulden des Vaters geschieden. Die Probandin ist in Berlin aufgewachsen und war dort Verkäuferin. Mit der leiblichen

Mutter hat sie keine Verbindung mehr. Sie hat unzählige Stellen innegehabt, jedoch alle nur kurzfristig. Hauptsächlich war sie als Bedienung tätig. In ihren Stellen hielt sie es nie lange aus. Sie hat drei uneheliche Kinder, von denen bei zweien kein Vater bekannt ist. Es soll sich um französische Soldaten handeln. Sie wird als sehr triebhaft und labil bezeichnet und geht keiner geregelten Arbeit nach. Die Probandin ist außerdem vorbestraft wegen Diebstahls.

Wir haben versucht festzustellen, wie die weiblichen Probanden aufgewachsen sind. Dabei hat uns insbesondere interessiert, ob sie unter dem Schutz der Eltern heranwuchsen oder ob vielleicht die elterliche Familie unvollständig war. Dabei wurde auf den Zeitpunkt ab dem sechsten Lebensjahr abgestellt. Von den 14 weiblichen Probanden, welche beide Elternteile besitzen, sind in einem Falle die Eltern in der sog. DDR, einmal wohnen dieselben in den polnisch verwalteten Ostgebieten. So zeigt sich, daß bei 37 (72,55%) von 51 weiblichen Probanden Störungen⁷⁰⁾ im engsten Lebenskreis vorliegen, auf welche die Probandin im allgemeinen keinen Einfluß hat, deren schlechten Einflüssen die zu Frauen heranreifenden jungen Mädchen in ihren Entwicklungsjahren jedoch schutzlos ausgesetzt sind. Der Einfluß einer geordneten Familie auf die Entwicklung des jungen Menschen, gerade des weiblichen, muß daher hoch eingeschätzt werden. Fehlt dieser Einfluß ganz oder ist er nicht vollkommen, so kann die Familie nicht die ihr zugewiesenen zentralen Funktionen ausüben, die den Menschen in die soziale Ordnung einfügen⁷¹⁾. Familie soll hierbei gesehen werden als sozialer Verband, in welchen Anlagen und Umweltseinflüsse in schicksal- und schuldhafter Verflechtung hineingeraten, als ein Verband, in den das durch Blutbande eingeflochtene Mitglied trotzdem seine Eigenart, seine Individualität bewahrt⁷²⁾.

70) Vgl. auch Exner, a.a.O., S. 225, über die Unvollständigkeit der Familie

71) Vgl. Goode, a.a.O., S. 32 ff.

72) Baader, a.a.O., S. IX

Bei unserer Untersuchung konnten wir bei den weiblichen Probanden feststellen, daß lediglich 12 einigermaßen geordneten Verhältnissen entstammen, die übrigen stammen aus gestörten Familien, sei es, daß die Probandin unehelich geboren wurde, sei es, daß die Eltern geschieden waren, sei es auch, daß nur ein Elternteil vorhanden war oder daß überhaupt keine Eltern mehr lebten. Von den Probandinnen mit einem Elternteil war in einem Fall der Aufenthaltsort des Elternteils unbekannt, und je ein Elternteil wohnte in Mitteldeutschland und in den polnisch verwalteten Ostgebieten. Es ergibt sich sonach, daß in diesen Fällen eine Benachteiligung der sich entwickelnden jungen Menschen entsteht, welche darin besteht, daß aus irgendwelchen Gründen der Vater fehlt, die Mutter oder gar beide Elternteile.

Bei derartigen Konstellationen zeigt sich die Auswirkung des Fehlens eines Eltern-Kindschaftsverhältnisses zu einem früheren oder auch späteren Zeitpunkt. Es entsteht ein Gefühl des Alleinseins und der Unsicherheit, welches anstelle von Liebe und Geborgenheit tritt und irgendwelche Ersatzhandlungen dafür sucht. Hinzu kommt die fehlende Ausbildung der Hemmungsenergie⁷³⁾. Alle diese Komponenten führen dann dazu, daß die normalerweise im Schutze der Familie lebende junge Probandin in weit größerem Maße Berührungspunkte mit der auf sie einwirkenden Außenwelt erhält, als dies normalerweise möglich ist, und damit Gefahren ausgesetzt wird, denen sie noch nicht gewachsen ist. Sie wird dann oft in einem Alter, in dem sie noch nicht einmal in der Lage ist, für sich selbst zu sorgen, Mutter eines unehelichen Kindes. Es soll weiter das Alter der weiblichen Täter untersucht werden.

73) Vgl. hierzu auch Nass, a.a.O., S. 60 u. 62

Tabelle 32

Unterschied im Altersaufbau
der männlichen und weiblichen Täter im Untersuchungsbezirk

Altersgruppen	insgesamt	davon männlich		davon weiblich	
		abs.	%	abs.	%
18 - 20	3	-	0,00	3	5,88
21 - 24	40	23	14,46	17	33,33
25 - 29	61	39	29,53	22	43,14
30 - 39	59	50	31,45	9	17,64
40 - 49	38	38	23,90	-	0,00
50 - 59	8	8	5,03	-	0,00
60 u.mehr	1	1	0,63	-	0,00
		159	-. -	51	-. -

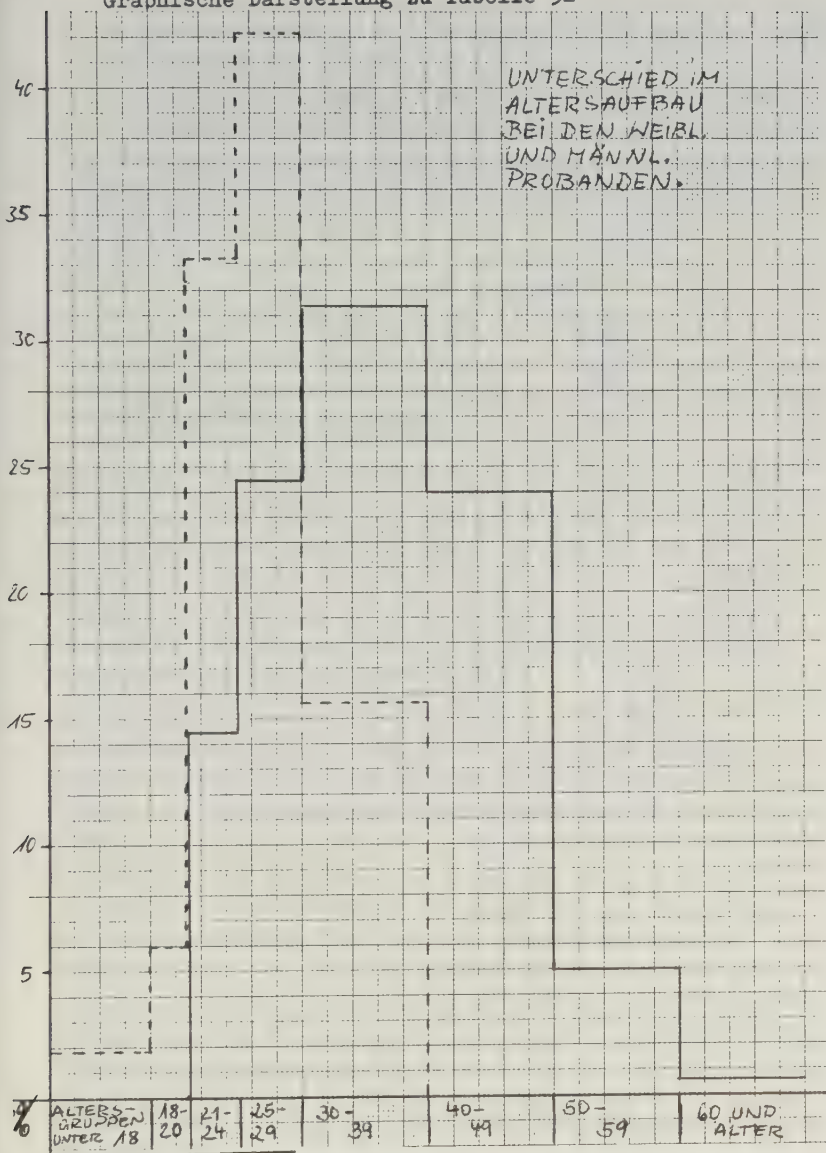
Für die einzelnen Jahrgänge zeigt sich folgender Verlauf

Tabelle 33

Alter der weiblichen Täter im einzelnen

Alter	Zahl	Alter	Zahl
19	1	27	3
20	2	28	1
21	4	29	3
22	4	31	5
23	5	33	2
24	4	35	1
25	6	38	1
26	9		51

Graphische Darstellung zu Tabelle 32 E)



E) unterbrochene Linie = weibl. Täter;
durchgehende Linie = männl. Täter

Daraus ergibt sich ein Durchschnittsalter der weiblichen Täter von 25,8 Jahren. Schmidt⁷⁴⁾ hat ein solches von ca. 27 Jahren errechnet. Bei den Männern ergibt sich ein Durchschnittsalter von 34,3 Jahren. Eine Vergleichsmöglichkeit mit Schmidt fehlt hier. Der große Altersunterschied zwischen männlichen und weiblichen Tätern dürfte sich aus dem hohen Anteil der Ledigen bei den weiblichen Tätern erklären.

Tabelle 34
Die weiblichen Täter und ihre Kinderzahl

Zahl der Mütter von:	Mütter insges.	ehelich	un- ehelich	ehelich u. unehel.	Kinder insges.
1 Kind	14	1	13	-	14
2 Kindern	21	1	17	3	42
3 Kindern	11	1	10	-	33
4 Kindern	3	-	3	-	12
5 Kindern	1	-	-	1	5
6 Kindern	1	-	1	-	6
	51	3	44	4	112

Hieraus ergibt sich, daß 48 Mütter, d.h. 94,11 % der weiblichen Täter, uneheliche Kinder hatten. Die 51 weiblichen Täter hatten zusammen 112 Kinder, von denen 9,82 % ehelich und 90,81 % unehelich waren.

Tabelle 35
Das Alter der weiblichen Täter bei Geburt des
1. Kindes

Alter:	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	33
Zahl:	1	5	7	9	8	6	8	2	1	2	1	1

74) a.a.O., S. 132

oder in Altersgruppen zusammengefaßt:

Tabelle 36

Geburt des 1. Kindes nach Altersgruppen
der weiblichen Probanden

Alter	Zahl	%
16 - 17	1	1,96
18 - 20	21	41,18
21 - 24	24	47,06
25 - 29	4	7,84
30 - 39	1	1,96
40 und älter	-	-

Die Gruppe der 18- bis 20-Jährigen nimmt neben der Gruppe der 21- bis 24-Jährigen den weitaus größten Raum ein. Bei den unehelichen Müttern ist es die Gruppe der 21- bis 24-Jährigen, welche die nächst jüngere Gruppe leicht übersteigt. Wir haben über die Bedeutung der unehelichen Elternschaft bei der Unterhaltspflichtverletzung bereits an anderer Stelle Ausführungen gemacht⁷⁵⁾.

Aus all diesen Zahlen mag wohl soviel hervorgehen, daß der Schutz der elterlichen Familie für das junge Mädchen, welches dann später in seiner eigenen Familie gleichfalls wieder eine geschützte Stellung einnehmen soll, doch eine gewisse Rolle spielt⁷⁶⁾. Dies gilt sowohl für die Entwicklung zur körperlichen und geistigen Reife als auch in strafrechtlicher Hinsicht im Hinblick auf die Versorgung des - unehelichen - Kindes und der Strafdrohung des § 170 b StGB. Inwieweit für die kriminelle Entgleisung der Milieuverlust⁷⁷⁾ eine Rolle spielt, konnte nicht definitiv ermittelt werden, da die Akten hierüber nur unvollständige Aus-

75) In Kap. 1 c) Unterabschn. I auf S. 58

76) Riegel, a.a.O., S. 37

77) Diese Wortprägung haben wir von Bader übernommen.
Vgl. Geleitwort, a.a.O., S. XI, weiter auch Siebecke-Giese, a.a.O., S. 215.

kunft gaben. Um hierüber eine brauchbare Aussage machen zu können, bedürfte es einer Spezialuntersuchung mit anderen Mitteln⁷⁸⁾. Soviel kann wohl gesagt werden, daß nämlich ein Milieuwechsel, verbunden mit dem Einwurzeln in fremde, ungewohnte Verhältnisse einen physisch und psychisch nicht ohne weiteres zu bewältigenden Prozeß darstellt. Daß bei Störungen in der Kernfamilie, im Elternhaus oder in der Ehe bestimmte Milieuveränderungen eintreten, ist wohl zwangsläufig, so bei Wegfall eines Elternteils oder auch durch Trennung der eigenen Ehe der Probandin. Insofern läßt die Tabelle 34 eine gewisse, wenn auch vorsichtige Bestätigung dieser Theorie zu^{78a)}.

Unsere Untersuchung hat bei den weiblichen Tätern zu der Feststellung geführt, daß von 51 weiblichen Probanden nur 6 verheiratet waren; die übrigen 45 waren es nicht. Dies ist zwar auffallend, besagt jedoch zunächst noch nichts. Hierzu bedarf es einer näheren Betrachtung dieser Fälle auf dem Wege von kurzen Fallstudien.

a) Hierher gehört zunächst der Fall Nr. 56, den wir bereits auf Seite 94 der Arbeit erwähnt haben, so daß wir insoweit verweisen können.

b) Nr. 71

Die 38-jährige Probandin S ist in zweiter Ehe mit einem Dachdecker aus der Schweiz verheiratet. Die erste Ehe wurde nach sechsjähriger Dauer im Jahre 1940 geschieden. Angeblich trug der Ehemann die Schuld an der Scheidung, was jedoch bezweifelt werden muß, weil die Probandin während des Verfahrens immer wieder der Unwahrheit überführt wurde. Im Jahre 1941 schloß sie ihre zweite Ehe. Im Jahre 1943 wurde das Ehepaar in Berlin ausgebomt.

78) Nämlich z.B. durch persönliche eingehende Befragung des zu untersuchenden Probandenkreises durch Interviewmethode, aber auch durch Beobachtung, Experiment usw.

78a) Vgl. hierzu auch unsere Beweisführung in diesem Teil im Kapitel über die unvollständige Familie, S. 138 ff.
142

Man zog dann nach B. bei Freiburg. Der Ehemann verschwand in die Schweiz und nahm die beiden ältesten Kinder mit. Aus der ersten Ehe der Probandin sind gleichfalls noch zwei Kinder da. Nur das jüngste Kind lebt bei der Probandin. Diese arbeitete bei Franzosen im Haushalt und bekam dort ein uneheliches Kind. Nach dessen Geburt brachte sie dieses zu Pflegeeltern und verschwand, ohne eine Anschrift zu hinterlassen. Unterhaltsleistungen erbringt sie nie. Sie arbeitet auf wechselnden Stellen und begeht laufend Betrügereien. Insgesamt hat sie vier Betrugsstrafen und zwei Diebstahlsstrafen. Weitere Betrugsverfahren laufen gegen sie.

c) Nr. 124

Die 24 Jahre alte LK ist seit 1951 mit dem 29-jährigen Autoschlosser RK verheiratet. Sie stammt aus Südbaden, der Ehemann aus Hannover. Der Ehemann hat im Krieg ein Auge verloren und war lange in russischer Gefangenschaft gewesen. Er ist unehelicher Geburt und im Waisenhaus aufgewachsen. Beide ziehen im Lande umher und verrichten Gelegenheitsarbeiten. Es handelt sich um typische Landstreicher; sie sind arbeitsscheu und unstet. Das Ehepaar hat drei Kinder im Alter von drei und zwei Jahren sowie fünf Monaten. Die Probandin brachte das jüngste Kind in Freiburg zur Welt und ließ es mit den beiden anderen im katholischen A-Heim, um sodann von dannen zu ziehen. Zwischen den Probanden besteht kein gutes eheliches Verhältnis. Die Probandin ist dem Ehemann schon davon gelaufen und hat mit einem anderen Mann zusammengelebt. Beide sind nach § 170 d StGB vorbestraft, was laut Statistik äußerst selten vorkommt⁷⁹⁾. Der Proband ist außerdem auch wegen § 170 b StGB vorbestraft, während das Verfahren gegen sie nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt wurde.

79) Vgl. unsere Fußn. 4 auf S. 46

d) Nr. 132

Die 27 Jahre alte Magda R. ist verheiratet, hat sich aber nach zweijähriger Ehe von ihrem Ehemann getrennt. Der Ehemann ist Schreiner von Beruf und wohnt in E. bei Heidelberg mit seinen Eltern zusammen. Die Probandin hat ein eheliches Kind im Alter von vier Jahren und ein uneheliches im Alter von zwei Jahren. Sie gehört zu den bekanntesten Dirnen Freiburgs. Ihr Unzuchtsgebiet ist der R-Platz, die E-, R- und V-Straße. Die Probandin haust in einem Trümmerkeller in der R-Straße. Außerdem hat sie einen Zuhälter L, mit dem sie "verlobt" ist. Das uneheliche Kind befindet sich in einem Heim. Sie wurde wegen einer Urkundenfälschung, welche sie zusammen mit ihrem Zuhälter begangen hat, mit zwei Monaten Gefängnis bestraft.

e) Nr. 137

Die Probandin LT ist 23 Jahre alt. Hier lag ein Grenzfall vor, da die Tat zum Teil in die Zeit vor der Ehe fällt. Der Ehemann ist schlecht beleumundet und soll auch schon straffällig geworden sein. Er hat keinen Beruf erlernt und ist als Hausdiener tätig. Die Probandin hat drei uneheliche Kinder im Alter von vier und drei Jahren sowie sieben Monaten; diese Kinder hat sie in die Ehe eingebracht. Sie ist sehr primitiv und verstockt, außerdem ist sie arbeitsscheu und arbeitet nur halbtags bei Franzosen. Ihr Vorstrafenregister weist keinen Eintrag auf. Nach der Verurteilung nahm sie die beiden älteren unehelichen Kinder gleichfalls bei sich auf und wurde in der Bewährungszeit als sehr fleißig geschildert.

In allen diesen Fällen handelt es sich um asoziale Elemente. Die Ehe der Probandinnen b), c) und d) ist keinesfalls mehr das, was man unter einer gesunden und normalen Ehe versteht. In den Fällen a) und e) ist nichts über die Ehe gesagt. Im letztgenannten Falle ist es so, daß die Ehe sich insofern fördernd ausgewirkt hat, als die Probandin die beiden Kinder bei sich aufgenommen hat, welche vorher im Heim untergebracht waren. Aus dem Bericht während der

Bewährungszeit war außerdem zu entnehmen, daß die Probandin später sehr fleißig war und für ihre Kinder sorgte, was vor der Ehe nicht auf sie zutraf. Alle Fälle, mit Ausnahme des letzten Falles, haben gemeinsam, daß die Frauen sich keineswegs in der geschützten sozialen Lage befanden, von der wir oben sprachen; denn entweder haben sie diese selbst verlassen, oder aber sie wurden aus ihr hinausgedrängt. Wir erkennen also, daß entsprechend der Erfahrung des täglichen Lebens nur die lebendige, die funktionierende Ehe deliktsmindernd oder -verhütend sein kann. Das gilt jedoch nur für das untersuchte Delikt der Unterhaltspflichtverletzung. Wegen seiner Besonderheit, nämlich des engen inneren Zusammenhangs mit Ehe und Familie, kann daher gesagt werden, daß dieses Delikt mehr von ledigen Frauen begangen wird als von verheirateten. Jene sind angesichts ihrer besonderen sozialen Lage dieser Gefahr mehr ausgesetzt als diese. Es ist also ein Vergehen, zu dessen Begehung die unverheiratete Frau mehr neigt als die verheiratete⁸⁰⁾. Der Eheschluß und die Führung einer gesunden Ehe vermindern also die Versuchung, nach § 170 b StGB straffällig zu werden, erheblich. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf die ehelichen Kinder, denen gegenüber die Eheleute ihrer Unterhaltspflicht nachkommen, sondern auch hinsichtlich der unehelichen Kinder, welche die Frau bei sich hat, da jene in aller Regel in die Ehe mitgebracht und aufgenommen werden.

Die besser geschützte soziale Stelle der verheirateten Frau kommt aber auch gegenüber der geschiedenen und verwitweten Frau zum Ausdruck. Bei beiden wirkt sich der Wechsel des sozialen Milieus besonders stark aus, stärker als beim Mann, weil sie dem herkömmlichen oder von Elternseite her vorbestimmten sozialen Niveau stärker verpflichtet ist als der Mann⁸¹⁾. Durch den Milieuverlust, welcher durch die Auflösung der Ehe, durch Scheidung oder durch Tod entsteht, werden mannigfache Probleme

80) Vgl. oben Tab. 30 auf S. 87

81) Bader, Geleitwort, a.a.O., S. X

herbeigeführt und Gefahren ausgelöst, die während des Bestehens der Ehe durch den männlichen Ehepartner aufgefangen wurden, angefangen vom Broterwerb bis zur Versorgung der Kinder, also der gesamten Unterhaltspflicht. Die Zahl der geschiedenen unter den weiblichen Probanden weist darauf hin, daß diese meist unter größeren Schwierigkeiten zu leiden haben.

3. Die schulische Vorbildung

Von den untersuchten Tätern haben die meisten keine höhere Schulbildung aufzuweisen. Allerdings war auch keiner der Probanden jemals Schüler einer Hilfsschule oder einer ähnlichen Einrichtung. Ob die Ursache der niedrigen Schulbildung und des entsprechend niedrigen Bildungsniveaus auf geringe Begabung zurückzuführen ist, kann jedoch aus dieser Tatsache nicht ohne weiteres geschlossen werden. Hierzu bedarf es noch der näheren Erforschung des weiteren Lebenslaufs, insbesondere der Berufsausbildung und der Stellung im Berufsleben. Über die Schulbildung unterrichtet uns die nachfolgende Tabelle (S. 107).

Darüber, ob das Schulziel erreicht wurde, fehlten zum großen Teil die Angaben, so daß mit den angegebenen Daten nicht gearbeitet werden kann, weil auch keine brauchbare Aussage zu erwarten ist. Lediglich in 4 Fällen waren Angaben über vorzeitige Schulentlassung vorhanden. Ein Proband ist aus der 4. Schulklasse ausgeschult worden. Er ging kaum zur Schule. Seine Mutter starb bereits bei Geburt des Probanden, und er verbrachte neun Jahre im Waisenhaus. Warum sein Vater sich nicht um ihn kümmerte, ist aus den Akten nicht zu ersehen. Nach seiner Entlassung aus dem Waisenhaus war er bei Bauern in St. P. als Hütejunge bis zu seinem 14. Lebensjahr beschäftigt. Er wurde des öfteren von den Bauern verprügelt und durfte den Schulunterricht nicht besuchen. Dieser Proband wurde das Opfer einer gnadenlosen "Erziehung" und ist daher weit unter dem allgemeinen Bildungsstand geblieben. Im Zeitpunkt der Verurteilung war er 39 Jahre alt. Ob er lesen kann, ist zweifelhaft, aber

Tabelle 37
Schulbildung der Probanden

Schule	Zahl	%
Keine Schulausbildung	-	-
Hilfsschule	-	-
Volksschule	201	95,71
Mittelschule	4	1,90
Höhere Mädchenschule	1	0,48
Realschule	1	0,48
Gymnasium	2	0,95
Universität	1	0,48
	210	-. -

es steht fest, daß er nicht schreiben kann. Ein weiterer Proband wurde aus der 6. Klasse und zwei andere aus der 7. Klasse ausgeschult. Auffallend ist der Umstand, daß nur ein akademisch Gebildeter unter den Probanden war. Es handelte sich hierbei um einen Diplom-Ingenieur, welcher vor dem zweiten Weltkrieg zu der im Aufbau befindlichen Kolonialpolizei ging und dort Kriminalrat wurde. Die Umstände, die zu seiner Verurteilung führten, waren besonderer Art, wie unten ausgeführt⁸²⁾. Von den beiden Gymnasiasten hatte der eine 7 Jahre Gymnasium und im Anschluß daran eine Banklehre abgeschlossen. Später war er Devisensachbearbeiter beim Oberfinanzpräsidenten in Münster/Westfalen. Er stammte aus sehr guten familiären Verhältnissen. Der andere hatte das Abitur in Kronstadt/Rumänien gemacht, wie wir bereits oben bei der Darstellung seines Lebenswegs ausgeführt haben⁸³⁾. Zwei der weiblichen Probanden hatten eine höhere Schulbildung, davon die eine 4 Jahre und die andere 5 Jahre höhere Mädchenschule in der Schweiz. Die

82) Vgl. unten Abschn. B, Unterabschn. VI. S. 166

83) Vgl. oben Abschn. A, Unterabschn. I, Kap. 1, Ziff. b, Nr. 118, S. 52

erstere hatte noch 1 1/2 Jahre die höhere Handelsschule besucht und war angeblich keine schlechte Schülerin, habe jedoch das Interesse an der Schule verloren. Sie trieb sich mit französischen Soldaten herum und ließ sich von diesen aushalten. Mit 19 Jahren bekam sie ihr erstes uneheliches Kind. Im Urteilszeitpunkt war sie 22 Jahre alt und hatte drei uneheliche Kinder. Ihre Eltern sind geschieden, und ihr Vater ist im letzten Krieg gefallen. Die Verhältnisse der anderen Probandin haben wir bereits geschildert⁸⁴⁾, so daß wir darauf verweisen können. Die 3 Mittelschüler haben alle die mittlere Reife erlangt. Auf das Lebensbild des einen sind wir gleichfalls oben unter Nr. 4⁸⁵⁾ eingegangen. Der zweite hat seine mittlere Reife 1945 in Berlin abgelegt. Er ist unehelicher Geburt, wurde jedoch in sehr gutem Hause erzogen - sein Stiefvater, welcher ihm seinen Namen erteilte, war Ingenieur und Direktor einer großen Firma-, so daß die Voraussetzungen für ein geordnetes Leben gegeben waren. Er enttäuschte jedoch; er lernte keinen Beruf und wurde Hausdiener. Der dritte Proband brachte nach der mittleren Reife eine Schreinerlehre mit Erfolg hinter sich. Vom Jahre 1935 an war er freiwillig bei der Luftwaffe, und zwar beim fliegenden Personal. Dort legte er auch die Meisterprüfung ab. Während des Krieges war er in ganz Europa im fliegenden Einsatz. Nach dem Kriege konnte er nicht mehr richtig Fuß fassen und lebte in wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Allen Probanden mit höherer Schulbildung ist gemeinsam, daß sie zunächst einen guten Anfang hatten, im späteren Leben jedoch nicht weiterkamen oder an der schlechten Zeit gescheitert sind, ausgenommen der akademisch ausgebildete Proband, auf den wir noch zurückkommen⁸⁶⁾. Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß das Bildungsniveau der Probanden durchweg einfach war.

84) Vgl. Abschn.A, Unterabschn. II, Kap.2, S. 102 Nr.71

85) Vgl. Abschn.A, Unterabschn. I, Kap.1, Ziff. b), S. 53 Nr. 59

86) Vgl. unten Abschn.B, Unterabschn. VI, S. 166

Wenn wir hier einen Vergleich mit den 606 Probanden unserer Kontrollgruppe anstellen, so werden wir grundsätzlich ähnliche Verhältnisse in der Schulbildung feststellen, wie wir sie vorstehend bei unserer Tätergruppe ermittelt haben.

Die Volksschüler nehmen mit weitem Abstand den größten Anteil ein, während die Schüler der höheren Schulen und die akademisch Vorgebildeten nur einen sehr geringen Anteil ausmachen.

Um echte Werte zu bekommen, also um sich ein klares Bild über die wirklichen Verhältnisse machen zu können, müßte man allerdings das genaue Zahlenverhältnis zwischen Oberschülern und Volksschülern kennen, wobei weiter zu berücksichtigen wäre, daß die Probanden außerdem zu verschiedenen Zeiten die Schule besucht haben, so daß eine absolute Relation kaum möglich sein wird. Geeignetes Zahlenmaterial konnte nicht erlangt werden. Wir geben statt dessen folgende Tabelle (S. 110).

Das Ergebnis haben wir bereits vorweggenommen unter der Betonung, daß es sich nur um höchst relative Werte handelt. Als Unsicherheitsfaktoren kommen hinzu, daß 25 männliche Probanden nicht ermittelt werden konnten, bei zweien die Angaben fehlten und bei einigen übrigen außerdem die Berufsbezeichnung fehlte, so daß eine Schätzung nicht möglich war. Es ist nicht auszuschließen, daß sich unter der Gruppe der Volksschüler noch Probanden mit höherer Schulbildung befinden. Dabei muß man schließlich noch die große Gruppe der Hausfrauen beachten, bei welchen die Schulbildung ebenfalls nicht geschätzt werden konnte.

Ein auffälliger Unterschied zwischen den beiden Probandengruppen besteht also nicht. Angesichts der größeren Zahl der Vergleichsgruppe hat sich eine Unterscheidung zwischen den Geschlechtern angeboten, die wir bei unserer zahlenmäßig viel kleineren Tätergruppe nicht für angebracht hielten, weil dadurch keine brauchbaren Ergebnisse zu erwarten waren.

Tabelle 38

Schulbildung der Probanden der Vergleichsgruppe

Schule	männlich		weiblich		insgesamt	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Volksschule	265	87,17	288	95,36	553	91,25
Höhere Schule	-	-	6	1,99	6	0,99
Technikum	1	0,33	-	-	1	0,17
Päd. Akademie	1	0,33	-	-	1	0,17
Universität	10	3,28	8	2,65	18	2,97
Ohne Angaben	2	0,66	-	-	2	0,33
Nicht ermittelt	25	8,22	-	-	25	4,12
	304	-. -	302	-. -	606	-. -

4. Die berufliche Gliederung

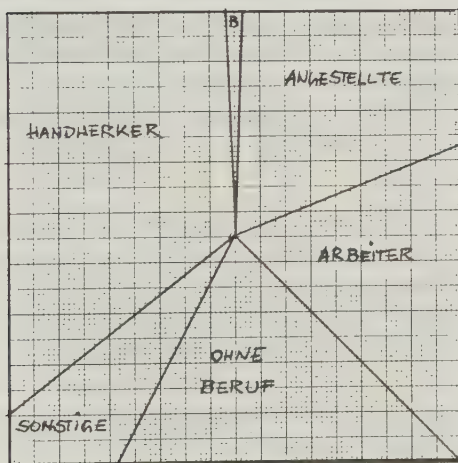
Die vorstehenden Feststellungen sollen durch die Untersuchung der beruflichen Gliederung der Probanden ergänzt werden. Es ist hierbei zu untersuchen, ob und gegebenenfalls inwiefern ein Zusammenhang zwischen dem Beruf und dem Delikt der Unterhaltsverpflichtung besteht. Es handelt sich jedoch bei dem Einfluß der Berufszugehörigkeit nicht nur um eine Frage der Umwelt, zumindest nicht in erster Linie. Die innere Veranlagung und Neigung trägt neben der körperlichen Eignung zur Berufswahl und zu der davon zu unterscheidenden Berufsausübung entscheidend mit bei. Wenn sich jemand überhaupt keinen Beruf erwählt hat, sondern sich als ungelernter Hilfs- oder Gelegenheitsarbeiter betätigt, so läßt dies Rückschlüsse auf das Wesen des Menschen zu⁸⁷⁾. Unsere Probanden sind folgenden Berufsgruppen einzuordnen:

87) Vgl. Schmidt, a.a.O., S. 53

Tabelle 39
Berufsgruppen der Probanden

Berufsgruppe	Zahl	%
Angestellte	39	18,75
Arbeiter	39	18,75
Beamte	3	1,43
Handwerker	74	35,24
Sonstige	14	6,67
Ohne Beruf	41	19,52
	210	—

Graphische Darstellung zu Tabelle 39 E)



E) Das prozentuale Verhältnis der Berufsgruppen im Kreisdiagramm dargestellt; $360^\circ = 100\%$

Wir haben oben⁸⁸⁾ darauf hingewiesen, daß Freiburg eine typische Handwerkerstadt ist. Dies bestätigt sich auch in dem Anteil der Gruppe der Handwerker, welche den ersten Platz unter den Berufsgruppen einnimmt. Sie ist die weit-aus stärkste Gruppe mit 74 (35,24%) Tätern. Als nächststärkste Gruppe treten dann die Arbeiter und Angestellten in Erscheinung mit je 39 (18,75 %) Probanden. Die Verschiebung des Übergewichts zwischen Arbeitern und Angestellten zugunsten der letzteren, wie es bei der Erörterung der sozialen Stellung festgestellt wurde, kommt in unserer Tabelle allerdings nicht zum Ausdruck. Die Erklärung hierfür mag darin liegen, daß die Untersuchung sich gerade über den Zeitraum der Verschiebung erstreckte und sie sich bei den Unterhaltspflichtverletzungen noch nicht auswirkte. Die Zahl der Arbeitergruppe ist nämlich noch höher anzusetzen, als es in der Tabelle zum Ausdruck kommt. Von den als "ohne Beruf" bezeichneten Probanden sind 36 männlichen Geschlechts, und alle haben schon irgendwie in einem Arbeitsverhältnis gestanden. Sie gaben jedoch an, keinen Beruf zu haben. Später verdingten sie sich dann als Hilfsarbeiter. Die Gruppe der Arbeiter würde also bei Hinzurechnung dieser 36 Probanden auf 75 (35,71 %) Probanden steigen und die berufsständisch stärkere Handwerkergruppe erreichen bzw. um 1 Täter übersteigen.

In der Tabelle sind die Täter denjenigen Berufen zugeordnet worden, wie sie von ihnen angegeben wurden. Es mag sein, daß man mancher Berufsangabe nicht ansehen kann, ob der Beruf auch tatsächlich ausgelernt wurde oder nicht. Nur in 8 Fällen war durch die Bezeichnung "Geselle" oder "Meister" eindeutig klargestellt, daß der Proband einen gelernten Beruf hatte. Andererseits steht in 6 Fällen fest, daß der Beruf nicht mit der Gesellenprüfung abgeschlossen wurde, man diese Probanden also nur bedingt als zu dem genannten Berufsstand angehörig ansehen kann. Richtiger ist es wohl, sie den ungelernten Arbeitern zuzurechnen. Auffallend ist die große Zahl der Berufslosen, nämlich

88) Vgl. oben im I. Teil S. 23 ff.

41 (19,52 %). Außerdem gibt die Zahl der Hausgehilfinnen insoweit kein wirklichkeitsgetreues Bild wieder, als sich unter ihnen eine Anzahl Dirnen befindet, die man auch der Gruppe der Ungelernten oder Berufslosen zurechnen muß. Bei den weiblichen Probanden sind die 5 Berufslosen Dirnen; außerdem sind von jenen, die Haushaltsgehilfin angegeben haben, 26 weibliche Probanden, die keinen Beruf erlernt haben, auch wenn sie sich als Haushaltsgehilfin bezeichnen⁸⁹⁾.

Ein genaues, in Einzelheiten gehendes Bild der Berufe weist die alphabetische Aufzählung im Anhang⁹⁰⁾ auf.

Wenn wir, um zu einem Vergleich zu kommen, die Tabelle im Anhang gemäß der Einteilung von Tabelle 5 umformen, erhalten wir folgendes Bild:

Tabelle 40
Die soziale Stellung der Täter⁹¹⁾

Bezeichnung	Zahl	%
Selbständige	22	10,48
Beamte	3	1,43
Angestellte	39	18,57
Arbeiter	146	69,52

Ein Vergleich mit Tabelle 5 auf S.25 ergibt erneut, daß die Arbeiter einen größeren Anteil in der Tätergruppe einnehmen, als ihrem Anteil an der Freiburger Bevölkerung

89) Vgl. auch die Tabelle bei Hagemann in HdwK Bd.II S.406, wo bei den eingeschriebenen Dirnen die Hausangestellten in den Berufsgruppen an 2. Stelle liegen hinter den Arbeiterinnen.

90) Anhang I, Nr. 2, S. 242 ff.

91) Mithelfende Familienangehörige und selbständige Berufslose mußten in dieser Tabelle unberücksichtigt bleiben, weil in der 1. Kategorie alle Kinder und in der 2. Gruppe vorwiegend die über 65-Jährigen enthalten sind; vgl. auch Fußn. 61 auf S. 25

entspricht (sehr signifikant). Schmidt⁹²⁾ kommt für Oberhausen zu dem gleichen Ergebnis. Allerdings hat diese Tatsache, daß in Oberhausen wesentlich mehr Arbeiter leben, auch zur Folge, daß die Tätergruppe in Oberhausen mehr Arbeiter aufweist als die Tätergruppe im Bezirksbezirk.

Von großer Bedeutung für unsere Untersuchung ist der Berufswechsel. Natürlich kann er auch einen Aufstieg für den Probanden und eine wirtschaftlich und beruflich bessere sowie gehobenere Stellung bedeuten. Unsere Untersuchung kommt jedoch zum Ergebnis, daß der Weg bei einem Berufswechsel von einem gelernten zum ungelernten Arbeiter führt. Dies bedeutet für unsere Tätergruppe einen sozialen Abstieg. Das Ergebnis unserer Überprüfung ist hierfür bezeichnend. Nur 53 Probanden haben ihren Beruf nicht gewechselt. Bei zweien war der Wechsel allerdings unfreiwillig durch die Zeitverhältnisse bedingt, so bei dem Kriminalrat, welcher als Parteigenosse und Angehöriger des Reichssicherheitshauptamtes den Dienst aufgeben mußte, und bei dem Berufssoldaten, dessen Beruf nach 1945 in der Bundesrepublik nicht mehr ausgeübt wurde. Alle übrigen Probanden, welche den Beruf gewechselt haben, haben den Schritt vom gelernten zum ungelernten Beruf gemacht bzw. gehen einem ungelernten Beruf nach. Von den erlernten Berufen haben 79 (39,61 %) Probanden den Beruf gewechselt und dafür einen ungelernten⁹³⁾ ausgeübt. Hiervon zu unterscheiden sind jene weiblichen Probanden, welche sich aushalten lassen oder aber der Prostitution nachgehen. Das sind nach Tabelle 31 auf S. 88 26 (50,97 %) der Frauen. Der Abstieg in einen sozial niedriger zu bewertenden Kreis ist ein Zeichen von mangelnder Zielstrebigkeit, fehlendem Fleiß und fehlender Energie. Hinzu kommen bei den untersuchten Tätern Verantwortungslosigkeit und Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Unterhaltsberechtigten. Ihnen ist der ungelernte Beruf sehr viel sympathischer als der gelernte. Er bedarf keiner

92) a.a.O., S. 53 ff.

93) Vgl. hierzu Hoffner, a.a.O., S. 36, welcher 66,9 % ungelernte Berufe bei den Männern und 70,6 % bei den Frauen feststellte. Unser Ergebnis beträgt 71,19 % ausgeübte ungelernte Berufe (184-53 = 131) gegen 68,75 % insgesamt bei Hoffner.

Vorbildung und Ausbildung, und man kann sich leichter von einer Arbeitsstelle lösen und es ist somit schwerer, die Einkommensverhältnisse zu kontrollieren. Das wird unten bei der Untersuchung der Begehungsweise bestätigt.

Bei Betrachtung unserer Vergleichsgruppe ist zunächst übereinstimmend festzuhalten, daß die Handwerker weit an der Spitze liegen, gefolgt von den Angestellten. Dabei handelt es sich allerdings um die männlichen Probanden; bei den weiblichen liegen die Verhältnisse anders, worauf wir im Anschluß an die Tabelle noch eingehen werden. Es sind bei den Handwerkern allerdings wohl manche, die in einem Angestellten- oder Arbeitsverhältnis tätig sind, was sich aus den Akten aber nicht entnehmen ließ, so daß hier vielleicht noch eine geringfügige Verteilung auf diese beiden Gruppen nötig wäre. Nach Berufsgruppen kann man die Probanden wie folgt einteilen:

Tabelle 41

Gliederung der Vergleichsgruppe nach Berufsgruppen

Berufsgruppe	männlich		weiblich		insgesamt	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Angestellte	1	16,45	75	24,83	125	20,36
Arbeiter	45	14,80	137	45,36	182	30,03
Beamte	15	4,93	2	0,66	2	2,80
Handwerker	136	44,74	17	5,63	153	25,25
Sonstige	20	6,58	46	15,23	66	10,89
Ohne Beruf	2	0,66	14	4,64	16	2,64
Ohne Angaben	11	3,62	11	3,64	22	3,63
Nichtermittelte	25	8,22	-	-	25	4,22
	304	.-	302	.-	606	.-

Die Aufzählung der Berufe im einzelnen ist aus dem Anhang⁹⁴⁾ zu ersehen.

94) Anhang I Nr. 3 S. 244 ff.

Interessant ist, daß bei den Arbeitern der Frauenanteil am größten ist, nämlich mit 137 (22,6 %) Probanden. Diese Gruppe setzt sich hauptsächlich aus den Arbeitern, Hilfsarbeitern und Textilarbeitern zusammen, wozu noch die Hausgehilfinnen kommen. Im übrigen erklären sich die vielen weiblichen Arbeiter aus der Eigenart der Industrie im Berichtsbezirk, nämlich der Textilindustrie, in der fast nur weibliche Arbeitskräfte untergebracht sind⁹⁵⁾.

Der Berufswechsel verläuft hier genau entgegengesetzt der Entwicklung, wie wir sie bei der Tätergruppe feststellen konnten. Zunächst einmal ist der Anteil derer, die den Beruf gewechselt haben, viel geringer als bei jenen. Lediglich 33 (5,4 %) Probanden haben den Beruf gewechselt, davon 16 Männer und 17 Frauen. Dabei fällt es auf, daß kein einziger sich beruflich verschlechtert hat. 11 der Probanden haben ihr berufliches Milieu erhalten und 22 haben sich verbessert. Unsere obige Feststellung, daß bei den Straffälligen regelmäßig eine berufliche Verschlechterung beim Berufswechsel eintritt, gilt also für die nicht Straffälligen keineswegs.

Als Ergebnis der Berufsgruppenuntersuchung können wir demnach festhalten, daß bei den Straffälligen die Arbeiter überwiegen. Bei der Kontrollgruppe überwiegen die Arbeiter von vornherein mit 182 (30 %) Probanden insgesamt, gefolgt von den Handwerkern mit 153 (25,2 %) und den Angestellten mit 125 (20,6 %) Probanden. Demnach scheint die Neigung der sozial schwächsten Gruppe, die Unterhaltspflicht zu vernachlässigen, am stärksten zu sein.

95) Vgl. unsere Ausführungen oben im I. Teil, Abschn. A, Unterabschn. VI, Kap. 3, S. 23 ff.

5. Die Vorstrafen⁹⁶⁾

Die frühere Straffälligkeit, die wiederholte Tatbegehung und die Art der Tat vermitteln uns einen Eindruck über die allgemeine Kriminalität und damit auch über die Charaktereigenschaften des Täters⁹⁷⁾. Hinzu kommt, daß der erzieherische und aufbauende Gehalt des modernen Freiheitsentzuges nicht immer die beabsichtigte Wirkung erzielt⁹⁸⁾. Der Strafvollzug bedarf daher der Individualisierung, d.h. jedem Verurteilten muß die ihm entsprechende Behandlungsweise gewährleistet sein.

Die Vorstrafen wurden alle erfaßt, um vom Vorleben des Probanden ein möglichst wirklichkeitsnahes Bild zu gewinnen (Vgl. Tabelle 42, S. 118).

Gemeinsam mit Schmidt⁹⁹⁾ kann festgestellt werden, daß die Vermögensdelikte die erste Stelle einnehmen, nämlich Diebstahl, Betrug, Unterschlagung und Hehlerei mit zusammen 53,93 %, wenn man von der an fünfter Stelle stehenden Unterhaltspflichtverletzung und den Verkehrsdelikten einmal absieht. Schmidt¹⁰⁰⁾ fand 59,14 % Vermögensdelikte bei seinen Tätern als Vorstrafen. Die Unterhaltspflichtverletzung liegt bei ihm allerdings schon an 3. Stelle.

96) Herold, a.a.O., S. 7 definiert: "Vorbestraft im Sinne der Kriminalstatistik ist, wer schon einmal wegen eines Verbrechens oder Vergehens (nicht wegen einer Übertretung) gegen ein Reichsgesetz - heute Bundesgesetz - (nicht gegen ein Landesgesetz) verurteilt worden ist."

97) Exner, Krim. a.a.O., S. 182 und 191, meint, daß der Charakter bei Gelegenheitstätern keine so große Rolle spiele wie beim Zustandstäter; vgl. zu dieser Unterscheidung Exners Ausführungen, a.a.O., S. 186, wo das Begriffspaar "innere Disposition und äußere Situation" gebildet wird.

98) Vgl. hierzu auch die Vorschläge zur Vollzugsreform von Peters, a.a.O., S. 25 und 48 ff.; vgl. auch die Erwägungen von Lang-Hinrichsen, a.a.O., S. 67 ff.; weiter auch Hagemann, HdwK, Bd. II, S. 995 zur Wirkung des Strafvollzuges.

99) a.a.O., S. 71

100) a.a.O., S. 71

Tabelle 42
Die Häufigkeit der Vorstrafen

Deliktsart	männlich		Deliktsart	weiblich		Deliktsart	insgesamt	
	Zahl	%		Zahl	%		Zahl	%
1. Diebstahl	86	23,43	Diebstahl	17	32,69	Diebstahl	103	24,38
2. Betrug	64	16,54	Unterhaltspflichtverletzung	12	23,08	Betrug	73	17,42
3. Verkehrsdelikt	37	10,08	Betrug	9	17,31	Verkehrsdelikt	37	8,83
4. Unterschlagung	35	9,54	Unzucht	3	5,77	Unterschlagung	37	8,83
5. Körperverletzung	20	5,45				Unterhaltspflichtverletzung	22	5,25
6. Hehlerei	11	3,00				Körperverletzung	20	4,77
7. Unterhaltspflichtverletzung	10	2,72				Hehlerei	13	3,10
8. Beleidigung	9	2,45				Beleidigung	9	2,15
9. Landstreicherei	8	2,18				Landstreicherei	9	2,15
10. Urkundenfälschung	8	2,18				Urkundenfälschung	9	2,15
Übrige Straftaten	288	77,89		41	78,85		332	79,24
	79	21,25		11	21,15		87	20,76
	367	--		52	--		419	--

Bei uns nimmt sie bei den weiblichen Probanden sogar die 2. Stelle ein, während sie in Oberhausen¹⁰¹⁾ keine Rolle spielt. Auf den Täter entfallen bei den Männern 2,31 Vorstrafen und bei den Frauen 1,02 Vorstrafen im Untersuchungsbezirk, in Oberhausen bei den männlichen Probanden 2,71¹⁰²⁾ und bei den weiblichen Probanden 2,93¹⁰³⁾ Vorstrafen. Anders liegen die Verhältnisse bei den einschlägig Vorbestraften in den beiden Berichtsbezirken. In Freiburg kommen pro männlichen Täter 0,06 Vorstrafen und pro weiblichen Täter 0,24, während in Oberhausen auf den männlichen Täter 0,30 und auf den weiblichen 0,05 Vorstrafen entfallen.

Um einen weiteren Eindruck von den vorbestraften Tätern zu bekommen, muß die Anzahl der Vorstrafen untersucht werden. Diese werden auch gewisse Anhaltspunkte geben, welche Rückschlüsse auf den Charakter des Täters nach § 170 b StGB zulassen. Die Zahl der Vorstrafen wird zeigen, daß die Unterhaltspflichtverletzung nicht vereinzelt als Straftat dasteht (vgl. Tab. 43, S. 120).

Hat oben der Anteil der Vorbestraften an der Unterhaltspflichtverletzung überrascht, so ist die Anzahl der Vorstrafen nicht weniger erstaunlich. Es ist aufschlußreich, daß 53,32 % aller Verurteilten bis zu 6 Vorstrafen aufzuweisen haben. Dies läßt auf einen hohen Grad der kriminellen Neigung der Probanden nach § 170 b StGB schließen. Aus diesem Grunde werden wir im Rahmen unserer Untersuchung weiter zu prüfen haben, inwieweit hier auch Verwahrlosungserscheinungen vorliegen. Zunächst interessieren uns aber noch die einschlägigen Vorstrafen (s. Tab. 44, S. 120).

101) Siehe bei Schmidt, a.a.O., S. 132

102) Schmidt, a.a.O., S. 71

103) Schmidt, a.a.O., S. 132

Tabelle 43
Die Anzahl der Vorstrafen

Zahl der Vorstrafen	Zahl der Täter	
	absolut	%
ohne Vorstrafe	= 85	= 40,48
1 Vorstrafe	40	19,05
2 "	28	13,33
3 "	13	6,19
4 "	11	5,23
5 "	7	3,33
6 "	13	6,19
7 "	2	0,95
8 "	3	1,43
9 "	4	1,90
10 "	1	0,48
13 "	1	0,48
15 "	2	0,95
	+ 125	59,52
	210	100,00

Tabelle 44
Die einschlägig Vorbestraften

Zahl der Vorstrafen	Zahl der Täter	
	abs.	%(B.Z. 184)
1	19	10,32
2	2	1,08
3	1	0,54
	22	11,94

Es kann festgestellt werden, daß wir bei den Tätern des § 170 b StGB im Berichtsbezirk weniger Vorbestrafte haben

als in Oberhausen¹⁰⁴⁾, wo immerhin 69,88 % vorbestraft waren (sign.). Dasselbe gilt auch für die einschlägig vorbestraften Täter, die bei uns mit 11,94 % und bei Schmidt¹⁰⁵⁾ mit 22,11 % vorhanden sind (sign.). Auch Tschopp¹⁰⁶⁾ hat für Basel mehr Vorbestrafte, nämlich 66 % gegenüber 59,52 % in Freiburg.

Tabelle 45

Die Rückfalltäter im Untersuchungszeitraum

Alter bei der 1. Anzeige	2. Anzeige	Rückfallzeitraum
24 Jahre	25 Jahre	1 Jahr
38	39	1
23	25	2
26	28	2
27	29	2
25	27	2
21	22	1
24	27	3
27	28	1
25	26	1
25	25	8 Monate
23	28	5 Jahre
43	49	6
23	26	3
39	42	3
23	26	3
46	48	2
25	26	1
21	23	2
24	27	3
23	25	2

104) Vgl. Schmidt, a.a.O., S. 67 ff.

105) a.a.O., S. 68

106) a.a.O., S. 71

Tabelle 46
Der zweimal rückfällige Täter

Alter bei der		3. Anzeige	Rückfallzeitraum	
1. Anzeige	2. Anzeige			
43 Jahre	44 Jahre	46 Jahre	1 Jahr	2 Jahre

Das Durchschnittsalter der Rückfälligen liegt somit im Zeitpunkt der ersten Straffälligkeit bei 28 Jahren, also in derjenigen Gruppe, in welcher wir für den Berichtsbezirk die meisten Probanden errechnet haben. Im Zeitpunkt des ersten Rückfalls beträgt das Durchschnittsalter 30 Jahre. Damit gehören die Rückfälligen in die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen, welche im Bundesgebiet den größten Anteil ausmacht¹⁰⁷⁾. Auf Grund der vorstehenden Tabellen steht die Rückfälligkeit sonach wie folgt fest:

Tabelle 47
Die Rückfallintervalle

Zeitraum	Täterzahl	% ¹⁰⁸⁾
8 Monate	1	4,35
1 Jahr	7	30,43
2 Jahre	8	34,78
3 Jahre	5	21,74
5 Jahre	1	4,35
6 Jahre	1	4,35
	23	.-

107) Vgl. unsere Feststellungen auf S. 78 für das Bundesgebiet und für den Untersuchungsbezirk, (Tab. 25).

108) Bezugszahl 23; es handelt sich zwar nur um 22 Täter, jedoch ist einer von ihnen - wie wir zuvor festgestellt haben - zweimal rückfällig geworden.

Wir halten fest, daß der kürzeste Zeitraum 8 Monate und der längste 6 Jahre betrug. Bei diesen kleinen Zahlen können wir jedoch zu keinem auch nur annähernd sicheren Ergebnis kommen. Auffallend ist jedoch, daß die Rückfälligkeit mit 2 Jahren Zwischenraum am größten ist; denn bis dahin sind bereits 69,6 % der Rückfalltäter rückfällig geworden. Ganz allgemein können wir für unsere Untersuchung sagen, daß 3 Jahre¹⁰⁹⁾ nach der Bestrafung nicht mehr mit einem Rückfälligwerden gerechnet zu werden braucht; denn zu diesem Zeitpunkt haben wir schon 91,3 % Rückfällige zu verzeichnen. Ergänzend zu diesem Punkt nehmen wir noch unten¹¹⁰⁾ Stellung, so daß wir in Verbindung mit dem Widerruf der Strafaussetzung zur Bewährung ein abgerundetes Bild über die Rückfallneigung und die Rückfallgeschwindigkeit¹¹¹⁾ erhalten.

Es war uns nicht möglich, auch für die Probanden der Vergleichsgruppe die Vorstrafen festzustellen, da in den hierfür benutzten Akten des Stadtjugendamtes Freiburg nur in ganz seltenen Fällen Strafregistrauszüge vorhanden waren. Strafregistrauszüge von den zuständigen Staatsanwaltschaften zu bekommen, scheiterte an technischen Schwierigkeiten, insbesondere am Mangel an Arbeitskräften bei diesen Behörden.

6. Die Religionszugehörigkeit

Hier sei vorangestellt, daß kriminologische Vergleiche hinsichtlich der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession wohl kaum gezogen werden können¹¹²⁾. Hält man es überhaupt für möglich, daß die Religionsverschiedenheit einen Einfluß in irgendeiner Richtung auf den Täter hat, so müssen dagegen sämtliche Vorbehalte geltend gemacht werden. Es gilt das oben¹¹³⁾ bereits deutlich zum Ausdruck Gebrachte

109) Ein ähnliches Ergebnis hatte Wend, a.a.O., S. 51

110) Vgl. III. Teil, Abschn. C, Unterabschn. V, S. 206 ff.

111) Vgl. hierzu Schwaab, a.a.O., S. 39 sowie die dortigen Hinweise auf Exner und Schiedt.

112) Sauer A., a.a.O., S. 90

113) Vgl. oben I. Teil, Abschn. C, S. 36

in erhöhtem Maße, nämlich daß die Statistik wohl Zahlenwerte liefern, sie jedoch niemals ein echtes, unverfälschtes Bild über die Kriminalität und die Kriminellen geben kann¹¹⁴⁾.

Wir können also zwar feststellen, welcher der bestehenden Glaubensgemeinschaften ein Proband angehört, ob einer der großen christlichen Religionen oder vielleicht einer der mohammedanischen Glaubensgemeinschaften, mehr jedoch nicht. Es ist uns nicht möglich, hieraus zu ersehen, ob die Zugehörigkeit des Täters nur eine rein äußerliche ist oder ob er auch innerhlich an der Gemeinschaft teilnimmt. Keineswegs aber können wir das Maß der Glaubensstärke oder den Einfluß der religiösen Vorschriften auf das Denken und Handeln eines Menschen erkennen oder beurteilen, zumindest nicht anhand der Akten, in Einzelfällen vielleicht bei jahrelanger genauer Kenntnis des zu Explorierenden. Dessen ungeachtet möge für den Berichtsbezirk eine Tabelle zur Orientierung dienen:

Tabelle 48
Die Religion der Täter

Konfession	Täterzahl	
	abs.	%
Katholische Christen	115	54,76
Evang. Christen	72	34,29
Gottgläubige	3	1,43
Glaubenslose	2	0,95
Ohne Angaben	18	8,57
	210	-.-

Die Unsicherheit der Tabelle liegt neben den vorangestellten Erörterungen über den Aussagewert auch in der Dunkelzahl der 18 Probanden, bei welchen die Konfessionszugehörig-

114) Exner, a.a.O., S. 88, spricht wohl zutreffend von unübersichtlichen Fehlerquellen.

keit entweder bei der Eintragung vergessen wurde oder die die Angabe verweigerten. Bei Betrachtung der Tabelle¹¹⁵⁾ fällt der überwiegende Anteil der katholischen Christen auf. Ein Blick auf unsere Darstellung im ersten Teil der Arbeit¹¹⁶⁾ über die Entwicklung der Bevölkerung im Berichtsbezirk belehrt uns jedoch, daß es damit keine besondere Bewandnis hat, weil die Verteilung der Glaubenszugehörigkeit innerhalb der Bevölkerung diesen Werten entspricht. Die Katholiken liegen nach obiger Tabelle sogar unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, was sich allerdings bei Klärung der 8,69 % ohne Angaben der Konfession vielleicht noch etwas ändern würde. Eine wesentliche Änderung erscheint uns allerdings kaum möglich. Wir haben also eine nahezu völlige Übereinstimmung der Anteile der beiden großen christlichen Religionen an der Kriminalität der Unterhaltspflichtverletzung¹¹⁷⁾. Auf die letztlich ungeklärte Frage des - übrigens auf sehr alten Quellen beruhenden - Überwiegens der Katholiken gegenüber den Protestanten in der allgemeinen Kriminalität einzugehen, erübrigt sich, da wir hierfür keine brauchbaren Ergebnisse erwarten¹¹⁸⁾.

115) Aschaffenburg, a.a.O., S. 57, weist darauf hin, daß seit dem Jahre 1901 in der Reichskriminalstatistik keine zusammenfassende Bearbeitung mehr erschienen ist und seit dem Jahre 1891 keine mehr über die Unterschiede der christlichen Konfessionen und nimmt dies als Ausdruck des Wunsches, jede Gehässigkeit zwischen den Konfessionen zu verhindern" vgl. weiter Exner, Krim., a.a.O., S. 88.

116) Vgl. oben S. 22

117) Der Anteil der Israeliten an der Bevölkerung ist zu minimal, als daß man hierzu etwas aussagen könnte, ganz abgesehen von den allgemeinen Vorbehalten, die wir gemacht haben; vgl. jedoch Sauer A., a.a.O., S.90, und Aschaffenburg, a.a.O., S. 57 ff.

118) Siehe hierzu Aschaffenburg, a.a.O., S. 63 ff. und Exner, a.a.O., S. 89/90, welche beide das Problem auf Grund der Daten der Kriminalstatistik von 1892-1901 behandeln, ohne jedoch daraus Ergebnisse herleiten zu wollen. Aschaffenburg, a.a.O., S. 68, zitiert die Stat. d.Dt. Reiches Bd. 69 II, 37, wie folgt: "Es kann aber nicht nachdrücklich genug davor gewarnt werden, solche Daten zu Gunsten oder zu Ungunsten dieses oder jenes Glaubensbekenntnisses in dem Sinne zu verwerten, daß dadurch eine Wirkung derselben auf die Kriminalität erwiesen sei."

Zum Abschluß unserer Erörterungen über die Konfessionszugehörigkeit und ihre Wirkung auf die Straffälligkeit sollen die Probanden der Kontrollgruppe als Vergleich dienen.

Tabelle 49
Die Religion der Probanden der Vergleichsgruppe

Konfession	Täterzahl					
	männlich		weiblich		insgesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Kath.Christen	158	51,97	189	62,58	347	57,26
Evang.Christen	89	29,27	89	29,47	178	29,38
Israeliten	-	-	1	0,33	1	0,16
Ohne Konfession	4	1,33	2	0,66	6	00,99
Ohne Angaben	28	9,21	21	6,96	49	8,08
Nicht ermittelt	25	8,22	-	-	25	4,12
	304	-.-	302	-.-	606	-.-

Während bei diesem Vergleich der Prozentsatz der Katholiken sich ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung nähert, nimmt er bei den Protestanten ab. Legt man unsere oben¹¹⁹⁾ gewonnene Erkenntnis über die Unterhaltspflichtverletzungen durch uneheliche Kindeseltern zugrunde, so sind die Katholiken an der Straffälligkeit bei diesem Delikt geringer beteiligt als die Protestanten. Auch diese Feststellung ist keiner Verallgemeinerung fähig, sondern kann bestenfalls Anhaltspunkte geben unter Einbeziehung der von uns gemachten Einschränkungen.

119) In diesem Teil, Abschn. A, Unterabschn. I, Kap. 1, S. 69

7. Das asoziale Moment

a) Die Asozialität im allgemeinen

Es fällt auf, wie groß die Belastung der Gemeinschaft und damit auch der Unterhaltsberechtigten und dritter Personen durch das auf Arbeitsscheu oder Liederlichkeit beruhende Verhalten der sogenannten "Asozialen" ist. Sie bilden bei den Unterhaltsverletzungen den größten Teil der Täter, und ihre strafrechtliche Behandlung ist ein Problem, worauf wir im IV. Teil dieser Arbeit noch hinzuweisen haben. Die Asozialität¹²⁰⁾ soll hier verstanden werden in den drei Erscheinungsformen¹²¹⁾, die sich aus dem Untersuchungsmaterial besonders hervorgehoben haben, nämlich in der Form der Verwahrlosung, der Vagabondage und getrennt davon in der Form der Arbeitsscheu. Alle drei Erscheinungsformen können zwar bei den einzelnen Individuen gemeinsam nebeneinander vorkommen, sie können aber auch getrennt auftreten, so daß ein Vagabund nicht unbedingt verwahrlost sein muß oder man ihn gleichzeitig als "arbeitsscheu" zu bezeichnen braucht. Die Asozialen in den drei genannten Erscheinungsformen haben gemeinsam, daß sie völlig unbekümmert dahingleben, ohne jedes Pflichtgefühl, ohne jede Einordnungswilligkeit in die menschliche Gesellschaft oder gar Rücksichtnahme auf die Gemeinschaft, der sie angehören. Ihre Rücksichtslosigkeit kommt bei der Vernachlässigung und Versäumung ihrer Unterhaltungspflichten deutlich zum Ausdruck. Denn einerseits geraten die Unterhaltsberechtigten in Not und müssen von dritten Personen oder Wohlfahrtsbehörden unterstützt werden, wie wir im III. Teil über die Tatfolgen¹²²⁾ noch ausführen werden, andererseits schöpfen die Asozialen in parasitärer Weise Vorteile und Rechte der Gemeinschaft voll aus, sei es indirekt dadurch, daß die

120) Vgl. Jürgens, a.a.O., S. 1 ff. und dessen Hinweis auf die zahlreichen Definitionen und deren Erörterung, um den Begriff für seine Untersuchung abzuklären.

121) Vgl. auch die Unterscheidung von Kronfeld, a.a.O., S.55

122) Vgl. unten, III. Teil, Abschn. A, Unterabschn. II u. III, S. 179 ff.

Unterhaltsberechtigten unterstützt werden müssen, sei es direkt dadurch, daß sie für sich persönlich alle möglichen sozialen Einrichtungen in Anspruch nehmen^{122a)}. Sie sind angesichts ihrer Gesinnung und der mannigfachen Folgen nicht nur ein strafrechtliches, sondern auch ein soziales Problem, dem der Gesetzgeber vielleicht besondere Aufmerksamkeit widmen müßte. Wenn wir das Ergebnis unserer Untersuchung in dieser Richtung herausstellen wollen, so ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 50
Die Unterscheidung der Asozialen

Bezeichnung	Täterzahl	%	%
Arbeitsscheue weibl. 3		1,43	2,88
männl. <u>20</u>		<u>9,52</u>	<u>19,23</u>
23		10,95	22,11
Vagabunden weibl. 11		5,24	10,85
männl. <u>22</u>		<u>10,47</u>	<u>21,15</u>
33		15,71	31,73
Verwahrloste weibl. 32		15,24	30,77
männl. <u>16</u>		<u>7,62</u>	<u>15,38</u>
48		22,86	46,15
Sa. 104		49,52	104 = 100,00
nicht asozial 106		50,48	
210		100,00	

Zu dieser Einteilung muß noch gesagt werden, daß sie unter kritischer Würdigung der Beurteilung in den Gerichtsakten vorgenommen wurde, d.h. die dort von den Polizeibeamten, Staatsanwälten oder Richtern zum Ausdruck gebrachte Beurteilung wurde nicht einfach übernommen, sondern es wurde auf Grund des Gesamtbildes des jeweiligen Täters, welches aus den Akten gewonnen wurde, ein eigenes Urteil gebildet

122 a) Vgl. Jürgens, a.a.O., S. 12

und die Einteilung in die drei Gruppen der Asozialen vorgenommen. Ausgegangen wurde von der Aussage des Probanden vor der Polizei. Sodann wurden der polizeiliche Schlußbericht, Anklageschrift, das gerichtliche Protokoll über die Hauptverhandlung und schließlich das richterliche Urteil herangezogen. War aus diesen Unterlagen ersichtlich, daß der Proband überhaupt jede Arbeit mied, und insbesondere auch der Aufforderung des Arbeitsamtes, welches ihm Arbeitsstellen nach 2 - 3 Tagen wieder aufgab, so wurde er als arbeitsscheu eingestuft. Ließen die Akten erkennen, daß der Proband es vorzog, ohne einen festen Wohnsitz zu haben, im Lande umherzuziehen und Gelegenheitsarbeiten zu verrichten, so wurde er in die Gruppe der Vagabunden eingereiht. Hatte der Proband schließlich weder eine Unterkunft noch Arbeit und lebte er dahin, ohne sich um die Mitmenschen, die menschliche Gesellschaft, das Gesetz und die staatliche Ordnung zu kümmern und ließ auch das äußere Bild, wie es den Akten entnommen werden konnte, erkennen, daß der Proband völlig verkommen war, so haben wir ihn als verwahrlost bezeichnet. Wir haben so den beachtlichen Anteil von 49,52 % Asozialer ermittelt.

b) Die Arbeitsscheuen

Die Gruppe der Arbeitsscheuen ist bedeutend größer, als die Tabelle aufzeigen kann. Aufgrund unserer Einteilung bilden die Arbeitsscheuen in der Tabelle diejenigen Täter, die nur arbeitsscheu sind, aber keine Symptome der Vagabondage oder Verwahrlosung aufweisen; dies sind also 10,95 % aller Täter. Jedoch befinden sich unter den beiden anderen Gruppen noch weitere Probanden, die arbeitsscheu sind, so daß es insgesamt 82 Arbeitsscheue sind, welche einen Anteil an den Gesamtprobanden von 39,05 % ausmachen. Geht man allerdings von der Einteilung aus, wie sie Nass¹²³⁾ vornimmt, so wäre die Arbeitsscheu wohl

123) a.a.O., S. 70/71

an den Beginn der Verwahrlosung zu stellen. Wir weichen jedoch bewußt von dieser Stufeneinteilung ab und trennen streng, wie wir es im vorstehenden Kapitel einleitend ausgeführt haben. Die Einteilung zwischen den Verwahrlosten und Vagabunden wurde so getroffen, daß der wandernde Verwahrloste als Vagabund gewählt wurde.

Die Arbeitsscheu kann verschiedene seelische oder geistige Ursachen haben. Sie ist keine Charaktereigenschaft, sondern ein Produkt oder ein Anzeichen sehr verschiedenartiger seelischer Verfassung¹²⁴⁾. Sie kann sich allerdings dann charakteristisch auswirken, wenn schwerwiegende moralische oder - wie hier bei der Unterhaltungspflichtverletzung - gesetzliche Pflichten verletzt werden. Seelisch, geistig und körperlich bleiben die Arbeitsscheuen auch dann inaktiv, wenn ihr Tätigwerden unbedingt und dringend geboten ist. In allen 82 Fällen wäre es den Tätern möglich gewesen, durch Aufnahme von Arbeit oder durch bessere Ausnutzung ihrer Arbeitskraft soviel Geld zu verdienen, um die Not ihrer Unterhaltsberechtigten, wenn nicht zu beseitigen, so doch zu lindern. Der Mangel an Selbstdisziplin und Ausdauer ließ jedoch die Arbeitsscheuen weiter ihrem unproduktiven Leben nachhängen unter allen möglichen Vorwürfen und Ausflüchten, die der Grundlage entbehrten. Diese Gruppe ist besonders gefährlich nicht nur wegen ihrer Größe, sondern auch deswegen, weil sie durch ihren Müßiggang den Boden für spätere Kriminalität vorbereitet. Von allen Arbeitsscheuen (82) waren 23 lediglich arbeitsscheu und noch nicht verwahrlost im typischen Sinne, wie wir es im übernächsten Kapitel noch zeigen werden. Diese Gruppe wäre also noch vor weiterem Absinken in die Kriminalität zu retten, wenn man sie rechtzeitig an geregelte Arbeit und an ihre Verantwortung mit Hilfe gesetzlicher Maßnahmen gewöhnt.

124) Vgl. Gruhle, a.a.O., S. 51/52

c) Die Vagabondage

Nicht jeder Vagabund ist arbeitsscheu oder gar verwahrlost. Von den 33 Vagabunden waren 17 auch als arbeitsscheu anzusprechen. Das Vagabundendasein hängt jedoch enger mit der Scheu vor Arbeit, insbesondere geregelter Arbeit, zusammen, als man gemeinhin vermutet, wie der Anteil der Arbeitsscheuen bei den Vagabunden erkennen läßt. Der Hang, planlos und unbeständig durch die Lande zu ziehen, birgt für die Kriminalität im allgemeinen, aber auch für die Erfüllung der Unterhaltspflicht im besonderen, viele Gefahrenmomente in sich¹²⁵⁾.

Mit 15,71 % sind die Vagabunden die zweitgrößte Gruppe der Asozialen. Man kann vielleicht darüber streiten, ob der Vagabund selbst schon als kriminell zu bezeichnen ist¹²⁶⁾; das Vagabundieren als solches erlaubt jedenfalls in der Regel keinen geordneten Broterwerb und ebensowenig die Schaffung oder gar Anhäufung von finanziellen Mitteln, um mit deren Hilfe seinen Unterhaltsverpflichtungen nachzukommen. Für diese Fälle, in denen also der Vagabund für einen Unterhaltsberechtigten aufzukommen hat, ist die Art des Umherziehens wohl schon als deliktisch zu bezeichnen.

Die Ursache für die Vagabondage liegt bei unseren Fällen in häuslichen Zwistigkeiten, in der Abenteuerlust, im Wandertrieb, aber auch der Scheu vor geregelter und beständiger Arbeit. Sie kann auch schon in früher Jugend gesetzt werden und in Elternlosigkeit oder schlechtem Milieu begründet sein. Sowohl Charaktereigenschaften als auch Um-

125) Wir verweisen auf Elster, a.a.O., Bd. 2, S. 114 ff., sowie auf die daran anschließenden Ausführungen von Roesner, a.a.O., S. 24, welcher nachweist, daß 24 % der Vagabunden bestraft wurden; vgl. weiter Exner, Krim., a.a.O., S. 296; Mezger, Krim. a.a.O., S. 184

126) Wulffen, a.a.O., S. 334/5, sieht Arbeitsunlust und Arbeitsscheu als Stufe zur Vagabondage an und den dadurch erzeugten Hang zur Vagabondage als Erscheinung der Verbrecherwelt. Der Übergang vom Tippelbruder zum eigentlichen Verbrecher ist wohl fließend.

weltseinflüsse wirken hier zusammen¹²⁷⁾. Von der Vagabondage zum Bettel ist es allerdings nur ein kleiner Schritt, was erneut auf die Gefährlichkeit hinweist, zumal charakterlich Schwache und Unselbständige sich auf diese Weise umhertreiben lassen und ein ungeordnetes Leben führen. Hinzu kommt die Unkontrollierbarkeit des Vagabundierenden, der heute hier und morgen dort ist. Somit steht im Rahmen unserer Untersuchung fest, daß der Vagabund ein im Leben gescheiterter Mensch ist. Die Gefährlichkeit liegt in seiner Labilität und der ungeordneten, unkontrollierbaren Lebensweise, die es erschweren, ihn zur Erfüllung seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht heranzuziehen.

d) Die Verwahrlosung

Die Verwahrlosung kann man wohl als die Endstufe der vorgenannten Erscheinungsform der Asozialität bezeichnen. Soweit wir hier die Probanden als verwahrlost gekennzeichnet haben, konnte überhaupt kein Zweifel mehr vorliegen, daß hier sogar die völlige Verwahrlosung gemeint ist. Es handelt sich hierbei um einen Zustand oder vielleicht besser Folgezustand, der dann entsteht, wenn ein Individuum ohne die für seine Erhaltung und Entwicklung nötige Bewahrung ist¹²⁸⁾. Die Verwahrlosung ist also ein Mangelzustand höchsten Grades, der wohl kaum einer Steigerung fähig ist. Sie kann äußerlich an Körper und Kleidung sichtbar sein, aber auch innerlich bestehen, ohne jedes äußere Anzeichen, wie z.B. die sexuelle Verwahrlosung als Form der sittlichen Verwahrlosung¹²⁹⁾. Man spricht häufig von der Jugendverwahrlosung und stellt darüber auch des öfteren Unter-

127) Vgl. unsere Ausführungen unten in diesem Teil, Abschn. A, Unterabschn. III, S. 137 ff.

128) So Nass, a.a.O., S. 67; vgl. auch Többen, HdWK, a.a.O., S. 968; ders. in seinem Standardwerk, Jugendverwahrlosung, a.a.O., S. 53; Cohen, a.a.O., S. 137; vgl. auch Frey, a.a.O., S. 63, Fußn. 10, welcher bemerkt, daß es eine Legaldefinition nicht gibt; davon unterscheidet Bader, a.a.O., S. 149, die sog. Fehlgeleiteten.

129) Vgl. Többen, HdWK, a.a.O., S. 968

suchungen an¹³⁰⁾. Darüber darf man aber nicht vergessen, daß es auch eine Erwachsenenverwahrlosung gibt. Allein 28,86 % unserer Täter sind als völlig verwahrlost zu betrachten. Die Wurzel hierfür haben wir zum Teil in den in unseren Tabellen^{130a)} sichtbaren Erscheinungen zu suchen, nämlich in einer ungünstigen, gestörten Jugend durch Verwaisung und schlechte häusliche Verhältnisse, die den Menschen ein Leben lang begleiten. Auffallend ist die Feststellung, daß bei dieser Gruppe die weiblichen Probanden überwiegen, und zwar genau um das Doppelte der männlichen Probanden. In amerikanischen Untersuchungen hat man festgestellt, daß die Schätzungen des genauen Zahlenverhältnisses von männlicher zu weiblicher Verwahrlosung stark voneinander abweichen. Man ist jedoch der Überzeugung, daß die männliche Verwahrlosung mindestens viermal so stark sei als die weibliche¹³¹⁾. Dies bedeutet für unsere Untersuchung nichts; denn einmal handelt es sich hierbei um Schätzungen, zum anderen um solche von verwahrlosten Jugendlichen. Außerdem kommt es ganz auf die Art des untersuchten Delikts an; wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Unterhaltspflichtverletzung ein Delikt besonderer Art ist, das man nicht mit jedem anderen Delikt, wie z.B. mit Diebstahl, vergleichen kann. Des öfteren haben wir schon in unserer Untersuchung die relativ hohe Beteiligung der weiblichen Probanden feststellen können¹³²⁾. Dabei fiel uns die große Zahl der Prostituierten auf, welche in der Gruppe der Verwahrlosten stark beteiligt sind. In Tabelle 31¹³³⁾ haben wir 26 Dirnen gezählt, welche alle zu den weiblichen Verwahrlosten gerechnet wurden. Daraus können wir weiter entnehmen, daß die weibliche Ver-

130) Vgl. z.B. Cohen, a.a.O., der auf S. 13 die soziale Bewältigung der Jugendverwahrlosung als eines der wichtigsten praktischen Probleme in jeder größeren amerikanischen Stadt bezeichnet.

130a) Tab. 53 und 54 S.141

131) Cohen, a.a.O., S. 32 sowie S. 128

132) Nämlich in unserem Kap. 2, Abschn. A, Unterabschn. II, S. 84 ; vgl. auch Tab. 29 auf S. 85 sowie Tab. 31 auf S. 88

133) Auf S. 88

wahrlosung zum weit überwiegenden Teil auf sexueller Verwahrlosung beruht. Dies ist eine Tatsache, die auch von amerikanischen Soziologen bestätigt wird¹³⁴⁾.

Abschließend ist zu diesem Punkt noch auszuführen, daß sämtliche Probanden aus der Gruppe der "Asozialen" aus sehr einfachen, sozial schwachen Kreisen stammten. Die Erziehung hat in vielen Fällen Not gelitten, und die geistige Bildung ist bei ihnen zurückgeblieben.

8. Die Tatmotive

Wenn wir der Betrachtung der Täterpersönlichkeit einige Ausführungen über die Tatmotive anschließen, so sind wir uns der Problematik, die hierdurch aufgeworfen wird, bewußt. Motiv ist der sinnhafte Inhalt eines Seelenvorgangs, der einen anderen Seelenvorgang zur Folge hat¹³⁵⁾. Seelenvorgänge zu klären, insbesondere anhand von Straftakten, bietet nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Die Angaben über das Motiv der Tat, wie sie vor den Untersuchungsorganen gemacht werden, weisen regelmäßig Färbungen durch die Täter auf, in der Absicht, bei der Bestrafung möglichst milde beurteilt zu werden¹³⁶⁾. Außerdem braucht das Motiv dem Handelnden nicht notwendig bewußt gewesen zu sein¹³⁷⁾. Schließlich ist es auch nicht immer nur ein Motiv allein, welches zu einer bestimmten Handlung führt, sondern letzterer gehen meist mehrere Motive voraus¹³⁸⁾.

Trotz dieser Schwierigkeiten soll versucht werden, auf Grund der sorgfältig durchgearbeiteten Straftakten einen Einblick in die zur Tat führende Seelenlage des Probanden

134) Vgl. Cohen, a.a.O., S. 108

135) Mezger, Krim., a.a.O., S. 91

136) Ebenso Schmidt, a.a.O., S. 96

137) Vgl. Mezger, Krim., a.a.O., S. 91

138) Vgl. hierzu Bader, Soziologie, a.a.O., S. 183; Mezger, Krim., a.a.O., S. 94; von Weber, Kriminalsoziologische Einzelforschungen, a.a.O., S. 41; Göbbels, a.a.O., S. 33; sowie Kretschmer, welcher vom Motivbündel spricht, zit. nach Mezger, Krim., a.a.O., S. 94.

zu gewinnen. Dabei wurden die Aussagen der Täter vor dem Jugendamt, vor der Polizei und dem Gericht eingehend miteinander verglichen und die Aussagen von Zeugen, wie z.B. der Angehörigen, der Fürsorger und der anderen Unterhaltspflichtigen, bei diesem Vergleich herangezogen. Ob eine andere Methode, wie z.B. durch Befragung der Täter, ein zuverlässigeres Ergebnis erbracht hätte, scheint zweifelhaft zu sein, da die untersuchten Probanden im allgemeinen sehr schwer zu behandeln waren. Sie gaben oft ausweichende und unrichtige Antworten und waren entweder verstockt oder herausfordernd in ihrem Gebaren. Unsere Ausführungen über die Asozialität lassen gewisse Schlüsse zu, wie z.B. denjenigen auf die Arbeitsscheu. Diese ist es jedoch nicht allein oder nicht immer allein, wenn sie auch einen Großteil der Motive bildet. Es kommen andere Beweggründe hinzu, wie z.B. Rachegefühle gegen die Ehefrau und die Kindesmutter, Ärger über die Pfändung u.a.

Wir konnten feststellen, daß regelmäßig mehrere - meist zwei - Beweggründe nebeneinander vorkamen. Es wurde daher angestrebt, jeweils die den Rechtsbruch entscheidend bestimmende energetische Komponente zu ermitteln. Bei den so erzielten Ergebnissen kann es sich daher auch nicht um unverrückbar feststehende wissenschaftliche Erkenntnisse handeln, sondern nur darum, einen Eindruck von der Täterpersönlichkeit zu gewinnen, wie es sich aus dem Gesamtverhalten ermitteln ließ.

Folgende Tabelle gibt uns Aufschluß über die Beweggründe:

Tabelle 51
Die Motive der Täter¹³⁹⁾

Beweggründe:	Zahl	%
Arbeitsscheu	82	39,05
Rache an der Ehefrau	32	15,24
Gleichgültigkeit	31	14,76
Ärger über Pfändung	18	8,57
Mehrverkehr der Kindesmutter	15	7,14
Rache an der Kindesmutter	14	6,67
Mangelnder Zahlungswille	8	3,81
Rache an der Behörde	4	1,90
Hilflosigkeit	4	1,90
Sonstige	2	0,95
	210	—

Über die Bedeutung der Arbeitsscheu sei auf unsere bereits angeführte Darstellung im vorangegangenen Kapitel¹⁴⁰⁾ verwiesen. Nicht übersehen dürfen wir die in der Häufigkeit mit 14,76 % an dritter Stelle stehende Gleichgültigkeit der Unterhaltsschuldner. Sie läßt auf einen erheblichen Mangel an Energie und Verantwortungsbewußtsein schließen. Die große Zahl der niedrigen Beweggründe, nämlich der Rachegefühle, mit 30,95 %, die zu Lasten des unschuldigen Kindes gehen, verstärken das Bild, das wir bei der Durchführung unserer Untersuchung von denjenigen Probanden gewannen, die ihre Unterhaltspflicht verletzt haben.

Zur Aufhellung sei noch hinzugefügt, daß die Rachegefühle gegenüber der Behörde darauf beruhten, daß man den Kindesmüttern die Kinder wegnahm und in ein Heim verbrachte. Die

139) Hiervon unterscheide ich im Gegensatz zu Schmidt, a.a.O., S. 97, die Einwendungen der Täter gegen den Strafvorwurf; siehe unten im III. Teil, Abschn. B. Unteranschn. II, S. 186 ff.

140) Abschn. A, Unterabschn. II, Kap. 7, Buchst. b) S. 129 ff.

Gründe hierfür haben wir bei der Erörterung der Tatfolgen¹⁴¹⁾ dargelegt. Die Rachegelüste gegen die Ehefrau beruhten zum Teil auf der Verärgerung über den von dieser gewonnenen Scheidungsprozeß, zum Teil aber auch auf dem Gedanken, die getrennt lebende Ehefrau zur Rückkehr zu bewegen. Diejenigen Kindesväter, die glaubten, sich an der Kindesmutter durch Verweigerung der Zahlung von Unterhaltsbeiträgen rächen zu müssen, waren zu einem großen Teil über die Zurückweisung ihrer Werbung um die Kindesmutter verärgert. Mehrere Probanden hoben hervor, daß sie die Kindesmutter hätten heiraten wollen, dies aber an der Sinnesänderung der Kindesmutter oder dem Einfluß ihrer Eltern gescheitert sei. Sie glaubten daher, aus diesem Grunde nicht mehr zur Zahlung von Unterhalt verpflichtet zu sein. In zwei Fällen hatte die Kindesmutter auch die offizielle Verlobung gelöst. Nur in einem Falle wollte sich die Kindesmutter an den beiden Kindesvätern ihrer zwei unehelichen Kinder rächen, von denen sie enttäuscht war, weil keiner sie ehelichen wollte. Sie glaubte, wenn sie nicht für den Unterhalt aufkomme, würden die beiden Kindesväter in vollem Umfange zur Unterhaltsleistung herangezogen werden.

III. Die Umwelt der Probanden

Nachdem wir wesentliche Punkte zur Persönlichkeitsstruktur unserer Probanden herausgearbeitet haben, soll nunmehr auf die Einflußfaktoren der Umwelt eingegangen werden.

Die Umwelt kann verstanden werden als Summe der körperlichen und geistigen Welt, in der der Mensch lebt und in der er handelt. Auch die Umwelt wirkt in mannigfachen Faktoren, die zwar nicht einzeln, so aber doch in ihrem Zusammenwirken zur Kriminalität in Beziehung stehen¹⁴²⁾.

141) Im III. Teil, Abschn. A, Unterabschn. II, S. 176 ff.

142) Vgl. Mehl, a.a.O., S. 124

1. Die Familienverhältnisse der Probanden

a) Die Familie als Umwelt

Jeder Mensch hat seine eigene, höchst individuelle Umwelt. Dieser Umweltsbegriff ist dem Wandel von Zeit und Ort unterworfen. Die Umwelt kann physikalischer, sozialer, körperlicher, geistig-kultureller und anderer Natur sein. Auch die Familie ist Umwelt. Sie ist die Voraussetzung menschlicher Kultur¹⁴³⁾.

b) Die unvollständige Familie

Es soll untersucht werden, inwieweit eine unvollständige Familie oder eine sonstwie in ihren Funktionen gestörte Familie sich auf die Entwicklung des Probanden auswirkt. Wir gehen hierbei von der Hypothese aus, daß irgendwelche Funktionsstörungen in der Familie, sei es durch schlechte eheliche Verhältnisse der Eltern oder durch deren Trennung, sei es durch die geschiedene Ehe der Eltern, sei es durch die sonstwie unvollständige Familie, wie z.B. durch den Verlust eines Elternteils oder durch das Fehlen einer echten, vollkommenen Familie überhaupt, wie bei Vollwaisen oder unehelich Geborenen, sich nachteilig auf die Entwicklung auswirken und dadurch zwangsläufig eine Vernachlässigung des zu Erziehenden eintritt, welche die Wurzel für spätere Kriminalität bilden kann¹⁴⁴⁾. Wir stellen unseren Ausführungen eine Tabelle voran, aus welcher die Familienverhältnisse unserer Tätergruppe zu ersehen sind (S.139), wobei der Zeitpunkt von dem 6. Lebensjahr an zugrunde gelegt wurde.

143) von der Heydte, in: Handbuch der Soziologie, a.a.O., S. 825

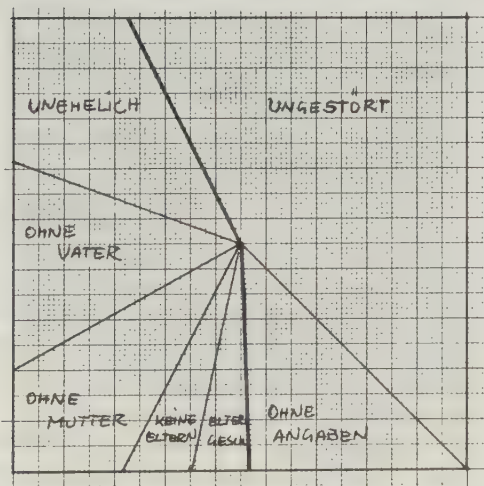
144) Vgl. die zutreffende Bemerkung von Frey, a.a.O., S. 176 unten

Tabelle 52

Die Familienverhältnisse der Eltern-Familien der Probanden

	Täterzahl	%	%	%
In Ordnung:	93		44,28	
unehelich	26	12,38		27,96
ohne Vater	29	13,81		31,18
ohne Mutter	19	9,05		20,43
keine Eltern	10	4,76		10,75
Eltern geschieden	9	4,28		9,68
	93		44,28	100,00
ohne Angaben	24		11,44	
	210		100,00	

Graphische Darstellung zu Tabelle 52 ¹⁴⁵⁾



145) Die in der Tab. 52 errechneten Prozente wurden auf den Kreis übertragen; $360^\circ = 100\%$

Es ist auffallend, wie hoch der Anteil der Probanden aus gestörten Eltern-Familien ist, nämlich 44,28 %¹⁴⁶⁾. So- nach war also bei 93 der untersuchten Täter die Erziehung von vornherein schon durch das Fehlen eines oder beider Elternanteile gefährdet¹⁴⁷⁾. Die tatsächlichen Werte können sogar noch höher sein; denn in 24 Fällen (11,44 %) fehlten die Angaben darüber, wann die Eltern oder der einzelne Elternanteil verstorben ist. Lediglich 93 (44,28 %) Proban- den sind in einer - nach aussen erkennbar - nicht gestör- ten Familiengemeinschaft aufgewachsen. Zum Vergleich seien auch die weiblichen Probanden gesondert herangezogen und in nachfolgender Tabelle dargestellt:

146) Vgl. hierzu auch Mannheim, a.a.O., Chapter V, Part I p.68, Table 4; aber auch die Fußnote, in der Mannheim folgendes Ergebnis mitteilt: "In a group of 606 Borstal lads studied by one of the authors before the war it was found that in 309 cases, i.e. slightly more than 50%, the lad had either no father or no mother or no parents at all or had not been brought up by his parents or that there was separation, divorce or desertion" (Hermann Mannheim, "Social Aspects of Crime in England between the Wars", 1940, p.255). Man mag dagegen einwenden, daß sich die Ergebnisse nicht vergleichen ließen, weil dort Jugendliche bzw. Heran- wachsende im Alter von 16 bis 21 Jahren untersucht wurden, wobei es sich außerdem wohl um Delinquenten gehandelt haben mag, die alles andere begangen haben als Unterhaltungspflichtverletzungen. Mag dies auch zutreffen, so ist doch dort wie hier die Bedeutung des Elternhauses nicht zu verkennen. Schon dies allein rechtfertigt unseren Hinweis; vgl. ders. a.a.O., Part III, p. 87, Table 26, wo der häusliche Hintergrund auf das Kriterium Success und Failure untersucht wird; desgl. p. 86, Table 25; vgl. weiter Meyer, a.a.O., S. 23/24, der auf 30 % kommt; ebenso Mehl, a.a.O., S. 95, der 49,7 % errechnete; weiter Middendorff, Jugendkriminalität, a.a.O., S. 53, welcher in seiner Untersuchung 44,15 % ermittelte.

147) Vgl. auch Villinger, a.a.O., S. 175 ff. zu den be- lastenden Momenten in der Familienkonstellatation

Tabelle 53

Die Familienverhältnisse in der Eltern-Familie der weiblichen Probanden

	Täterzahl	%	%	%
in Ordnung			27,45	
unehelich	9 14	17,65		24,32
ohne Vater	7	13,72		18,92
ohne Mutter	5	9,80		13,51
keine Eltern	8	15,69		21,62
Eltern geschieden	8	15,69		21,62
Summe	37		72,55	100,00
insgesamt	51		100,00	

Anschließend seien die Verhältnisse bei den männlichen Probanden dargestellt:

Tabelle 54

Die Familienverhältnisse in der Eltern-Familie der männlichen Probanden

	Täterzahl	%	%	%
In Ordnung	79		49,86	
unehelich	17	10,69		30,36
ohne Vater	22	13,84		39,28
ohne Mutter	14	8,80		25,00
keine Eltern	2	1,26		3,57
Eltern geschieden	1	0,63		1,78
	56		35,22	56 = 100,00
Summa	125		84,90	
ohne Angaben	24		15,10	
insgesamt	159		100,00	

Graphische Darstellung zu Tab. 53 u. 54 148)

		ZU TAB. 54				K.E.			
IN ORDNUNG		UNEHE- LICH		O.V.		O.M.		O.A.	
		ZU TAB. 53							
IN ORDNUNG		UNEHELICH		O.V.		O.M.		K.E.	
								E. GESCH.	

Die Hypothese, daß Frauen leichter straffällig werden, also anfälliger sind, wenn sie aus gestörten Eltern-Familien stammen - es waren immerhin 72,55 % gegenüber 35,22 % bei den Männern - wurde durch die Vierfelderkorrelation¹⁴⁹⁾ bestätigt. Wir erhielten für $r_{\Phi} = 0,26$. Bei dieser Größe von r_{Φ} können wir folgern, daß eine leichte Korrelation zwischen der Täterin nach § 170 b StGB und der gestörten Eltern-Familie vorhanden ist. Dieser Wert mag bei weniger pessimistischer Berechnung eher noch höher liegen. Diese Korrelation ist signifikant. Zwar sind bei den Männern 24 = 15,10 % ohne Angaben, doch wurde bei der Berechnung nach dem χ^2 -Test davon ausgegangen, daß sich diese 24 Täter in dem Verhältnis aufschlüsseln, wie die benannten Zahlen. Hierzu ist zu sagen, daß sich am Ergebnis hinsichtlich der Signifikanz nichts geändert hätte, wenn man alle 24 Täter der Gruppe der Gestörten zugerechnet hätte. Das Material ließ es aber nicht zu, innerhalb der gestörten Familien noch besondere Merkmale, wie z.B. den Einfluß der Unehelichkeit, herauszuarbeiten.

148) Bei diesem Blockdiagramm ist 1 cm = 5 %

149) Vgl. zu dieser Berechnungsart Mittenecker, a.a.O., S. 84 f.

c) Die uneheliche Geburt

Die Tabelle 52 weist 26 (12,38 %) unehelich Geborene¹⁵¹⁾ auf. Mittels Tabelle 19 können wir feststellen, daß die Geburt der Unehelichen zurückgegangen ist. Im Berichtszeitraum betrug der Anteil der unehelich Geborenen in der Bundesrepublik rund 8,75 % an den Lebendgeborenen¹⁵²⁾. Die unehelichen Kinder werden immer ein Problem bleiben und auch Probleme aufgeben, weniger wegen ihres zahlenmäßigen Anteils und den hieraus gezogenen Schlüssen auf die allgemeine Moral als wegen ihrer besonderen erzieherischen Gefährdung. Die Unehelichkeit ist ein Faktum, mit dem in der Kriminologie gerechnet werden muß. Wenn behauptet wird, daß die unehelich Geborenen, die nicht legitimiert oder in eine gesunde, geordnete Familiengemeinschaft aufgenommen wurden, sozial sehr gefährdet sind¹⁵³⁾, so hat es damit sicher seine Richtigkeit. Dies dürfte auf die gesamten Umweltseinflüsse zurückzuführen und überwiegend mit deren allgemein ungünstigeren Entwicklungsbedingungen zu erklären sein. Ihre Erziehung muß dadurch Not leiden, denn außer der fehlenden leitenden Hand des Vaters, der Respektperson, kommt regelmäßig die Berufstätigkeit der Mutter hinzu, so daß sich dieselbe auch nicht um das Kind kümmern kann. Die Erziehung in Heimen, bei Verwandten oder Bekannten kann niemals die notwendige heimische Nestwärme ersetzen.

151) Vgl. Mehl, a.a.O., S. 81, wo dieser für den Bezirkebezirk 12,4 % uneheliche jugendliche Rechtsbrecher fand; Middendorff, Jugendkriminalität, a.a.O., S. 53; ders., Jugendkriminologie, a.a.O., S. 114 ff. mit Hinweis auf die Unterschiedlichkeit; vgl. auch Nährich, a.a.O., S. 19

152) Exner, Kriminologie, a.a.O., S. 228, schätzt den Anteil der unehelich Geborenen an den Gesamtgeburten auf 7 % unter Berücksichtigung der hohen Säuglingssterblichkeit; vgl. auch Tönnis, a.a.O., S. 39; weiter auch Nährich, a.a.O., S. 13; Sulimma, a.a.O., S. 109, fand 9,7 % Uneheliche

153) Vgl. Exner, Kriminologie, a.a.O., S. 229; Groth, a.a.O., S. 202 ff.

Hier fällt erneut die Bestätigung dessen auf, was wir schon mehrfach betont haben, die erhöhte Umweltsempfänglichkeit der weiblichen Täter. Denn sie sind bei den weiblichen Probanden mit 9 (17,65 %) Probanden am stärksten bei 37 gestörten Eltern-Familien vertreten, während bei den männlichen Probanden die Gruppe ohne Vater stärker ist¹⁵⁴⁾. Hin- weise darüber, wo die unehelichen Probanden erzogen wurden, waren aus den bearbeiteten Strafakten nicht zu entnehmen.

d) Die Vollwaisen

Unter den untersuchten Probanden waren 10 (4,76 %) bereits in frühem Kindesalter ohne Eltern. In acht Fällen waren es wiederum weibliche Probanden. Diese kleinen Zahlen lassen natürlich keine Schlüsse auf die Kriminalitätsbeteiligung zu. Über die Verwaisten wissen wir noch weniger als über die Unehelichen¹⁵⁵⁾. Sie entbehren jeglicher verwandtschaftlichen Bindung und der Verwurzelung in der familiären häuslichen Gemeinschaft. Die leiblich-seelische Entwicklung in der Urzelle des menschlichen Lebens fällt bei ihnen völlig weg. Sie haben weder einen Widerpart, an dem sie sich erproben können, noch eine Stütze oder einen Halt, an dem sie sich emporentwickeln dürfen. Das ist wohl die schlimmste Lebenssituation, in die ein Kind hineingeworfen wird. Daher kann es nicht verwundern, daß der Hang zum Asozialen besonders leicht ausgebildet werden kann.

Die beiden männlichen Probanden sind beide am Leben gescheiterte Menschen. Der eine von ihnen ist alleinschuldig geschieden und läßt seine geschiedene Frau als Putzfrau arbeiten, während die drei ehelichen Kinder von der Wohlfahrt unterstützt werden müssen. Er verdient lediglich 200.- DM monatlich und könnte bedeutend mehr verdienen. Der andere, aus der Tschechoslowakei stammende, Proband wohnt in den

154) Exner, Krim., a.a.O., S. 229, bestätigt dies für eine holländische Untersuchung

155) Tönnis, a.a.O., S. 40

Trümmerkellern in der L-Straße zusammen mit seiner "Braut", welche ihren Lebensunterhalt als Dirne verdient. Einer geordneten Arbeit geht er nicht nach. Er prügelt sich des öfteren mit seiner Braut, wenn diese ihm kein Geld gibt. Drei der weiblichen Probanden sind die berüchtigsten Dirnen und haben ihr Quartier in der R- und B-Straße. Zwei sind ledig, die dritte ist schuldig geschieden. Sie haben vier und je zwei uneheliche Kinder. Alle sind als arbeits-scheu zu bezeichnen. Auch die Strafen zeigten keinerlei Wirkung auf sie. Abgestumpft und empfindungsarm gehen sie nur ihrem ungeordneten Tribleben nach. Zu verlieren haben sie nichts mehr. Ein Zuhause kennen sie nicht. Der Prozeß der Gewissensbildung ist gestört, da bei ihnen Vater- und Mutterbeziehung völlig ausgefallen sind. Ein Zusammenleben und Einordnen in die Gemeinschaft oder gar ein Unterordnen unter staatliche Gesetze ist ihnen fremd. Die Ausbildung der Wert- und Eigentumsbegriffe ist unvollständig, ebenso- sehr wie es die sittlich-moralischen sind. Wenn die Verwaisung so früh einsetzt, daß sie vor der Pubertätszeit liegt, so werden die dadurch entstandenen Schäden kaum mehr re- parabel sein, sicher aber nicht durch Verhängung von hohen Strafen und Gefängnisvollzug. Die Folge der Entwicklung ist meist eine schon so weit fortgeschrittene Verwahrlosung, daß eine Unterbringung im Arbeitshaus nötig wird¹⁵⁶⁾. Hier ist es dann eine Frage des Vollzugs, einen Weg zu finden, um den Asozialen auf den Weg des Sozialen zu führen. Ob unser Vollzug dazu in der Lage ist, soll hier nicht erörtert werden¹⁵⁷⁾. Wir sind uns dabei jedoch darüber im klaren, daß die Anstaltserziehung eine liebevolle Familienerziehung niemals ersetzen kann¹⁵⁸⁾.

156) Die Voraussetzungen nach § 42 d StGB haben in 4 der 5 Fälle vorgelegen.

157) Vgl. hierzu die Forderungen von Peters, a.a.O., S. 48 ff.

158) Vgl. hierzu Exner, Krim., a.a.O., S. 228 Nr. 2

e) Die Halbwaisen

Hier haben wir in unseren Tabellen zwei Untergruppen unterschieden, die Vaterlosen oder Vaterwaisen und die Mutterlosen oder Mutterwaisen. Beide Untergruppen zusammen bilden die Halbwaisen, welche zusammengenommen das größte Kontingent bei der Gruppe der Gestörten bilden. Es sind 48 Probanden oder 51,61 % der Täter aus gestörten Eltern-Familien. Die Vaterlosigkeit überwiegt¹⁵⁹⁾ gegenüber der Mutterlosigkeit mit 29 gegen 19 Probanden oder 31,18 % gegenüber 20,43% sowie 22 gegen 14 oder 39,28 % gegenüber 25,00 % bei den männlichen Probanden bzw. 7 (18,92 %) gegenüber 5 (13,51 %) bei den weiblichen Probanden. Sind die Folgen der Vaterlosigkeit zahlreicher als diejenigen der Mutterlosigkeit, so besagt dies allerdings noch nichts über die Schwere der Schäden. Hierüber können im allgemeinen nur Einzeluntersuchungen ein genaues Bild geben, so daß es den Rahmen einer Reihenuntersuchung sprengen würde, jeden Einzelfall genau auf die Schwere der Auswirkungen von Vater- oder Mutterlosigkeit zu überprüfen. Die Folgeschäden sind nach außen nicht mehr sichtbar, doch können wir u.U. bei zutage tretenden Auswirkungen auf die Umwelt Rückschlüsse auf die Schädigungen im geistig-seelischen Gefüge ziehen und daraus Erkenntnisse herleiten.

aa) Die Mutterwaisen

(1) Die weiblichen Mutterwaisen

Betrachten wir zunächst die weiblichen mutterlosen Probanden, so ist festzustellen, daß nur eine von ihnen nicht vorbestraft war, drei weitere hatten Vorstrafen wegen Betrugs und Diebstahls, und die vierte hatte zwei Vorstrafen

159) Verschiedene Untersuchungen sind zu gegensätzlichen Ergebnissen gekommen. Vgl. hierzu einerseits Hoffner, a.a.O., S. 38, und Kuhn, a.a.O., S. 40, mit denen wir hinsichtlich des Überwiegens der Vaterwaisen übereinstimmen, desgl. mit Frey, a.a.O., S. 25, Tab. 4, und Tönnies, a.a.O., S. 42, andererseits.

aufzuweisen, die schwerer waren, nämlich eine Vorstrafe wegen fortgesetzter Blutschande und eine wegen Diebstahls. Schon oben¹⁶⁰⁾ haben wir das Lebensbild der Letztgenannten beschrieben und sie als die übelste Dirne des Berichtsbezirks bezeichnet. Sie verlor bereits im zweiten Lebensjahr ihre Mutter. Der mit dieser Sache befaßte Einzelrichter hat in der Urteilsbegründung ausgeführt, daß die Angeklagte seit dem 16. Lebensjahr völlig verwahrlost sei und einen ausschweifenden Lebenswandel führe. Er bezeichnete sie als in jeder Hinsicht haltlos und sexuell triebhaft. Sie lege sich keinerlei Hemmungen auf und treibe sich ohne festen Wohnsitz im Trümmergebiet von Freiburg herum. Wenn sie einmal Arbeit annehme, dann nur für ein paar Tage, um dann wieder dem zügellosen Triebleben nachzugehen und sich treiben zu lassen. Jedoch wurde ihr vom Gericht zugute gehalten, daß sie von ihrem Vater schon in jungen Jahren geschlechtlich mißbraucht wurde und dieser einen Großteil der Schuld daran trage, daß sie zur Dirne wurde. Eine der vier übrigen Probandinnen hatte mit drei Jahren ihre Mutter verloren. Sie redet sich ein, so krank zu sein, daß sie nicht arbeiten könne. Von Natur aus ist sie sehr gutmütig und liebebedürftig. Kriminelle Neigungen scheint sie keine zu haben und eine Vorstrafe hatte sie bisher nicht aufzuweisen. Sie ist die einzige Probandin, die ihre Dirnentätigkeit unter der üblichen Kontrolle ausübte, nämlich im Bordell, und die insoweit an eine gewisse feste Ordnung gewöhnt war und sich darin fügte. Sie ist völlig unselbständig und hilflos, wie wir an anderer Stelle schon ausgeführt haben¹⁶¹⁾, so daß sich weitere Erörterungen hierzu erübrigen. Die dritte Probandin verlor ihre Mutter mit elf Jahren. Ihr Vater war Gutsaufseher in Polen. Sie selbst lebt mit ihrem "Verlobten" zusammen und erklärt, von den Vätern ihrer beiden unehelichen Kinder enttäuscht und verlassen worden zu sein. In einem Falle sei es ein Franzose und im anderen ein ver-

160) Im II. Teil, Abschn. A., Unterabschn. II, Kap. 2, Nr. 122, S. 92

161) Im II. Teil, Abschn. A., Unterabschn. II, Kap. 2, Nr. 14, S. 89

heirateter Mann gewesen. Zwar arbeitet sie, jedoch nur das Allernötigste. Für ihren Lebensunterhalt kommt der "Verlobte" auf.

(2) Die männlichen Mutterwaisen

Von den 14 männlichen Probanden ohne Mutter sind 4 nicht vorbestraft. Einer ist wegen unehelichen¹⁶²⁾ Zusammenlebens bestraft, eines kriminell also unbedeutenden Delikts, und ein weiterer wegen Fahrens ohne Führerschein und der 3. wegen Verletzung der Unterhaltungspflicht. Die Straflisten der restlichen 7 Probanden weisen mehrfache Vorstrafen auf, und zwar wegen Diebstahls, Betrugs und Unterschlagung sowie Bestechung. Bei zweien der Täter fällt ihre völlige Verwahrlosung besonders auf. Der eine wohnt in einer total verschmutzten Gartenhütte mit einer ebenso unsauberen und in jeder Hinsicht verkommenen Frau aus Mitteldeutschland zusammen, nachdem er seine Frau mit drei ehelichen Kindern allein gelassen hatte. Er und seine Geliebte ernähren sich von Abfällen, die sie überall zusammensuchen. Der andere Proband ist seit dem 10. Lebensjahr im Waisenhaus aufgewachsen und vagabundiert mit seiner Frau, die wir schon an anderer Stelle geschildert haben¹⁶³⁾, durch die Lande. Während alle anderen dieser Gruppe keine wesentlichen Besonderheiten aufweisen, die Rückschlüsse auf die Wirkung der Mutterlosigkeit zulassen, muß hier noch der Fall des Analphabeten genannt werden, den wir ebenfalls schon in anderem Zusammenhang angeführt haben¹⁶⁴⁾. Sicher ist es ein extremer Ausnahmefall, doch zeigt er mit

162) Vgl. § 72 Bad.Pol.StGB v.31.10.1863 - Reg.Bl.S.439, welcher auch heute noch seine Gültigkeit hat, zit. nach Schlusser, a.a.O., S.92, wie folgt: "Personen welche in außerehelicher Geschlechtsverbindung zusammenleben, sind an Geld bis zu 100 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen zu bestrafen und voneinander zu trennen."

163) Im II. Teil, Abschn.A, Unterabschn. II, Kap. 2, Nr. 124, S. 103

164) Im II. Teil, Abschn. A, Unterabschn. II, Kap. 3, S. 106 ff.

großer Deutlichkeit, wie sehr hier die sorgende Liebe der Mutter gefehlt hat.

bb) Die Vaterwaisen

Stellen wir den Mutterlosen die Vaterlosen gegenüber, so bleibt ungeklärt, welche Gruppe erkennbar schwerere Folgen im seelischen Bereich zu tragen hatte; denn die Verhältnisse sind in etwa die gleichen. Von 23 Probanden sind 7 nicht vorbestraft im Gegensatz zu den 5 Nichtvorbestraften der insgesamt 19 Mutterlosen.

(1) Die weiblichen Vaterwaisen

Von den weiblichen Tätern sind 7 ohne Vater aufgewachsen, 3 von ihnen sind ohne Vorstrafe. Eine ist unbedeutend vorbestraft, und zwar wegen einfachen Diebstahls und Betruges. Das Strafmaß in Höhe von je 25.-- DM läßt erkennen, daß diese beiden Delikte kaum ins Gewicht fallen. 6 Probandinnen sind ledig, und eine ist verheiratet. Die eine der Probandinnen hat zwei uneheliche Kinder und wohnt bei ihrer Mutter in sehr schlechten räumlichen Verhältnissen, zusammen mit sieben Geschwistern in einer ärmlichen Stadtgegend. Sie gehört zu derjenigen Gruppe, welche einer Arbeit nachgeht, nämlich als Küchengehilfin. Die andere ist weniger arbeitsfreudig und hat gleichfalls für zwei uneheliche Kinder zu sorgen. Der Kindesvater war im Gefängnis. Nach der Entlassung des Kindesvaters hat die Probandin ihn geheiratet, und die Kinder schienen versorgt zu sein. Die dritte, gleichfalls unbestrafte Täterin war zunächst Hausgehilfin und später als Bardame tätig. Sie hat ein uneheliches Kind. Nach ihrer Verheiratung ist sie für dieses Kind voll aufgekommen. Die Strafe wurde ihr deshalb erlassen. Die vierte Probandin hat vier Jahre Realschule. Sie führt ein Dirnenleben und hat drei uneheliche Kinder. Von zweien ist der Kindesvater nicht bekannt, es soll sich um französische Soldaten handeln. Die Kindesmutter machte einen sehr guten Eindruck. Das Gericht hat bei der Strafzumessung

berücksichtigt, daß die Probandin nicht vorbestraft ist und schon in frühester Jugend ihrer natürlichen Eltern beraubt wurde. Es führte hierzu weiter aus, daß die Probandin es zwar bei den Adoptiveltern gut gehabt habe, doch zeige die Erfahrung, daß die wirklichen Eltern nicht zu ersetzen seien. Die Probandin habe sich einsichtig gezeigt und in der Hauptverhandlung keinen schlechten Eindruck hinterlassen. Diese Würdigung des Gerichts hat sich später im künftigen Leben der Probandin als richtig erwiesen. Denn bei ihr trat eine grundsätzliche Wandlung in ihrem gesamten Verhalten ein. Auch wurde ihr die Strafe erlassen. Die fünfte, verheiratete Probandin hat drei uneheliche Kinder. Sie ist eine verstockte, primitive Person und ist der Ansicht, daß der Kindesvater für das Kind aufzukommen habe. Ihr Mann ist Hausdiener und sehr schlecht beleumundet. Sie arbeitet bei einer französischen Familie. Ihr Lebensgang ist von uns bereits oben dargelegt worden¹⁶⁵⁾. Die beiden restlichen weiblichen Probanden sind ebenfalls als Hausgehilfinnen tätig.

(2) Die männlichen Vaterwaisen

Von den 22 männlichen vaterlosen Probanden sind 4 nicht vorbestraft. Einer ist dreimal wegen Verletzung der Unterhaltungspflicht bestraft, drei andere wurden je einmal wegen dieses Vergehens bestraft.

Von dieser Gruppe sind fünfzehn ledig, vier verheiratet und drei alleinschuldig geschieden. Die meisten arbeiten als Hilfsarbeiter oder Gelegenheitsarbeiter, nämlich elf Probanden, zwei sind Schaustellergehilfen, zwei arbeiten in ihrem erlernten Beruf, ein weiterer ist Kraftfahrer, ein anderer Händler und ein dritter Handelsvertreter. Auch hier haben wir einen Probanden, der völlig verwahrlost ist und in einem Trümmerkeller haust, während ein anderer im Obdachlosenheim wohnt.

¹⁶⁵⁾ Im II. Teil, Abschn. A, Unterabschn. II, Kap. 2, Nr. 137, S. 104

Wenn wir zusammenfassen, so müssen wir vorwegnehmen, daß angesichts der kleinen Zahlenwerte kein sicheres Ergebnis zu erwarten ist. Daher mag die Feststellung, daß wir keinen Unterschied in der Entwicklung der Vater- bzw. Mutterwaisen finden konnten, ohne Bedeutung sein¹⁶⁶⁾. Ein erkennbarer Unterschied, von dem wir nicht sagen können, ob er wesentlich ist, liegt darin, daß bei den mutterlosen Probanden sechs verheiratet sind, während bei den vaterlosen kein einziger Verheirateter dabei ist, obwohl diese in größerer Zahl vorhanden sind als die mutterlosen. Wahrscheinlich ist diese Tatsache dadurch bedingt, daß die Vaterlosen durch das Vorhandensein der Mutter eher noch ein Heim haben als die Mutterlosen und nicht so rasch danach trachten, sich zu verehelichen wie diese. Allerdings waren von den männlichen Vaterwaisen drei bereits geschieden, also schon verheiratet gewesen, während bei den Mutterwaisen ebenfalls schon drei geschieden waren.

f) Die Probanden aus geschiedenen Ehen

Aus Tabelle 52 entnehmen wir, daß 9 (9,68 % der gestörten) Täter aus Ehen stammen, die geschieden wurden. Dieser Anteil ist nicht auffallend groß. Interessant ist jedoch, daß 8 Täter weiblich waren. Vielleicht kann man darin erneut eine Bestätigung unserer obigen Auffassung sehen, wonach die besondere Verhaftung und Veranlagung der Frau sich auch in den Folgen eines schicksalhaft erlittenen Milieuwechsels nachteilig auswirkt. Ihre besondere emotionale Verankerung in einer persönlichkeitspezifischen Umwelt wird durch einen solchen Eingriff als derart störend empfunden, daß der Umstellungsprozeß, das Einwurzeln in eine fremde Welt mit neuen Verhältnissen einen nicht immer komplikationslosen Prozeß darstellt und geeignet ist, die Frau aus der Bahn zu werfen.

166) Vgl. allerdings Meyer, a.a.O., S. 25 und Fußnote 36 daselbst.

Von den weiblichen Tätern waren 4 Prostituierte. Zwei weitere führten jedoch ein Leben, das kaum besser war. Von den beiden letzten war die eine Probandin siebenmal vorbestraft, hauptsächlich wegen Unterschlagung und Betrugs, und zweimal wegen Verletzung der Unterhaltungspflicht. Hinzu kommt, daß diese durch ihre - allerdings operierten - Spitz- und Klumpfüße körperlich behindert und nicht für jeden Beruf geeignet war. Sie ist immer besonders auffallend und elegant gekleidet, wohl um ihre körperlichen Mängel zu verdecken, und wurde wohl in ihrem Bestreben, sich anderen gleichzustellen, strafbar, da sie mit legalen Mittel nicht zu Geld kam. Für ihr uneheliches Kind hatte sie jedoch nie Geld. Die andere der beiden Nichtprostituerten ist wegen Diebstahls vorbestraft und hat drei uneheliche Kinder, zwei davon von französischen Soldaten, die nicht ermittelt werden konnten. Beide Probandinnen haben ihre ursprüngliche Tätigkeit aufgegeben und arbeiten als Bedienung. Ergänzend sei noch hinzugefügt, daß eine der vier Prostituierten besonders hoffnungslos verwahrlost war. Sie stammt aus Danzig und war im Anzeigezeitpunkt 20 Jahre alt. Mit 9 Jahren kam sie ins Waisenhaus, später war sie im Erziehungsheim. Ihr Nachtquartier hatte sie in einer Hütte am Schloßberg, in Hausgängen und auf Bänken. Mehrmals wurde sie aufgegriffen und zu einer Kur in die Hautklinik verbracht.

Der einzige männliche Proband ist bereits einmal mitschuldig geschieden, sechsmal vorbestraft und zeigte starke Alkoholneigung. Durch eine zweite Ehe mit einem ehemaligen weiblichen Fürsorgezögling besserte sich jedoch sein Verhalten etwas. Seine Lebensführung ist wohl nicht in erster Linie auf eine Fehlentwicklung zurückzuführen als vielmehr auf die lange Soldatenzeit und die anschließende dreijährige russische Gefangenschaft. Der Proband war außerdem im Kriege einmal verschüttet gewesen und litt an Malariaanfällen. Zuhause fand er nach seiner Entlassung denkbar schlechte Familienverhältnisse vor. Seine Frau hatte sich mit Marokkanern eingelassen und aus diesen Beziehungen ein Kind zur Welt gebracht. Seine zehnjährige Tochter hatte bereits mit Marokkanern geschlechtsvertrauliche Beziehungen gehabt und war dadurch geschlechtskrank geworden. Von diesen

Verhältnissen wurde der Proband zermürbt, so daß er später Selbstmord beging.

g) Das asoziale und disharmonische Elternhaus

aa) Die Bedeutung des Elternhauses

Bereits an anderer Stelle¹⁶⁷⁾ haben wir versucht, die Bedeutung der Familie im Rahmen unserer Untersuchung hervorzuheben, sowohl für Individuen während ihrer Erziehung als auch vorausschauend für die Zukunft im Beruf und in der menschlichen Gesellschaft im allgemeinen. Die Familie - hier im Sinne von Elternhaus - trägt durch ihre Leitung und Aufsicht der Kinder direkt und durch ihren Einfluß auf die Entwicklung der Anlagen und Neigungen sowie Interessen ihrer Kinder indirekt dazu bei, die Menschen und Situationen zu bestimmen, die uns draußen im Leben begegnen¹⁶⁸⁾. Das Elternhaus oder die "Kinderstube" haftet dem Menschen an in allen möglichen denkbaren Auswirkungen und Verhaltensweisen, in dem Sichgeben und dem Begegnen von Situationen und deren Überwindung. Ehe und Familie sind Grundzellen jeglichen Gemeinschaftslebens¹⁶⁹⁾. Die Erlebnisse und Begegnungen im Elternhaus und die daraus gezogenen Lehren prägen das Individuum in seiner ganzen Persönlichkeit und Lebensweise. Um so verderblicher und schädlicher ist der Einfluß eines Elternhauses, in welchem das innere und äußere Gefüge des Familienverbandes nicht mehr harmoniert, also in einem disharmonischen Elternhaus. Das Elternhaus entbehrt dann der Harmonie, wenn die Grundlage, die persönliche emotionale Gebundenheit, nämlich die Liebe, fehlt¹⁷⁰⁾. Gemeint ist damit die Liebe wechselseitig und besonders geartet zwischen den Eltern, Kindern und Geschwistern.

167) Vgl. oben in diesem Kapitel S. 138

168) Vgl. Cohen, a.a.O., S. 57

169) Vgl. Würtenberger, Situation, a.a.O., S. 80 unten

170) Vgl. Würtenberger, Situation, a.a.O., S. 81 mit Hinweis auf Schelsky; des weiteren Goode, a.a.O., S. 89

bb) Das disharmonische Elternhaus

Wir haben die Probanden aus einem disharmonischen oder asozialen Elternhaus in der obigen Tabelle nicht erfaßt, obwohl man sie durchaus zu den gestörten Familien im weitesten Sinne zählen kann. Manche Familie, die in eine der obengenannten Gruppen eingereiht wurde, kann als asozial oder disharmonisch bezeichnet werden. Hier sind jedoch nur diejenigen Familien gemeint, die vollständig sind, bei denen also kein Ehepartner vorzeitig weggefallen ist und die Probanden auch ehelicher Abstammung sind. Das sind die Eltern-Familien von nur fünf Probanden. Nur in diesen fünf Fällen wurde etwas über die schlechten häuslichen Verhältnisse in den Akten gesagt. Die Zahl der disharmonischen Eltern-Familien wird vermutlich größer sein, so daß wir angesichts der großen Dunkelziffer auch hier keine Aussage machen können. Es ist wiederum bemerkenswert, daß alle fünf Probanden weiblich sind; drei kommen aus einem disharmonischen und zwei aus einem asozialen Elternhaus. Von diesen sind vier ledig, und eine Probandin ist geschieden. Letztere stammt von einer Händlerfamilie ab, die im nationalsozialistischen Staat im Konzentrationslager verstorben ist. Sie wohnt im Zigeunerwagen ihres zukünftigen Schwiegervaters in Mainz, wenn sie nicht gerade umherzieht.

cc) Das asoziale Elternhaus

Nicht weniger schädlich, vielleicht sogar noch gefährlicher für den jungen Menschen in seiner Entwicklung ist das asoziale¹⁷¹⁾ Elternhaus. Die Erscheinung des Asozialen im weitesten Sinne ist ein bisher in den demokratischen Staaten westlicher Prägung ungelöstes Problem¹⁷²⁾. Der Asoziale

171) Zu diesem Begriff vgl. die instruktiven Ausführungen von Jürgens, a.a.O., S. 1 ff.; weiter Exner, Krim., a.a.O., S. 295. Wir halten den weiten Begriff, wie ihn Jürgens auf S. 12 ff. gebraucht, unter Einbeziehung der Antisozialen für brauchbar.

172) Vgl. Jürgens, a.a.O., S. 20

lebt einerseits passiv-parasitär, völlig unbekümmert und ohne Rücksicht auf die Gemeinschaft, der er zur Last fällt, andererseits neigt er dazu, den einzelnen und die Gemeinschaft durch - wenn vielleicht auch als Bagatelldelikte anzusehende - immer wiederkehrende kleinere Verfehlungen Schaden zuzufügen. Dabei denken wir an Landstreicher, Bettler, Verwahrloste, Prostituierte, Arbeitsscheue und ähnliche kriminelle Erscheinungen. Die natürlichen Bande, die den Einzelmenschen mit seinem Elternhaus und der Familie verknüpfen, sind bei ihnen entweder sehr gelockert oder aber völlig gelöst. Diese sich außerhalb der menschlichen Gesellschaft stellende Gruppe bildet eine dauernde Last für die Gemeinschaft und einen Seuchenherd für Delikte jeglicher Art.

h) Die geschiedene eigene Ehe

Die Tabelle 15 auf S. 59 hat uns gezeigt, daß die Ledigen zwar in größerem Umfange an der Verletzung der Unterhaltungspflicht beteiligt sind, daß jedoch, verglichen mit ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung, die Geschiedenen die prozentual stärkste Beteiligung darstellen¹⁷³⁾, nämlich mit 23,33 % Täterbeteiligung und nur 1,51 % Anteil an der Wohnbevölkerung des Berichtsbezirks. Angesichts dieser Tatsache sollen die Verhältnisse der Geschiedenen einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

Scheidung bedeutet Scheitern an der Ehe, Nichtüberwinden einer Krise. Das Versagen in der Ehe läßt, obwohl man in den Menschen nicht hineinsehen kann und viele unbekannte Größen hier eine Rolle spielen mögen, schließlich doch gewisse Schlüsse auf kontaktarme oder gar kontaktunfähige und damit auch in einem gewissen Grade gemeinschaftsunfähige Individuen zu. Doch nicht nur dies allein kann der Grund für eine Ehescheidung sein. In nicht unbedeutendem Maße spielen wohl erhebliche Charaktermängel mit, wie Lebens- oder Berufsuntüchtigkeit, Mangel an sozialem Ordnungssinn

173) Vgl. auch Dünnbier, a.a.O., S. 30 ff.

und Anpassung an den anderen. Die Krise in der Ehe bedeutet nicht Krise der Ehe, sondern vielmehr eine Krise der Eheleute¹⁷⁴). Der Mensch ist selbst die Wurzel allen Übels. Er scheitert im allgemeinen an sich selbst. Dies kommt oft auch im Schuldausspruch beim Ehescheidungsverfahren zum Ausdruck, Wir wollen für unsere geschiedene Tätergruppe diese Tatsache in einer Tabelle festhalten:

Tabelle 55
Die Scheidungsschuld der Probanden

	Ohne Schuld- ausspruch	Beidersei- tiges Ver- schulden	Überwie- gendes Ver- schulden	Allein- schuld
Proband	{ 4	8	-	34
Ehe- partner			1	2

Das Ergebnis überrascht angesichts unserer bisherigen Feststellung nicht. Allein 34 der geschiedenen Täter sind allein-schuldig geschieden. Nur bei zweien liegt die Schuld beim anderen Ehepartner, und bei einem überwiegt die Schuld des anderen. In den restlichen acht Fällen sind die untersuchten Probanden mitschuldig an der Scheidung. Vier Ehen wurden ohne Schuld ausspruch geschieden. Diese Tatsache spricht eine deutliche Sprache und zeigt die Charakterschwäche der Probanden auf. Zwei der Probanden sind zweimal geschieden und einer von diesen zweimal von derselben Frau. In fünf Fällen fehlten uns die Angaben in den Akten. Schließlich interessiert uns noch die Dauer der Ehe bis zur Scheidung, um vielleicht Rückschlüsse bei einer auffallend kurzen Ehe auf eine besondere Energielosigkeit ziehen zu können.

174) Vgl. Fischer-Erling, a.a.O., S. 415; weiter auch
Dünnbier, a.a.O., S. 32

Tabelle 56
Die Dauer der geschiedenen Ehe

Dauer der Ehe in Jahren	Probandenzahl
1	2
2	3
3	3
4	2
5	4
6	1
7	4
8	2
9	3
10	2
11	2
13	1
14	2
15	1
17	2
20	1
ohne Angaben	<u>14</u>
	49

Diese Tabelle zeigt nur, daß die Dauer der Ehejahre ziemlich verteilt ist. Eine Aussage ist uns also bei dieser Konstellation versagt.

2. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die
Einkommensverhältnisse der Täter

Die Bedeutung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Täter auf die Kriminalität eines Volkes ist schon des öfteren¹⁷⁵⁾ diskutiert worden. Die Betonung des Wirtschaftsfaktors war

¹⁷⁵⁾ Vgl. Mezger, Kriminologie, a.a.O., S. 211 ff.; ders. Kriminalpolitik, a.a.O., S. 151 ff.; Exner, a.a.O., S. 62 ff.; Aschaffenburg, a.a.O., S. 114 ff.; Roesner, HdwK II. Bd. a.a.O., S. 1049 f.

sehr unterschiedlich. Unter gleichzeitiger Warnung und Empfehlung zur Zurückhaltung bei Aussagen hat man doch immer wieder versucht, Ursachen und Zusammenhänge mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zu erkennen, um Aussagen machen zu können. Besonders auf die Auswirkung von Wirtschaftsschwankungen wurde hingewiesen, und Exner unterscheidet dieselben als Preisschwankungen, Einkommensschwankungen, Konjunkturschwankungen und Geldschwankungen¹⁷⁶⁾. Wir wissen aber, daß ein Faktor allein niemals die Kriminalität auslösen kann, also z.B. auch nicht das Steigen der Brotpreise in Verbindung mit dem Steigen der Getreidepreise oder in ähnlichen Fällen¹⁷⁷⁾. Sowohl Notstand als auch Wohlstand können beim Verbrechen mitursächlich sein. Neben der Bedeutung der Motivation können die wirtschaftlichen Verhältnisse vielleicht auch Auskunft über die Umwelt des Probanden geben. Das Letztere interessiert uns im Rahmen unserer Untersuchung. Dabei dürfen wir nicht außer acht lassen, daß die Angaben von den Tätern gemacht wurden und dieselben nicht immer zutreffen dürften, da es gerade bei der Unterhaltspflichtverletzung auf die Einkommensverhältnisse wegen der zu ermittelnden Leistungsfähigkeit entscheidend ankommt. Der Angeklagte wird daher regelmäßig bestrebt sein, sein Einkommen so niedrig wie möglich anzugeben sowohl vor der Polizei als auch vor dem Richter. Andererseits entfalten die Untersuchungsbehörden in diesen Fällen regelmäßig eine besondere Initiative, um den Arbeitgeber ausfindig zu machen und ihn zu den Einkünften des Täters zu vernehmen. Ehe es daher zu einer Verurteilung kommt, ist das, was der Angeklagte in der fraglichen Zeit verdient, hat, von Staatsanwaltschaft und Gericht möglichst eingehend und genau ermittelt worden; denn bei diesen Verfahren ist man besonders sorgfältig und vorsichtig, bevor das Gericht

176) Vgl. Exner, a.a.O., S. 69 ff.; Roesner, a.a.O., S. 1079 u. 1089 ff. sowie dessen umfangreiche Schrifttumsnachweise auf S. 112 ff.; weiter Aschaffenburg, a.a.O., S. 119, 120, 122 u. 124

177) Vgl. Exner, a.a.O., S. 84 mit dem Hinweis auf einen heftigen Zwist zwischen sog. "Krisengläubigen" und "Brotpreisgläubigen".

schuldig spricht. Natürlich lassen die Auskünfte über den Verdienst noch keinen Schluß auf die Vermögensverhältnisse zu, und die Angaben hierüber sind sehr lückenhaft. Trotz aller Bemühungen der Untersuchungsbehörden konnte nur von einem Teil der Täter der Verdienst ermittelt werden. Bei 14 Tätern blieb der Verdienst unbekannt. Weitere 64 hatten keinen augenblicklichen Verdienst, was ja mit zu den typischen Merkmalen der Täter gehört. Es gab auch noch andere, welche im Augenblick des Ermittlungsverfahrens nichts verdient haben, doch haben wir, soweit die Höhe des letzten Verdienstes bekannt war, diesen eingesetzt, so daß wir von 118 Probanden den Verdienst ermitteln konnten. Bei den Haushaltsgehilfinnen bei französischen Familien, welche im allgemeinen zwischen 50.-- und 80.-- DM ausbezahlt bekamen, haben wir außerdem für freie Kost und Wohnung 150.-- DM monatlich angesetzt¹⁷⁸⁾ und dazu addiert; ebenso sind wir verfahren bei Gesellen, die bei ihren Meistern Kost und Wohnung hatten.

Der Vergleich zwischen den Tätern im Untersuchungsbezirk mit denen in Oberhausen zeigt zwischen beiden Bezirken allgemeine Übereinstimmung. Lediglich beim Verdienst zwischen DM 301.-- und DM 400.-- - 25,59 % in Oberhausen und 9,05 % in Freiburg - besteht ein signifikanter Unterschied. Dasselbe gilt für die Gruppe der Täter, die nichts verdienten, die im Bezirksbezirk 30,48 % und in Oberhausen 13,98 % ausmacht (sign.). Bei der Berechnung sind wir davon ausgegangen, daß der Monatsverdienst bei Schmidt sich aus 4 Wochenverdiensten errechnet.

Aus der Tabelle 57 S. 160 können wir ersehen, daß die überwiegende Mehrzahl der Delinquenten nicht besonders gut verdiente. Das kann uns aber deswegen nicht überraschen, weil gerade diese Momente, wie selbst herbeigeführte Arbeitslosigkeit oder Arbeit mit möglichst geringem Einkommen, eines der Merkmale derer ist, die versuchen, sich ihrer Unter-

178) Dies dürfte als Durchschnitt für die Jahre 1950-1956, in denen die Lebenshaltungskosten noch nicht so hoch waren, ausreichen.

Tabelle 57
Der Verdienst der Probanden

Monatsver- dienst in DM	Freiburg		Oberhausen ¹⁷⁹⁾	
	Zahl	%	Zahl	%
unter 100	5	2,38	20	3,94
100 - 200	30	14,28	73	14,37
201 - 300	68	32,38	183	36,02
301 - 400	19	9,05	130	25,59
401 - 500	5	2,38	25	4,92
über 500	5	2,38	6	1,18
ohne Verdienst	64	30,48	71	13,98
ohne Angaben	14	6,67	-	-
	210	-. -	508	-. -

haltungspflicht zu entziehen¹⁸⁰⁾. Im Abschnitt B¹⁸¹⁾ dieses Teils der Arbeit werden wir näher auf diese Umstände eingehen. Ergänzend wäre noch über die Vermögensverhältnisse hinzuzufügen, daß ein Proband ein kleines Einfamilienhaus und ein anderer ein kleines landwirtschaftliches Anwesen in Eigentum hatten. Mehr war über das Vermögen der Täter in den Akten nicht gesagt. So wie die Verhältnisse jedoch liegen, kann als sicher gelten, daß keiner unter den Tätern war, den man als vermögend hätte bezeichnen können.

Um das Bild zu vervollständigen, seien - soweit die Akten hierüber Auskunft gaben - noch andere Umstände, welche auf die wirtschaftliche Lage des Täters Einfluß haben, zusammengetragen und unter drei Gesichtspunkten zusammengefaßt.

179) Vgl. Schmidt, a.a.O., S. 58

180) Vgl. auch Baums, a.a.O., S. 95, die aufgrund dieser Tatsache es für wenig sinnvoll hält, dem Täter eine Ersatzgeldstrafe nach § 27 b StGB aufzuerlegen, da die Strafe nicht beizutreiben ist und dann doch regelmäßig ein Vollzug der an sich verwirkten Gefängnisstrafe nötig wird.

181) Vgl. unten S. 165 ff.

Auch hier gilt das zu der vorangegangenen Tabelle Ausgeführte. Den Anspruch auf Vollkommenheit kann die nachfolgende Tabelle ebensowenig erheben wie die vorstehende.

Tabelle 58

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Probanden

Beurteilung	Täterzahl	%
sehr schlecht	28	15,22
schlecht	81	44,02
geordnet	70	38,04
gut	5	2,72
sehr gut	-	-
	184	100,00

Bei dieser Tabelle sind wir uns bewußt, daß sie nicht unproblematisch ist, doch glauben wir, daß der Verdienst allein nicht genügt, um die wirtschaftlichen Verhältnisse der Täter zu erkennen. Er ist nur ein Teil - wenn auch vielleicht der wesentlichste - der wirtschaftlichen Verhältnisse. Bei den vorgenommenen Einstufungen wurden die Kriterien wie folgt gesehen:

In sehr schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen leben solche Probanden, die kein Dach über dem Kopf haben und nur das besitzen, bzw. ihr eigen nennen können, was sie auf dem Körper tragen (15,2 %; diese könnte man etwa mit dem Vagabunden in Tab. 50, S. 128 vergleichen).

Als schlecht bezeichnen wir die wirtschaftlichen Verhältnisse dann, wenn der Proband zwar eine Unterkunft hat, jedoch so sehr verschuldet ist, daß ihm bei der Ausübung einer geordneten beruflichen Tätigkeit nur der pfändungsfreie Betrag bleiben würde (44 %; diese Täter würden etwa den Verwahrlosten in Tabelle 50, S. 128 entsprechen).

Geordnete Verhältnisse liegen vor, wenn keinerlei drückende Überschuldung gegeben ist, jedoch auch noch keine erhebliche Vermögenswerte geschaffen wurden.

Gut sind die wirtschaftlichen Verhältnisse, wenn eine gewissen Vermögensbildung gelungen ist, ohne daß man gleich von Reichtum reden kann.

In dieser Tabelle werden auch Faktoren wie Krankheit, insbesondere auch Kriegsverletzungen, Verschuldung, Mitverdienst der Ehefrau und der Kinder, Zahl der Familienmitglieder, die versorgt werden müssen, und andere Tatsachen verwertet, welche aus den Schilderungen und Berichten in den Akten zu ersehen waren. Das Ergebnis ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Verhältnisse der Probanden in den meisten Fällen besser sein könnten, wenn der Proband seine Arbeitskraft richtig oder voll eingesetzt hätte. Somit können wir festhalten, daß die Gruppe, die wir als in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen lebend bezeichnet haben, am größten ist. Dies ist bedingt durch Gleichgültigkeit, Gewissenlosigkeit, Egoismus, Arbeitsscheu und ähnlich negative Motive. Im Abschnitt über die einzelnen Begehungsweisen werden wir hierzu noch Stellung nehmen. Bei der gleichfalls sehr beachtlich großen Gruppe der in sehr schlechten Verhältnissen lebenden Probanden sind vor allen Dingen die Trümmerdirnen zu finden, eine Erscheinung, die heute allerdings weitgehend aus dem Berichtsbezirk verschwunden sein dürfte, da der Stadtbezirk, in welchem diese hausten, nahezu völlig wieder aufgebaut ist. Eine Vergleichsmöglichkeit mit unserer Vergleichsgruppe haben wir hier nicht, weil diese Gruppe aus nicht straffällig gewordenen Probanden zusammengesetzt ist und aus diesem Grunde auch keine Nachforschungen oder Feststellungen über die Vermögens- und Verdienstverhältnisse angestellt wurden. Angaben hierzu waren also in den untersuchten Akten nicht vorhanden, es sei denn, daß der Fürsorger gelegentlich in seinen Berichten ganz allgemein von den wirtschaftlichen Verhältnissen sprach und diese als geordnet bezeichnet.

3. Die sonstigen Umweltseinflüsse

An dieser Stelle sind die schädigenden Einflüsse der Kriegs- und Nachkriegszeit zu nennen, die sich auch noch in den Zeitraum der Jahre 1950 bis 1956 auswirkten. Diese Einflüsse sind nicht immer klar zu erkennen, doch konnten wir aus einigen Anzeichen eindeutige direkte oder indirekte Nachwirkungen des Krieges auf die Probanden bemerken. Dabei sollen diejenigen Probanden, die durch Verlust eines oder beider Elternteile vom Krieg betroffen wurden, ausgeschieden werden. Diese haben wir bereits oben¹⁸²⁾ erfaßt. Lediglich die Auswirkungen auf bereits dem Elternhaus entwachsene Probanden mögen kurz gestreift werden, weil jene gleichfalls nicht unbedeutend sind. Da gibt es z.B. Fälle, in denen der Proband nach dem langen soldatischen Landsknechtsdasein und dem laufenden örtlichen Wechsel während vieler Kriegsjahre durch ganz Europa auch nach dem Kriege das unruhvolle Dasein fortsetzte und sich nicht mehr in die alte bzw. neu geschaffene Ordnung im Staate gewöhnen konnte. Angefangen von der familiären Ordnung bis zur staatlichen Gemeinschaft und der geregelten Berufsarbeit wurde dem Probanden alles zur Last. Dazu kam die vollkommene Umwälzung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, und der Staat, für den man lange Jahre das Leben eingesetzt und die Gesundheit geopfert hatte, schien dies auf einmal nicht mehr zu schätzen. Er sorgte auch nicht mehr für die Familie, sondern diese Sorge fiel zusammen mit der ganzen Last des selbständigen Broterwerbs auf den mehr oder weniger seelisch und körperlich angeschlagenen Heimkehrer zurück. Viele Illusionen waren genommen und Hoffnungen zerstört worden. Der Neuanfang aus dem Nichts überstieg die Kräfte vieler. Moral- und Wertbegriffe waren verlorengegangen. Dem Zusammenbruch der äußeren staatlichen Ordnung entsprach in vielen Fällen die innermenschliche Auflösung.

182) Im II. Teil, Abschn. A, Unterabschn. IV, Kap. 2, Ziff. d und e, S. 144 ff.

Besonders deutlich können wir das an dem Lebensbild des 55-jährigen Schreiners W. aus Stockum ansehen. Dieser Proband war ein tüchtiger und erfolgreicher Handwerker, der mit seiner Frau in einer harmonischen Ehe lebte, aus welcher drei Kinder im Alter von 13,9 und 6 Jahren hervorgingen. Zusammen mit seinem Vater hatte er im Bezirksbezirk ein eigenes Geschäft geführt. Den zweiten Weltkrieg verbrachte er von Anfang bis zu Ende an der Front. Als er aus der Gefangenschaft zurückkehrte, stand er dort, wo sich früher seine Wohnung befand, vor einem Trümmerhaufen. Seine Frau war im Bombenangriff ums Leben gekommen, und seine drei Kinder waren bei fremden Leuten untergebracht worden. Auch der Betrieb war in Flammen untergegangen. Der Proband verrichtete nur noch Gelegenheitsarbeiten, übernachtete in Feldscheunen oder im Freien und kümmerte sich sonst um nichts. So wurde er zum erstenmal in seinem Leben bestraft, und zwar wegen Landstreicherei und Bettelns. Weitere Strafen gleicher Art und wegen Betrugs folgten. Das Gericht erkannte ihm mildernd zu, daß er bis zum Jahre 1945 nicht vorbestraft war und durch Verlust von Frau und Heim seelisch völlig aus dem Gleichgewicht gebracht worden sei.

Durch die räumliche Enge und die damit verbundene Gelegenheit zu häufigen Auseinandersetzungen mit dem Ehegatten oder den Verwandten und Verschwägerten, bei denen man untergekommen war, entstanden weitere Reibungspunkte und Anlässe, die Familie zu verlassen. Häufig war die durch lange Abwesenheit eingetretene Entfremdung der Ehegatten die Ursache für Streit und Scheidung. Dazu gehören auch die Kriegsverwundungen, die von den Schuldner möglichst groß herausgestrichen wurden, um jegliche Unterhaltsverpflichtung auf die Basis der Leistungsunfähigkeit abzuschieben. In der Regel waren die Schuldner jedoch zumindest teilweise leistungsfähig, wenn sie nicht überhaupt zur vollen Leistung von Unterhalt in der Lage waren. Der Anteil der kriegs-¹⁸³⁾ oder nachkriegsbedingten Umweltseinflüsse kann

183) Bei Többen, Jugendverwahrlosung, a.a.O., S.220 ff., handelte es sich um den Einfluß auf die Kriminalität der Jugendlichen, die anhand des besonders angelegten Materials der Jugendgerichtsakten weit ergiebige Untersuchungen zuläßt.

schwer geschätzt werden, zumal sie ja nicht allein von Einfluß sind, sondern ebenso wie die anderen Umweltfaktoren zusammenwirken und so ursacheauslösend sein können.

B. Die einzelnen Begehungsweisen

=====

Bei der Bekämpfung der Unterhaltspflichtverletzungen und bei der Wahl geeigneter und erfolgversprechender Mittel, um diesem Delikt zu Leibe zu rücken, ist es zunächst einmal nötig, neben den Tätertypen auch die ganz besondere Erscheinungsform und die Begehungsweise genau zu kennen. Die Untersuchung der Straftaten hat neun Begehungsarten erkennen lassen, wobei allerdings des öfteren mehrere Begehungsarten nebeneinander auftreten und sich überlagern, so daß eine strenge Trennung nicht immer möglich ist. Wir können die Einteilung in folgender Weise vornehmen:

Tabelle 59

Die Begehungsarten und ihre Häufigkeit¹⁸⁴⁾

Begehungsweise	Begehungs- Zahl	%
Wechsel des Aufenthaltsortes	59	21,30
Wechsel des Arbeitsplatzes	57	20,58
Arbeitslose, die sich um kein Arbeitsverhältnis bemühen	53	19,13
Aufgabe des Arbeitsplatzes	39	14,08
Fehlende volle Ausnutzung der Arbeitskraft	39	14,08
Dienstverschleierungs- und Lohnschiebungsverträge	19	6,86
Wechsel des Berufs	8	2,89
Eintausch des guten Arbeitsplatzes gegen einen schlechteren	2	0,72
Verschwendung, um künftige Leistungs- unfähigkeit herbeizuführen	1	0,36
	277	--

¹⁸⁴⁾ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Schmidt, a.a.O., S. 93 ff.

Diese einzelnen Modalitäten sollen nun in kurzen Abschnitten anhand von typischen Beispielen erörtert werden.

I. Der Wechsel des Aufenthaltsortes

Am weitaus beliebtesten ist der Wechsel des Wohnortes; denn damit glaubt man sich offenbar jeder Sorge und Pflicht enthoben. Diese Art der Entziehung der Unterhaltspflicht macht 21,30 % der von uns beschriebenen Begehungsarten aus. Schon der Wechsel des Arbeitsplatzes bringt für den Unterhaltsgläubiger große Schwierigkeiten mit sich. Weit schwieriger ist es aber, den Schuldner an einen anderen Ort zu verfolgen, um auf seinen Verdienst zugreifen zu können. Gerade wegen dieser von vielen erkannten Erschwerung des Gläubigerzugriffs wird diese Entziehungsart besonders oft begangen, sofern der Schuldner persönlich und gesundheitlich zu einem solchen Wechsel in der Lage ist. Beispielhaft ist hierfür der Fall des 45 Jahre alten Kriminalrats a.D., den wir oben¹⁸⁵⁾ angekündigt haben. Der Proband A hatte die Technische Hochschule in München mit Erfolg besucht und sein Studium mit dem Diplom-Ingenieur-Examen abgeschlossen. Er stammte aus geordneten und guten Verhältnissen. Sein Vater war Regierungsinspektor und der Proband sein einziges Kind. Nach dem Hochschul-Examen war er zunächst als Handelslehrer tätig gewesen; daneben betätigte er sich auch journalistisch. Später machte er für die Firma Siemens AG Reisen nach dem vorderen Orient, insbesondere nach dem Iran, dem Irak, nach Palästina. Daran anschließend arbeitete er bei der Firma Telefunken in Berlin. Im Jahre 1934 wurde er als alter Parteigenosse aufgefordert, am Aufbau der deutschen Kolonialpolizei mitzuwirken, worin er eine berufliche Chance erblickte, so daß er dieses Angebot annahm. Im Zuge der damaligen Politik wurde der Proband dann im Jahre 1940 in das Reichssicherheits-Hauptamt übernommen. Dort wurde er zum Kriminalrat ernannt. Von seiner Frau wurde er bereits im Kriege schuldlos geschieden. Das Sorgerecht

185) S. 107 der Arbeit

über seine beiden Kinder wurde ihm zugesprochen. In der Folgezeit war er jedoch an der Ausübung desselben tatsächlich verhindert. Aus der Kriegsgefangenschaft kam er in ein Internierungslager. Nach gelungener Flucht holte er seine Kinder aus Mitteldeutschland zu sich nach M in die Bundesrepublik. Später nahm die geschiedene Ehefrau die Kinder zu sich nach F, wo sie erneut geheiratet hatte. Mit der Übertragung des Sorgerechts auf seine Frau war der Proband bei einem erneuten Antrag der Ehefrau einverstanden, da die minderjährigen Kinder seiner Ansicht nach zur natürlichen Mutter gehören, solange diese für sie sorgt, und nicht zu einer Stief- oder Pflegemutter. Nach einiger Zeit wollte die geschiedene Ehefrau jedoch größere Unterhaltszuschüsse für die Kinder haben, da der Stiefvater offenbar nicht allein für die Kinder aufkommen wollte. Der Proband ließ aber auf dieses Ansinnen hin nichts mehr von sich hören, sondern wechselte seinen Aufenthaltsort, so daß ihm die Klage mit dem Armenrechtsgesuch nicht zugestellt werden konnte. Er reiste nunmehr als Vertreter für Kulturfilme in der Bundesrepublik umher und zog nach K. Dort heiratete er erneut und bewohnte dort im Jahre 1954 eine 6-Zimmer-Wohnung für DM 300.-- Monatsmiete. Sein Reinverdienst betrug DM 900,- monatlich. Die geschiedene Ehefrau und ihr Mann gerieten schließlich in große wirtschaftliche Schwierigkeiten, worauf gegen den Probanden Strafanzeige erstattet wurde. Im Strafverfahren erklärte er ohne Umschweife, daß er seiner geschiedenen Frau oder deren Mann kein Geld in die Hand geben wolle, was er unter Hinweis auf das Scheidungsurteil begründete. Die Kinder waren von der Ehefrau inzwischen im Waisenhaus untergebracht worden. Nach der Verurteilung kam der Proband regelmäßig seiner Unterhaltungspflicht nach.

Wir ersehen aus diesem Beispiel, daß der Vertreterberuf besonders gut für den Aufenthaltswechsel geeignet ist. Von den 210 Probanden haben 15 (7,14 %) diesen Beruf ausgeübt. Diese Begehungsart wurde auch von Kindesmüttern bevorzugt. So kam es häufig vor, daß Kindesmütter ihre Kinder in ein Heim, in das Waisenhaus oder aber zu Pflegeeltern brachten, mit dem Versprechen, das Kind oder die Kinder bald wieder abzuholen. Das Versprechen war jedoch nur ein Vor-

wand, damit die Kindesmutter auch weiterhin umherziehen konnte und durch ihr Kind in ihrem Treiben nicht gehemmt war. Einige Kindesmütter verließen auch die Klinik kurze Zeit nach der Entbindung, während sie das Kind zurückließen und sich selbst durch laufenden Wechsel des Aufenthaltsortes den Nachforschungen entzogen.

Der 25-jährige Ostzonenflüchtling D arbeitete zunächst in der Landwirtschaft, gab den Arbeitsplatz jedoch auf, als das Jugendamt ihn wegen seines unehelichen Kindes ermittelt hatte, und zog ohne festen Wohnsitz umher, um nur noch unkontrollierbare Gelegenheitsarbeiten auszuführen. Für den Aufenthaltswechsel wird auch das Untertauchen bei den Schaustellern als Schaustellergehilfe bevorzugt, wie uns mehrfach aufgefallen ist. Eine letzte Möglichkeit, die gleichfalls ausgeschöpft wurde, ist die Umsiedlung nach Mitteldeutschland.

II. Der Wechsel des Arbeitsplatzes¹⁸⁶⁾

Die zweithäufigste Art (20,58 %), sich seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht zu entziehen, ist der Wechsel des Arbeitsplatzes. Während die Aufgabe des Arbeitsplatzes die Reaktion auf die Zustellung eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses an den Arbeitgeber ist, wird bei dieser Begehungsweise die Zustellung des Titels gar nicht erst abgewartet. Der Täter rechnet von vornherein mit der Ergreifung bereits angekündigter Zwangsmaßnahmen oder mit Nachforschungen und möchte dem vorbeugend begegnen, indem er laufend in mehr oder weniger regelmäßigen Zeitabständen seinen Arbeitsplatz wechselt. Des öfteren ist der Arbeitsstellenwechsel auch mit dem Aufenthaltswechsel verbunden.

186) Vgl. hierzu auch Schmidt, a.a.O., S. 93, der allerdings nur diese eine Art der Begehung behandelt hat; er fand dabei 47,44 % sog. "Arbeitsplatzwechsler".

Wir haben hier das Beispiel des 23-jährigen geschiedenen Kraftfahrers Josef H, welcher gegenüber drei ehelichen Kindern unterhaltspflichtig ist und alle vier Wochen innerhalb der Bundesrepublik die Arbeitsstelle wechselt, während sich die Kinder bei der Mutter in Saarbrücken befinden. Er gibt an, seine Frau habe ihn bei allen Arbeitgebern schlecht gemacht und deshalb sei er immer wieder entlassen worden. Ein anderes Beispiel bietet der 38 Jahre alte alleinschuldig geschiedene Installateur Willi H aus Kottbus, der in seiner Zeche in Bochum als guter und fleißiger Arbeiter gilt, der aber für den Unterhalt seiner Frau und seiner beiden ehelichen Kinder nicht aufkommen will. Um der Vollstreckung aus dem gerichtlichen Unterhaltsvergleich zu entgehen, wechselt er laufend seinen Arbeitsplatz. Ein Jahr lang diente er in der Légion Etrangère, kehrte aber dann wieder in die Bundesrepublik zurück, wo man seiner habhaft wurde.

Diese Reihe ließe sich noch fortsetzen, doch dürften diese beiden Beispiele zur Veranschaulichung genügen.

III. Arbeitslose, die sich um kein Arbeitsverhältnis bemühen

Viele Probanden wenden gegen den Vorwurf der Unterhaltspflichtverletzung ihre Arbeitslosigkeit ein (19,13 %). Dieser Einwand trifft auch in aller Regel zu, doch ist er nicht stichhaltig. Bei genauer Erkundigung beim Arbeitsamt konnte festgestellt werden, daß in vielen Fällen die "Arbeitslosen" gar nicht gemeldet waren. Dies hatte seinen Grund darin, daß diese fürchteten, zu Notstandsarbeiten herangezogen zu werden, also trotzdem arbeiten zu müssen. Lieber verzichteten sie daher auch auf die Arbeitslosenunterstützung, was sich wiederum nachteilig auf den Unterhaltsberechtigten auswirkte, da diesem somit auch die Zulage an der Arbeitslosenunterstützung verloren ging. In anderen Fällen waren die Probanden zwar beim Arbeitsamt gemeldet, doch sprachen sie auf Vorladungen einfach nicht mehr vor, sondern ließen es bei der einmaligen Meldung bewenden und versicherten dann den Ermittlungsbehörden, daß keine Stelle für sie zu

haben gewesen sei. Der Fall des 31-jährigen, alleinschuldig geschiedenen Kraftfahrers K gibt uns ein Beispiel. Er hatte bereits sieben verschiedene Arbeitsstellen nachgewiesen bekommen und diese nicht angenommen mit dem Hinweis, daß er krank sei, was man ihm auch so lange glaubte, bis das amtsärztliche Gutachten ihn für jede Arbeit geeignet erklärte. Er war der Ansicht, daß niemand ihn zu einer Arbeit zwingen könne und er sich schon selbst um die richtige bemüht habe, jedoch erfolglos. Sämtliche Prostituierten entschuldigten ihr Verhalten mit Arbeitslosigkeit, keine von ihnen war jedoch beim Arbeitsamt gemeldet. Der Proband St, ein 43 Jahre alter Kaufmann, lehnte jede branchenfremde Tätigkeit mit der Begründung ab, daß diese berufsschädlich sei. Häufig wurde vom Täter auch eingewendet, daß er wegen der Pfändungen schon gar keinen Arbeitsplatz bekäme.

IV. Die Aufgabe des Arbeitsplatzes

Aus der o. a. Tabelle (S. 165) können wir ersehen, wie vielseitig die Möglichkeiten sind, die ein zur Leistung von Unterhalt Verpflichteter hat, um sich der Überprüfung seiner Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu entziehen. Die Aufgabe des Arbeitsplatzes steht mit 14,08 % an vierter Stelle in der Häufigkeit der Begehung. Sie ist eine der spontansten Reaktionen des Unterhaltsschuldners, in die er sich hineinsteigert, wenn ihm vom Arbeitgeber die Zustellung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses mitgeteilt und ihm gleichzeitig eröffnet wird, daß der Arbeitgeber ihm künftig Abzüge machen muß und ihm u.U. dann nur noch der pfändungsfreie Betrag verbleibt. Dem Druck des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses weicht der Schuldner im allgemeinen damit aus, daß er noch am gleichen Tage kündigt mit dem Hinweis, daß er nicht einsehe, warum er praktisch umsonst arbeiten solle, wenn ihm nur noch ein paar Mark vom Lohn zu seiner eigenen freien Verfügung stehen würden.

So verhielt es sich mit dem 27-jährigen verheirateten Probanden N aus B, welcher zunächst bei der Schutzpolizei in West-Berlin tätig war, dort aber wegen eines Diebstahls entlassen wurde. Er war anschließend bei den amerikanischen Streitkräften in B und vom Jahre 1952 ab bei den französischen Streitkräften in Freiburg als Kraftfahrer tätig. Nachdem er in der Bundesrepublik war, kümmerte er sich nicht mehr um seine in B lebende Frau und sein Kind, so daß seine Frau wieder als Verkäuferin arbeiten mußte. Als alle Vorstellungen bei ihm nicht halfen, wurde schließlich seiner Dienststelle ein Pfändungs- und Überweisungsbeschluß zugestellt, was ihn veranlaßte, ohne jede Kündigung die Arbeitsstelle zu verlassen. In K wurde er dann festgenommen.

Der 22-jährige ledige Hilfsarbeiter S schwängerte die in Freiburg-Haslach wohnhafte Hannelore St und wurde Vater eines Mädchens, dessen Vaterschaft er vor dem Amtsgericht Freiburg in öffentlicher Urkunde anerkannte. Zahlungen leistete er jedoch nie mit dem Bemerken, die Kindesmutter habe darauf verzichtet. Als das Jugendamt nach mehrfachen vergeblichen Zahlungsaufforderungen schließlich die gerichtliche Zwangsvollstreckung betreiben ließ, gab er seine Arbeitsstelle sofort auf, da er nicht nur für andere arbeiten wollte. Für seinen persönlichen Lebensunterhalt ließ er seine Eltern sorgen.

Ebenso machte es der 32-jährige ledige Eugen M, der jedesmal, wenn die Pfändung lief, seine Arbeitsstelle aufgab, und zwar insgesamt elfmal.

V. Die fehlende volle Ausnutzung der Arbeitskraft

Es ist nicht immer leicht festzustellen, ob der Delinquent seine Arbeitskraft voll ausnutzt. Des öfteren kann man sagen, daß die Beschäftigung in einer Halbtagsstelle keine volle Ausnutzung der Arbeitskraft ist. Dies traf bei verschiedenen Haushaltsgehilfinnen zu. Dasselbe gilt für die Gelegenheitsarbeiter und solche Probanden, die als Facharbeiter weitaus mehr verdienen könnten, als ihre Tätigkeit

als Hilfsarbeiter ihnen einbringt. Eine andere Methode der nicht vollen Ausnutzung der Arbeitskraft kann darin liegen, daß der Täter viel krank feiert.

Nicht voll ausgenutzt hatte auch der 37 Jahre alte Kaufmann K seine Arbeitskraft. Vor Beginn des zweiten Weltkrieges war er jahrelang Devisensachbearbeiter beim Oberfinanzpräsidenten in M gewesen. Während des Krieges war er Oberleutnant und wurde schwer verwundet. Nach dem Kriege war er zunächst bei seiner alten Dienststelle tätig und anschließend bei der Oberfinanzkasse. Diese Stelle gab er auf, um zusammen mit seinem Bruder, einem Rechtsanwalt, eine Fabrik zu eröffnen, aus deren Leitung er jedoch alsbald nach einem Streit mit seinem Bruder ausschied. Er verließ seine Frau und sein zehn Wochen altes Kind und machte nur noch Vertretungen, aus denen er nur sehr geringe Einkünfte erzielte. Statt regelmäßig zu arbeiten, ging er seiner krankhaften Wettleidenschaft nach und besuchte zu diesem Zweck Pferderennen.

VI. Dienstverschleierungs- und Lohnschiebungsverträge

An sechster Stelle in der Häufigkeit stehen die Dienstverschleierungs- und Lohnschiebungsverträge. In § 815 h Abs. 1 ZPO ist der sogenannte Lohnschiebungsvertrag näher beschrieben. Wir greifen zwei Fälle heraus, um diese Begehungsweise zu zeigen.

Im ersten Falle ließ ein Versicherungsvertreter einen Teil seiner Provision an einen Bekannten auszahlen, angeblich zum Zwecke der Rückzahlung für einen von diesem empfangenen Darlehensbetrag, so daß von dem garantierten Monatseinkommen von rund 400.-- DM nur 250.-- DM übrigblieben. Im zweiten Falle war der verheiratete Friseurmeister Franz S im Geschäft seiner zweiten Ehefrau als Angestellter tätig. Für seine Tätigkeit erhielt er von seiner das Geschäft führenden Frau offiziell nur 100.-- DM monatlich. Man wollte damit das Einkommen des Probanden vor dem Zugriff durch die erste Frau, von der er alleinschuldig geschieden

war, sichern. Als die erste Ehefrau mit ihrem Unterhaltstitel nicht zum Zuge kam, erstattete sie Strafanzeige, die zur Bestrafung führte.

VII. Der Wechsel des Berufs

Man könnte vielleicht meinen, daß der Berufswechsel eine der Hauptbegehungsarten der Unterhaltspflichtverletzung ist. Dafür würde unsere Feststellung sprechen, wonach 39,61% der Täter ihren erlernten Beruf zugunsten eines ungelernten aufgegeben haben¹⁸⁷⁾. Von den 210 Tätern haben jedoch lediglich 8 (2,89 %) ihren Beruf gewechselt mit dem Zweck, sich ihrer Unterhaltsverpflichtung zu entziehen. Sie sind von denjenigen Tätern zu unterscheiden, die schon zu einem früheren Zeitpunkt, also ehe sie sich strafbar machten, ihren Beruf gewechselt haben. Die Ursache hierfür lag zum Teil darin, daß die Probanden in dem gewählten Beruf nicht aufgegangen sind und keine Erfüllung gefunden haben, z.T. auch in dem Umstand, daß ihnen die Ausbildung und Ausübung zu beschwerlich und verantwortungsvoll erschien. Als Hilfsarbeiter war das Leben für sie einfacher und problemloser¹⁸⁸⁾. Wir kommen somit nicht zu dem Ergebnis, das die Annahme, von der wir soeben ausgegangen sind, erwarten ließ.

Als Beispiel für den Berufswechsel ist der 40-jährige verheiratete Tuschneider S zu nennen, welcher seinen Beruf aufgab, um als selbständiger Handelsvertreter einer nur schwer kontrollierbaren Arbeit nachzugehen, so daß sich auch seine Einkommensverhältnisse nicht genau überprüfen ließen. Als man jedoch auch dort hinter seine Verdunkelungsmethoden kam, ging er schließlich als einfacher Arbeiter auf eine Baustelle für 200.-- DM monatlich. An seine Frau und seine kleine Tochter gab er nichts ab.

187) Vgl. unsere Feststellungen zur beruflichen Gliederung auf S. 114

188) Vgl. auch die Ausführungen zum Beruf auf S. 110 ff.

Ein anderer Proband, der 30 Jahre alte Ludwig M, war Bergmann von Beruf. Er faßte nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft nicht wieder festen Fuß und wurde auch allein-schuldig geschieden. Da er für seine Frau und die beiden zwei und sechs Jahre alten Kinder keinen Unterhalt mehr leistete, ließ seine geschiedene Frau die gerichtliche Zwangsvollstreckung betreiben. Daraufhin gab der Proband seine Tätigkeit als Bergmann auf und ging zu einem Zirkus als Gehilfe.

Der 43-jährige verheiratete Automechaniker S machte, anstatt seinem gut bezahlten Beruf nachzugehen, mit einem anderen zusammen, welcher das Geld dafür einbrachte, einen Obst- und Gemüsehandel auf, der für ihn nie einträglich wurde. Ähnlich verhielt sich ein Monteur, der dann Wurstverkäufer auf dem Freiburger Münsterplatz wurde. Ein gelernter Buchbinder aus Merseburg, der als sehr fähiger Arbeiter in seinem Beruf geschildert wurde, arbeitete als Handelsvertreter, um seiner Frau und seinem minderjährigen Kinde keinen Unterhalt gewähren zu müssen. Da er mit diesem Verdienst jedoch nicht auskommen konnte, machte er Unterschlagungen und beging laufend Betrügereien.

VIII. Eintausch des guten Arbeitsplatzes gegen einen schlechteren

Diese Begehungsart ist die am wenigsten begangene, wenn man von dem einzigen Fall der Verschwendung absieht. Sie unterscheidet sich zur Begehungsart des Berufswechsels dadurch, daß in diesem Fall der Beruf oder eine bestimmte Tätigkeit beibehalten wird, während dort ein anderer Beruf ausgeübt wird. Gemeinsam ist beiden die mit dem Wechsel eingetretene Verschlechterung des Verdienstes und damit der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der Leistungsfähigkeit. Im Gegensatz zum Wechsel des Arbeitsplatzes, bei dem keine Verschlechterung des Einkommens eintritt, ist der Täter hier bestrebt, nur soviel zu verdienen, daß ihm nichts gepfändet werden kann.

In dem einen Falle wechselte der 37 Jahre alte allein-schuldig geschiedene Handelsvertreter Herbert K. seine bisherige Arbeitsstelle, die ein Fixum und eine Provision für ihn vorsah, mit einer Arbeitsstelle auf reiner Provisionsbasis, wo er nur die Hälfte seines bisherigen Einkommens erhielt. Seine Frau und die drei Kinder bekamen nichts von den 200.-- DM monatlich, zu deren Zahlung er sich im gerichtlichen Unterhaltsvergleich verpflichtet hatte. Im anderen Falle tauschte die ledige, 21 Jahre alte Dorothea L ihre ganztägige Stelle als Hausgehilfin bei einer französischen Familie gegen eine Stundenstelle im Haushalt.

IX. Verschwendung, um künftige Leistungsunfähigkeit herbeizuführen

Als Abschluß unserer Erörterungen über die Begehungsarten wollen wir noch kurz auf den äußerst seltenen Fall der Verschwendung zwecks Herbeiführung künftiger Leistungsunfähigkeit eingehen, wie wir ihn aus der Akte des 24-jährigen Provisionsvertreters für Spirituosen entnommen haben. Dieser Proband stammt aus dem sozial schwächsten Stadtteil des Untersuchungsbezirks, aus der CM-Straße. Trotzdem war er im Besitz mehrerer Grundstücke, von denen das Jugendamt bereits zwei versteigert hatte, um rückständige Unterhaltsbeträge einzutreiben. Um einen künftig zu erwartenden Zugriff des Stadtjugendamtes auf die restlichen Grundstücke zu vereiteln, übertrug er sie zu Schleuderpreisen an seine beiden Brüder, so daß er völlig vermögenslos wurde. Für sein 4-jähriges uneheliches Kind hatte er nie freiwillig Unterhalt geleistet, weil die Kindesmutter ihn enttäuscht habe. Auch hier erfolgte die Anzeige, nachdem das Jugendamt von diesem Sachverhalt erfahren hatte und nachdem eine erneute Zwangsmaßnahme ins Leere gegriffen hatte.

Dritter Teil

DIE TATFOLGEN

A. Die wirtschaftlichen Nachteile =====

I. Die Höhe der Unterhaltsrückstände

Von größerem Interesse als die Höhe des zu leistenden Unterhalts ist die Höhe der aufgelaufenen Rückstände. Sie zeigt uns, wie groß die materielle Not einerseits und die Verantwortungslosigkeit der Unterhaltungspflichtigen andererseits sind. Nicht in allen Fällen gaben die Akten eine genaue Auskunft über die Höhe der Rückstände, so daß in einigen Fällen die Angaben über die Rückstände unvollständig waren.

Tabelle 60
Die Unterhaltsrückstände

Höhe der Rückstände			Zahl	%
bis	-	200 DM	2	0,95
201	-	300 "	7	3,33
301	-	400 "	4	1,90
401	-	500 "	12	5,71
501	-	600 "	8	3,81
601	-	700 "	6	2,86
701	-	800 "	8	3,81
801	-	900 "	3	1,43
901	-	1000 "	11	5,24
1001	-	2000 "	43	20,48
2001	-	3000 "	21	10,00
3001	-	4000 "	8	3,81
4001	-	5000 "	3	1,43
5001	-	6000 "	3	1,43
6001	-	10000 "	2	0,95
über		10000 "	5	2,38
Rückstände unbekannt			64	30,48
			210	

Die vier höchsten Rückstände beliefen sich auf 10.100,-- DM, 10.390,-- DM, 14.537,-- DM und rund 15.000,-- DM. In diesen Fällen mußte, wie in den meisten anderen Fällen auch, die öffentliche Fürsorge in Anspruch genommen werden. Die Fürsorgeleistungen in Höhe von 15.000,-- DM wurden für die sechs unehelichen Kinder einer alleinschuldig geschiedenen Ehefrau erbracht, welche alle ihre Kinder in Heimen unterbrachte und sich dann nicht mehr ihrer annahm. Durch die Heimunterbringung entstehen die weitaus größten Unkosten, welche von den Kindeseltern in den seltensten Fällen wieder völlig abgedeckt werden. Der Tagessatz für die Pflegekosten eines Kindes betrug im Jahre 1956 4,20 DM und dürfte sich inzwischen wieder erhöht haben. Angesichts der hohen Rückstände fällt uns erneut auf, wie sehr die öffentliche Hand durch die Unterhaltspflichtverletzungen belastet wird. Dies ist ein so bedeutsamer Umstand, daß schon heute, trotz der wirtschaftlichen Blüte und Hochkonjunktur, nach Mitteln und Wegen gesucht werden muß, um dem Anwachsen der Unterhaltspflichtverletzungen wirksam zu begegnen.

Trotz der zum Teil sehr hohen Unterhaltsrückstände muß erwähnt werden, daß ein Teil der Täter ab und zu Unterhaltsleistungen erbracht hat. Für die Zahlungen während der Tatzeit geben wir folgende Übersicht:

Tabelle 61
Zahlungen während der Tatzeit

A. in Freiburg i. Brsg.	Keine Zahlg.	%	Freiw. Zahlg.	%	Pfändg.	%	
Geg. Unehel. Kinder	79	61,24	30	23,25	20	15,50	129
Ehel.	30		13		5		48
Nur Ehe- gatt.	4		2				6
Geg. Eheg. und Ehel. Kind.	4		-		-		4
	38	65,52	15	25,86	5	8,62	58
Geg. Ehel. und Unehel. Kind.	<u>13</u>	<u>56,52</u>	<u>10</u>	<u>43,48</u>	<u>-</u>		<u>23</u>
	130	(61,90)	55	(26,19)	25	(11,91)	210

B. in Ober- hausen:	Keine Zahlg.	%	Freiw. Zahlg.	%	Pfändg.	%	
Geg.Unehel. Kinder:	48	48,48	24	24,24	27	27,27	99
II. 1)	142		53		9		204
III. 1a)	125		42		32		199
	267	66,25	95		41	10,17	403
Geg.Eltern	5		1		-		6
	320		120		68		508
	(62,99)		(23,62)		(13,38)		

Im Berichtsbezirk besteht kein Unterschied hinsichtlich der Leistungen des Unterhaltsverpflichteten gegenüber unehelichen Kindern bzw. anderen Unterhaltsberechtigten, nämlich Familienangehörigen (sign.). Dabei ist darauf hinzuweisen, daß bei der Unterhaltspflichtverletzung gegenüber unehelichen Kindern die zwangsweise Beitreibung größer war. Zu wesentlich anderen Ergebnissen kommt Schmidt^{1b)}, der nachweist, daß die unehelichen Kinder hinsichtlich der von den Unterhaltsverpflichteten erbrachten Leistungen besser abschneiden. Dies ist jedoch auf die größere Zahl der Pfändungen zurückzuführen. Sieht man von diesen strukturellen Unterschieden ab, so besteht bezüglich der Zahlungen während der Tatzeit zwischen den Ergebnissen von Schmidt und denjenigen, die wir für den Berichtsbezirk gefunden haben, kein Unterschied (sign.).

-
- 1) Vgl. die Einteilung bei Schmidt, a.a.O., S. 27: Verletzung der Unterhaltspflicht gegenüber den Familienangehörigen einer formell noch bestehenden Ehe
- 1a) Vgl. die Einteilung bei Schmidt, a.a.O., S. 28: Verletzung der Unterhaltspflicht gegenüber den Familienangehörigen einer durch Scheidung oder Tod der Ehefrau aufgelösten Ehe
- 1b) a.a.O., S. 22 u. 23

II. Der Umfang und die Art der "öffentlichen" Hilfe

Nach dem Gesetzeswortlaut muß als Folge der Verletzung der gesetzlichen Unterhaltspflicht eine Gefährdung des Lebensbedarfs des Unterhaltsberechtigten eingetreten sein. Auf die Erheblichkeit der Gefährdung kommt es nicht an. Der Gefährdung steht es gleich, wenn der Lebensbedarf des Unterhaltsberechtigten ohne öffentliche Hilfe oder die Hilfe anderer gefährdet wäre. Der ursprünglich einzige Zweck dieser Bestimmung war, die Wohlfahrtsbehörden gegen mißbräuchliche Beanspruchung durch Unterhaltspflichtige, die sich ihrer Pflicht entzogen, zu schützen. Wir haben dies bereits oben²⁾ dargestellt.

Später erkannte man, daß durch die Vorschrift in der Fassung des § 361 Ziff. 10 StGB gar nicht mehr die Armenbehörden allein, sondern gleichzeitig auch die Unterhaltsberechtigten geschützt wurden. Wie sehr dieser Schutz der Wohlfahrtsbehörde berechtigt war, zeigt die folgende Tabelle:

Tabelle 62

Die Art der Hilfe in Freiburg und Oberhausen

Art der Hilfeleistung	Freiburg		Oberhausen ³⁾	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Öffentliche Hilfe	151	71,90	416	78,64
Hilfe Dritter	42	20,00	113	21,36
Öffentliche und private Hilfe	17	8,10	-	-
	210	-. -	529	-. -

In Freiburg wurden 71,90 % der Opfer von der öffentlichen Hand unterstützt, in Oberhausen sogar 78,64 %. Hinzu kommen im Untersuchungsbezirk noch diejenigen, die durch die Behörden und dritte Personen unterstützt wurden, mit 8,10 %.

2) Im I. Teil, Abschn. B, Unterabschn. I, S. 28 ff.

3) Vgl. Schmidt, a.a.O., S. 101

Daraus ergibt sich, daß diesbezüglich zwischen Freiburg und Oberhausen keine Unterschiede bestehen (sign.).

Wir können auf Grund dieses Ergebnisses feststellen, daß immer noch in erster Linie die Fürsorgebehörden bei Unterhaltspflichtverletzungen die Hauptlast zu tragen haben und erst in zweiter Linie dritte Personen dem Unterhaltsberechtigten Hilfe leisten. Einzelheiten über die Anteile der Wohlfahrtsbehörden und die Art ihrer Hilfe sollen nachstehend erörtert werden.

Unsere Tabelle 60 zeigt eindeutig die große Bedeutung⁴⁾ der öffentlichen Hilfe bei Unterhaltspflichtverletzungen auf. Dies hängt im Berichtsbezirk insbesondere mit der Verletzung der Unterhaltspflicht gegenüber unehelichen Kindern zusammen. Wir können insoweit auf unsere Ausführungen auf Seite 65 ff. verweisen. Die Arten der Gewährung von öffentlichen Hilfeleistungen sind mannigfach. Die öffentliche Fürsorge ist jedoch streng subsidiär, d.h. sie tritt immer erst dann und insoweit ein, als der Hilfsbedürftige oder Hilfesuchende selbst nicht in der Lage ist, seinen Unterhalt zu bestreiten, oder aber von dem Unterhaltspflichtigen den ihm zustehenden Unterhalt nicht oder nur teilweise - unzureichend - erhält. Die öffentliche Hilfe bei unmündigen - ehelichen und unehelichen - Kindern kann bestehen in:

- a) Heimunterbringung; dies ist z.B. dann der Fall, wenn die Pflege oder Aufnahme bei der Mutter nicht möglich ist, z.B. wegen beengter Wohnverhältnisse, wegen sittlicher Gefährdung oder auch weil die Kindesmutter arbeiten muß und deshalb nicht in der Lage ist, das Kind selbst zu betreuen. Ferner, wenn das Kind besonderer Pflege bedarf, so bei debilen Kindern, blinden und körpergeschädigten Kindern oder auch bei erziehungsschwierigen Kindern. Schließlich aber auch im Fall des § 1666 BGB wegen Erziehungsuntüchtigkeit der Kindesmutter;
- b) Unterbringung in einer Pflegestelle, was im allgemeinen bei aus dem Säuglingsalter entwachsenen Kindern vorgenom-

4) Vgl. auch die Ausführungen von Schmidt, a.a.O., S. 103 und 104.

men wird, weil die Aufnahme im Haushalt der Mutter oder der Großeltern aus irgendwelchen Gründen nicht möglich ist, z.B. weil sich dieselben um das Kind nicht kümmern;

- c) sonstiger Unterstützung. Diese Unterstützung besteht in der Gewährung von Beiträgen für das im Haushalt der Mutter oder der Großeltern (eigene Pflege) lebende Kind, wenn das Einkommen der Kindesmutter oder Großeltern oder beider zusammen nicht ausreicht, um den vollen Unterhalt des Kindes damit zu bestreiten. Ein solcher Fall liegt z.B. dann vor, wenn die Kindesmutter verheiratet ist, nicht mehr arbeiten kann und eheliche Kinder vorhanden sind, für die sie gleichfalls aufzukommen hat. Der Ehemann ist wohl sittlich (freiwillig), jedoch nicht gesetzlich unterhaltspflichtig und kann daher die Unterhaltsleistung für das Kind seiner Frau ablehnen. Auch in diesen Fällen tritt dann die öffentliche Fürsorge ein.

Wir haben oben⁵⁾ feststellen können, daß unsere bestraften Probanden für zusammen 479 Kinder unterhaltspflichtig waren.

III. Die Hilfe "anderer"

Die Hilfe dritter Personen bleibt in ihrer Bedeutung weit hinter der öffentlichen Hilfe zurück. Nur in 46 Fällen, also 17,8 % der unterstützten Unterhaltsberechtigten, wurde die "Hilfe anderer" in Anspruch genommen, um die Gefährdung des Lebensbedarfs der Unterhaltsberechtigten auszu-schließen. Von Interesse ist hier noch, wer diese dritten Personen waren, die sich des Unterhaltsberechtigten angenommen haben. Wir haben sie in nachstehender Tabelle zusammengefaßt:

5) Auf S. 70, Tab. 22 und S. 71

Tabelle 63
Dritte Personen als Hilfeleister

	Eltern und Großeltern	%	Sonstige	%	Insgesamt
Freiburg (Br.)	55	93,22	4	6,78	59
Oberhausen ⁶⁾	98	86,73	15	13,27	113

Die Hilfe dritter Personen wurde in beiden Untersuchungsbezirken zum überwiegenden Teil durch Eltern und Großeltern gewährt. In Oberhausen waren diese in 86,73 % die Unterstützenden und in Freiburg in 93,22 %.

In keinem einzigen Falle war der Kindesvater der Hilfeleistende; ebensowenig konnten wir einen ehelichen Vater finden, der gegenüber der Unterhaltspflichtverletzung seiner Frau für seine Kinder aufgekomen ist. Dies läßt sich zunächst daraus erklären, daß die Mehrzahl der Unterhaltspflichtverletzungen gegenüber unehelichen Kindern erfolgt und der uneheliche Vater grundsätzlich auch nichts mit seinem unehelichen Kinde zu tun haben will, was ihm vielleicht durch das Gesetz noch erleichtert wird, weil er mit seinem Kinde gemäß § 1589 Abs. 2 BGB als nicht verwandt gilt. Schon der Unterhaltsbeitrag ist dem unehelichen Vater in vielen Fällen sehr lästig, geschweige denn, daß er sich sonst noch um sein Kind kümmert, auf das er grundsätzlich keinerlei Einflußmöglichkeit hat. Zum anderen ist es regelmäßig so, daß die Kinder bei der Mutter bzw. Kindesmutter und in deren Familie leben, so daß die Frau von vornherein nicht anders kann, als im Rahmen ihres physischen und psychischen Vermögens für die Kinder aufzukommen. Durch die körperliche Anwesenheit der Kinder wird ihr ihre Mutterpflicht täglich neu vor Augen geführt, und so lange sie einen letzten Rest von Muttergefühl in sich trägt, wird sie für die Kinder sorgen. Die Ausnahmen hiervon haben wir oben⁷⁾ eingehend behandelt.

6) Vgl. Schmidt a.a.O., S. 101 und 134

7) Im II. Teil, Abschn. A, Unterabschn. II, Kap. 2, S.88 ff.

B. Die Strafverfolgung =====

I. Die Einleitung und Dauer der Ermittlungen

1. Die Anzeigeerstattung

Ein Strafverfahren beginnt in der Regel mit der Anzeige der Straftat bei der Strafverfolgungsbehörde. Ausnahmsweise kommt es auch vor, daß die Strafverfolgungsbehörde oder das Gericht im Rahmen eines anderen Strafverfahrens von der Straftat Kenntnis erlangt und diese verfolgt. Die Anzeiger können sein: der Verletzte selbst, sein gesetzlicher Vertreter, aber auch dritte Personen, ohne daß ein bestimmtes Interesse letzterer vorhanden zu sein braucht, weil es sich ja nicht um ein Antragsdelikt, sondern um ein Officialdelikt handelt. Wir haben die Anzeiger in einer Tabelle zusammengefaßt.

Tabelle 64
Die Anzeiger

in Freiburg/Brsg.			in Oberhausen ⁸⁾	
Bezeichnung	Zahl	%	Zahl	%
Jugendamt	148	70,48	104	19,66
Ehefrau	41	19,52	208	39,32
Fürsorgebehörde	4	1,90	180	34,03
Sonstige	<u>17</u>	<u>8,10</u>	<u>37</u>	<u>6,99</u>
	210	--	529	--

Unter der Rubrik "Sonstige" befinden sich 2,86 % Kindesmütter für den Berichtsbezirk. Es bestehen zwischen Freiburg und Oberhausen wesentliche Unterschiede, die vor allen Dingen auf die Struktur der Verletzten zurückzuführen sind, denn im Berichtsbezirk handelt es sich vorwiegend um die

8) Vgl. Schmidt, a.a.O., S. 110

Unterhaltspflichtverletzung gegenüber unehelichen Kindern. Demnach kommt auch das Jugendamt als Amtsvormund als Anzeiger in Betracht (sign.).

Von den anderen Anzeigern spielen nur noch die Anzeigen der verheirateten oder geschiedenen Ehefrauen⁹⁾ wegen des Unterhaltsbeitrags für ihre Kinder oder auch für sich selbst eine gewisse Rolle, während die restlichen Anzeigen unbedeutende Einzelfälle darstellen.

2. Die Verfahrensdauer

Wir wissen, daß jedes gerichtliche Verfahren eine nicht immer unerhebliche Zeit benötigt, bis es zum Abschluß kommt. Bei der Verletzung der Unterhaltspflicht gilt das in besonderem Maße angesichts der Schwierigkeiten, die mit der Feststellung der inneren und äußeren Tatseite verbunden sind. Bei der Erörterung der Begehungsweisen haben wir auf die mannigfaltigsten Möglichkeiten der Täter hingewiesen, welche diese haben, um sich ihrer Unterhaltspflicht zu entziehen. Dementsprechend schwer ist die Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, um dem Täter seine strafrechtliche Schuld nachzuweisen. Es kann daher nicht verwundern, wenn manche Verfahren sich außergewöhnlich lange hinziehen. Hinzu kommt die Tendenz mancher Richter und auch Staatsanwälte, dem Beschuldigten immer wieder eine Chance zu geben¹⁰⁾, damit er Gelegenheit hat, seiner Unterhaltspflicht nachzukommen. Dies wird in der Weise gehandhabt, daß immer wieder turnusmäßig rückgefragt wird, ob der Beschuldigte nunmehr Unterhaltsbeiträge leiste, was dieser dann auch unter dem Druck des schwebenden Strafverfahrens in manchen Fällen tut in der Hoffnung, der Bestrafung auf diese Weise zu entgehen¹¹⁾. Dabei besteht allerdings die große Gefahr, daß die Verfol-

9) Vgl. hierzu auch die Feststellungen bei Schmidt, a.a.O., S. 110 ff.

10) Vgl. auch die Anregung in LK, Anm. 8 zu § 170 b, wo die Einstellung nach § 153 StPO empfohlen wird, wenn der Täter seine Unterhaltspflicht erfüllt und zur Einsicht gelangt ist.

11) Vgl. zu dieser Handhabung a. die Kritik bei Baums, a.a.O. S. 99 ff.

gungsbehörde von den Unterhaltsberechtigten bzw. deren gesetzlichen Vertretern als Beitreibungsinstitut angesehen wird, was dem Sinn und Zweck des Strafrechts keineswegs entspricht. Es ist nicht Aufgabe des Strafrechts, Obligationsverletzungen zu ahnden. Dies gilt auch für die Unterhaltspflichtverletzung. Das Strafrecht soll vielmehr nur die sozialschädlichen und sozialgefährlichen Handlungen verfolgen und bestrafen¹²⁾. Über die Dauer der einzelnen Strafverfahren soll hier eine Tabelle unterrichten.

Tabelle 65
Die Verfahrensdauer

Verfahrensdauer	Freiburg/Brs.		Oberhausen ¹³⁾	
	Zahl d. Verf.	%	Zahl d. Verf.	%
insgesamt	214 ^{13a)}	--	508	--
davon einschl. 6 Monate	147	68,67	191	37,59
über 6 Monate	67	31,33	317	62,41
davon über 2 Jahre	5	2,34	43	8,46

Die beiden kürzesten Verfahren dauerten 11 bzw. 13 Tage und das längste 50 Monate.

Sonach ist festzustellen, daß die Justiz im Bezirksbezirk bei der Verfolgung und Aburteilung von Straftaten nach § 170 b StGB wesentlich schneller arbeitet als in Oberhausen, die innerhalb von 6 Monaten erst 37,59 % der Verfahren erledigt hatte (sign.). Außerdem haben bei uns nur 2,34 % der Verfahren über 2 Jahre gedauert, während es in Oberhausen 8,46 % waren (sign.). Dieses Ergebnis ist deswegen bemerkenswert, weil wir hinsichtlich der Arbeitsplatzwechsler

12) So lange bei der Gesetzesberatung zu § 200, E 1960, in Niederschriften, a.a.O., S. 8Bd., S. 390; vgl. ebenso Baums, a.a.O., S. 102 ff.

13) Vgl. Schmidt, a.a.O., S. 126

13a) Vgl. hierzu oben, S. 7; obwohl zwei Verfahren zu einem Strafverfahren zusammengezogen wurden, müssen hier beide getrennt gerechnet werden, um das Ergebnis nicht zu verfälschen.

festgestellt haben, daß diese sowohl in Freiburg als auch in Oberhausen überwiegen¹⁴⁾.

Über die Dauer der Strafverfahren, insbesondere der Verfahren nach § 170 b StGB fehlen in den Statistiken des Bundes und der Länder die Angaben¹⁵⁾. Interessante und sehr instructive Vergleichsmöglichkeiten bietet aber Ritter¹⁶⁾, der für 41 Strafverfahren der Unterhaltsentziehung einen Durchschnitt von 390 Tagen ermittelt hat, während im allgemeinen ein Strafverfahren durchschnittlich 239 Tage¹⁷⁾ von Beginn der Ermittlungen bis zum Abschluß des Erkenntnisverfahrens benötigt. Demgegenüber ist die Verfahrensdauer im Bezirksbezirk wesentlich kürzer. Sie beträgt im Durchschnitt 206 Tage¹⁸⁾ bei den Unterhaltspflichtverletzungen. Dies sind nur 52,8 % der bei Ritter ausgerechneten Unterhaltspflichtverletzungsverfahren und 86,2 % der daselbst errechneten Durchschnittsdauer aller Strafverfahren. Wir glauben jedoch, daß Verfahren, die länger als ein Jahr dauern - das sind 1,2 % unserer Untersuchung -, vermieden werden sollten. Dabei darf allerdings nicht verkannt werden, daß die Länge der Verfahrensdauer nicht unbedingt vom Sachbearbeiter abhängt, sondern auch vom Verhalten des Täters, der es des öfteren sehr gut versteht, sich den Strafverfolgungsbehörden zu entziehen.

II. Die Einwendungen des Beschuldigten gegen den Strafvorwurf

1. Die sachlichen Einwendungen

Es kommt bei den Unterhaltspflichtverletzungen wohl selten vor, daß der Täter sein Verhalten einfach unumwunden zugibt und keine Erklärung dafür findet oder seine niedrigen Ge-

14) Vgl. auch Tschopp, a.a.O., S. 31

15) Vgl. Ritter, a.a.O., S. 14

16) a.a.O. Tabelle 3 auf S. 34 u. 35

17) Ritter, a.a.O., S. 28 ff.

18) Vgl. a. Schmidt, a.a.O., S. 126 mit 1,21 Jahren im Durchschnitt

fühle und Motive preisgibt. In unserem Abschnitt über die Begehungsweisen haben wir schon die am meisten gebrauchten Ausreden der Täter angedeutet. Auch kommen Überschneidungen in der Weise vor, daß die Täter, um sicher zu gehen, gleich mehrere Erklärungen für ihr Verhalten zur Hand haben, mit denen sie sich vor dem Richter zur Sache einlassen. Wir haben versucht, die hauptsächlichsten Einwendungen zu ordnen und haben dabei die Erklärung, auf die der Täter sein Hauptgewicht zu legen schien, als seine Einlassung zum Strafvorwurf gewertet.

Tabell 66
Die Einwendungen gegen den Strafvorwurf

Art der Einwendung	Freiburg			Oberhausen ¹⁹⁾	
	absolut	%		absolut	%
1. Zu wenig Verdienst	77	36,67		157	30,90
2. Arbeitslosigkeit	40	19,05	2. Ehezerr.	81	15,94
3. Krankheit	24	11,43	3. Arbeitslosigkeit.	64	12,60
4. Nicht leibl. Vater	15	7,14	4. Krankheit	33	6,50
5. Pfändung lasse nichts übrig	10	4,76	5. Zu viele Unterh.-verpfl.	32	6,30
6. Verzicht d. Kindesmutter	9	4,28	6. Ich habe bezahlt	28	5,51
7. Beansprucht Herausgabe d. Kindes	5	2,38	7. Schulden	26	5,12
8. Erfüllung	4	1,90	8. Nicht leibl. Vater	21	4,13
9. Sonstige Gründe	26	12,38	9. Sonstige Gründe	66	12,99
	210	--		508	--

Gemeinsam ist den untersuchten Bezirken Freiburg und Oberhausen die Einwendung, man habe zu wenig verdient, um seiner Unterhaltungspflicht nachkommen zu können. Dasselbe gilt

19) Vgl. Schmidt, a.a.O., S. 97

für die Berufung auf Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie die Behauptung des Täters, nicht der leibliche Vater zu sein. Ein Unterschied zwischen den miteinander verglichenen Bezirken besteht in dem Einwand, daß die Kindesmutter auf Unterhaltsleistungen verzichtet habe. Während diese Schutzbehauptungen nur in Freiburg erhoben wurden, finden wir bei Schmidt²⁰⁾ den Einwand der Ehezerrüttung, der in Freiburg nicht geltend gemacht wurde. Der Einwand der Ehezerrüttung bei den Tätern in Oberhausen ist auf die größere Zahl der Unterhaltspflichtverletzungen gegenüber Ehegatten zurückzuführen, während in Freiburg der Einwand der Nichtvaterschaft und des Verzichts der Kindesmutter auf die größere Zahl der Unterhaltspflichtverletzungen gegenüber unehelichen Kindern zu erklären ist.

a) Der zu geringe Verdienst

Ein Großteil der Täter - 36,67 % - bediente sich des Einwandes, daß ihr Verdienst zu gering sei, um auch noch für einen Unterhaltsberechtigten aufzukommen oder ihm Unterhaltszuschüsse zu leisten. Dieser Einwand wird des öfteren mit dem Hinweis darauf verbunden, daß man auch noch für andere Unterhaltsberechtigte zu sorgen habe, z.B. für die Ehefrau, für eheliche oder auch uneheliche Abkömmlinge. Manche Täter heben auch darauf ab, daß sie dringende Anschaffungen für Garderobe zu machen hätten. Hierauf berief sich z.B. der Geschäftsführer eines Hotels im Schwarzwald, der 500,- DM monatlich ausbezahlt bekam und es unterließ, für sein eheliches Kind, welches bei der von ihm geschiedenen Ehefrau wohnte, monatlich 60.-- DM zu zahlen. Eine Kindesmutter erklärte, daß sie sich außer Kleidung noch ein Schlafzimmer gekauft habe. Eine andere beabsichtigte zu heiraten und mußte für ihre Hochzeit sparen. Ein Kindesvater erklärte, er benötige sein Geld für Kleidung und Tabakwaren. Insgesamt 16 der Täter beriefen sich in Verbindung mit der Betonung des niedrigen Verdienstes auf dringende persönliche

20) a.a.O. S. 97

Anschaffungen. Mehrere Kindesmütter machten es sich ganz einfach, indem sie ihr Kind in ein Heim gaben, ohne an die Bezahlung der sehr hohen Heimkosten zu denken und ohne sich dann noch um das Kind zu kümmern. Die Gewissenlosigkeit ging so weit, daß eine Kindesmutter sich dahin einließ, sie habe zunächst Kleidung für sich benötigt und sonstige Anschaffungen tätigen müssen, worüber sie ihr im Heim untergebrachtes Kind völlig vergessen habe. Sie war aus dem Bezirksbezirk nach Böblingen verzogen und lebte dort mit einem amerikanischen Soldaten zusammen im Konkubinat. Sie erhielt von diesem monatlich 250,-- DM freies Geld.

b) Die Arbeitslosigkeit

Der Einwand der Arbeitslosigkeit gehört gleichfalls zu den Standardausreden der Unterhaltstätter und wurde von 19,05 % als Ausrede gebraucht. Dieser Einwand war auch nach unseren bisherigen Erörterungen zu erwarten, er überrascht keineswegs, wenn wir uns an unsere Feststellungen im II. Teil²¹⁾ über die Arbeitsscheu erinnern. Wir haben dort 39,05 % Arbeitsscheue ermittelt und können daher erwarten, daß diese Täter sich auf ihre Arbeitslosigkeit berufen, die sie außerstande sah, ihrer Unterhaltspflicht nachzukommen. Die "Arbeitslosen" sind auch bei der Begehungsweise an auffallender Stelle vertreten. Sie gehören zu den typischen Erscheinungsbildern der Täter nach § 170 b StGB.

c) Die Krankheit (Kriegsleiden)

Es gab Täter, die sich der Strafverfolgungsbehörde gegenüber darauf beriefen, daß sie krank seien, um so einer Bestrafung zu entgehen. Sie versuchten dann, möglichst glaubhaft Krankheitssymptome, die bei ihnen angeblich aufgetreten seien, darzulegen. Darüber hinaus gab es aber auch Täter,

21) In Abschn. A, Unterabschn. II, Kap.7, Ziff. b), S. 129 ff.

die tatsächlich irgendwelche körperlichen Gebrechen hatten und glaubten, aus diesem Grunde jeder Unterhaltsverpflichtung ledig zu sein. Als Krankheiten wurden angegeben: Gelenkrheuma, Ischias, Asthma, Herzleiden, Krampfadern, in vielen Fällen Gastritis, welche körperliche Arbeit nicht zulasse, und ähnliche. Als Kriegsverwundungen wurden angeführt: doppelter Bauchsteckschuß, Lungen- und Herzdurchschuß, Bajonettstich in die Brust, Hirnquetschung, Splitterverletzung am Kopf und andere. Sofern tatsächlich eine konkrete ernsthafte Krankheit vom Beschuldigten angeführt wurde, hat das Gericht eine amtsärztliche Untersuchung durchführen lassen. Das war besonders bei den Kriegsversehrten angebracht. Es stellte sich jedoch in allen Fällen heraus, daß die Einwendungen stark übertrieben waren und daß der Täter grundsätzlich in einem bestimmten Rahmen arbeits- und leistungsfähig war, wenn er seine Arbeitskraft nach bestem Willen eingesetzt hätte.

d) Die Berufung darauf, daß der Täter nicht der leibliche Vater sei

Ein starkes Argument für die Verweigerung von Unterhaltsbeiträgen ist die mit dem Brustton der Überzeugung vorgebrachte Behauptung des Täters, daß er nicht der leibliche Vater sei, daß er berechtigte Zweifel an seiner Vaterschaft habe und Mehrverkehrer benennen könne. Unterhaltsschuldner, die sich darauf berufen, sind besonders hartnäckig und versuchen auch im Strafverfahren noch einmal, mit sämtlichen Beweismitteln und Einwendungen zu arbeiten, selbst wenn sie im Unterhaltsverfahren rechtskräftig verurteilt wurden oder wenn sie in irgendeiner öffentlichen Form ihre Vaterschaft anerkannt haben. Diese Täter zeichnen sich durch eine besonders ausgeprägte Neigung aus, die Unwahrheit zu sagen. Zunächst bestreiten sie, die Kindesmutter überhaupt zu kennen. Nützt dies nichts, dann wird jeder Geschlechtsverkehr in Abrede gestellt und als letzte Möglichkeit Mehrverkehr eingewendet. Trotz dieser Einwendungen ist es in einem Fall sogar vorgekommen, daß derselbe Täter die Briefe an die Kindesmutter mit "Euer Papa" unterschrieben hat.

- e) Die Einwendung, daß die Pfändung der Lohnansprüche zu wenig übriglasse

Andere Probanden versuchen wiederum gerne, sich ihrer Unterhaltsleistung in der Weise zu entledigen, daß sie bei beginnender Vollstreckung ihre Arbeitsstelle aufgeben und nichts mehr arbeiten. Auf diese Begehungsweise sind wir oben²²⁾ eingegangen. Die Erklärung hierfür lautet dann, daß die Pfändung für das eigene Dasein zuwenig übrig lasse und man praktisch überhaupt nur noch für den Unterhalt des Unterhaltsberechtigten arbeite, was man natürlich nicht einsehe. Durch die Lohnpfändung wird häufig eine erhebliche Erbitterung beim Täter hervorgerufen, die ihn noch uneinsichtiger und hartnäckiger werden läßt, als er ohnehin schon ist. Es ist daher nicht unklug vom Amtsvormund, wenn er gelegentlich etwas nachgibt und dem Schuldner dadurch einen Anreiz verleiht, angesichts dieses Entgegenkommens des Jugendamtes auch selbst den guten Willen zu zeigen. Gerade im Bezirksbezirk befließigt sich das Stadtjugendamt ganz besonderer Höflichkeit und eines konzilianten Umganges mit den Kindesvätern und Kindesmüttern, was manchmal zu einer friedlichen Einigung führt, ohne daß die Strafgerichte bemüht zu werden brauchen und die Unterhaltsschuldner den Ärger mit dem Arbeitgeber haben.

- f) Die Einwendung, daß die Kindesmutter auf Unterhalt verzichtet habe

Die Einwendung des Kindesvaters, die Kindesmutter habe ihm gegenüber auf Leistung von Unterhalt für das Kind verzichtet oder zumindest keinen Unterhalt gefordert, wird manchmal nicht ohne Grund vorgebracht. Bisweilen liegt der Verzicht schon sehr weit in der Vergangenheit, als das die Unterhaltungspflicht schaffende Ereignis noch nicht eingetreten war oder die Kindeseltern sich noch gut verstanden. Es kommt

22) Im II. Teil, Abschn. B, Unterabschn. I, S. 166 ff.

auch vor, daß die Kindesmutter auf Wunsch des Kindesvaters oder auf dessen Druck auf sie keine Unterhaltsleistungen fordert, sondern darauf verzichtet, in der Hoffnung, dieser werde sein Versprechen halten und sie einmal heiraten. Die Kindeseltern werden jedoch vom Jugendamt immer darauf hingewiesen, daß ein solcher Verzicht keine Rechtswirksamkeit hat und die Unterhaltspflicht des Kindesvaters nach wie vor von Gesetzes wegen besteht. Im übrigen lagen die Verhältnisse bei allen Kindesmüttern so, daß sie gar nicht in der Lage waren, allein für das Kind aufzukommen und Verzicht zu leisten. Trotzdem wurde immer wieder versucht, dem Gericht in der Hauptverhandlung den Einwand des Verzichts der Kindesmutter entgegenzuhalten.

g) Die Einwendung, das Kind beanspruchen zu können

Manche Angeklagte beriefen sich vor dem Strafrichter darauf, daß sie für das Kind aufkommen würden, wenn sie es bei sich haben könnten. Dementsprechend behaupteten sie ein Recht darauf zu haben, daß das Kind bei ihnen erzogen würde. Es handelte sich hierbei allerdings nicht nur um verheiratete oder geschiedene Probanden, sondern in einem Falle auch um einen sog. Zahlvater, der sich bei Gericht mit diesem Einwand verteidigte.

h) Die Erfüllungseinrede

Nur eine ganz geringe Anzahl (4) der Täter behauptete zunächst, seiner Unterhaltspflicht nachgekommen zu sein und bezahlt zu haben. Es stellte sich dabei jedoch heraus, daß diese Angaben unrichtig waren. Zwar hatten diese Täter früher schon Unterhalt geleistet, später jedoch ihre Zahlungen eingestellt. Wenn ihnen dies vorgehalten wurde, behaupteten sie dann, zu Unterhaltsleistungen nicht in der Lage zu sein, da sie zu wenig verdienten.

1) Die sonstigen Gründe

Außer den vorgenannten Einwendungen wurde von den Tätern im Strafverfahren manchmal auch erklärt, daß man auch an sich selbst denken müsse und die Ehefrau bzw. Kindesmutter auch arbeiten und Geld für das Kind verdienen solle. Gerade der Zahlvater, der in unserer Untersuchung am zahlreichsten vertreten ist, pflegte oft zu erklären, daß er doch nur zahlen müsse, ohne etwas von dem Kind zu haben. Er habe also nur Pflichten und keine Rechte und dies sei ungerecht. Nicht einmal das Kind zu besuchen oder zu sehen, sei ihnen erlaubt. Demgegenüber habe die Kindesmutter alle Rechte und bekomme auch noch das Geld für den Unterhalt des Kindes.

2. Die Form der Einwendung gegenüber den Behörden

Bei jeder Straftat, wegen derer der Täter vor Gericht steht, wird er versuchen, für sich das Beste herauszuholen. Es ist auch von der Rechtsprechung anerkannt, daß es das gute Recht jedes Angeklagten ist, die ihm zur Last gelegte Tat zu bestreiten, also zu leugnen. Hartnäckiges Leugnen kann dem Angeklagten allerdings als Zeichen der Uneinsichtigkeit ausgelegt werden und sich im Strafmaß nachteilig für ihn auswirken. Das wird dem Angeklagten im Laufe des Verfahrens klargemacht aus dem taktischen Gedanken heraus, ihn zu einem Geständnis zu bewegen. Was bei den Vernehmungen vor der Polizei noch heftig bestritten wurde, zeigt sich dem sich einfühlenden Richter manchmal in der Hauptverhandlung in einem anderen Bilde. Somit ist also ein Geständnis vor Gericht nicht unbedingt ein Zeichen der Einsicht oder gar der tiefen Reue und Gewissenserleichterung. Es ist des öfteren auch ein Akt der Klugheit, die den Angeklagten dazu bewegt, geständig zu sein. Von den untersuchten Tätern legten nur zwei von vornherein ein volles Geständnis ab und zeigten sich auch reumütig. Nur bei ihnen entstand der Eindruck, daß sie sich ihr Gewissen erleichtern wollten und eine innere Loslösung von der Tat erstrebten. In den anderen Fällen - auch bei den Zahlungswilligen und Einsich-

tigen - war dies nicht so klar. Übrigens können wir auch aus dem Verhalten in der Bewährungszeit Schlüsse über die Echtheit der Einsichtigkeit und Zahlungswilligkeit herleiten. Wir haben bei der Untersuchung über die innere Einstellung der Täter zu ihrer Tat in Verbindung mit dem Verhalten in der Hauptverhandlung oder vor den Ermittlungsbehörden, falls es zu keiner Hauptverhandlung kam, aus den Akten folgenden Eindruck gewonnen, wobei angesichts der Problematik dieser Tabelle alle Vorbehalte gemacht werden müssen:

Tabelle 67
Das äußere Verhalten der Täter im Strafverfahren

Verhaltensweisen	Zahl	%
Einsichtig	79	37,62
Uneinsichtig	57	27,14
Frech und herausfordernd	20	9,52
Zahlungswillig	49	23,33
Reumütig	2	0,95
Gleichgültig	<u>3</u>	<u>1,43</u>
	210	-.-

Sonach kann festgestellt werden, daß 61,90 % der Täter als einsichtig, reumütig und zahlungswillig beurteilt wurden und demzufolge 56,67 % (59,80 % der Verurteilten) Strafaussetzung zur Bewährung erhielten (sign.). Zählt man die 11 eingestellten Fälle den zur Bewährung ausgesetzten hinzu - was nicht zu beanstanden ist -, so erhält man 61,90 % der Täter, die eine Chance erhielten, sich zu bewähren.

Sehr groß ist der Prozentsatz der Uneinsichtigen, was auf die besondere Persönlichkeitsstruktur der Täter schließen läßt, wie wir sie auch aus den Beschreibungen im Hauptteil der Arbeit ersehen konnten. Die Zahlungswilligen stellen ebenfalls einen beachtlichen Teil der Tätergruppe dar. In vielen Fällen hat sich aber in der Bewährungszeit gezeigt, daß Zahlungswille in der Hauptverhandlung und tatsächliche Unterhaltsleistung nach der Hauptverhandlung nicht dasselbe

sind; denn die in der Hauptverhandlung bekundete Zahlungsbereitschaft entsprang sehr oft den besprochenen taktischen Überlegungen.

C. Die gerichtliche Entscheidung und ihre Wirkung
=====

I. Die gerichtliche Entscheidung

Das Strafgesetzbuch sieht in § 170 b StGB Gefängnisstrafe als Strafe für die Unterhaltspflichtverletzung vor. Nach § 16 Abs. 1 StGB beträgt der Höchstbetrag der Gefängnisstrafe fünf Jahre. Diese Strafandrohung ist, wie die Kriminalstatistik zeigt, zu hoch und wird von der Praxis der Gerichte bei weitem nicht verwirklicht. Aus diesem Grunde sieht auch § 200 des Entwurfes eines Strafgesetzbuches von 1962 nur eine Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren vor. Dieser Strafraum dürfte nach den Erfahrungen der richterlichen Praxis dem Strafbedürfnis genügen. Die im Berichtszeitraum im Bezirk des Amtsgerichts Freiburg ausgeworfenen Strafen bestätigen dies, wie wir aus dem nachfolgenden Abschnitt ersehen werden. Die Art der Entscheidung, ob Urteil, Strafbefehl oder Beschluß, zeigt folgende Tabelle²³⁾:

Tabelle 68
Die Art der Entscheidung

Art der Entscheidung	Zahl	%
Beschluß	11	5,16
Urteil	67	31,46
Strafbefehl	<u>135</u>	<u>63,38</u>
	213 ²⁴⁾	-. -

23) Es erfolgten 213 Entscheidungen für 214 Angeklagte

24) Vgl. unsere Erläuterungen auf S. 45 zu Tabelle 11 und Fußnote 13a) auf S. 185

Schon die große Zahl der Strafbefehle läßt den Schluß zu, daß die verhängten Strafen nicht besonders hoch waren; denn durch den Strafbefehl darf keine höhere Gefängnisstrafe als eine solche von drei Monaten festgesetzt werden. Die Entscheidungen hatten folgendes Ergebnis:

Tabelle 69
Die Verfahrensergebnisse

Jahr	Einstellung § 153 III StPO	Einstellung § 154 StPO	Verurteilung	Freispruch	Verfahren insges.	Täter insges.
1950			18	1	19	18
1951	2		15		17	17
1952			16	1	17	16
1953	1		32	1	34	33
1954	2		44	1	47	46
1955	2	1	43		46	46
1956	3		31		34	34
Summa	10	1	199	4 =	214	210

Zehn Einstellungen erfolgten nach § 153 Abs. 3 StPO und eine nach § 154 Abs. 1 StPO. Drei Verfahren gingen in die Berufung, und zwei von ihnen wurden dort eingestellt. Ein Angeklagter wurde wegen erwiesener Unschuld freigesprochen, drei andere mangels Beweises. In zweien der drei letzten Fälle hätte man wohl gleichfalls verurteilen können²⁵⁾, denn in beiden Fällen lagen Anhaltspunkte vor, wonach die Angeklagten wenigstens zeitweise in der Lage gewesen wären, ihre Arbeitskraft besser auszunutzen und Unterhaltsleistungen zu erbringen. Es handelte sich hier um Grenzfälle, bei denen die richterliche Überzeugung zum einen oder zum anderen Ergebnis führen konnte. Von den Verurteilten wurden nachträglich 17 amnestiert.

25) Vgl. hierzu außerdem das zutreffende Argument von Ritter, a.a.O., S. 15.

Tabelle 70

Die Verfahrensbeendigung in Freiburg und in Oberhausen ²⁶⁾

	Freiburg		Oberhausen	
	Zahl	%	Zahl	%
Verurteilt	199	92,99	528	67,87
Freispruch	4	1,87	83	10,67
Einstellung	11	5,14	131	16,83
§ 153	10	4,67	107	13,75
§ 154	1	0,47		
Aus sonst. Gründen	-	-	24	3,08
Amnestie	-	-	28	3,60
Verfahren noch nicht beendet	-	-	8	1,03
	214	-. -	778	-. -

Auffallend ist die größere Zahl der Verurteilungen in Freiburg als in Oberhausen (sign.). Auch Tschoopp²⁷⁾ hat mehr Verurteilte, nämlich 91,18 % gegenüber 8,82 % Freisprüchen, wobei allerdings über etwaige Einstellungen keine Angaben gemacht werden, so daß ein Vergleich nur mit Vorbehalt möglich ist.

II. Die Straftat

Die 199 verhängten Strafen waren ihrer Art nach Geld- und Gefängnisstrafen. Die Strafen, welche im Berichtsbezirk für die Unterhaltspflichtverletzungen ausgeworfen wurden, gliedern sich nach Strafart und -höhe wie folgt (s. Tabelle 71 S. 199).

26) Vgl. Schmidt, a.a.O. S. 113

27) a.a.O., S. 31.

Wir können feststellen, daß zwischen der Bestrafung in der Bundesrepublik und in Oberhausen kein Unterschied im Strafmaß besteht (sign.). Die Tabelle führt weiter zu der Annahme, daß sich das Strafmaß in Oberhausen und in Freiburg dahingehend unterscheidet, daß es in Freiburg niedriger ist. Der χ^2 -Test erwies, daß diese Vermutung mit einer Wahrscheinlichkeit zwischen 98 und 99 % signifikant ist, was bei dieser Art der Untersuchung immer noch ausreicht, um einen Unterschied festzustellen. Noch niedriger als in Freiburg ist das Strafmaß in Basel²⁸⁾, wo Gefängnisstrafen bis zu 3 Monaten in 97,50 % und über 3 Monate in 2,5 % ausgeworfen wurden²⁹⁾. Weiter wurde am Beispiel der Verurteilungen in der Bundesrepublik, die entsprechend große Zahlen aufweist, nachgewiesen, daß sich das Strafmaß bereits in den Jahren 1954 bis 1956 feststellbar verschärft hat (sign.). Dies mag darauf zurückzuführen sein, daß die Gerichte der Zunahme der Unterhaltspflichtverletzungen mit erhöhten Strafen begegnen. Betrachtet man die Verhältnisse in Hessen, welches für das Jahr 1958 eine Häufigkeitsziffer von 18,90 aufweist und damit unter dem Erwartungswert³⁰⁾ für Baden-Württemberg und der Bundesrepublik für dieses Jahr liegt, so erscheint eine strengere Bestrafung sinnvoll. In gewissem Widerspruch fällt auf, daß Oberhausen, obgleich dort wesentlich strenger bestraft wird als in Freiburg, eine sehr viel höhere Häufigkeitsziffer hat als Freiburg. Nicht zu klären war allerdings, welchen Einfluß die größere Zahl der Freisprüche und Einstellungen in Oberhausen hatte.

28) Vgl. Tschopp, a.a.O., S. 31

29) Vgl. Tschopp, a.a.O., S. 32, nämlich im einzelnen wie folgt:

Haft / Buße	2	1,67 %
Gefängnis 3 - 14 Tage	49	40,83 %
" 14 Tage - 1 Mon.	40	33,33 %
" 1 Mon. - 3 Mon.	26	21,67 %
" über 3 Monate	3	2,50 %
	<u>120</u>	<u>-.-</u>

30) Wir hatten festgestellt, daß die Häufigkeitsziffer jährlich zunimmt und in Baden-Württ. und der Bundesrepublik bereits 1956 19.50 bzw. 19.66 erreicht. Die Häufigkeitsziffern für 1958 für Baden-Württ. und die Bundesrepublik waren aus technischen Gründen nicht zu ermitteln.

Strafart und Strafhöhe der nach § 170 b StGB Verurteilten in Freiburg i. Brs., in Oberhausen, in Hessen, in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik

Strafart	Strafhöhe	Freiburg 1950-56			Oberhausen 1949-56 ³¹⁾			Hessen ³²⁾ 1958	NRW ³³⁾ 1955	Bundesrepublik ³⁴⁾ 1954 1956	
		Zahl	%	Summe	Zahl	%	Summe				
Geldstrafe ³⁵⁾ bis 100, -- üb. 100, --				3 =			19 =	66 =	63 =	333 =	384 =
		2	1,00			2,83					
		1	0,50	1,50%	15	0,75	3,58 %	7,55 %	1,83 %	3,80%	3,76 %
	- 1 Monat	84	42,21	181 =	129	24,34	436 =	598 =	2678 =	6398 =	8199 =
	- 2 Monate	74	37,19		198	37,36		68,42%	77,96%	84,62%	80,41 %
Gefängnis	- 3 Monate	23	11,56	90,96%	109	20,57	82,27 %				
	- 4 Monate	6	3,02	15 =	30	5,66	75 =	210 =	692 =	1010 =	1611 =
	- 5 Monate	3	1,51		17	3,21			20,15%	11,54%	15,79%
	- 6 Monate	4	2,01	7,54 %	21	3,96	14,159%	24,03%	(mit 31 =	(mit 54 =	(mit 54 =
	über 6 Monate	2	1,00		7	1,32		(mit 11 =	9 M.	0,35 %	0,52 %
Haft		-	-	-	-	-	-	1,26% üb.			üb. 9 M.)
Verurteilte insgesamt		199	--	199	530	--	530	874	3435	7744	10196

31) Vgl. Schmidt, a.a.O., S. 113 und 134

32) Vgl. Brühl, a.a.O., S. 514

33) Zitiert nach Schmidt, a.a.O., S. 113

34) Vgl. Anh. 7 J 81 im Anhang S. 633 der Niederschrift über die Sitzung der Großen Strafrechtskommission, a.a.O., Bd. 8. Es wurden nur die Jahre 1954 und 1956 zugrunde gelegt, weil 1950 - 1953 eine andere Einteilung in der Statistik der Bundesrepublik bestand; außerdem wurden bei der späteren Berechnung die Zahlen gemittelt, weil es sich bei den anderen Bezirken gleichfalls um Durchschnittswerte handelt.

35) Ersatzgeldstrafe nach § 27 b StGB

Tabelle 72

Die Strafart und Strafhöhe der in den Jahren 1950 - 1956 in der Bundesrepublik nach § 170 b StGB Verurteilten 36)

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
	Verur- teilte %	Verur- teilte %	Verur- teilte %	Verur- teilte %	Verur- teilte %	Verur- teilte %	Verur- teilte %
(1)	1291 65,77	2359 66,12	3518 64,07	4415 64,67	6398 82,62	7378 81,57	8199 80,41
(2)	342 17,42	710 19,90	1423 25,92	1837 26,91	979 12,64	1314 14,53	1557 15,27
(3)	7 0,36	6 0,17	16 0,29	18 0,26	31 0,40	41 0,45	54 0,53
(4)	1640 83,55	3075 86,19	4957 90,28	6270 91,84	7408 95,66	8733 96,55	9810 96,21
(5)	18 0,92	2 0,06	2 0,04	3 0,04	3 0,04	2 0,02	2 0,02
(6)	305 15,54	491 13,76	532 9,69	554 8,11	333 4,30	310 3,43	384 3,77
(7)	1963 --	3568 --	5491 --	6827 --	7744 --	9045 --	10196 --
(1)	1950/53 weniger als 3 Monate, ab 1954 bis einschl. 3 Monate						
(2)	1950/53 3 Monate bis unter 1 Jahr, ab 1954 mehr als 3 Monate bis einschl. 9 Monate						
(3)	1950/53 1 Jahr und darüber, ab 1954 mehr als 9 Monate.						
(4)	Gefängnis insgesamt						
(5)	Haft						
(6)	Geldstrafe						
(7)	Verurteilte insgesamt.						

36) Entnommen der Niederschrift über die Sitzungen der Großen Strafrechtskommission, a.a.O., Bd. 8, S. 633.

III. Die Strafzumessungserwägungen

Wenn wir uns in diesem Abschnitt den Überlegungen zuwenden wollen, die der Richter angestellt hat, um von seiner vornehmsten, aber auch schwierigsten Aufgabe Gebrauch zu machen, so tun wir dies, um zu sehen, wie der Richter über Täter und Tat denkt und wie er sie in seinem freien richterlichen Ermessen würdigt. Wir werden dabei kein vollständiges Bild über die Erwägungen erhalten, die der Richter bei der Findung des Strafmaßes angestellt hat. Dies liegt daran, weil nur der kleinere Teil aller Verfahren durch ein Hauptverfahren mit Urteil abgeschlossen wurde. Der weitaus größere Teil der Verfahren, nämlich über das Doppelte, wurde - wie wir vorstehend festgestellt haben - durch Strafbefehl beendet. In Strafbefehlen finden wir jedoch keine richterlichen Strafzumessungsgründe; diese sind nur für die Abfassung des Urteils vorgeschrieben. Der Eindruck, den wir bei der Betrachtung der Strafzumessungsgründe gewinnen können, bleibt aber auch aus anderen Gründen unvollständig. Dies hängt mit der - wie Exner³⁷⁾ zutreffend bemerkt - jedem Praktiker bekannten Tatsache zusammen, daß die wichtigsten Strafzumessungsgründe ungeschrieben bleiben. Sie bleiben aber zum Teil nicht nur ungeschrieben, sie bleiben unter Umständen auch unausgesprochen, weil sie auch dem Richter unbewußt sind. Es soll trotzdem versucht werden, zu ergründen, auf welche Punkte das Gericht bei der Strafzumessung besonderen Wert legte, um die Strafhöhe zu begründen.

1. Die "erschwerenden" Strafzumessungsgründe

Erschwerend oder auch strafschärfend fiel immer die einschlägige Vorstrafe ins Gewicht. Die erneute Straffälligkeit erbrachte den Beweis dafür, daß die erste Strafe keine erziehe-

37) Strafzumessungspraxis, a.a.O., S. 8 unten; vgl. a. Schmidt, a.a.O., S. 117, und die dort angegebenen Fundstellen.

rische Wirkung gehabt hat und wurde daher dem Täter erschwerend zur Last gelegt. Ebenso gereichte dem Täter sein uneinsichtiges Verhalten in der Hauptverhandlung und seine kaltschnäuzige, freche Art oder besonders leichtfertige Einstellung, wie z.B. "Das Kind wird auch so groß", bei der Strafzumessung sehr zum Nachteil. Die Unbelehrbarkeit gegenüber primitiven menschlichen und rechtlichen Pflichten, wie es die Unterhaltspflicht ist, und krasser Egoismus ließen die verwerfliche Gesinnung des Täters erkennen und ihn negativ beurteilen. Die große Notlage und Hilfsbedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten sowie die langdauernde und besonders hartnäckige Unterhaltspflichtentziehung waren gleichfalls erschwerend. Wie auch bei anderen Delikten spielt die Zahl der Vorstrafen und ihre Art bei der Festsetzung der Strafhöhe eine nicht unmaßgebliche Rolle. Zahlreiche Vorstrafen wirkten sich daher erschwerend aus. Die Tatsache, daß trotz eines verhältnismäßig hohen Einkommens auch nicht ein Pfennig bezahlt wurde, ließ den Schluß auf eine verantwortungs- und skrupellose Gesinnung zu und belastete den Täter erschwerend. Niedrige Gefühle, wie Haß gegen die geschiedene Ehefrau oder die Kindesmutter, der in unverantwortlicher Weise auf dem Rücken des unterhaltsberechtigten Kindes ausgetragen wurde, hat das Gericht gleichfalls als erschwerend gewürdigt.

Bei den Dirnen, von denen bei der Entwicklung unserer Untersuchung schon mehrfach die Rede war, wurde deren triefhafter Lebenswandel, ihre Arbeitsscheu, ihre Interesselosigkeit an der Erfüllung ihrer Unterhaltspflicht und ihre Haltlosigkeit nachteiligt vermerkt. In einem Falle hat der Richter bei mildernder Berücksichtigung der schweren Jugend der Prostituierten ihr jedoch angelastet, daß sie sich späteren Erziehungsversuchen widersetzt und daß nicht einmal die Geburt ihres unehelichen Kindes sie zu einer Änderung ihrer Lebensführung veranlaßt habe. Bei einer anderen fiel erschwerend ins Gewicht, daß sie in verantwortungsloser Weise drei uneheliche Kinder in die Welt gesetzt habe und sich überhaupt nicht um dieselben kümmere. Der Mangel an mütterlichen Empfindungen und die Tatsache, daß die Kindes-

mutter ihre Kinder im Waisenhaus nie besuchte, wurde regelmäßig als Erschwerungsgrund angeführt. Die Erschwerungsgründe bei der Bestrafung einer Prostituierten hat der Richter etwa wie folgt zusammengefaßt:

Die Angeklagte ist eine labile, sexuell triebhafte Persönlichkeit. Obwohl sie körperlich kräftig ist und in der Lage wäre, zu arbeiten, um ihren und ihrer Kinder Unterhalt zu verdienen, zieht sie es vor, ihrem ausschweifenden Lebenswandel zu fröhnen und, ohne einen festen Wohnsitz zu haben, auf Kosten irgendwelcher Freunde und Bekannten ihr Leben zu fristen. Erschwerend ist auch ihre einschlägige Vorstrafe und der Umstand, daß sie, obwohl sie damals die Strafe verbüßen mußte, es nicht eingesehen hat, daß es nun an der Zeit für sie wäre, ihren Lebenswandel von Grund auf zu ändern.

2. Die Strafmilderungsgründe

Mildernd wurden regelmäßig die bisherige Straflosigkeit, Einsichtigkeit, das Geständnis und der gute Leumund berücksichtigt. Ebenso wurden dem Angeklagten Krankheit und Gebrechen, sowie schwierige wirtschaftliche Verhältnisse zugute gehalten. Auch eine freudlose, schwere Jugend, Heimatlosigkeit und Erziehungsnotstand wurden mildernd berücksichtigt. In einem Falle wurde sogar in der beabsichtigten Aufrechterhaltung der Ehe von Seiten der Ehefrau ein Milderungsgrund gesehen. Schlechte Anlagen und mangelnde Intelligenz wirkten sich in einem Falle ebenso strafmildernd aus wie die erhebliche Mitschuld der Ehefrau. So führte das Gericht in einem Falle sinngemäß aus:

Der Angeklagten ist zuzubilligen, daß sie aus denkbar ungünstigen Verhältnissen stammt, von geringer Intelligenz ist und aus diesem Grunde schon von Natur aus nicht die nötigen sittlichen Werte besitzt, die sie wirkungsvoll in die Lage versetzen, einen geordneten und anständigen Lebenswandel zu führen. Sie ist fast ausschließlich in Heimen aufgewachsen und hat kein geregeltes Familienleben kennengelernt.

Für den Angeklagten sprach auch, wenn er seiner nur moralischen Pflicht nachkam und für die Kinder seiner zweiten Ehefrau sorgte, die zwar nicht von ihm stammten, jedoch von ihr in die Ehe mitgebracht wurden. Der Neuaufbau einer

Existenz wurde gleichfalls positiv bewertet. Von Bedeutung war weiter die Tatsache, daß ein junger Mensch, der aus Mitteldeutschland kam, zuerst einmal festen Fuß fassen mußte.

Abschließend können wir noch sagen, daß die Erschwerungsgründe bei der Strafzumessung bedeutend zahlreicher waren als die Milderungsgründe. In vielen Urteilen waren nur erschwerende Umstände genannt, jedoch keine mildernden. Das kann uns aber keineswegs verwundern, da die Täterpersönlichkeit, wie wir sie herausarbeiten konnten, selten viele oder besondere Milderungsgründe hatten. Ohne jedoch typisieren zu wollen, können wir wohl sagen, daß nicht nur das Delikt als solches eine besondere Sozialgefährlichkeit aufweist, sondern der Täter in seiner Gesamtpersönlichkeit und in seinem Gesamtverhalten sowie seiner inneren Einstellung eine Gefahr nicht nur für den Unterhaltsberechtigten oder den modernen Wohlfahrtsstaat bildet, sondern durch seine weitverbreitete Gleichgültigkeit und das damit verbundene Anwachsen des Delikts ein härteres Eingreifen nötig ist, als dies im Berichtszeitraum und in dem untersuchten Bezirk geschehen ist.

IV. Sichernde und bessernde Maßregeln

Während die Strafe sühnen, bessern, abschrecken und auch vergelten soll, sieht das Gesetz im Interesse eines wirklichen Schutzes der Allgemeinheit neben der Strafe noch bestimmte Maßregeln vor, die der Sicherung und Besserung dienen sollen. Hier tritt der Schuld- und Sühnegedanke zurück.

Wir haben es in unseren Untersuchungen nur mit einer bestimmten sichernden und bessernden Maßregel zu tun, mit der Unterbringung im Arbeitshaus. Sie wurde bei drei weiblichen Tätern ausgesprochen. Auch in manchen anderen Fällen hatte man zwar eine Unterbringung erwogen, aber schließlich doch davon abgesehen. Dabei konnten wir immer wieder die große Furcht vor dieser Einrichtung bei den Tätern erkennen. Man nahm lieber ein paar Wochen Gefängnis in Kauf,

wehrte sich aber mit allen Mitteln gegen eine Unterbringung im Arbeitshaus. Woher diese Angst vor dem Arbeitshaus kommt, dafür reichte der Akteninhalt nicht aus. Ob sie in der Scheu vor der Arbeit oder in der möglichen langen Dauer der Unterbringung begründet ist, kann daher nicht entschieden werden. Das psychologische Moment der Möglichkeit einer Unterbringung im Arbeitshaus müßte gerade bei den zahlreichen Arbeitsscheuen unter den Unterhaltsschuldnern ausgenutzt werden. Wir wollen dies unserer Schlußbetrachtung vorbehalten.

Die drei untergebrachten weiblichen Täter waren als Dirnen bekannt. Ihre Unterbringung stützte sich jedoch auf § 361 Ziff. 5 StGB und nicht, wie man vielleicht meinen möchte, auf Ziff. 6 dieser Bestimmung. Der Nachweis für das Verhalten nach § 361 Ziff. 6 StGB gelingt sehr selten, zumal die "Kavaliers" sich gerne aus der Sache heraushalten. So wurde daher nach Ziff. 5 festgestellt, daß die Angeklagten sich dem Müßiggang dergestalt hingegeben haben, daß sie in einen Zustand gerieten, in welchem zum Unterhalt ihrer Kinder fremde Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Demgemäß mußte in Verbindung mit § 42 d StGB geprüft werden, ob die Unterbringung in einem Arbeitshaus anzuordnen war. Die Anordnung der Unterbringung wurde damit begründet, daß die Persönlichkeitsschilderung ergeben habe, daß es sich bei den Angeklagten nicht nur um sexuell triebhafte Persönlichkeiten handle, sondern darüber hinaus dieselben als ausgesprochen arbeitsscheu anzusehen seien, so daß die Unterbringung erforderlich sei, um sie zur Arbeit anzuhalten und sie an ein gesetzmäßiges, geordnetes Leben zu gewöhnen. Bei dieser Begründung handelte es sich also im wesentlichen um die Wiederholung des Gesetzestextes. Die Unterbringung war aber in allen Fällen voll gerechtfertigt. Sie wäre in einem Großteil der anderen Fälle ebenfalls gerechtfertigt gewesen, und die verhängten Strafen schienen für die Größe der Schuld selten angemessen und ausreichend. Man kann sagen, daß etwa die Hälfte der Urteile im Strafmaß nicht befriedigen können, weil sie zu mild waren³⁸⁾.

38) Ebenso Schmidt, a.a.O., S. 146.

V. Die Wirkung der Strafaussetzung zur Bewährung

Die Wirkung der Strafe liegt in der Zukunft oder besser, die Zukunft zeigt uns, ob das mit der Strafe gesteckte Ziel und der erstrebte Zweck erreicht sind. Aus diesem Grunde bedarf es eines genügend großen Beobachtungszeitraums nach der Verurteilung. Für unsere Untersuchung mit den zahlreichen kurzen Freiheitsstrafen bedeutet dies, daß die Strafe regelmäßig zur Bewährung ausgesetzt wurde und der Täter also in der Bewährungszeit noch unter gerichtlicher Kontrolle steht. Die Akten geben über das Verhalten des Täters bis zum Ablauf der Bewährungsfrist Auskunft. Über die in diesem Zusammenhang zu nennende Rückfälligkeit haben wir bereits oben^{38a)} Ausführungen gemacht.

Zunächst interessiert uns hier, warum die Verurteilten Strafaussetzung zur Bewährung erhielten. Dem Verurteilten soll nach § 23 StGB Gelegenheit gegeben werden, durch gute Führung während der Bewährungszeit Straferlaß zu erlangen. Im Strafverfahren wegen Unterhaltspflichtverletzung ging der Richter in seinen Erwägungen im Urteil in erster Linie von dem Gedanken aus, daß dem Unterhaltsberechtigten die Arbeitskraft des Unterhaltsverpflichteten nicht vorenthalten werden dürfe^{38b)}. Dies wäre aber dann der Fall, wenn die ausgeworfene Gefängnisstrafe vom Täter auch verbüßt werden müßte. Denn während dieser Zeit kann der Verurteilte kein Geld verdienen, so daß der Unterhaltsberechtigte auch keine Zahlung erwarten kann. Außerdem riskiert der Verurteilte, daß er dadurch, daß sein Aufenthalt im Gefängnis bekannt wird, seinen Arbeitsplatz verliert.

38a) S. 121 ff.

38b) Vgl. auch Schmidt, a.a.O., S. 123

Tabelle 73

Die Strafaussetzung zur Bewährung der im Lande Hessen
im Jahre 1958 nach § 170 b StGB Verurteilten³⁹⁾

Gefängnis	keine Bewährung		Bewährung	
	absolut	%	absolut	%
bis 1 Monat	65	7,44	100	11,44
über 1 - 3 Monate	200	22,88	233	26,66
über 3 - 9 Monate	132	15,10	67	7,67
über 9 Monate	11	1,26	-	-
Geldstrafe	408	46,68	400	45,77
	66	7,55		
	<u>474</u>	<u>54,23</u>		

Tabelle 74

Die Strafaussetzung zur Bewährung der nach § 170 b StGB in
Freiburg Verurteilten

	absolut	%	%
keine Bewährung 80		40,20	
Bewährung und zwar:			
2 Jahre	14	7,04	11,76
3 Jahre	50	25,12	42,02
4 Jahre	39	19,60	32,77
5 Jahre	16	8,04	13,22
	119	59,80	100,00=119
Verurteilte insgesamt	199	100,00	

39) Vgl. Brühl, a.a.O., S. 514. Die Zahlen für Hessen werden deswegen genannt, weil andere Veröffentlichungen dieser Art fehlen.

Hieraus - verglichen mit den Angaben bei Schmidt und Tschopp - ist zu ersehen, daß in Freiburg mehr Strafen zur Bewährung ausgesetzt werden als in Oberhausen und in Basel (sign.). In Oberhausen⁴⁰⁾ wurden 45,37 % ausgesetzt und 54,63 % nicht ausgesetzt. Bei Tschopp⁴¹⁾ fanden wir 43,44 % Verurteilte, die Bewährung erhielten und 57,67 %, die keine Bewährung erhielten. Auch in Hessen macht man von der Strafaussetzung zur Bewährung weniger Gebrauch als im Berichtsbezirk, wie ein Vergleich zwischen den Tabellen 73 und 74 zeigt.

Von den 199 Verurteilten hatten allein 119, das sind 59,80 %, Strafaussetzung zur Bewährung erhalten. In Hessen sind, wie wir gesehen haben, im Jahre 1958 45,77 % der nach § 170 b StGB Bestraften in den Vorzug der Bewährung gekommen. Über den Widerruf ist dort allerdings nichts gesagt. Speziell mit dem relativ neuen Institut der Strafaussetzung zur Bewährung befaßt sich Mattheis⁴²⁾. Er kommt dabei zu für uns interessanten Ergebnissen. Die Widerrufshäufigkeit bei den wegen Unterhaltsentziehung Verurteilten ist nämlich außerordentlich hoch. Mattheis gibt sie mit 81,8 % der ausgesetzten Strafvollstreckungen an⁴³⁾. In unserer Untersuchung betrug die Widerrufshäufigkeit bedeutend weniger, nämlich nur 54,61 %⁴⁴⁾. Die Ergebnisse nähern sich jedoch einander, wenn man bedenkt, daß bei Mattheis auch weit weniger Strafaussetzungen gewährt wurden.

Mit den Angaben auf S. 14 und 15 der zitierten Arbeit errechnen wir einen Durchschnitt von 33,6 % Strafaussetzungen gegenüber 54,61 % (65 Fälle) in unserer Untersuchung. Der um 24 % größeren Strafaussetzungsquote in unserer Untersuchung steht eine um 28 % größere Widerrufsquote bei

40) Vgl. Schmidt, a.a.O., S. 121 ff

41) a.a.O., S. 31

42) Die Strafaussetzung zur Bewährung, Bonner Diss. 1961

43) a.a.O., S. 64 und 70

44) Bei Schmidt, a.a.O., S. 122, wurden 232 Strafen zur Bewährung ausgesetzt, davon mußten 110 widerrufen werden. Von den restlichen 122 wurden 60 Fälle amnestiert, wie sich aus Anmerkung 1) auf Seite 122 bei Schmidt ergibt.

Mattheis gegenüber, so daß am Ende eine Differenz von lediglich 4 % übrig bleibt.

Wir halten die Häufigkeit des Widerrufs der zur Bewährung ausgesetzten Strafen trotzdem für sehr hoch und stimmen den Ausführungen von Mattheis zur einengenden Gewährung von Strafaussetzungen voll zu. Wir teilen die Bedenken, die sich angesichts der Widerrufshäufigkeit gegen eine Strafaussetzung erheben, weil die Aussetzungen in den meisten Fällen nicht zweckmäßig erscheinen. An die Person des Täters müssen erhöhte Anforderungen gestellt werden. Wenn über die Strafaussetzung entschieden wird, mag des öfteren der Gedanke mitspielen, daß dem Unterhaltsberechtigten nicht damit gedient ist, wenn der Unterhaltsverpflichtete anstatt Geld zu verdienen, damit er leistungsfähig bleibt oder wird, ins Gefängnis muß, um seine Strafe zu verbüßen⁴⁵⁾. Sicher ist es richtig, diese Gedanken in Erwägung zu ziehen. Die Entscheidung darüber aber, ob der Täter auch für den Fall der Strafaussetzung tatsächlich in ernstzunehmender Absicht der Erfüllung seiner Unterhaltungspflicht nachkommen wird, muß unter äusserst kritischer Würdigung der Täterperson erfolgen. Denn wir haben mehrmals im Laufe unserer Untersuchung feststellen können, daß Arbeitsscheu und ein zunehmender Grad an Asozialität bei sehr vielen Tätern vorhanden sind. Die regelmäßig besonders verwerfliche Gesinnung wird daher nur in den wenigsten Fällen eine Aussetzung der Strafe zur Bewährung rechtfertigen können.

45) Vgl. hierzu LK, § 170 b, Anm. 8, mit Hinweis auf Becker, in NJW 1955/1908, wo allerdings betont wird, daß es von den Umständen der Täterpersönlichkeit abhängt; Schmidt, a.a.O., S. 123

Tabelle 75

Der Bewährungszeitraum in Freiburg, Oberhausen⁴⁶⁾ und Basel⁴⁷⁾

Bewährungs- zeitraum	Freiburg absolut	i.Br. %	Oberhausen absolut	%	Basel absolut	%
2 Jahre	14	11,46	7	3,02	9	17,31
3 Jahre	50	42,02	174	75,00	24	46,15
4 Jahre	39	32,77	48	20,69	6	25,00
	119	-. -	232	-. -	52	-. -

Der Bewährungszeitraum ist in Freiburg wesentlich länger als in Oberhausen und in Basel (sign.). Faßt man den Zeitraum in zwei Gruppen zusammen, nämlich in eine Gruppe, die bis 3 Jahre Bewährung erhielt, und eine Gruppe mit einer Bewährungszeit von 4 und 5 Jahren, so finden wir für Freiburg in der ersten Gruppe 53,70 %, für Oberhausen 78,02 % und für Basel 63,46 %. Weiter ergibt sich daraus, daß im Bezirk des Amtsgerichts Freiburg 46,21 % der nach § 170 b StGB Verurteilten, die Strafaussetzung zur Bewährung erhielten, eine längere Bewährungszeit als 3 Jahre haben. Die entsprechenden Zahlen für Oberhausen sind 21,92 % und für Basel 36,54 %.

Für die Dauer der Bewährungszeit wurden den Verurteilten gemäß § 24 StGB Auflagen gemacht. Naheliegend war, daß den Verurteilten immer zur Auflage gemacht wurde, künftighin ihrer Unterhaltspflicht nachzukommen. Darüber hinaus erhielten sie die Auflage, die rückständige Unterhaltsschuld zu tilgen. Weiter mußte der Verurteilte in vielen Fällen zunächst einmal eine geregelte Arbeit annehmen und die Arbeitsstelle dem Gericht - in Fällen der Amtsvormundschaft auch dem Jugendamt - mitteilen. Schließlich mußte der Wechsel des Arbeitsplatzes und der Wohnungswechsel dem Gericht kurzfristig bekanntgegeben werden. Letztlich gehörte dazu, daß der Proband sich in der Bewährungszeit straffrei führte.

46) Vgl. Schmidt, a.a.O., S. 121

47) Vgl. Tschopp, a.a.O., S. 32

Bei vielen der Verurteilten, die Strafaussetzung zur Bewährung erhielten, mußte die Strafaussetzung widerrufen werden. Der Grund für den Widerruf lag regelmäßig darin, daß die Verurteilten auch weiterhin ihrer Unterhaltungspflicht nicht nachkamen. Meist wurden unter dem unmittelbaren Eindruck der Gerichtsverhandlung und des Urteils zunächst die Zahlungen aufgenommen. Nach einigen Monaten wurden dann die Leistungen entweder nur noch in Teilbeträgen - also nicht mehr in voller Höhe - erbracht oder ganz eingestellt. Allerdings gelang es gelegentlich unter dem Druck des Gerichts oder des Jugendamtes, wieder Unterhaltszahlungen zu erwirken. Doch wenn die schleppende Zahlungsweise sich über einen längeren Zeitraum hinzog, gelangte das Gericht schließlich zu der Überzeugung, daß der Verurteilte nicht mehr gewillt war, die Auflage, seiner gesetzlichen Unterhaltungspflicht nachzukommen, zu erfüllen. Dies führte dann zum Widerruf der Strafaussetzung zur Bewährung.

Tabelle 76
Die Widerrufsgeschwindigkeit

Zeitraum	Zahl der Widerrufe	%	%
bis 3 Monate	7	5,88	10,77
über 3 - 6 Monate	9	7,56	13,85
" 6 - 9 Monate	11	9,24	16,92
" 9 Monate - 1 Jahr	22	18,49	33,85
" 1 Jahr - 2 Jahre	9	7,56	13,85
" 2 Jahre - 3 Jahre	3	2,52	4,61
" 3 Jahre - 4 Jahre	2	1,68	3,08
" 4 Jahre - 5 Jahre	2	1,68	3,08
insgesamt	65	54,61	-.-
kein Widerruf	54	45,38	
	119	-.-	

Bezüglich der Anzahl der Widerrufe ergibt sich kein Unterschied zu den Ergebnissen, die Schmidt für Oberhausen ermittelt hat. Unter Hinzuziehung der Tabelle 72 kann man aus den Werten in der vorstehenden Tabelle schließen, daß bei der Unterhaltspflichtverletzung ein Bewährungszeitraum von mehr als 3 Jahren nicht erforderlich ist. Immerhin wurden nämlich 89,24 % aller widerrufenen Strafaussetzungen zur Bewährung innerhalb von 2 Jahren und sogar 93,85 % innerhalb von 3 Jahren widerrufen.

Die Zahl der Widerrufe ist im Zeitraum von neun Monaten bis einschließlich einem Jahr am größten. Vergleichen wir diesen Zeitraum mit den oben⁴⁸⁾ aufgestellten Rückfallintervallen, so kann man sagen, daß bei den Tätern, die eine Chance erhalten haben, sich durch Wohlverhalten nach der Verurteilung die Straffreiheit zu verdienen, die Rückfälligkeit doppelt so schnell eintritt als bei denen, die ihre Strafe verbüßen mußten. Diese Tatsache ist geeignet, unsere vorstehenden Argumente für eine besonders kritische Würdigung der Täterpersönlichkeit zu unterstreichen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß über die innere Wirkung der Strafe auf den Täter zwar nicht ohne weiteres etwas gesagt werden kann, ebenso wenig wie bei anderen seelisch-geistigen Vorgängen, die für die äußere körperliche Welt verborgen bleiben. Doch läßt das äußere Verhalten Schlüsse darüber zu, ob der mit der Strafe und ihrer eventuellen Aussetzung verfolgte Zweck erreicht wurde. Dies scheint uns jedoch im Hinblick auf die besondere Täterpersönlichkeit bei den Unterhaltspflichtverletzungen und den niedrigen Strafen sowie der großzügigen Handhabung der Strafaussetzungen in der gerichtlichen Praxis nicht zuzutreffen.

Das Kapitel wäre unvollständig, würden wir nicht noch ein Wort zur Vollstreckung sagen.

48) Im II. Teil, Abschn. A, Unterabschn. II, Kap. 5, S. 122 und 121 insb. Tab. 45

Tabelle 77 -
Vollstreckung der Strafurteile

Erlassen				Aus sonst. Gründen n. vollstreckt	Bewährungsfrist bzw. Vollstreckung läuft noch
Ganz	teilw.	Amnestie	Nach Ablauf der B.-Fr.		
118	5	17	54	3 Freiburg	2 Oberhausen ⁴⁹⁾
Vollstreckt:				123	61,81 %
Nicht vollstreckt:				76	38,19 %
				377	71,27 %
				152	28,73 %

Aus der Tabelle 77 ergibt sich, daß die Neigung der Gerichte im Bezirksbezirk nicht so streng zu bestrafen, sich erneut bestätigt, da in Freiburg nur 61,82 % der verhängten Strafen vollstreckt wurden. Im Gegensatz dazu waren dies in Oberhausen immerhin 71,27 % (sign. bei 2 %).

49) Vgl. Schmidt, a.a.O., S. 124.

Vierter Teil

S C H L U S S

A. Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit

=====

Einleitend haben wir uns als Hauptaufgabe der Arbeit die Darstellung der tatsächlichen Erscheinungsform der Unterhaltspflichtverletzung im sozialen Leben gesetzt. Die Lebensverhältnisse in der Umwelt der Täter, ihre familiären und beruflichen Beziehungen sollten erforscht werden, um so ein Bild von der Gesamtpersönlichkeit des Rechtsbrechers zu gewinnen. Neben der Erscheinungsform des Delikts wurde auch versucht, die bestimmenden Faktoren, die zur Begehung führten, zu erkennen und in der Folge einen gewissen Einblick in die Struktur der menschlichen Persönlichkeit des Täters zu erhalten. Von Anfang an haben wir betont, daß wir dem "Gesetz der großen Zahl", wie es in der Kriminal- und Strafverfolgungsstatistik herrscht, mit Zurückhaltung in der Auswertung unserer Ergebnisse unter Vermeidung von Verallgemeinerungen begegnen wollen. Wir können als Ergebnis dieser Untersuchung festhalten:

Während die allgemeine Kriminalität im Berichtsbezirk innerhalb des untersuchten Zeitraums abnahm, nahm die Zahl der Unterhaltspflichtverletzungen, gemessen an der Zahl der Strafverfahren und Verurteilungen in den Jahren 1953 - 1956 stark zu. Die graphischen Darstellungen zu den Tabellen 6 und 7 sowie das Diagramm zu Tabelle 9 (Seite 38) lassen diese Entwicklung besonders deutlich werden. Ein Vergleich mit der Arbeit von Schmidt läßt erkennen, daß in Oberhausen die Zunahme der Vergehen nach § 170 b StGB schon einige Jahre früher einsetzt. Dieser Anstieg der Unterhaltspflichtverletzungen im Berichtsbezirk ist kein Einzelfall, sondern stimmt mit den Verhältnissen im Land Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik überein. In diesem Zusammenhang stellen wir fest, daß die Häufigkeitsziffern in Freiburg und

Oberhausen¹⁾ höher sind als im Land Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik²⁾. Wir folgerten hieraus, daß die Unterhaltspflichtverletzung in größeren Städten häufiger begangen wird.

Der Anteil der Frauen an der Unterhaltspflichtverletzung ist im Berichtsbezirk mit durchschnittlich 24,28 % wesentlich höher als in Baden-Württemberg mit 16,28 % und in der Bundesrepublik mit 13,30 % im Durchschnitt. Im Gegensatz dazu ist die Frauenbeteiligung in Oberhausen (4,27 %) und Basel (3,32 %) erheblich geringer³⁾.

Bemerkenswert war die Feststellung, daß der Täterkreis in Oberhausen und Basel vorwiegend aus Geschiedenen - in Basel waren es 71,77 % der Täter - und Getrenntlebenden - in Oberhausen waren es 44 % der verheirateten Täter - besteht, während im Untersuchungsbezirk die Ledigen mit 43,81 % gegenüber 7,61 % in Oberhausen und 22,58 % in Basel überwiegen⁴⁾. Wir haben zwar mit Schmidt keine Abhängigkeit zwischen Ehescheidung und Unterhaltspflichtverletzung feststellen können, doch schien es wert zu sein, auf die verschiedene Zusammensetzung des Personenstandes in den verglichenen Untersuchungsbezirken hinzuweisen. Bei Tschopp fanden wir außerdem den Hinweis, daß die Schweizer Gerichte eine Ehe leichter scheiden als die Gerichte anderenorts. Auch in Oberhausen liegt die Scheidungsquote über derjenigen in Freiburg. Weiter stellten wir fest, daß der Anteil der Frauen im Berichtsbezirk bei den Ledigen 74,51 % ausmacht, die Männer jedoch mit 43,81 % bei den Ledigen beteiligt waren⁵⁾.

Die Opfer der Unterhaltspflichtverletzung waren zu 95,24 % Kinder, während nur in 2,86 % der Fälle die - weiblichen - Ehegatten betroffen wurden⁶⁾. Auch Schmidt ermittelte in

1) Vgl. Tabelle 8, S. 39

2) Vgl. Tabelle 10, S. 43

3) Vgl. Tabelle 29, S. 85

4) Vgl. Tabelle 16, S. 60

5) Vgl. Tabelle 30, S. 87

6) Vgl. Tabelle 18, S. 65

erster Linie Kinder (73,29 %) als Verletzte⁷⁾. Von den betroffenen Kindern waren im Berichtsbezirk 63,24 % unehelich und 23,53 % ehelich. Zu einem anderen Ergebnis kommt Schmidt mit 21,36 % unehelichen Kindern. Ebenso sind bei Tschopp⁸⁾ nur 29,83 % unehelich Geborene bei den verletzten Kindern. Die Verhältnisse im Hinblick auf die Unterhaltspflichtverletzung gegenüber unehelich geborenen Kindern sind also in Basel und Oberhausen gleich (sign.).

Die Täter stammten zu 38,57 % aus Freiburg i.Br., insgesamt 60 % waren in Süddeutschland geboren. Aus Mitteldeutschland und den verwalteten Ostgebieten stammten 13,81% der Täter, was 14,37 % bei Schmidt entspricht. Die Flüchtlinge und Heimatvertriebene machen im Berichtsbezirk 11,5 % der Wohnbevölkerung aus. Im Ausland waren 8,10 % geboren; es besaßen jedoch nur 2,83 % - in Oberhausen 1,77 % - nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und sind also als Ausländer zu bezeichnen. Demgegenüber waren die Ausländer an der Vergleichsgruppe mit 14,47 % beteiligt.

Das Durchschnittsalter der Täter betrug 32,2 Jahre⁹⁾, und zwar ergab sich bei den Männern ein solches von 34,3 Jahren und bei den Frauen von 25,8 Jahren. Schmidt hat für seine weiblichen Täter ein Durchschnittsalter von ca. 27 Jahren errechnet. Eine Vergleichsmöglichkeit mit dem Durchschnittsalter der Männer fehlt in der Untersuchung für Oberhausen. Im Berichtsbezirk war die Gruppe der 25- bis 29-jährigen mit 29,05 % am stärksten vertreten, während in Baden-Württemberg die Gruppe der 30- bis 39-jährigen mit 26,94 %, in der Bundesrepublik die gleiche Gruppe mit 28,44 % und in Oberhausen mit 30,06 % den größten Täteranteil hatte¹⁰⁾. Außerdem bestätigte die Summenverteilung und die Errechnung des Medians die Vermutung, daß die Freiburger Täter jünger sind als die vergleichbaren in der Bundesrepublik, in Baden-Württemberg und in Ober-

7) a.a.O., S. 73

8) a.a.O., S.27

9) Vgl. Tabelle 24, S. 76

10) Vgl. Tabelle 25, S. 78

hausen¹¹⁾. Für Oberhausen war der Wert am höchsten. Dies ist wohl mit darauf zurückzuführen, daß ein Großteil der Täter im Untersuchungsbezirk ledig ist, während diejenigen in Oberhausen verheiratet sind.

Eine Überprüfung der Schulbildung der Täter ergab, daß 95,71 % nur die Volksschule besucht hatten; 8 Täter hatten eine höhere Schulbildung aufzuweisen, nur einer hatte ein akademisches Studium.

Ein Vergleich mit der sozialen Stellung der Wohnbevölkerung im Untersuchungsbezirk ließ klar erkennen, daß die Gruppe der Arbeiter mit 69,50 % einen größeren Anteil an der Verletzung der gesetzlichen Unterhaltspflicht hat als ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung (ca. 30 %) entspricht¹²⁾. Zum gleichen Ergebnis kommt auch Schmidt¹³⁾ für seine Untersuchung. Allerdings weist die Tätergruppe in Oberhausen deswegen einen größeren Prozentsatz auf, weil in Oberhausen auch mehr Arbeiter leben als in Freiburg. Den kleinsten Teil stellen die Beamten mit 1,43 %.

Auch der Verdienst der Täter ließ einen Vergleich mit den Verhältnissen in Oberhausen zu¹⁴⁾. Zwischen beiden Untersuchungsbezirken besteht grundsätzlich Übereinstimmung. Das Einkommen war zum Teil sehr gering, wobei allerdings zu beachten ist, daß die Täter auch nicht danach strebten, mehr zu verdienen. Zwei signifikante Unterschiede konnten festgestellt werden, der eine bei den Monatseinkommen zwischen DM 301,-- und DM 400,-- - in Oberhausen 25,59 % gegenüber 9,05 % in Freiburg - und der andere hinsichtlich derjenigen Täter, die nichts verdienten - in Oberhausen 13,98 % gegenüber 30,48 % in Freiburg -, woraus sich ergibt, daß die Täter im Bezirksbezirk in diesen beiden Gruppen wirtschaftlich schlechter gestellt waren.

11) Vgl. Tabelle 26, S.

12) Vgl. Tabelle 5, S. 25 und Tabelle 40, S. 113

13) a.a.O., S. 53 ff.

14) Vgl. Tabelle 57, S. 160

Im Gegensatz zu Schmidt haben wir 59,52 % Vorbestrafte¹⁵⁾, während es in Oberhausen 69,88 % und in Basel 66,00 % waren. Dasselbe gilt auch für die einschlägig vorbestraften Täter, die bei Schmidt 22,11 % und bei uns 10,48 % ausmachten. Die Feststellung, daß die Vermögensdelikte an erster Stelle stehen, konnten wir Schmidt bestätigen. Von diesen Delikten hatten Diebstahl, Betrug, Unterschlagung und Hehlerei einen Anteil von zusammen 53,93 % in Freiburg¹⁶⁾ und 49,14 % in Oberhausen an den Vorbestraften. Der Diebstahl war die meist begangene Straftat. Auf den Täter entfielen in Freiburg bei den Männern 2,31 und bei den Frauen 1,02 Vorstrafen, in Oberhausen bei den männlichen Probanden 2,71 und bei den weiblichen 2,93 Vorstrafen. Anders ist das Ergebnis bei den einschlägig Vorbestraften, wo im Gerichtsbezirk pro männlichem Täter 0,06 und pro weiblichem Täter 0,24 Vorstrafen kommen, während das Verhältnis in Oberhausen 0,30 Vorstrafen bei den Männern und 0,05 Vorstrafen bei den Frauen lautet.

Wir haben diejenigen Täter, die man als arbeitsscheu vagabundierend oder verwahrlost bezeichnen konnte, unter dem Oberbegriff "asozial" zusammengefaßt. Dabei fiel auf, daß 49,52 % der Täter als asozial in diesem Sinne bezeichnet werden konnte¹⁷⁾. Angesichts der großen Zahl der Asozialen und der Gefahr, die von der Asozialität ausgeht, schien dies einer besonderen Betrachtung wert.

Die Untersuchung der Begehungsweise hat die Vielfalt der Verletzungsmöglichkeiten gezeigt¹⁸⁾. Der Aufenthaltswechsel (21,30 %), der Wechsel des Arbeitsplatzes (20,58%) und die Aufgabe des Arbeitsplatzes (14,08 %) erschweren die Strafverfolgung der Täter wesentlich. Trotzdem gelang es der Justiz im Gerichtsbezirk, 68,67 % der Strafverfahren innerhalb von 6 Monaten abzuschließen, wogegen die Gerichte in Oberhausen erst 37,59 % in diesem Zeitraum erledigten¹⁹⁾. Nur 2,35 % der Verfahren dauerten in Freiburg

15) Vgl. Tabelle 43, S. 120

16) Vgl. Tabelle 42, S. 118

17) Vgl. Tabelle 50, S. 128

18) Vgl. Tabelle 59, S. 165

19) Vgl. Tabelle 65, S. 185

länger als 2 Jahre; in Oberhausen waren es 8,46 %.

Da der überwiegende Teil der Täter in der Tatzeit keine Zahlungen - 61,24 % in Freiburg und 63 % in Oberhausen - leistete, waren die Unterhaltsrückstände auch entsprechend hoch. Die meisten, nämlich zusammen 30,48 %, lagen zwischen DM 1.001,-- und DM 3.000,--. Die größte Unterhaltsschuld betrug rund DM 15.000,--.

Hinsichtlich der Leistungen des Unterhaltsverpflichteten gegenüber unehelichen Kindern einerseits und anderen Unterhaltsberechtigten andererseits bestand im Berichtsbezirk kein Unterschied.

Allerdings wurden bei der Unterhaltspflichtverletzung gegenüber unehelichen Kindern mehr Zwangsvollstreckungsmaßnahmen ergriffen, nämlich viermal so viel. Wesentlich andere Ergebnisse finden wir in Oberhausen, wo Schmidt nachweist, daß die unehelichen Kinder besser abschneiden. Auch in diesem Falle ist dieses Ergebnis in erster Linie auf die größere Zahl der unfreiwilligen, im Wege der Zwangsvollstreckung belgetriebenen Zahlungen zurückzuführen. Sieht man von diesen strukturellen Unterschieden ab, so besteht zwischen den Ergebnissen bei Schmidt und den hier erzielten kein Unterschied (sign.)²⁰⁾.

Die Folgen der unzureichenden Unterhaltsleistungen führten zu einer erheblichen Belastung der öffentlichen Fürsorgebehörden. Im Untersuchungsbezirk mußten 71,90 % der Opfer von der Fürsorge unterstützt werden. Hierbei sind noch diejenigen Fälle zu berücksichtigen, wo dritte Personen und die Fürsorgebehörde gemeinsam Unterstützung gewährten (8,10 %). Der Vergleich mit Oberhausen ergab, daß die Verhältnisse dort gleich lagen (sign.)²¹⁾. In beiden Bezirken ist die Hilfe dritter Personen zum überwiegenden Teil durch Eltern und Großeltern geleistet worden, und zwar waren dies 93,22 % in Freiburg und 86,73 % in Oberhausen.

20) Vgl. Tabelle 61, S. 177/178

21) Vgl. Tabelle 62, S. 179

Von den Strafanzeigen erstattete das Jugendamt 70,48 %. Zu Oberhausen bestehen wesentliche Unterschiede, die vor allen Dingen auf die verschiedene Struktur der Verletzten zurückzuführen sind, denn im Bezirk des Amtsgerichts Freiburg handelt es sich vorwiegend um die Verletzung der Unterhaltspflicht gegenüber unehelichen Kindern. Demnach kommt auch das Jugendamt als Amtsvormund in erster Linie als Anzeigerstatter in Betracht (sign.).

Dem Strafvorwurf versuchten die Täter Einwendungen entgegenzusetzen, die ihr Verhalten entschuldigen oder rechtfertigen sollten. Gemeinsam ist den untersuchten Bezirken Freiburg (36,67 %) und Oberhausen (30,90 %) die Schutzbehauptung, man habe zu wenig verdient, um seine Unterhaltspflicht erfüllen zu können. Ebenso verhält es sich mit der Berufung darauf, daß man arbeitslos oder krank gewesen oder aber, daß man nicht der leibliche Vater sei. Der Einwand, daß die Kindesmutter auf Unterhaltsleistungen verzichtet habe (4,28%), wurde nur in Freiburg geltend gemacht. Dafür wurde in diesem Bezirksbezirk nie darauf abgehoben, daß die Ehe zerrüttet sei²²⁾. Dieser Einwand in Oberhausen (15,94 %) erklärt sich aus der größeren Zahl der Unterhaltspflichtverletzungen gegenüber Ehegatten. Freiburg weist hingegen, wie wir bereits mehrfach feststellten, in der Hauptsache Unterhaltspflichtverletzungen gegenüber unehelichen Kindern auf.

Zu unterscheiden von den Einwendungen sind die Tatmotive, Die Motive bei Schmidt sind in Wirklichkeit Einwendungen, d.h. Schutzbehauptungen, die den Strafverfolgungsbehörden zur Verteidigung entgegengehalten wurden. Sie wurden daher mit den Einwendungen unserer Täter verglichen. Wir haben versucht, die eigentlichen Beweggründe, die zur Tat führten, zu ermitteln. Danach war bei 39,05 % die Arbeitsscheu der Grund für die Vernachlässigung der Unterhaltspflicht. Die persönlichen Rachegefühle machten zusammen 30,95 % aus. Diese Beweggründe lassen auf Verantwortungslosigkeit und Rücksichtslosigkeit schließen.

22) Vgl. Tabelle 66, S. 187

Das Verhalten der Täter vor Gericht und anderen Behörden war sehr unterschiedlich und hing von der Gerissenheit und Erfahrung des Einzelnen ab. Ein Großteil der Täter (61,90%) hat sich, dem Gebot der Klugheit folgend, einsichtig, reumütig und zahlungswillig gezeigt. Demzufolge erhielten 56,67 % (59,80 % der Verurteilten) Strafaussetzung zur Bewährung²³⁾.

Es fiel auf, daß in unserem Berichtsbezirk (92,99 %) verhältnismaßig mehr Täter verurteilt wurden als in Oberhausen (67,87 % sign.)²⁴⁾. Bei Tschopp waren es ebenfalls mehr Verurteilte, nämlich 91,18 % und 8,82 % Freisprüche. Da Tschopp jedoch nichts über etwaige Einstellungen berichtet, ist ein Vergleich nur unter Vorbehalt möglich. Obwohl das Strafmaß nach Ansicht von Schmidt in Oberhausen verhältnismäßig mild ist, stellten wir fest, daß es der Bestrafung in der Bundesrepublik entspricht (sign.). Darüber hinaus bestätigte sich unsere Vermutung, daß die Täter im Untersuchungsbezirk zu noch niedrigeren Strafen verurteilt wurden als in Oberhausen (sign. 98 - 99 %) und in der Bundesrepublik²⁵⁾. Die Verurteilungen in Basel unterboten jedoch auch das Strafmaß in Freiburg. Gefängnisstrafen bis zu 3 Monaten wurden dort in 97,50 % und über 3 Monate in 2,5 % der Verurteilungen ausgeworfen. In Freiburg waren es 90,96 % und 7,54 %. Demgegenüber entsprach dies 82,09 zu 14,38 % in Oberhausen. Aufgrund der Verurteilungen in der Bundesrepublik konnten wir nachweisen, daß sich das Strafmaß in den Jahren 1954 - 1956 verschärft hat (sign.)²⁶⁾. Wir glaubten dies dadurch erklären zu können, daß die Gerichte der Zunahme der Unterhaltspflichtverletzungen mit erhöhten Strafen zu begegnen suchten. Für die Verhältnisse in Hessen kamen wir zu dem Schluß, daß eine strengere Bestrafung sinnvoll war, denn beispielsweise liegt die Häufigkeitsziffer für das Jahr 1958 in Hessen unter dem

23) Vgl. Tabelle 74, S. 207

24) Vgl. Tabelle 70, S. 197

25) Bgl. Tabelle 71, S. 199

26) Vgl. Tabelle 72, S. 200

Erwartungswert für Baden-Württemberg und demjenigen für die Bundesrepublik. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß Oberhausen, obwohl auch dort wesentlich strenger bestraft wird als im Berichtsbezirk, trotzdem eine viel höhere Häufigkeitsziffer hat als Freiburg.

Ein Großteil der verhängten Strafen, nämlich 59,80 %, wurden den Tätern zur Bewährung ausgesetzt²⁷⁾. In dem von Schmidt untersuchten Bezirk wurden nur 45,37 % der Strafen zur Bewährung ausgesetzt, während in Basel nur 43,33 % Verurteilte Bewährung erhielten. Damit steht fest, daß in Freiburg mehr Strafen zur Bewährung ausgesetzt werden als in Oberhausen und in Basel (sign.). Der Vergleich mit Hessen zeigte, daß dort gleichfalls weniger von der Strafaussetzung zur Bewährung (46,68 %) Gebrauch gemacht wurde.

Hinsichtlich des Bewährungszeitraumes besteht gleichfalls ein signifikanter Unterschied zwischen dem Untersuchungsbezirk und den Verhältnissen in Oberhausen sowie in Basel. Im Berichtsbezirk ist der Bewährungszeitraum länger als in den beiden anderen Bezirken; während von den Verurteilten, die Bewährung erhielten, in Freiburg 46,21 % eine längere Bewährungszeit als drei Jahre hatten, waren dies in Oberhausen 21,92 % und in Basel 36,54 %.

Nicht alle Täter, die in den Vorzug der Strafaussetzung zur Bewährung gelangten, rechtfertigten dieses Vertrauen. So mußten im Berichtsbezirk 54,61 % der zur Bewährung ausgesetzten Strafen widerrufen werden²⁸⁾. Ein Unterschied zu der Anzahl der Widerrufe, die Schmidt ermittelt hat, besteht nicht. Wir kamen zu dem Ergebnis, daß ein Bewährungszeitraum von 3 Jahren bei der Unterhaltspflichtverletzung ausreicht, denn von den widerrufenen Strafaussetzungen zur Bewährung wurden 89,24 % innerhalb von 2 Jahren und 93,85 % innerhalb von 3 Jahren widerrufen.

27) Vgl. Tabelle 74, S. 207 und Tabelle 75, S. 210

28) Vgl. Tabelle 76, S. 211

Abschließend haben wir auch die Vollstreckung der Strafen in Freiburg und in Oberhausen miteinander verglichen und festgestellt, daß in Freiburg nur 61,81 % der verhängten Strafen vollstreckt wurden. In Oberhausen waren es immerhin 71,27 %²⁹⁾. Darin sehen wir gleichfalls eine Bestätigung dafür, daß die Gerichte in Freiburg dazu neigen, mehr Milde walten zu lassen.

Wenn wir diese Ergebnisse der Arbeit zusammenfassend betrachten, so können wir feststellen, daß unsere Hypothese, wonach die Kindeseltern unehelich geborener Kinder eher dazu neigen, ihre gesetzliche Unterhaltspflicht gegenüber den Unterhaltsberechtigten zu vernachlässigen, sich bestätigt hat. Grundsätzlich handelt es sich, wie der Vergleich mit anderen Arbeiten bewiesen hat, in erster Linie um Kinder, deren Lebensbedarf durch die Nichterfüllung der gesetzlichen Unterhaltspflicht gefährdet ist. Der Schutz des § 170 b StGB kommt also besonders den Abkömmlingen zugute, denn Ehegatten, Eltern und andere Unterhaltsberechtigte sind bei weitem nicht so gefährdet wie Kinder. Die Täter der Unterhaltspflichtverletzung stammen in der Regel aus sehr einfachen Verhältnissen. Auch in dieser Hinsicht hat sich unsere Vermutung als zutreffend erwiesen. Meist handelt es sich um Arbeiter, insbesondere ungelernte Arbeiter und Hilfsarbeiter, aus denen sich der Täterkreis zusammensetzt. Ohne einen Typ des Täters nach § 170 b StGB schaffen zu wollen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß ein Großteil der Probanden asoziale Züge aufwies. Kennzeichnend ist die ganze Denkungsart und Einstellung zu der moralischen und gesetzlichen Verpflichtung dem Unterhaltsberechtigten gegenüber, die oft als Gleichgültigkeit, Interessenlosigkeit und Verantwortungslosigkeit zu charakterisieren ist. Der Täter hat keinerlei innere Beziehung zu seiner Unterhaltspflicht. Dieses fehlende Verhältnis drückt sich aus in der Auflehnung gegen jeden, der ihn auf seine Verpflichtung hinweist. Dabei spielt auch die Tatsache eine Rolle, daß die Täter relativ jung sind und noch keine

29) Vgl. Tab. 77 S. 213

Verantwortung tragen wollen. Die Zugehörigkeit zu einer sozial schwachen Gesellschaftsklasse läßt auf mangelnden Fleiß, fehlende Energie und Zielstrebigkeit schließen. Dadurch, daß viele Täter keinen erlernten Beruf haben, sondern die Tätigkeit eines Hilfsarbeiters ausüben oder aber dem eigentlichen Beruf vorziehen, ist es für sie leichter, ihre Arbeitsstelle zu wechseln; ihre Einkommensverhältnisse zu kontrollieren oder den Lohn zu pfänden, wird daher sehr erschwert. Dies wirkt sich auch auf die Strafverfolgung aus. Die Faktoren, die dazu führen, die gesetzliche Unterhaltspflicht so weit zu vernachlässigen, daß dieses Verhalten strafbar wird, können verschiedener Art sein. Man kann den Grund für die Straffälligkeit nicht in einer Ursache allein suchen. Die mangelnde innere positive Bereitschaft zur Verantwortung gegenüber den Unterhaltsberechtigten, insbesondere den Abkömmlingen, mag einmal auf eigene schlechte Erfahrungen und auf die mangelnde Erziehung in der Familie zurückzuführen sein. Dafür spricht, daß immerhin 44,28 % der Täter gestörten Familien entstammen. Das Fehlen einer vollständigen Familie in der Kindheit und vor allem im Stadium des Übergangs in die Erwachsenenwelt, das bei den meisten Menschen schon vom 14. Lebensjahr an mit der Ergreifung eines Berufes einsetzt, macht sich im weiteren Leben nachteilig bemerkbar.

Zwischen gestörter Familie und Straffälligkeit nach § 170 b StGB besteht eine gewisse Abhängigkeit. Dies konnte insbesondere für die weiblichen Täter in der vorliegenden Untersuchung statistisch nachgewiesen werden. Angesichts dieses Ergebnisses darf die Bedeutung einer geordneten elterlichen Familiengemeinschaft nicht unterschätzt werden³⁰⁾. Der Mangel der natürlichen elterlichen Stütze in der Entwicklung des jungen Menschen kann dann auch zu Rechtsbrüchen auf dem Gebiet des Schutzes von Ehe und Familie führen. Zum anderen mag, wie Schmidt³¹⁾ unter Hin-

30) Vgl. Würtenberger, Situation, a.a.O., S. 81.

31) a.a.O., S. 143

weis auf Ogburn und Schelsky³²⁾ festgestellt hat, der Strukturwandel der Familie eine der Ursachen für die Zunahme der Unterhaltspflichtverletzungen sein. Dabei geht Schmidt allerdings von der eigenen Familie der Probanden aus, während wir - da bei uns die Unterhaltspflichtverletzungen gegenüber unehelichen Kindern überwiegen - hierbei die Eltern-Familien meinen. Eine weiter zu beachtende Rolle spielen auch die Charaktereigenschaften der Täter, die ihre Kinder einfach sich selbst überlassen. Die gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen dem Kindesvater und seinem unehelichen Kind, wonach beide nicht miteinander verwandt sind, dürfte gleichfalls zu einem Teil zu der von den Tätern eingenommenen Haltung beitragen, wie die Tatmotive erkennen lassen.

Daß man die zweifellos unzureichenden richterlichen Maßnahmen - insbesondere die geringe Bestrafung und die großzügigen Strafaussetzungen zur Bewährung - ebenfalls für die Zunahme der Verletzung der gesetzlichen Unterhaltspflicht verantwortlich machen kann, wie Schmidt³³⁾ meint, ist gleichfalls nicht von der Hand zu weisen. Der Vergleich mit der schärferen Bestrafung in Hessen läßt zumindest den Schluß zu, daß eine strengere Bestrafung u.U. vorbeugend wirkt, womit der Strafzweck der Abschreckung erfüllt wäre.

B. Die möglichen Auswirkungen auf die Strafrechtsdogmatik =====

Die Ausführungen über die Entwicklung der Kriminalität der Unterhaltspflichtverletzung³⁴⁾ haben erkennen lassen, daß die Bestimmung des § 170 b StGB ziemlich umstritten ist. Wie sehr man allgemein über die Notwendigkeit dieser Vorschrift und ihrer vorangegangenen gesetzlichen Regelungen einig ging, so hartnäckig hat man seit ihrem Ursprung um die Formulierung gekämpft und darüber gestritten, welches

32) a.a.O., S. 140/141

33) a.a.O., S. 142/143

34) Im I. Teil, Abschn. B, Unterabschn. II, S. 40

das in § 170 b StGB geschützte Rechtsgut ist³⁵⁾

Heute stehen sich in der Hauptsache zwei Meinungen gegenüber, die eine - überwiegend von der Literatur vertretene - tritt für eine einengende Auslegung der Bestimmung, die andere - hauptsächlich von Rechtsprechung und Praxis vertretene - tritt für eine uneingeschränkte Anwendung der Bestimmungen in der bisherigen Form ein. Die Frage geht also dahin, ob die Bedenken in subjektiver Hinsicht, wie sie vom Schrifttum nahezu einhellig geltend gemacht werden, gerechtfertigt sind.

I. Die Ausstrahlung auf das geschützte Rechtsgut³⁶⁾

Zunächst ist daher zu fragen, was in § 170 b StGB geschütztes Rechtsgut ist. Damit beginnen bereits die Schwierigkeiten.

In seiner Grundsatzentscheidung vom 4.11.1953³⁷⁾ hat der 4. Strafsenat des Bundesgerichtshofes betont, daß diese Strafvorschrift auf höheren rechtspolitischen Gedanken beruhe als der aufgehobene § 361 Nr. 10 StGB. Sie bedrohe das durch die Verletzung der gesetzlichen Unterhaltspflicht begangene Unrecht gegen die Bande des Bluts und der Familie mit Strafe; sie schütze Ehe und Mutterschaft, die uneheliche ebenso wie die eheliche.

Strafzweck sei also, Verfehlungen gegen die durch Ehe und Abstammung begründete Treupflicht nachdrücklichst zu ahnden. Der 2. Strafsenat hatte sich in seiner Entscheidung vom 10. Dezember 1958³⁸⁾ gleichfalls mit dem Rechtsgutgedanken auseinanderzusetzen. Er hat hierzu ausgeführt, daß nach dem Wortlaut des Gesetzes die Bestimmung des § 170 b

35) Vgl. unsere Ausführungen zur gesetzgeberischen Entwicklung im I. Teil, Ansn. B, Unterabschn. I, S. 27 ff.; weiter auch Baums a.a.O.

36) Vgl. hierzu auch die Ausführungen von Baums, a.a.O., insbes. S. 53 ff.

37) BGHSt 5/106 ff. 108,

38) BGHSt 12/166 ff. 169.

StGB die Verletzung jeder gesetzlichen Unterhaltspflicht betreffe, also auch die nicht auf blutsmäßiger Abstammung beruhende des Ehemannes, der die Ehelichkeit des von ihm nicht erzeugten Kindes nicht angefochten hat, und der des Adoptivvaters. Im Schrifttum hat man diese beiden Entscheidungen als konträr hingestellt³⁹⁾. Es ist, trotz des etwas irreführenden Wortlauts der erstgenannten Entscheidung des Bundesgerichtshofes, nicht ersichtlich, daß der 4. Strafsenat von der bisherigen höchstrichterlichen Rechtsprechung⁴⁰⁾, wonach jede gesetzliche Unterhaltspflicht geschützt werden soll, abweichen wollte. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte der Senat die Abkehr von dieser Rechtsprechung hervorgehoben und unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Seine Entscheidung befaßt sich vielmehr nur mit dem Problem der Bindung des Strafrichters an ein rechtskräftiges Zivilurteil und beabsichtigte nicht, strafrechtliche Ausführungen zum geschützten Rechtsgut in § 170 b StGB zu machen. Sonach wird also der Schutz der gesetzlichen Unterhaltspflichten durch diese Bestimmung erstrebt⁴¹⁾. Daneben, also erst in zweiter Linie, dient diese Vorschrift auch noch dem Schutz der öffentlichen Hand⁴²⁾ im ursprünglichen Sinne, wie wir es bei unseren Ausführungen über den Ursprung der Bestimmung dargelegt haben⁴³⁾.

39) Vgl. z.B. Maurach, a.a.O., § 170 b Anm. 1, S. 370

40) Vgl. BGHSt 12/169.

41) Vgl. hierzu insbesondere die Auseinandersetzung von Bruns, FamRZ 1957/378 mit dem Urteil des OLG Hamm vom 17. 1. 1957.

42) So Kohlrausch-Lange, a.a.O., § 170 b, Anm. II, S. 408; sowie Schönke-Schröder, a.a.O., § 170 b, Anm. I, S. 757; aber auch Eckstein, a.a.O., S. 47 zur alten Übertretungsvorschrift; a.A. wohl Maurach, a.a.O., § 170 b Anm. 1, S. 370; LK, a.a.O., § 170 b, Anm. 1, S. 67

43) Vgl. S. 27 und 28 der Arbeit

Es war daher auch für das geschützte Rechtsgut von Bedeutung, daß wir uns einen gewissen Einblick in die Verwirklichung des Delikts in seinem sozialen Bezug und als Form menschlichen Verhaltens verschafft haben. Wir erkennen daraus, daß der Schutz der gesetzlichen Unterhaltspflicht in der Praxis vor allen Dingen den Kindern, insbesondere den unehelichen Kindern, zugute kommt. Aus diesem Grunde ist es auch zu begrüßen, wenn die Rechtsprechung des BGH in zunehmendem Maße auf das Wohl des Kindes und den Gedanken des Rechts- und Familienfriedens abhebt⁴⁴⁾.

II. Die Forderung auf einengende Auslegung des § 170 b StGB

Das Schrifttum wünscht im Gegensatz zu der einmütigen Forderung der Praxis eine Einschränkung des subjektiven Tatbestandes⁴⁵⁾. Um Wiederholungen zu vermeiden, sei auf die im I. Teil der Arbeit gemachten Hinweise⁴⁶⁾ Bezug genommen. Wir sehen die Dinge wie folgt:

1. Der Vergleich mit Art. 217 Schweiz. StGB⁴⁷⁾

Es wurde der Vorwurf erhoben, daß der Gesetzgeber von 1943 die weise Mäßigung des schweizerischen Vorbildes, insbesondere auf subjektivem Gebiet gänzlich außer acht gelassen habe⁴⁸⁾. Die strafbare Handlung des Art. 217 Schweiz. StGB besteht darin, daß ein Familienangehöriger "aus bösem Willen, aus Arbeitsscheu oder aus Liederlichkeit" (Abs. 1) seine Unterhalts- und Unterstützungspflichten nicht oder

44) Vgl. hierzu Bruns, a.a.O., S. 378, unter Hinweis auf BGHZ 14/358 = FamRZ 1954/245 und BGHZ 23/1 = FamRZ 1957/93; BGHSt 12/187 stellt auf die den Unterhalt des Kindes gefährdende Treupflichtverletzung ab.

45) Maurach, a.a.O., § 170 b Anm. 3, S. 371, bezeichnet den subjektiven Tatbestand als völlig verunglückt.

46) Abschn. B, Unterabschn. II, S. 35, insbes. Fußn. 83

47) Nach Tschopp, a.a.O., S. 25 soll die Familie in allen ihren Beziehungen geschützt werden.

48) Maurach, a.a.O., § 170 b, Anm. 1, S. 370.

nur teilweise erfüllt⁴⁹⁾. Neben dem Vorsatz muß also ein verwerflicher Beweggrund vorliegen in der genannten Art und Weise. Damit ist aber noch nicht sehr viel gesagt. Es bedarf noch der näheren Erläuterung der vorbeschriebenen Tatbestandsmerkmale. Es steht vorerst nur fest, daß die bloße Nichterfüllung nicht bestraft wird.

Böser Wille ist es, wenn der Täter sich der Tragweite seiner Handlung nicht nur bewußt ist, sondern deren Auswirkung, d.h. eine Schädigung eines Familienangehörigen, durch die Nichterfüllung seiner Unterhalts- oder Unterstützungspflichten, sei es aus feindseliger Gesinnung, sei es aus irgendeinem anderen Grunde, beabsichtigt⁵⁰⁾. Es gibt, wie wir feststellen konnten, kaum einen Fall in der Praxis, wo nicht ein niedriger Beweggrund dieser Art vorhanden ist. Beabsichtigte der Täter aber nicht, sich zu rächen, und lag keine Schädigungsabsicht vor - die Schädigung geschah regelmäßig zum Nachteil des minderjährigen Unterhaltsberechtigten - so lag bei unseren Tätern des öfteren das andere Tatbestandsmerkmal, die Arbeitsscheu, vor. Von ihm spricht man im schweizer Strafrecht dann, wenn der Pflichtige jede normale Arbeitsanstrengung scheut, womit er seinen Unterhalts- oder Unterstützungsbeitrag beschaffen könnte, oder wenn er sein Einkommen verpraßt.

Wir können sagen, daß die überwiegende Mehrzahl unserer untersuchten Probanden auch von dieser Strafbestimmung erfaßt worden wäre. Vielleicht könnte man auch durch entsprechende Auslegung des Tatbestandes alle Fälle - nämlich auch diejenigen der Gleichgültigkeit - erfassen. Die Frage ist allerdings die, ob durch die Einfügung dieser Merkmale in den gegenwärtigen Wortlaut der Bestimmung des § 170 b StGB nicht eine weitere Erschwerung in der praktischen Handhabung der Vorschrift eintreten würde. Schon die heutige Fassung gibt tatsächlich und rechtlich genügend Schwierigkeiten auf. Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, daß kein

49) Cathomen, a.a.O., S. 122; dies gilt auch für den Art. 217, vgl. dazu Tschopp, aa.O.

50) Vgl. Cathomen, a.a.O., S. 122.

Proband bestraft wurde, der nicht Strafe verdient hätte. Wir glauben, daß es eher der Fall ist, daß für viele Täter genügend Möglichkeiten vorhanden sind, um sich der gerechten Strafe zu entziehen, und zwar auf legalem Wege, nämlich durch Freispruch oder Einstellung nach § 153 StPO.

Weise Mäßigung in dem geforderten Sinne würde noch weniger Wirksamkeit der Vorschrift bedeuten und die milde Handhabung im Strafmaß und in der Strafaussetzung noch milder erscheinen lassen. Zwischen Theorie und Praxis muß hier streng unterschieden werden. Es sollte auch beachtet werden, daß die Gesetze für die Praxis bestimmt sind und aus der Erfahrung der Praxis heraus sollen sie geschaffen werden. Die Gefahr einer Überdehnung strafrechtlicher Verantwortlichkeit, von der Welzel spricht⁵¹⁾, ist in der Praxis - soweit ersichtlich - bisher nicht aktuell geworden und konnte auch in unserer Untersuchung nicht festgestellt werden.

2. Der Vergleich mit den früheren Entwürfen

Aus denselben Gründen sind die Bedenken von Kohlrausch-Lange⁵²⁾ abzulehnen, der für seine Meinung die früheren Entwürfe heranzieht und die ratio legis durch enge Auslegung gewinnen will. Wie sehr die Meinungen über die Einschränkungen des subjektiven Tatbestandes auseinandergehen, zeigte die Gesetzesberatung in der 87. Sitzung der Großen Strafrechtskommission vom 18. Juni 1958 zum Umdruck J 81⁵³⁾. Das Ergebnis der Beratung war, daß keines der von Kohlrausch-Lange oder auch anderen Autoren genannten Merkmale, wie sie in den früheren Entwürfen teils eingefügt und teils weggelassen wurden, in den § 200, E 1962, aufgenommen wurde. Die Weglassung dieser Merkmale wird von der Praxis sicherlich begrüßt werden und der Anreiz zur Verschleppung des Verfahrens auf legalem Wege, mit Hilfe der

51) a.a.O., § 170 b, Anm. 2, S. 364

52) a.a.O., § 170 b, Anm. I, S. 408; s. auch den Hinweis in vorstehender Anm. 17).

53) Niederschriften, aa.O., S. 386 ff.

Durchführung von Revisionen eine höchsttrichterliche Klärung der neuen Merkmale herbeizuführen, ist somit von vornherein verloren. Etwas, was sich seit Jahren in der praktischen Rechtsanwendung bewährt hat, sollte man nicht deswegen abschaffen oder verändern, weil das Schrifttum theoretische Bedenken anmeldet, die bisher nie praktisch geworden sind.

3. Überlegungen zur Gesetzgebung

Wenn man die in der 87. Sitzung der Großen Strafrechtskommission geäußerten Ansichten⁵⁴⁾ betrachtet, so wäre darauf hinzuweisen, was wir oben betont haben, daß nämlich den Bedürfnissen der praktischen Rechtsfindung unbedingt Rechnung getragen werden muß, wenn man ein Gesetz neu schaffen oder eine Gesetzesbestimmung ändern will. Dazu bedarf es aber nicht nur reicher praktischer Erfahrung, sondern auch empirischer Untersuchungen, an Hand derer man sich genau über das Erscheinungsbild von Tat und Täter unterrichten kann. Diese sollen möglichst aus ganz verschiedenen Teilen der Bundesrepublik stammen; denn Unterschiede im Gesamtbild und in den Ergebnissen wird es immer geben, so daß genügend Vergleichsmöglichkeiten vorhanden sein müssen. Erst dadurch werden brauchbare Anhaltspunkte für eine konstruktive Gesetzesberatung und -schaffung vermittelt. Durch das empirische Material werden die Nöte, Sorgen und Bedürfnisse der Praxis weitmöglichst sichtbar gemacht. Die amtlichen Statistiken allein besagen zu wenig; sie mögen sogar trügen. Wir können den Optimismus von Ferri⁵⁵⁾ am Ende des letzten Jahrhunderts, der sich von der Wirkung und Anwendung der statistischen Ergebnisse für die Executive und Legislative sehr viel verspricht, nur bedingt teilen. Zu Beginn unserer Ausführungen⁵⁶⁾ haben wir vor allzu großer uneingeschränkter Statistik-

54) Vgl. Anm. 53

55) a.a.O., S. 111/112

56) Im I. Teil, Abschn. B, Unterabschn. II, S. 36

gläubigkeit gewarnt und erklärt, daß Statistiken und Tabellen nicht immer endgültige Aussagen machen können. Bestimmte statistische Methoden - wie z.B. die hier angewandten Verfahren⁵⁷⁾ lassen aber durchaus Schlußfolgerungen auf die entsprechende Population zu. Die Statistik kann jedoch niemals die Psychologie des Verbrechers aufhellen und gerade die genaue Kenntnis von Seelenvorgängen ist bei der Verbrechensbekämpfung entscheidend.

Wenn aber praktische Untersuchungen von Delikten und über Täterpersönlichkeiten vorliegen, so läßt dies den mit der besonderen Materie nicht vertrauten, aber auch den sachkundigen und vertrauten Betrachter schon mehr erkennen, als dies bloße Zahlen und Tabellen zum Ausdruck bringen können. Dann kann man z.B. die Ansicht bestätigt finden, daß mit dem größeren Einkommen der Arbeitnehmer auch die Zahl der Unterhaltspflichtverletzungen gewachsen ist⁵⁸⁾ und erkennen, daß die Verhältnisse bei den Tätern der Unterhaltspflichtverletzung insofern besonders liegen, als sie aus sozial schlecht gestellten Kreisen stammen und es sich in der Mehrzahl der Fälle um die Verletzung gegenüber unehelichen Kindern handelt. Denn trotz des laufend steigenden Einkommens, woraus jeder Arbeitswillige seinen Nutzen gezogen hat, ist die Zahl der Unterhaltspflichtverletzungen gestiegen, wie insbesondere die Länder- und Bundesstatistik zeigen⁵⁹⁾. Im Bezirksbezirk hat die Verletzung der Unterhaltspflicht gleichfalls zugenommen, wenn auch nicht in dem Maße wie in Bund und Land, jedoch im Gegensatz zur Abnahme der allgemeinen Kriminalität⁶⁰⁾. Die Untersuchung von Schmidt erbringt den statistischen Nachweis über die Zunahme des Bruttoverdienstes auch bei den sozial schlechter Gestellten⁶¹⁾. Die Besonderheit des Täterkreises liegt - wie wir oben⁶²⁾ gesehen haben - darin,

57) Vgl. unsere Ausführungen zur Methodik auf S. 10 ff.

58) So zutreffend Fränkel, in der 87. Sitzung, vgl. Niederschriften, a.a.O., S. 388

59) Vgl. oben Tab. 9 auf S. 41

60) Siehe oben Tab. 6 und 7 auf S. 37 u. 38

61) a.a.O., S. 57 ff, 58; vgl. a. d. selben S. 141

62) Tab. 40 S. 113 sowie die Ausführungen auf S. 112 ff.

daß dieser sich in der Mehrzahl aus Angehörigen der sozialen Unterschicht, wie Hilfsarbeitern, Arbeitern, unteren Angestellten und unselbständigen Handwerkern zusammensetzt. Schmidt kommt in seiner Untersuchung zu demselben Ergebnis⁶³⁾. Als Opfer der Tat haben wir in erster Linie Kinder (95,24 %) ermitteln können⁶⁴⁾. Die Übereinstimmung mit der entsprechenden Untersuchung von Schmidt⁶⁵⁾, welcher 73,29 % Kinder als Opfer feststellte, läßt erwarten, daß auch weitere Untersuchungen diese Ergebnisse bestätigen werden. Andererseits wird man vielleicht feststellen können, daß die Unterhaltsentziehung aus Arbeitsscheu in der Praxis sogar häufig vorkommt⁶⁶⁾. Außerdem wird man daraus entnehmen können, daß die meisten Angeklagten sich mit dem Einwand verteidigen, daß sie zur Unterhaltsleistung finanziell nicht in der Lage gewesen seien⁶⁷⁾.

Ein so wohlvorbereiteter Gesetzgeber sieht sich in die Lage versetzt, fruchtbare und konstruktive Arbeit zu leisten.

C. Kriminalpolitische Forderungen unter Berücksichtigung
=====
des § 200, E. 1962
=====

Im vorangegangenen Abschnitt ist die Kritik des Schrifttums zu Gunsten einer einengenden Auslegung des § 170 b StGB als für die Praxis unbrauchbar zurückgewiesen worden. Das geltende Recht hat sich seit der Einführung der Unterhaltspflichtverletzung als Vergehensvorschrift bewährt. Das soll aber nicht heißen, daß am geltenden Recht überhaupt nichts zu ändern wäre. Was uns auf Grund der im Verlauf dieser Untersuchung gewonnenen Ergebnisse besonders wichtig erschien, um bei einer gesetzlichen Neuregelung beachtet zu werden und zur Verbrechensbekämpfung beizutragen, soll nun noch abschließend dargelegt werden.

63) Vgl. a. Schmidt, a.a.O., S. 53 ff, S. 140/141

64) Vgl. oben S. 65 Tab. 18

65) a.a.O., S. 75

66) a.A. Dünnebier, vgl. Niederschriften, a.a.O., S. 389

67) So zutreffend Baldus, vgl. Niederschriften, a.a.O., S. 391.

Wir glauben, wiederholt auf die besondere Täterpersönlichkeit bei den Unterhaltspflichtverletzungen hingewiesen zu haben. Der Täter gehört den sozial schwächsten Schichten des Volkes an, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen. Der Gang der Untersuchung hat ergeben, daß rund die Hälfte der Täter "Asoziale" sind. Es sind Arbeitsscheue, Vagabunden und Verwahrloste. Sie stellen ein Parasitentum dar, über dessen Gefährlichkeit man sich offenbar noch nicht klar geworden ist, weil man Umfang und Auswirkungen noch nicht erkannt hat. Der Bundesgesetzgeber hat bei der Beratung des § 200, E. 1962, mit keinem Wort auf diese Tatsache hingewiesen. Es scheint daher an der Zeit, den Gesetzgeber mit diesen Erfahrungen vertraut zu machen, damit die entsprechenden gesetzgeberischen Maßnahmen ergriffen werden können. Die Probleme im modernen Wohlfahrtsstaat sind wohl andere, so daß die Asozialität leicht übersehen wird und für ihre Weiterverbreitung freie Bahn hat. Trotz der verhältnismäßig kleinen Zahl der untersuchten Täter meinen wir, daß unser Ergebnis auch in dieser Hinsicht, wenn es auch nicht gerade aufsehererregend wirken soll, so doch eine gewisse Beachtung verdient.

Es ist in der Strafrechtswissenschaft und Praxis allgemein bekannt, daß die Unterhaltspflichtverletzungen stark zugenommen haben. Unsere Tabellen und graphischen Darstellungen haben dies deutlich gezeigt. Die Strafverfolgungsstatistik und die im Rahmen unserer Untersuchung angestellten Vergleiche haben dies bestätigt. Angesichts des großen Anteils der "Asozialen" muß auch mit einem Ansteigen derselben gerechnet werden. Sie sind für den Fiskus wie für den einzelnen Staatsbürger eine nicht zu unterschätzende Belastung, die zwar finanziell gesehen heute noch relativ minimal ist, die aber vielleicht in weiterer Zukunft schon beachtlich ansteigen kann, je nachdem, wie die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse sich entwickeln. Schließlich bilden diese Täter sozial und auch politisch einen Gefahren- und Krankheitsherd. Wir müssen zumindest darüber zum Nachdenken angeregt werden, zumal wir wissen, daß die Asozialität ein ungelöstes Problem in den westlichen Staaten ist. Vielleicht ist ein Lösungsversuch beim Problem der Unterhaltsentziehung

geeignet, Ausstrahlungen auch auf die Asozialität zu zeitigen.

Wir haben an den niedrigen Strafen für die Ahndung der Unterhaltspflichtverletzung und an der Handhabung der Strafaussetzung zur Bewährung Anstoß genommen. Schließlich sind wir auch auf die Unterbringung im Arbeitshaus eingegangen, welche lediglich in drei Fällen ausgesprochen wurde. Eine zu geringe Strafe ist für das Gerechtigkeitsempfinden in der Gemeinschaft ebenso unerträglich wie ein allzu harter Zugriff der staatlichen Strafgewalt; dessen sind wir uns vollauf bewußt. Bei all dieser Kritik haben wir gefordert, daß der Richter Eigenart und Haltung der Täterpersönlichkeit genauer und kritischer berücksichtigt, soll nicht der Sinn der Strafe völlig verblassen und verlorengehen. Mit der Funktion der Tatvergeltung ist allerdings der Aufgabenbereich nicht erschöpft⁶⁸⁾. An die Täterpersönlichkeit knüpfen weiter die Strafzwecke der Besserung, Sicherung und Unschädlichmachung an. Der Gedanke der sozialen Zweckmäßigkeit greift hier ein und tritt in den Vordergrund. Hier setzt auch unser Lösungsversuch ein.

Unter diesem Gesichtspunkt hätte die Bestimmung des § 361 Nr. 5 StGB in einigen Fällen herangezogen werden müssen. Warum man von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat, war nicht ersichtlich. Die Fälle drängten jedoch danach. Trotzdem hätte nur ein kleiner Teil der Täter davon erfaßt werden können. Andererseits war die panische Furcht bei den Tätern vor dem Arbeitshaus nicht zu übersehen. Dies scheint eine Einrichtung zu sein, auf welche in den Kreisen der Asozialen noch reagiert wird und die man mit allen Mitteln zu vermeiden sucht. Der Anwendung einer Einweisung in das Arbeitshaus muß künftighin ein breiterer Raum im Gesetz eingeräumt werden, als dies bisher der Fall war⁶⁹⁾. Die Unterbringung in einem Arbeitshaus ist in § 42 d StGB geregelt. Sie beschränkt sich jedoch auf die Fälle nach § 361

68) Vgl. Würtenberger, Von den Grenzen des Strafrechts, a.a.O., S. 787.

69) Vgl. a. Schmidt, a.a.O., S. 144 und die dort zitierten Schriftsteller.

Nr. 3 - 5, 6a - 8 StGB, wenn jemand zur Haftstrafe verurteilt wurde. Sie richtet sich gegen die sogenannten Asozialen, wie Landstreicher, Bettler, Dirnen und sonstige Verwahrloste. Gemäß § 361 Nr. 5 StGB i.V.m. § 42 d StGB kann die Einweisung in ein Arbeitshaus wegen einer besonderen Art der Vernachlässigung der Unterhaltspflicht angeordnet werden. Bereits früher gingen die Bestrebungen dahin - wir haben oben ⁷⁰⁾ darauf hingewiesen - die Unterhaltspflichtverletzung als Nr. 5a hinter § 361 Nr. 5 StGB einzufügen mit dem Zweck, den Arbeitszwang des § 362 StGB auch auf diese Täter auszudehnen. Man sollte sich heute ernsthafte Gedanken darüber machen, inwieweit man für bestimmte Täter, die ihre Unterhaltspflicht in strafrechtlich relevanter Weise nicht erfüllen, die Möglichkeit der Anordnung der Unterbringung gesetzlich vorsehen könnte ⁷¹⁾. Man könnte dies ja beschränken auf eine ganz bestimmte Kategorie der Täter. So könnte man bei solchen Tätern, die zu den Arbeitsscheuen, Verwahrlosten und Vagabunden zählen, die Unterbringung bei Verletzung ihrer Unterhaltspflicht zwingend vorschreiben. Für andere Fälle könnte man es bei einer Ermessensvorschrift belassen. Dadurch würde in unserer Untersuchung die Mehrzahl der Täter an ein geordnetes, gewissenhaftes und gesetzmäßiges Leben gewöhnt werden können. Die Gewöhnung an Arbeit würde sich insbesondere für den Unterhaltsberechtigten segensreich auswirken und darüber hinaus den Staat oder auch Privatpersonen vor großen finanziellen Belastungen schützen. Man könnte vielleicht noch einen Schritt weiter gehen und sagen, daß allgemein derjenige, der seine Unterhaltspflicht verletzt, als solcher schon als asozial zu bezeichnen ist und seine Unterbringung im Arbeitshaus zumindest im Ermessen des Gerichts liegt oder auf den Wiederholungsfall oder auf besonders hartnäckige Fälle beschränkt wird. Die sozialgefährliche und - schädliche Gesinnung desjenigen, der sich seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht entzieht, ist mit Recht in ihrem Unrechtsgehalt ebenso beurteilt worden, wie dies bei den Tätern des § 361

70) Im I. Teil, Abschn. B, S. 29

71) ebenso Baums, a.a.O., S. 95.

StGB bewertet wird. Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, daß in erster Linie noch sehr hilfsbedürftige, minderjährige Kinder die Opfer der Gewissenlosigkeit und Haltlosigkeit der Täter sind, die kein Mittel scheuen, um sich ihrer gesetzlichen und sittlichen Pflicht zu entziehen. Wenn bei einer Übertretung mit ganz ähnlichen Grundgedanken und ähnlichem Sinngehalt die Unterbringung möglich ist, dürften sich bei der Anwendung einer schwerwiegenderen Vergehensvorschrift keine ernsthaften gesetzgeberischen Bedenken ergeben. Wir glauben, daß hierfür ein dringendes Bedürfnis für Praxis und Legislative besteht, dem abgeholfen werden muß.

Damit kommen wir zum Abschluß unserer Untersuchung über die Vernachlässigung der Unterhaltspflicht. Zusammenfassend können wir für den Gesetzgeber sagen, daß die Bestimmung, wie sie heute besteht, sich bewährt hat und eine Änderung vor allen Dingen in der Form, wie sie von der Literatur immer wieder vorgeschlagen wurde, nur geeignet ist, Erschwerungen bei der praktischen Handhabung mit sich zu bringen. Die Bestimmung, wie sie § 200, E. 1962, vorsieht, ist so unwesentlich geändert, daß, falls sie einmal Gesetzeskraft erlangen sollte, keine Schwierigkeiten zu erwarten sind. Es wäre jedoch anzuraten, den § 42 d StGB auch auf die Unterhaltspflichtverletzungen⁷²⁾ - wenn auch vielleicht nur in engerer, fest begrenzter Form für erschwerte Fälle - auszudehnen, um damit sowohl der weiteren Ausdehnung der Unterhaltspflichtverletzungen als auch der Asozialität wirksam begegnen zu können. Denn beides, der Schutz der Güterwerte des einzelnen wie der Gesamtheit, muß vordringlichste Aufgabe des Strafrechts sein⁷³⁾.

72) Ebenso Schmidt, a.a.O., S. 145

73) Vgl. Würtenberger, Situation, a.a.O., S. 65 unter Hinweis auf Mezger.

V. Teil

A N H A N G

Tabelle 1

Die Täter nach § 170 b StGB in der Bundesrepublik
nach Altersgruppen

1950 ¹⁾

Alter	Verurteilte	%
18 - 20	64	3,26
21 - 24	289	14,72
25 - 29	359	18,28
30 - 39	680	34,64
40 - 49	456	23,22
50 - 59	103	5,24
60 und älter	12	0,64
	1963	.-

1951 ²⁾

18 - 20	164	4,59
21 - 24	557	15,61
25 - 29	676	18,94
30 - 39	1180	33,07
40 - 49	809	22,67
50 - 59	165	4,62
60 und älter	17	0,50
	3568	

1952 ³⁾

18 - 20	239	4,35
21 - 24	1027	18,70
25 - 29	1037	18,88
30 - 39	1658	30,19
40 - 49	1208	21,99
50 - 59	288	5,24
60 und älter	34	0,65
	5491	

1) Stat.Ba., a.a.O., Bd. 110, S. 18, lfd.Nr. 39

2) Stat.Ba., a.a.O., Bd. 110, S. 38, lfd.Nr. 39

3) Stat.Ba., a.a.O., Bd. 129, S. 10, lfd.Nr. 45

1953 4)

Alter	Verurteilte	%
18 - 20	303	4,43
21 - 24	1322	19,36
25 - 29	1519	22,24
30 - 39	1906	27,91
40 - 49	1425	20,87
50 - 59	326	4,77
60 und älter	26	0,42
	6827	-.-

1954 5)

16 u. 17	1	0,01
18 - 20	261	3,36
21 - 24	1411	18,20
25 - 29	1822	23,50
30 - 39	2140	27,60
40 - 49	1644	21,21
50 - 59	423	5,45
60 und älter	49	0,67
	7751	-.-

1955 6)

16 u. 17	2	0,02
18 - 20	273	3,01
21 - 24	1557	17,18
25 - 29	2360	26,04
30 - 39	2474	27,30
40 - 49	1814	20,01
50 - 59	528	5,82
60 und älter	53	0,62
	9061	-.-

4) Stat. Ba., a.a.O., Bd. 129, S. 30, lfd.Nr. 45

5) Stat. Ba., a.a.O., Bd. 158, S. 34, lfd.Nr. 60

6) Stat. Ba., a.a.O., Bd. 172, S. 36, lfd.Nr. 60

1956 7)

Alter	Verurteilte	%
14 u. 15	1	0,01
16 u. 17	4	0,04
18 - 20	302	2,95
21 - 24	1770	17,32
25 - 29	2770	27,11
30 - 39	2724	26,26
40 - 49	1943	19,01
50 - 59	663	6,48
60 und älter	39	0,45
	10216	.-

7) Stat. Ba., a.a.O., Bd. 210, S. 28, lfd.Nr. 60.

Tabelle 2

Alphabetische Gliederung der Berufe der Täter

Beruf	Zahl	
	männlich	weiblich
Autoblechner	1	-
Autolackierer	1	-
Automechaniker	5	-
Autoschlosser	2	-
Bäcker	4	-
Bankgehilfe	-	1
Bautechniker	1	-
Bedienung	-	1
Bergmann	4	-
Berufssoldat	1	-
Blechner	1	-
Buchbinder	1	-
Buchhalter	1	-
Bürstenmacher	2	-
Dachdecker	2	-
Elektriker	1	-
Elektrotechniker	1	-
Elektromonteur	1	-
Former	3	-
Friseur	2	-
Fuhrunternehmer	1	-
Galvaniseur	1	-
Gastwirt	1	-
Gipser	1	-
Glasmaler	1	-
Händler	1	1
Handelsvertreter	3	-
Hausfrau	-	1
Haushaltsgehilfin	-	33
Heizungsisolierer	1	-
Ingenieur	1	-
Installateur	3	-
Kaufmann	10	-

Beruf	Zahl	
	männlich	weiblich
Klempner	1	-
Koch	1	-
Kontoristin	-	1
Kraftfahrer	10	-
Kriminalrat	1	-
Küchenhilfe	-	1
Kunstkeramikerin	-	1
Kunstmaler	1	-
Kupferschmied	1	-
Landw. Arbeiter	3	-
Landw. Gehilfe	1	1
Maler	6	-
Maschinenschlosser	2	-
Maschinenstrickerin	-	2
Maurer	1	-
Maurerpolier	1	-
Metzger	2	-
Monteur	1	-
Musiker	4	-
Polsterer	1	-
Sattler	1	-
Seemann	1	-
Schlosser	4	-
Schmied	2	-
Schneider	3	-
Schreiner	5	-
Schumacher	2	-
Schutzpolizist	1	-
Steinmetzmeister	1	-
Straßenbahnschaffner	1	-
Stukateur	1	-
Textilfacharbeiter	1	-
Verkäufer	-	3
Verwaltungsangestellter	1	-
Zimmermann	3	-
Zuschneider	1	-
Ohne Beruf	36	5
	159	51

Tabelle 3
Alphabetische Gliederung der Berufe
der Vergleichsgruppe

Beruf	Zahl	
	männlich	weiblich
Ärztin	-	2
Amme	-	1
Angestellte	2	5
Apothekergehilfe	-	1
Arbeiter	19	17
Artisten	1	3
Autoelektriker	-	-
Automechaniker	8	-
Bäcker	5	-
Bedienung	-	6
Bergmann	1	-
Berufssoldat	4	-
Betonwerker	1	-
Bildhauer	1	-
Blumenbinderin	-	1
Buchdrucker	1	-
Buchhalter	1	2
Büglerin	-	2
Bürohilfe	-	2
Buffetfräulein	-	3
Chemiefacharbeiter	1	-
Chemiegraph	1	-
Chorsänger	1	-
Dachdecker	4	-
Dipl.Volkswirt	1	-
Drogist	2	-
Einlegerin	-	1
Elektriker	8	-
Elektromechaniker	2	-
Elektromonteur	3	-
Fabrikarbeiterin	-	1
Feinmechaniker	3	-

Beruf	Zahl	
	männlich	weiblich
Fernmeldemonteur	1	-
Fischer	1	-
Forstmeister	1	-
Fotograf	-	1
Friseur	2	4
Fuhrunternehmer	1	-
Gärtner	2	-
Gastwirt	1	-
Glaser	1	-
Gipser	4	-
Gerichtsreferendar	2	-
Graphiker	1	1
Händler	1	-
Handelsvertreter	1	-
Hausdiener	1	-
Hausfrau	-	24
Hausgehilfin	-	38
Hausgehilfin bei Franzosen	-	10
Haushälterin	-	2
Haustochter	-	8
Heizer	1	-
Hilfsarbeiter	13	31
Holzarbeiter	2	-
Hotelangestellte	-	1
Installateur	4	-
Isolierer	2	-
Kaufmann	22	-
Kellner	1	-
Kindergärtnerin	-	1
Kinderschwester	-	1
Koch	2	2
Konditor	2	-
Konsulatsbeamter	1	-
Kontoristin	-	5
Korrespondentin	-	1
Kosmetikerin	-	1

Beruf	Zahl	
	männlich	weiblich
Kraftfahrer	19	-
Kfz.-Handwerker	2	-
Krankengymnastin	-	1
Krankenschwester	-	4
Küchenhilfe	-	5
Küfer	1	-
Laborantin	-	1
Lackierer	1	-
Lagerist	1	-
Landwirt	-	1
Landw. Lehrerin	-	1
Lokomotivheizer	1	-
Maler	7	-
Maschinist	3	-
Maurer	6	-
Mechaniker	7	-
Metzger	6	-
Modistin	-	1
Müller	2	-
Musiker	1	-
Musiklehrer	1	-
Näherin	-	4
Ofengießer	1	-
Ofensetzer	1	-
Packerin	-	4
Parkettleger	1	-
Pelznäherin	-	1
Plattenleger	1	-
Platzanweiserin	-	1
Polizist	5	-
Polsterer	1	-
Postangestellte	-	2
Postassistentin	-	1
Postschaffner	2	-
Putzfrau	-	1
Rechtsanwalt	1	-
Repassiererin	-	1
Richtmeister	1	-
Saaltochter	-	1

Beruf	Zahl	
	männlich	weiblich
Sekretärin	-	4
Sprachlehrerin	-	1
Sprechstundenhilfe	-	1
Schauspieler	1	-
Schlosser	18	-
Schneider	1	5
Schreibgehilfin	-	2
Schreiner	8	-
Schülerin	-	2
Schuhmacher	2	-
Stenotypistin	-	4
Stereotypeur	1	-
Straßenbahnschaffner	1	-
Straßenbahnwagenführer	1	-
Studenten	8	5
Tankwart	1	-
Techniker	1	-
Techn. Zeichnerin	-	1
Telefonistin	-	2
Textilarbeiter	-	17
Tischler	1	-
Verkäufer	-	18
Verwaltungsangestellte	-	4
Volksschullehrer	1	-
Wachmann	1	-
Weberin	-	1
Werkzeugmacher	2	-
Winderin	-	1
Wirtschaftsleiterin	1	1
Ziegelbrenner	1	-
Zimmermädchen	-	1
Zimmermann	3	-
Zollassistent	1	-
Ohne Beruf	1	14
Ohne Angaben	11	11

Tabelle 4

a) Die einzelnen Vorstrafen 8)

§	Deliktsbezeichnung	Zahl der Begehung	%
113	Widerstand	7	1,67
120	Gefangenenbefreiung	1	0,24
123	Hausfriedensbruch	4	0,96
132	Amtsanmaßung	1	0,24
137	Pfandentstrickung	1	0,24
142	Verkehrsunfallflucht	1	0,24
150	Aufbruch	1	0,24
153	Uneindliche Falschaussage	1	0,24
154	Meineid	1	0,24
156	Falsche Vers. an Eidesstatt	1	0,24
170 b	Verletzung der Unterhaltspflicht	22	5,25
170 d	Vernachlässigung eines Kindes	1	0,48
171	Doppelehe	1	0,24
173	Blutschande	2	0,48
176 Abs.1	Ziff. 1 und 3 Schwere Unzucht	1	0,24
185	Beleidigung	9	2,14
218	Abtreibung	3	0,71
223	Leichte Körperverletzung	10	2,38
223 a	Gefährliche Körperverletzung	8	1,91
223 b	Mißhandlung Abhängiger	1	0,24
224	Schwere Körperverletzung	1	0,24
230	Fahrlässige Körperverletzung	7	1,67
240	Nötigung	3	0,71
242	Diebstahl	79	18,86
243	Schwerer Diebstahl	18	4,29
244	Rückfalldiebstahl	6	1,43
246	Unterschlagung	37	8,83
249	Einfacher Raub	1	0,24
250	Schwerer Raub	1	0,24

8) Betr. alle Delikte ohne die Einschränkung von Anm. 96
Seite 117

§	Deliktbezeichnung	Zahl der Begehung	%
252	Räuberischer Diebstahl	2	0,48
253	Erpressung	2	0,48
257	Begünstigung	1	0,24
259	Hehlerei	13	3,10
263	Betrug	70	16,70
264	Rückfallbetrug	2	0,48
265a	Automatenbetrug	1	0,24
266	Untreue	4	0,96
267	Urkundenfälschung	8	1,91
271	Mittelb. Falschbeurkdg.	1	0,24
292	Wilderei	1	0,24
303	Sachbeschädigung	4	0,96
315 a Ziff. 2, 316	Fahrl. Transportgef.	2	0,48
318	Fahrl. Gefährd.d.Telegr.Betr.	1	0,24
330a	Rauschtat	1	0,24
331	Bestechung	1	0,24
361 Ziff. 3	Landstreicherei	9	2,14
361 Ziff. 4	Bettel	7	1,67
361 Ziff. 6	Gewerbsunzucht	3	0,71
361 Ziff.10	Verl. d. Unterhaltspflicht	4	0,96

368

b) Strafrechl. Nebengesetze

§ 24 Straßenverkehrsgesetz	7	1,67
Sonstige Straßenverkehrsdelikte	23	5,48
Militärstrafen	5	1,19
Verbrechen gegen die Menschlichkeit	1	0,24
Verstoß gegen § 6 Abs. 1 und 3 Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten	1	0,24
Verstöße gegen Wirtschaftsbestimmungen	4	0,96
Sonstige	10	2,38

419

Tabelle 5

Die einzelnen Vorstrafen der weiblichen Täter

Delikte	Begehungszahl
Betrug	9
Blutschande	2
Diebstahl	17
uneidl. Falschaussage	1
Verstoß gegen § 6 I, III Ges. zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten	1
Hausfriedensbruch	1
Hehlerei	2
Landstreicherei	1
Unterhaltspflichtverletzung	12
Unterschlagung	2
Unzucht	3
Urkundenfälschung	1
	52

Tabelle 6

Die Verfahrensdauer im einzelnen

Zeit	Zahl	%
Bis 2 Wochen	2	1,06
" 3 Wochen	2	1,06
" 4 Wochen	12	6,38
" 2 Monate	23	12,30
" 3 Monate	29	15,42
" 4 Monate	22	11,76
" 5 Monate	25	13,29
" 6 Monate	10	5,31
" 7 Monate	10	5,31
" 8 Monate	5	2,65
" 9 Monate	8	4,25
" 10 Monate	5	2,65
" 11 Monate	7	3,72
" 12 Monate	5	2,65
" 13 Monate	3	1,59
" 14 Monate	4	2,12
" 15 Monate	4	2,12
" 16 Monate	2	1,06
" 18 Monate	1	0,53
" 20 Monate	1	0,53
" 22 Monate	1	0,53
" 23 Monate	1	0,53
" 24 Monate	1	0,53
" 26 Monate	2	1,06
" 38 Monate	1	0,53
" 41 Monate	1	0,53
" 50 Monate	1	0,53
	188	-.-

Anhang II

Fragebogen für die Untersuchung der Gerichtsakten

=====

A. Die Familiensituation

I. Personalien

1. Name
2. Geschlecht
3. Geburtstag
4. Geburtsort
5. Staatsangehörigkeit
6. Konfession
7. Zuständige Staatsanwaltschaften wegen Strafregister

II. Eltern

1. Personalien Vater wie I.
2. Personalien Mutter wie I.
3. Beruf der Eltern
 - a) Vater (Verdienst ?)
 - b) Mutter
4. Leben Eltern noch ? wenn ja wo ?
5. Persönliche Verhältnisse der Eltern
 - a) Verheiratet
 - a) In ehelicher Gemeinschaft
 - b) Getrennt lebend; warum ?
 - c) Geschieden
 - d) Stiefeltern; welcher Elternteil ?
 - b) Unverheiratet
6. Wirtschaftliche Verhältnisse
normal geordnet (gut, ausreichend, schlecht)
verschuldet (warum ?)
7. Krankheiten in der Familie
8. Konfession
9. Sonstiges (z.B. Vorstrafen der Eltern, Leumund usw.)

III. Geburt des Probanden (ehelich, unehelich)

IV. Schulische Vorbildung des Probanden

1. Volksschule (sitzen geblieben ?)
2. Berufsschule
3. Höhere Schule
4. Hilfsschule

V. Beruf und Verdienst

1. Erlerner Beruf
2. Ausgeübter Beruf (Grund des Wechsels)
3. Berufsfreudig oder arbeitsscheu ?
4. Könnte mehr verdient werden ?
5. Arbeitslos ?

VI. Kriegszeit

1. Soldat (wie lange ? Dienstgrad bei Entlassung ?
Auszeichnung ? Verwundung, welcher Art ?
Bestrafungen während der Militärdienstzeit?)
2. Andere Verwendung im Kriege

VII. Die eigene Familie

1. Verheiratet, unverheiratet, frühere Ehe
2. Verhältnis zum Ehepartner (das eheliche Verhältnis)
3. Wirtschaftliche Verhältnisse
 - a) wer verdient ?
 - a) Mann
 - b) Frau
 - b) wieviel wird verdient ?
 - c) Vermögen vorhanden bei wem und in welchem Wert?
(Bankkonto, Grundstück, Fahrzeug usw.)
 - d) Schulden ?
- 4 Wohnverhältnisse (wo wohnt Proband ?)
 - a) Untermiete
 - b) Hauptmiete
 - c) Eigene Wohnung oder Haus
 - d) Größe des Hauses, Zahl der Zimmer
 - e) Mietzins
5. Kinder (Zahl, Alter, Geschlecht, Beruf)
 - a) eheliche; Geburtsdatum und Geburtsort
 - b) uneheliche; Geburtsdatum und Geburtsort
 - c) Wo sind diese untergebracht (bei Vater, Mutter,
Großeltern, öffentlich)
6. Asoziale Neigungen bzw. Leidenschaften
 - a) des Ehemannes (Alkoholneigung,
 - b) der Ehefrau Prostitution,
7. Vorstrafen Arbeitsscheu,
 - a) Zahl, wann erfolgt ? Vagabundenleben)
 - b) einschlägige
 - c) andere
 - d) gleichzeitig anhängige Strafverfahren
8. Krankheiten und Kriegsleiden (auch vorgerücktes Alter)
9. Konfession
10. Sonstiges, z.B. Flüchtling

B. Die Straftat

I. Welche Delikte wurden begangen ?

II. Woraus ergibt sich die Zahlungspflicht ?

1. Aus Gesetz (§§ 1601 ff BGB, 1708 BGB)
2. Aufgrund zivilrechtl. Verurteilung
3. Anerkenntnis

III. Die Tatausführung

1. Aufgabe und Wechsel des Arbeitsplatzes
2. Eintausch des guten Arbeitsplatzes gegen einen schlechteren
3. Dienstverschleierungs- und Lohnschiebungsverträge (§ 850 h Abs. 1 u. 2 ZPO)
4. Dauernder Wechsel von Beruf und Aufenthaltsort
5. Arbeitsloser, der sich um keine Arbeit bemüht (Landstr.)
6. Fehlende volle Ausnutzung der Arbeitskraft (zumutbarer Arbeitsplatz- oder Berufswechsel, sowie Unterziehung einer Operation)
7. Nichtgeltendmachung von Ansprüchen, insbes. gesetzlichen Ansprüchen
8. Verschwendung zwecks Herbeiführung künftiger Leistungsunfähigkeit

IV. Einwendungen gegen den Strafvorwurf

1. Arbeitslosigkeit
2. Verdienst sei nicht gut oder nicht hoch genug
3. Krankheit (Kriegsleiden)
4. Berufung darauf, daß Proband nicht leiblicher Vater sei
5. Weil Pfändung der Lohnansprüche zu wenig übriglasse
6. Nichtwissen, daß Unterhaltsberechtigter der Hilfe bedarf

V. Das Verhalten gegenüber den Untersuchungsbehörden

(einsichtig und zahlungsbereit, uneinsichtig, frech und herausfordernd, lügnerisch, geständig)
(Werden nach Einl. d. Strafverf. Zahlungen geleistet?)

VI. Das Tatmotiv (Rache, Zorn, Ärger, Arbeitsscheu, Leichtsinn, Gleichgültigkeit, Triebhaftigkeit)

VII. Die Tatfolge

1. Die Gefährdung des Lebensbedarfs des Berechtigten
2. Die Hilfe anderer
 - a) öffentliche Hilfe
 - b) dritte Personen

VIII. Die Höhe der Unterhaltspflicht

1. Die Höhe der Unterhaltsrente
2. Die Höhe des rückständigen Betrages im Anzeigezeit-
3. Wurde früher Unterhalt geleistet? punkt

IX. Der Verlauf des Verfahrens von der Einleitung bis zur Entscheidung

1. Anzeigeerstattung (Jugendamt als Amtsvormund,
Ehegatte, Kindesmutter usw.)
2. Dauer der Ermittlungen bis zur Entscheidung
3. Erledigung durch
 - a) Staatsanwaltschaft (gem. § 152 StPO wegen
Fehlens hinreichenden
Tatverdachts)
 - b) StA und Gericht vor Klageerhebung (§ 153 Abs. 2
StPO)
und danach (§ 153 Abs. 2 StPO
Schuld gering und Tatfolgen unbedeutend)
 - c) Gerichtliche Entscheidung
 - a) Verurteilung
 - b) Freispruch

C. Die Strafe

I. Die gerichtliche Entscheidung

1. Bestrafung durch Strafbefehl
2. Bestrafung durch Urteil
 - a) nach Anklage
 - b) nach Einspruch
3. Bestrafung in der Berufungsinstanz

II. Arten der Bestrafung

1. Geldstrafe (Höhe der Strafe)
2. Gefängnisstrafe (Höhe der Strafe)

III. Die Strafzumessungsgründe

1. strafmildernde
2. strafschärfende

IV. Bedingter Gnadenerlaß bzw. Strafaussetzung zur Bewährung (eingeführt durch das dritte Strafrechtsänderungsgesetz v. 4. August 1953 (BGBl. I S. 735))

1. Dauer der Bewährungszeit
2. Bewährungsaufgaben
3. Widerruf wann ? (Vorführung nötig)
4. Erlassene und amnestierte Strafen

V. Verbüßung

VI. Rückfälligkeit

VII. Sonstiges

Anhang III

Fragebogen für die Untersuchung
der Akten des Jugendamts

=====

A. Die Familiensituation

- I. Personalien (Name, Geschlecht, Geburtstag, Geburtsort,
Staatsangehörigkeit, Konfession)
1. des Kindesvaters
 2. der Kindesmutter
- II. Personalien der Eltern
1. a) Vater des Kindesvaters (außer den Daten hinter I
auch Beruf und Wohnort)
 - b) Mutter des Kindesvaters
 2. a) Vater der Kindesmutter (außer den Daten hinter I
auch Beruf und Wohnort)
 - b) Mutter der Kindesmutter
- III. Eheliche bzw. uneheliche Geburt
- IV. Schulbildung
- V. Beruf und Verdienst
- VI. Familienverhältnisse des Kindesvaters und der Kindes-
mutter
1. Zahl der Kinder, Alter und Unterkunft
 2. Asoziale Neigungen
 3. Vorstrafen
 4. Besonderheiten, z.B. Flüchtlingseigenschaft

B. Das Verhalten der Probanden

- I. Herleitung der Zahlungspflicht
- II. Einwendungen gegen Zahlungspflicht
- III. Verhalten gegenüber der Behörde
- IV. Öffentliche Hilfe ?
- V. Unterhaltspflicht
1. Höhe
 2. Rückstand

C. Sonstiges

Ergänzungen

zum Beispiel: Heirat der Kindeseltern,
Bestellung zum Einzelvormund
etc.

Tabellenverzeichnis

=====

<u>Tabelle</u> <u>Nr.</u>		<u>Seite</u>
1	Die Zunahme der Einwohnerschaft im Berichtsbezirk mit einer graphischen Darstellung	20
2	Der Personenstand der Freiburger Bevölkerung	21
3	Die Konfession im Berichtsbezirk mit einer graphischen Darstellung	22
4	Die Verteilung der Beschäftigten nach Industriegruppen	24
5	Die soziale Stellung der Wohnbevölkerung mit einer graphischen Darstellung	25
6	Die allgemeine Kriminalität im Berichts- bezirk	37
7	Die Entwicklung der Kriminalität der Unter- haltungspflichtverletzung im Berichtsbezirk mit einer graphischen Darstellung	38
8	Die Häufigkeitsziffern für Freiburg und Oberhausen	39
9	Die wegen der Verletzung der Unterhalts- pflicht in den Jahren 1950 - 1956 Verur- teilten in Baden-Württemberg, in der Bun- desrepublik, in Freiburg und in Oberhausen mit einer graphischen Darstellung	41
10	Die Häufigkeitsziffern für Baden-Württemberg und die Bundesrepublik	43
11	Die abgeurteilten und die untersuchten Täter	45
12	Die Herkunft der Probanden	50
13	Die Staatsangehörigkeit	51
14	Die Herkunft der Probanden der Vergleichsgruppe	55
15	Der Personenstand der Täter und der Freiburger Bevölkerung	59
16	Der Personenstand der Täter im Berichtsbe- zirk, in Oberhausen und in Basel (Schweiz) mit einer graphischen Darstellung	60
17	Die Ehescheidungen in Freiburg, verglichen mit denjenigen in der Bundesrepublik, in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen mit einer graphischen Darstellung	63

18	Die Opfer der Unterhaltspflichtverletzung mit einer graphischen Darstellung	65
19	Der Anteil der unehelichen Geburten an den Gesamtgeburten in Freiburg, in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik	67
20	Die außerehelichen Geburten pro 10.000 Einwohner	68
21	Der Familienstand bei der Vergleichsgruppe	69
22	Die Kinderzahl der Probanden	70
23	Die Herleitung der Unterhaltspflicht	72
24	Das Lebensalter der Täter im einzelnen mit einer graphischen Darstellung	76
25	Das Alter der Täter im Gerichtsbezirk, verglichen mit demjenigen in Baden-Württemberg, in der Bundesrepublik und in Oberhausen mit einer graphischen Darstellung	78
26	Summenverteilung des Alters der Täter mit einer graphischen Darstellung	80
27	Median und Mittelwert der Altersverteilung der Täter mit einer graphischen Darstellung	82
28	Das Durchschnittsalter der Eheschließenden in der Bundesrepublik	83
29	Der Anteil der weiblichen Kriminalität nach § 170 b StGB im Gerichtsbezirk, in Baden-Württemberg, in der Bundesrepublik und in Oberhausen mit einer graphischen Darstellung	85
30	Personenstand der weiblichen Täter mit einer graphischen Darstellung	87
31	Besonderheiten der weiblichen Täter	88
32	Unterschied im Altersaufbau der männlichen und weiblichen Täter im Untersuchungsbezirk mit einer graphischen Darstellung	98
33	Alter der weiblichen Täter im einzelnen	98
34	Die weiblichen Täter und ihre Kinderzahl	100
35	Das Alter der weiblichen Täter bei Geburt des ersten Kindes	100
36	Geburt des ersten Kindes nach Altersgruppen der weiblichen Probanden	101
37	Schulbildung der Probanden	107
38	Schulbildung der Probanden der Vergleichsgruppe	110
39	Berufsgruppen der Probanden mit einer graphischen Darstellung	111
40	Die soziale Stellung der Täter	113

41	Gliederung der Vergleichsgruppe nach Berufsgruppen	115
42	Die Häufigkeit der Vorstrafen	118
43	Die Anzahl der Vorstrafen	120
44	Die einschlägig Vorbestraften	120
45	Die Rückfalltäter im Untersuchungszeitraum	121
46	der zweimal rückfällige Täter	122
47	Die Rückfallintervalle	122
48	Die Religion der Täter	124
49	Die Religion der Probanden der Vergleichsgruppe	126
50	Die Unterscheidung der Asozialen	128
51	Die Motive der Täter	136
52	Die Familienverhältnisse in der Eltern-Familie der Probanden mit einer graphischen Darstellung	139
53	Die Familienverhältnisse in der Eltern-Familie der weiblichen Probanden mit einer graphischen Darstellung	141
54	Die Familienverhältnisse in der Eltern-Familie der männlichen Probanden mit einer graphischen Darstellung	141
55	Die Scheidungsschuld der Probanden	156
56	Die Dauer der geschiedenen Ehe	157
57	Der Verdienst der Probanden	160
58	die wirtschaftlichen Verhältnisse der Probanden	161
59	Die Begehungsarten und ihre Häufigkeit	165
60	Die Unterhaltsrückstände	176
61	Zahlungen während der Tatzeit	177/178
62	Die Art der Hilfe in Freiburg und in Oberhausen	179
63	Dritte Personen als Hilfeleister	182
64	Die Anzeiger	183
65	Die Verfahrensdauer	185
66	Die Einwendungen gegen den Strafvorwurf	187
67	Das äußere Verhalten der Täter im Strafverfahren	194
68	Die Art der Entscheidung	195
69	Die Verfahrensergebnisse	196

70	Die Verfahrensbeendigung in Freiburg und in Oberhausen	197
71	Strafart und Strafhöhe der nach § 170 b StGB Verurteilten in Freiburg, in Ober- hausen, in Hessen, in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik	199
72	Die Strafart und Strafhöhe der in den Jahren 1950 - 1956 in der Bundesrepublik nach § 170 b StGB Verurteilten	200
73	Die Strafaussetzung zur Bewährung der im Land Hessen im Jahre 1958 nach § 170 b StGB Verurteilten	207
74	Die Strafaussetzung zur Bewährung der nach § 170 b StGB in Freiburg Verurteilten	207
75	Der Bewährungszeitraum in Freiburg, Oberhausen und Basel	210
76	Die Widerrufsgeschwindigkeit	211
77	Vollstreckung der Strafurteile	213

Tabellen im Anhang

1	Die Täter nach § 170 b StGB in der Bundesrepublik nach Altersgruppen	239
2	Alphabetische Gliederung der Berufe der Täter	242
3	Alphabetische Gliederung der Berufe der Vergleichsgruppe	244
4	Die einzelnen Vorstrafen	248
5	Die einzelnen Vorstrafen der weib- lichen Täter	250
6	Die Verfahrensdauer im einzelnen	251

Lebenslauf

Ich wurde am 1. März 1930 in Karlsruhe in Baden geboren. Meine Eltern sind der Diplomkaufmann Richard Ludwig Ihm und dessen Ehefrau Clara geb. Hegel. In Bruchsal habe ich die Volksschule besucht. Nach dem Tode meines Vaters im Jahre 1937 sind wir nach Waldshut/Hochrhein verzogen, wo ich das Realgymnasium besuchte und am 14. Juli 1950 die Reifeprüfung ablegte. Mein Stiefvater, der Landgerichtsrat Erwin Kraus, ist am 31. Dezember 1942 in Russland gefallen.

Nach bestandenem Abitur studierte ich sieben Semester Rechtswissenschaft an den Universitäten Freiburg und Heidelberg. Im Frühjahr 1954 legte ich in Freiburg die erste juristische Staatsprüfung und im Frühjahr 1958 in Stuttgart die zweite juristische Staatsprüfung ab. Anschließend war ich ein Jahr lang Anwaltsassessor in Freiburg. Seit dem 12. August bin ich als Rechtsanwalt beim Landgericht in Freiburg i. Br. zugelassen, wo ich heute noch als selbständiger Rechtsanwalt tätig bin. Am 30. Januar 1961 habe ich mit der Heli Löffert in Marburg an der Lahn die Ehe geschlossen.

